



Aufgaben- und Finanzplan 2016-2018

Botschaft der Regierung mit Beilagen

Aufgaben- und Finanzplan 2016–2018

Botschaft und Entwurf der Regierung vom 16. Dezember 2014

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3	3.3.7 Sicherheits- und Justiz- departement	34
1 Einleitung	4	3.3.8 Gesundheitsdepartement	34
2 Grundlagen der Planung	5	3.3.9 Gerichte	35
2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen	5	4 Gesetzesvorhaben	36
2.2 Finanzielle Grundlagen	6	4.1 Übersicht	36
2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2014	6	4.2 Staatskanzlei	37
2.2.2 Budget 2015	7	4.2.1 Neuorganisation Parlaments- dienste	37
2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen ..	7	4.2.2 Revision Kommissionssystem ..	37
2.4 Sparpakete I und II und Entlastungs- programm 2013	8	4.2.3 VIII. Nachtrag zum Staats- verwaltungsgesetz	37
2.4.1 Umsetzung Sparpakete I und II	8	4.3 Volkswirtschaftsdepartement	38
2.4.2 Umsetzung Entlastungs- programm 2013	9	4.3.1 Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)	38
2.5 Investitionsplanung	14	4.4 Departement des Innern	40
3 Finanzielle Mehrjahresplanung	16	4.4.1 Denkmalpflege und Kantons- archäologie	40
3.1 Gesamtergebnis	16	4.4.2 Nachtrag zum Gemeindegesetz	40
3.2 Erläuterungen	18	4.4.3 III. Nachtrag zum Finanz- ausgleichsgesetz	41
3.2.1 Personalaufwand	18	4.4.4 Kulturgesetz	41
3.2.2 Sachaufwand	21	4.5 Bildungsdepartement	41
3.2.3 Informatikaufwand	21	4.5.1 Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	41
3.2.4 Zinsensaldo	24	4.6 Finanzdepartement	43
3.2.5 Abschreibungen	24	4.6.1 Gesetz über die E-Government- Zusammenarbeit	43
3.2.6 Innerkantonaler Finanzausgleich	26	4.6.2 IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung	43
3.2.7 Staatsbeiträge	26	4.6.3 Revision des Gesetzes über den Feuerschutz	44
3.2.8 Steuererträge	27	4.6.4 Projekt «Neues Lohnsystem» ..	44
3.2.9 Vermögenserträge	28	4.7 Baudepartement	45
3.2.10 Bundesfinanzausgleich	29	4.7.1 Geoinformationsgesetz	45
3.2.11 Investitionsrechnung	29	4.7.2 Kataster der öffentlich- rechtlichen Eigentumsbeschrän- kungen	45
3.3 Ergebnisse der einzelnen Departe- mente	30	4.7.3 Revision Baugesetz	46
3.3.1 Räte und Staatskanzlei	30	4.7.4 Gesetz über die Nutzung des Untergrundes	47
3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement ..	31		
3.3.3 Departement des Innern	31		
3.3.4 Bildungsdepartement	32		
3.3.5 Finanzdepartement	33		
3.3.6 Baudepartement	33		

4.8 Sicherheits- und Justizdepartement . . .	48	6 Rechtliches	53
4.8.1 Neugestaltung der Verwaltungs- justiz	48	6.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	53
4.8.2 Zivilschutz 2015+	48	6.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	54
4.9 Gesundheitsdepartement	49	7 Antrag	55
4.9.1 Totalrevision Hundegesetz	49	Beilage: Investitionsprogramm 2015–2024	56
4.9.2 Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung	49	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2016–2018	59
4.9.3 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	49	Anhang zum Kantonsratsbeschluss	60
4.9.4 Neues Lebensmittelgesetz	50	Beilage Zahlenteil Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung	63
4.9.5 Übertragung der Immobilien an die Spitalverbunde	51	Beilage Begründungen und Erläuterungen	145
5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite	52		
5.1 Volkswirtschaftsdepartement: Expo 2027 – Machbarkeitsstudie	52		
5.2 Baudepartement/Finanzdepartement: Werterhaltung Immobilienportfolio	52		

Zusammenfassung

Die Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2018 zeigt folgende Ergebnisse:

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Erfolgsrechnung				
Aufwand	4'698.9	4'865.2	5'054.4	5'020.0
Ertrag vor Bezug Eigenkapital	4'623.1	4'803.0	5'009.8	5'004.0
Aufwandüberschuss vor Bezug Eigenkapital	75.8	62.2	44.6	16.0
Bezug besonderes Eigenkapital	25.6	25.6	25.6	25.6
Aufwandüberschuss nach Bezug besonderes Eigenkapital	50.2	36.6	19.0	-9.6
Bezug freies Eigenkapital	25.0	17.0	-	-
Aufwandüberschuss	25.2	19.6	19.0	
Ertragsüberschuss				9.6

Die Ergebnisse der Jahre 2016 bis 2018 enthalten den gesamten Aufwand und Ertrag der Planjahre inklusive der Aufwendungen und Erträge für die Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Eingerechnet sind ein Steuerfuss von 115 Prozent, jährliche Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 20 Mio. Franken pro Jahr sowie jährliche Bezüge aus dem besonderen Eigenkapital in der Höhe von 25.6 Mio. Franken. Zudem ist im Planjahr 2016 ein einmaliger Bezug von 17 Mio. Franken aus dem freien Eigenkapital zur Finanzierung der Übergangsmassnahme Ü1 (Finanzierung des Vergütungsanteils für stationäre Spitalbehandlungen) aus dem Entlastungsprogramm 2013 vorgesehen. Weitere Bezüge aus dem freien Eigenkapital sind nicht vorgesehen.

Die Zahlen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2016–2018 zeigen das schrittweise Wirksamwerden der Massnahmen des EP 2013 und die Umsetzung der Massnahmen der vergangenen Sparpakete I und II. Die Ergebnisverbesserungen liegen zwar leicht unter den Erwartungen, die nach der Beratung des EP 2013 gemacht werden konnten, doch ist die Haushaltskonsolidierung grundsätzlich auf Kurs. In der Folge dürfte der Bestand des freien Eigenkapitals Ende 2017 den Tiefpunkt von rund 150 Mio. Franken erreicht haben und sich ab 2018 wieder zu erholen beginnen. Auch wenn die finanzielle Entwicklung im Grundsatz erfreulich ist, so gilt es, angesichts der bestehenden Unsicherheiten weiterhin die finanzpolitische Disziplin zu wahren. So wird die Eigenkapitaldecke noch über längere Zeit dünn bleiben und nur sehr beschränkt ungünstige Haushaltsentwicklungen auffangen können. In diesem Zusammenhang ist auf Geschäfte wie den Bundesfinanzausgleich oder die Unternehmenssteuerreform III zu verweisen, welche auf Bundesebene auf der Traktandenliste stehen und den Kantonshaushalt mittelfristig wesentlich belasten können.

Das Aufwandwachstum bleibt auch in den Planjahren 2016 bis 2018 dynamisch. So entwickelt sich der bereinigte Aufwand in diesen Jahren gegenüber dem Budget 2015 mit einer Wachstumsrate von jährlich durchschnittlich 2.2 Prozent. Die Kosten steigen in verschiedenen Leistungsbereichen, so im öffentlichen Verkehr, in der sozialen Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen AHV und IV), im Bildungsbereich, bei den individuellen Prämienverbilligungen sowie im Spitalbereich. Zudem ist aufgrund der grossen Investitionsvorhaben ein markanter Anstieg der Abschreibungen zu bewältigen. Durch die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital nehmen auch die Passivzinsen bedeutend zu. Mit der Gewährung einer einmaligen Reallohn-erhöhung von 1.0 Prozent im Jahr 2016 nimmt der Personalaufwand entsprechend zu.

Die Ertragsentwicklung fällt mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum vom 2.5 Prozent leicht höher aus als die Aufwandsentwicklung. Die mit Abstand wichtigste Ertragsquelle des Kantons stellen dabei die kantonalen Steuern dar. Diesen wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 3.3 Prozent prognostiziert.

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Vorlage Botschaft und Entwurf zum Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2016–2018.

1 Einleitung

Der gemäss Art. 16d des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG) jährlich auszuarbeitende Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verfolgt die nachstehenden Zielsetzungen:

- Konsolidierte Zusammenstellung der zentralen Grundlagen für die mittelfristige Planung und Steuerung von Aufgaben und Finanzen;
- Übersichtliche Darstellung der mutmasslichen finanziellen Veränderungen in den kommenden Jahren;
- Schaffung der notwendigen Grundlagen für mittelfristig orientierte finanzpolitische Entscheide und Vorgaben.

Zu diesem Zweck werden zunächst die relevanten Planungsgrundlagen und Sachplanungen dargestellt (Kapitel 2). Darauf aufbauend wird für die Jahre 2016 bis 2018 die Entwicklung von Ertrag und Aufwand der Erfolgsrechnung sowie von Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung aufgezeigt und kommentiert (Kapitel 3). Weiter werden die anstehenden Gesetzesvorhaben und die Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite vorgestellt sowie deren finanzielle Folgen aufgezeigt (Kapitel 4 und 5).

2 Grundlagen der Planung

2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen

Den allgemeinen Rahmen des AFP bilden das Finanzleitbild und die darin festgehaltenen finanzpolitischen Ziele, die im Jahr 2002 für den Kanton verabschiedet wurden (vgl. Anhang 1 zum Finanzplan 2003–2005, 33.02.04). Die Ziele betreffen die Bereiche Ausgaben- und Einnahmenpolitik, Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit sowie Aufgabenteilung. Besonders zu erwähnen sind:

Ausgabenpolitik: Die Gesamtausgaben des Kantons werden so gesteuert, dass die Staatsquote nicht weiter ansteigt. Deshalb sind bei neuen Aufgaben deren finanzielle Auswirkungen abzuklären und mögliche Kompensationen der Mehrausgaben für neue Aufgaben durch Einsparungen bei bisherigen Aufgaben zu prüfen.

Einnahmenpolitik: Die Steuerquote des Kantons steigt nicht weiter an; mittelfristig wird eine Senkung angestrebt. Erhöhungen des Staatssteuerfusses sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Kanton weist sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmungen im interkantonalen Vergleich eine konkurrenzfähige Steuerbelastung aus. Gezielte, tarifarische Steuerentlastungen haben gegenüber allgemeinen Senkungen des Steuerfusses Vorrang.

Begrenzung der Verschuldung und Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit: Der Kanton verschuldet sich nicht für laufende Aufwendungen. Die Erfolgsrechnung muss ausgeglichen sein. Das Budget darf maximal einen Aufwandüberschuss in der Höhe des Ertrags von 3 Prozent der einfachen Steuer vorsehen.¹ Ein allfälliger Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung ist dem Budget des übernächsten Jahres zu belasten, soweit er nicht durch Eigenkapital gedeckt werden kann.²

Die Verschuldung für Investitionen wird auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten gering gehalten. Zu diesem Zweck werden Investitionen innerhalb von fünf bzw. zehn Jahren abgeschrieben.³ Grosse Schwankungen des jährlichen Investitionsvolumens werden vermieden. Das Eigenkapitalvolumen wird konjunkturgerecht gesteuert; in wirtschaftlich günstigen Phasen ist freies Eigenkapital aufzubauen.

Ausgleich des Budgets: Der Staatssteuerfuss wird so festgesetzt, dass der Aufwandüberschuss im Budget der Erfolgsrechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Er kann gesenkt werden, wenn das freie Eigenkapital den geschätzten Ertrag von 20 Prozent der einfachen Steuer übersteigt.⁴

Aufgabenteilung: Der Kanton beachtet im Verhältnis zu den Gemeinden das Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Gemeindeautonomie. Der Kanton sorgt dafür, dass zwischen den Gemeinden keine zu grossen Unterschiede im kommunalen Leistungsangebot und in der Steuerbelastung bestehen.

¹ Dies entspricht heute einem Betrag von 36.0 Mio. Franken (vgl. Botschaft zum Budget 2015, S. 94).

² Vgl. Art. 61 StVG.

³ Vgl. Art. 50 StVG und Art. 10 der Finanzhaushaltsverordnung, sGS 831.1. Mit der Massnahme S1 des Sparpakets II wurden die Abschreibungsfristen für Spitalbauten auf 25 Jahre verlängert; vgl. Kantonsratsbeschluss «Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushalts» vom 6./7. Juni 2012 (33.12.09).

⁴ Vgl. Art. 61 StVG.

2.2 Finanzielle Grundlagen

2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2014

Die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2011 bis 2013 sowie das mutmassliche Rechnungsergebnis für das Jahr 2014 zeigen folgendes Bild:

in Mio. Fr.	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Mutmasslich 2014
Erfolgsrechnung				
Aufwand	4'461.8	4'490.9	4'475.2	4'589.9
Ertrag vor Bezug Eigenkapital	4'217.2	4'246.9	4'407.3	4'503.4
Aufwandüberschuss vor Bezug Eigenkapital	244.6	244.0	67.9	86.5
Bezug besonderes Eigenkapital	54.8	38.7	61.2	25.6
Aufwandüberschuss nach Bezug besonderes Eigenkapital	189.8	205.3	6.7	60.9
Bezug freies Eigenkapital	125.0	200.0	80.0	50.0
Aufwandüberschuss	64.8	5.3		10.9
Ertragsüberschuss			73.3	
Investitionsrechnung				
Ausgaben	198.4	211.2	149.0	480.6
Einnahmen	46.2	37.2	34.1	45.4
Nettoinvestition	152.2	174.0	114.9	435.2
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	96.9	99.8	107.6	130.6
Saldo der Erfolgsrechnung	-64.8	-5.3	73.3	-10.9
Selbstfinanzierung	32.1	94.5	180.9	119.7
Nettoinvestition	152.2	174.0	114.9	435.2
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag (-)	-120.1	-79.6	66.0	-315.5
Selbstfinanzierungsgrad	21%	54%	158%	28%
Eigenkapital (Bestand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	528.3	323.0	316.4	255.5
Besonderes Eigenkapital	467.1	428.4	367.2	341.6
Gesamtes Eigenkapital	995.4	751.4	683.6	597.1

Nach mehreren Jahren mit positiven Abschlüssen schlossen die Rechnungen 2011 und 2012 trotz hoher Eigenkapitalbezüge mit Defiziten ab. Die Rechnung 2013 wies dank bedeutenden Eigenkapitalbezügen von gesamthaft 141.2 Mio. Franken einen Ertragsüberschuss von gut 70 Mio. Franken aus. Die mutmassliche Rechnung 2014 lässt bei Eigenkapitalbezügen von 75.6 Mio. Franken einen Aufwandüberschuss von 10.9 Mio. Franken erwarten. Das Defizit fällt damit mutmasslich um rund 20 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Die Verbesserung ist hauptsächlich aufgrund vom höheren Erträgen aus kantonalen Steuern sowie aufgrund von Minderbelastungen beim öffentlichen Verkehr, bei den Ergänzungsleistungen und beim Innerkantonalen Finanzausgleich zu erwarten. Im Gegenzug fallen die im Budget 2014 budgetierten Gewinnausschüttungen der SNB weg, welche das Ergebnis belasten werden. In der mutmasslichen Rechnung 2014 noch nicht berücksichtigt sind Mehraufwendungen in der Grössenordnung von rund 20 bis 30 Mio. Franken, welche im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 im Jahr 2014 durch die

Bildung einer Rückstellung für aufgelaufene Ferien- und Überzeitguthaben anfallen. Diese werden das Rechnungsergebnis 2014 zusätzlich belasten.

Im Bereich der Investitionsrechnung ist im Jahr 2014 gegenüber den Vorjahren ein bedeutender Anstieg der Nettoinvestitionen auf 435 Mio. Franken zu erwarten. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Erhöhung im Bereich der Finanzierungen zurückzuführen, konkret für die Ausfinanzierung der St.Galler Pensionskasse. Diese belastet das Rechnungsergebnis 2014 voraussichtlich mit Ausgaben von 272.8 Mio. Franken, wobei gemäss Beschluss des Kantonsrates davon ein Viertel durch die Mitarbeitenden mittels Lohnabzügen in den Jahren 2014 bis 2018 zu tragen sein wird.

Der Bestand des gesamten Eigenkapitals nahm vom Höchststand von 1.4 Mrd. Franken Ende 2009 auf rund 680 Mio. Franken per Ende 2013 ab. Ende 2014 wird das gesamte Eigenkapital – ohne Berücksichtigung der Mehraufwendungen zur Bildung einer Rückstellung für aufgelaufene Ferien- und Überzeitguthaben – voraussichtlich noch knapp 600 Mio. Franken betragen, wobei das freie Eigenkapital noch einen Wert von rund 256 Mio. Franken aufweisen wird.

2.2.2 Budget 2015

in Mio. Fr.

	Budget 2014	Budget 2015
Erfolgsrechnung		
Aufwand	4'580.6	4'698.9
Ertrag vor Bezug Eigenkapital	4'474.9	4'623.1
Aufwandüberschuss vor Bezug Eigenkapital	105.7	75.8
Bezug besonderes Eigenkapital	25.6	25.6
Aufwandüberschuss nach Bezug besonderes Eigenkapital	80.1	50.2
Bezug freies Eigenkapital	50.0	25.0
Aufwandüberschuss	30.1	25.2
Investitionsrechnung		
Ausgaben	516.8	400.4
Einnahmen	59.4	125.5
Nettoinvestitionen	457.4	274.9

Das Budget 2015 sieht in der Erfolgsrechnung einen Aufwandüberschuss von 25.2 Mio. Franken vor. Dieser Wert beinhaltet Bezüge aus dem freien Eigenkapital von 25 Mio. Franken zur Finanzierung der Übergangsmassnahme Ü1 aus dem EP 2013 (Finanzierung Vergütungsanteile für stationäre Spitalbehandlungen) und dem besonderen Eigenkapital von 25.6 Mio. Franken. Das bereinigte Aufwandwachstum beträgt im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr 1.6 Prozent.

2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Gefolge einer noch immer wenig gefestigten Weltwirtschaft, insbesondere der wieder ins Stocken geratenen Erholung im Euroraum, hat auch der schweizerische Konjunkturmotor gemäss jüngster Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes (Herbstprognose 2014) an Fahrt verloren. Die Expertengruppe geht davon aus, dass die jüngsten Schwächesignale der Schweizer Wirtschaft nur eine konjunkturelle Verschnaufpause darstellen und sich die Wirtschaftsdynamik allmählich wieder verstärken dürfte. Aufgrund dieser Entwicklung fällt die Wachstumsprognose gegenüber der letzten Prognose (von Juni 2014) leicht tiefer aus. Neu wird für das laufende Jahr 2014 mit einem BIP-Wachstum von 1.8 Prozent (bisher 2.0 Prozent) gerechnet. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die stotternde Konjunktur auf wichtigen Auslandsmärkten, wodurch eine durchgreifende Belebung der schweizerischen Exporte bislang auf sich warten las-

sen. Hinzu kommt, dass auch die inländische Nachfrage, die in den letzten Jahren massgeblich zur robusten Konjunktorentwicklung beitragen konnte, im ersten Halbjahr 2014 etwas an Dynamik einbüsste. Die eingetriebenen Stimmungsindikatoren bei den Unternehmen signalisieren derzeit eine gewisse Verunsicherung, insbesondere bezüglich der Weltkonjunktur.

Mit Blick auf das Jahr 2015 stellt sich angesichts dieser jüngsten Schwächesignale auch für die Schweiz die Frage, ob die Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung ernsthaft in Frage gestellt ist. Gegen eine länger andauernde Konjunkturschwäche sprechen die in der Grundtendenz freundlich bleibenden Aussichten für die Inlandkonjunktur. So dürften die konjunkturstützenden Faktoren Tiefzinsen und Zuwanderung auch im kommenden Jahr weiter andauern und insbesondere die Bauinvestitionen und die private Konsumnachfrage positiv beeinflussen. Daneben dürfte sich das Umfeld für die Exportwirtschaft zögerlich aufhellen – dies unter der Voraussetzung, dass sich die Erholung der Weltkonjunktur festigen und insbesondere der Euroraum einen Rückfall in die Rezession vermeiden kann. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) behält ihre grundlegende Prognose, dass die Schweizer Konjunktur durch eine anhaltend robuste Inlandnachfrage und eine langsame Exporterholung gestützt werden und sich die Wirtschaftsdynamik allmählich wieder verstärken dürfte. Da jedoch sämtliche Impulse etwas schwächer eingeschätzt werden, fällt die Wachstumsprognose leicht tiefer aus. Die Expertengruppe rechnet für 2015 neu mit einer Beschleunigung auf 2.4 Prozent (bisher 2.6 Prozent).

Im Zuge der schwächeren Konjunkturdynamik verlief auch die Arbeitsmarktentwicklung im bisherigen Jahresverlauf weniger gut als erwartet. Unter der Voraussetzung einer anziehenden Wirtschaftsdynamik beurteilt das SECO die Aussichten für den Arbeitsmarkt weiterhin als freundlich. Allerdings dürften die Verbesserung des Beschäftigungswachstums und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit erst im Verlauf des nächsten Jahres und damit langsamer als bisher erwartet einsetzen. Gemäss der neuen Prognose dürfte die Arbeitslosenquote 2014 im Jahresdurchschnitt 3.2 Prozent betragen (bisherige Prognose 3.1 Prozent) und 2015 leicht auf 3.1 Prozent sinken (bisher 2.8 Prozent).

Vor dem Hintergrund der Konjunkturperspektiven ist im Kanton St.Gallen mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen. Die prognostizierte positive Entwicklung ab 2015 sollte sich demnach auch entsprechend auf die Steuererträge auswirken.

2.4 Sparpakete I und II und Entlastungsprogramm 2013

2.4.1 Umsetzung Sparpakete I und II

Die Umsetzung der Massnahmen der Sparpakete I und II (Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushaltes [33.11.09] sowie Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushalts [33.12.09]) sind grundsätzlich integraler Bestandteil des AFP 2016–2018, sofern sie nicht durch nachträgliche Beschlüsse rückgängig gemacht wurden.⁵

Zu ausgewählten Massnahmen der Sparpakete I und II werden folgende Bemerkungen angebracht:

- **Sparpaket I, Nr. 43 (Übertragung kantonspolizeilicher Aufgaben an die Stadtpolizei St.Gallen: Reduktion der Entschädigung auf tatsächliche Kosten oder Kündigung der Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben mit der Stadt):** Mit dem Sparpaket I beschloss der Kantonsrat, die Entschädigung des Kantons an die Stadt St.Gallen für übertragene kantonspolizeiliche Aufgaben auf die tatsächlichen Kosten zu reduzieren (vgl. Art. 24 Abs. 2 des Polizeigesetzes, sGS 451.1; abgekürzt PG). Regierung und Kantonsrat erwarteten dabei aufgrund der seitens des Kantons vorgenommenen Schätzungen ein Sparvolumen von rund 4.4 Mio. Franken jährlich ab dem Jahr 2014. In den Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton musste in der Folge anerkannt werden, dass die Stadtpolizei im Rahmen ihrer verkehrspolizeilichen Aufgaben, aber auch bei der Erfüllung der – gemeindepolizeilichen – Aufga-

⁵ Hierzu gehört die in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 abgelehnte Kürzung der Ergänzungsleitungen um 4.4 Mio. Franken (Massnahme Nr. 13 aus dem Sparpaket I).

ben der Sicherheitspolizei (vgl. Art. 13 Bst. a PG) wesentliche Leistungen zugunsten der Kantonspolizei, namentlich der Kriminalpolizei auf Stadtgebiet, erbringt. Als Ergebnis einer Analyse ist davon auszugehen, dass die Leistungen der Stadtpolizei einen Umfang von 65 Personaleinheiten umfassen. Diesen Personaleinsatz müsste die Kantonspolizei, wenn sie die kantonspolizeilichen Aufgaben auf Stadtgebiet selbst erfüllen müsste, aufwenden. Im Sinn einer Nettobetrachtung wurden dabei die Kosten pro Personaleinheit auf 100'000 Franken vereinbart. Die Stadt sorgt für die Kosten der Ausbildung, der Ausrüstung, der Entlohnung, des Einsatzes usw., kann aber im Gegenzug Bussenerträge weiterhin einbehalten. Damit ergibt sich eine Abgeltung für die übertragenen kantonspolizeilichen Aufgaben von 6.5 Mio. Franken jährlich. Gegenüber der bis 2013 bezahlten Entschädigung von 8.4 Mio. Franken resultiert für den Kanton lediglich ein Sparvolumen von 1.9 Mio. Franken.

- **Sparpaket II, E1 (Begrenzung Pendlerabzug):** Mit der 1. Lesung des XI. Nachtrags zum Steuergesetz (Sammelvorlage 2 zum EP 2013, 22.14.04) hat der Kantonsrat am 26. November 2014 beschlossen, den Pendlerabzug auf maximal 3'655 Franken (Generalabonnement 2. Klasse für Erwachsene) zu beschränken. Aus diesem Beschluss ergeben sich für den Kanton St.Gallen Mehrerträge von jährlich 13.5 Mio. Franken ab 2016. Gegenüber der ursprünglichen Schätzung im Rahmen der Botschaft zum Sparpaket II (33.12.09) erfolgen die Mehrerträge um ein Jahr verzögert. Mit Mehrerträgen von 13.5 Mio. Franken können die geschätzten Zusatzerträge von ursprünglich 13.0 Mio. Franken leicht überschritten werden. Die Beschränkung des Pendlerabzugs wird auch bei den Gemeinden jährliche Mehrerträge in der Grössenordnung von knapp 17 Mio. Franken zur Folge haben.

2.4.2 Umsetzung Entlastungsprogramm 2013

Mit dem Kantonsratsbeschluss über das Entlastungsprogramm 2013 (33.13.09; EP 2013) hat der Kantonsrat im August 2013 Entlastungsmassnahmen im Haushalt des Kantons St.Gallen im Umfang von gesamt 111.4 Mio. Franken gegenüber den Planwerten des AFP 2014–2016 beschlossen (inkl. Aktualisierungen von 47.5 Mio. Franken: Gesamtentlastung 158.9 Mio. Franken). Nachstehende Tabelle zeigt die Massnahmen des EP 2013 und die damit tatsächlich umgesetzten Entlastungen in den Budgets 2014 und 2015 sowie im AFP 2016. Die Werte in Klammern verweisen auf die ursprüngliche Entlastungswirkung gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 22. August 2013.

Massnahmen des EP 2013	Budget 2014	Budget 2015	AFP 2016	Umsetzung
E2 Verzicht auf Supportleistungen und Überprüfung der Planungs- und Steuerungsinstrumente	90'000	90'000	130'000	Ja
E3 Erhöhung der Legalisations- und Raumnutzungsgebühren	200'000	200'000	200'000	Ja
E3bis Marke «St Gallen kann es.»	50'000	50'000	50'000	Ja
E4 Reduktion beim Ausbau des öV-Angebots	0	0	1'750'000	Ja
E5 Reduktion der Landschaftsqualitätsbeiträge	140'000	250'000	250'000	Ja
E6 Beitragsreduktion Jungwaldpflege	84'000	84'000	84'000	Ja
E7 Beitragsreduktion Schutzwaldpflege und Schutzbauten	465'000	465'000	465'000	Ja
E8 Reduktion landwirtschaftliche Beratungsleistungen	200'000	200'000	200'000	Ja
E9 Reduktion der Staatsbeiträge für landwirtschaftliche Strukturverbesserungen	200'000	200'000	200'000	Ja
E10 Reduktion der Standortförderung	600'000	530'000	600'000	Ja
E11 Arbeitsbedingungen: Gebührenerhöhungen und Leistungsabbau	280'000	350'000	350'000	Nur teilweise, aber anderweitig kompensiert
E12 Statistik: Akquisition von verrechenbaren Leistungsaufträgen	55'000	55'000	55'000	Ja
E13 Effizienzsteigerung Arbeitslosenkasse und Finanzierung aus Arbeitsmarktfonds	500'000	500'000	500'000	Ja
E14 Reduktion Integration und Gleichstellung	252'000	252'000	252'000	Ja
E15 Reduktion Aufwand Volksabstimmungen und Betrieb Stimmregister der Auslandschweizer	25'000	50'000	50'000	Ja

Massnahmen des EP 2013	Budget 2014	Budget 2015	AFP 2016	Umsetzung
E16 Streichung der ausserordentlichen Ergänzungsleistungen (AEL)	0	0	800'000 (8'800'000)	Verzögerte Umsetzung, gemäss KR-Beschluss vom 25.11.14, 1. Lesung Nachtrag EL-Gesetz (Sammelvorlage 2 zum EP 2013, 22.14.04)
E17 Erhöhung der Vermögensanrechnung für EL-Bezüger	0	1'920'000	1'536'000	Ja
E18 Neuausrichtung Gemeindeaufsicht	100'000	100'000	250'000	Ja
E19 Einsparungen bei St.Galler Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung mit überdurchschnittlichen Kosten	0	1'900'000	5'567'000	Ja
E20 Einsparungen bei St.Galler Einrichtungen für schutzbedürftige Personen	0	0	200'000	Ja
E21 Leistungsabbau bei Kantonsbibliothek Vadiana	0	400'000	400'000	Ja
E22 Streichung Denkmalpflegebeiträge	0	160'000	680'000	Ja
E23 Leistungsabbau Staatsarchiv	100'000	100'000	100'000	Ja
E24 Leistungsreduktion Kulturförderung	380'000	560'000	560'000	Ja
E25 Gebührenerhöhungen Beurkundungen	200'000	200'000	200'000	Ja
E26 Verrechnung Personalaufwendungen Informatik an Weiterbildungsabteilungen der Berufsfachschulen	80'000	200'000	200'000	Ja
E27 Stipendien: Zuschlagsverzicht für zusätzliche Lebenshaltungskosten	360'000	900'000	1'350'000	Ja
E28 Verzicht auf Staatsbeitrag an die kath. Kantonssekundarschule St.Gallen (Flade)	0	0	2'090'000	Ja
E28bis Verzicht auf eine flächendeckende obligatorische Fremdevaluation in der Volksschule	0	0	1'000'000	Ja
E29 Schliessung der Wirtschaftsmittelschule an den Standorten Heerbrugg und Wattwil	0	130'000	450'000	Ja
E29bis Kostendeckende Führung des Untergymnasiums in St.Gallen	90'000	180'000	180'000	Ja
E31 Wiedereinführung der Kostenpflicht für Berufsbildnerkurse	0	540'000	540'000	Ja
E32 Beitrag aus dem Sport-Toto-Fonds an Kurse des Amtes für Sport	125'000	125'000	125'000	Ja
E33 Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit verbindlichen Staatsbeiträgen mit der Universität St.Gallen und Erhöhung der Autonomie	2'000'000	2'000'000	3'500'000	Ja
E34 Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit verbindlichen Staatsbeiträgen mit der Pädagogischen Hochschule St.Gallen und Erhöhung der Autonomie	0	0	1'000'000	Ja
E35 Einführung mehrjähriger Leistungsvereinbarungen mit verbindlichen Staatsbeiträgen mit den Fachhochschulen und Erhöhung der Autonomie	2'000'000	2'000'000	3'500'000	Ja
E36 Reduktion der internen Prämien im Risk Management	250'000	250'000	250'000	Ja
E37 Streichung der Bezugsprovision direkte Bundessteuer an Gemeinden	0	2'800'000	2'800'000	Ja
E38 Einsetzen zusätzlicher Steuerkommissäre	0	1'800'000	3'600'000	Ja
E39 Einführung Mindeststeuer für Kapitalgesellschaften	-200'000	-200'000	3'200'000	Ja
E40 Entlastungen im Bereich der zentralen Informatik Dienstleistungen	630'000	300'000	200'000 (700'000)	Nur teilweise, ab 2016 noch fehlende Umsetzung im Bereich GIS (500'000 Fr.)
E41 Reduktion der Leistungen im Bereich Personalmanagement	335'000	335'000	335'000	Ja
E42 Reduktion der Leistungen im Bereich der Personal- und Organisationsentwicklung	200'000	200'000	200'000	Ja
E43 Kostenreduktion im Bereich der Personaladministration	119'000 (162'000)	192'000	192'000	Ja
E44 Standardisierung und Vereinfachung der Arbeitsprozesse in der Wohnbauförderung	0	70'000	140'000	Ja
E45 Erhöhung Kostendeckungsgrad für Bearbeitungsaufwand Bewilligungen	260'000	260'000	260'000	Ja
E46 Effizienzsteigerung und Aufgabenreduktion im Bereich Vermessung und Geoinformation	200'000 (280'000)	0 (200'000)	0 (200'000)	Nur bedingte Umsetzung im Jahr 2014

Massnahmen des EP 2013		Budget 2014	Budget 2015	AFP 2016	Umsetzung
E47	Reduktion Anteil Neubauvorhaben bei Bauten-und-Renovations-Projekten	1'200'000	1'200'000	1'200'000	Ja
E48	Leistungsabbau und Kostenoptimierung bei Gebäudebewirtschaftung	1'345'000 (1'705'000)	1'645'000 (1'705'000)	1'645'000 (1'705'000)	Schwergewichtig umgesetzt
E49	Reduktion Renaturierungen und Hochwasserschutz	1'514'000	1'514'000	1'514'000	Ja
E50	Erhöhung Kostendeckungsgrad für Bearbeitungsaufwand Bewilligungen und Aufgabenverzicht	584'000	634'000	634'000	Ja
E51	Reduktion Staatsbeiträge und Öffentlichkeitsarbeit im Energiebereich	620'000	620'000	620'000	Ja
E52	Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms «Via Sicura Paket II»	6'800'000	8'000'000	7'100'000	Ja
E53	Regionalisierung/Kantonalisierung des Zivilschutzes	0	0	2'263'000	Ja
E54	Zuweisung gesamter Gebührenertrag Identitätskarten an Kanton	660'000	660'000	660'000	Ja
E55	Gebührenerhöhung für Strafbefehle	800'000	800'000	800'000	Ja
E55bis	Gebührenüberschuss Strassenverkehr zugunsten allg. Haushalt	0	0	0	Umsetzung Massnahme S3 aus dem Sparpaket II. Keine direkte Entlastungswirkung im EP 2013.
E57	Abbau der Rückstände bei Fahrzeugprüfungen sowie verschiedene Massnahmen in Bereichen Prüfstellen, Seerettungsdienste und Unfallverhütung	665'000	665'000	665'000	Ja
E58	Kürzungen Beiträge stationäre Versorgung und Beiträge zur Sicherstellung der Versorgung sowie Gewinnabschöpfung Spitalverbunde	6'500'000	14'000'000	21'000'000	Ja
E59	Kürzung Kantonsbeitrag an Individuelle Prämienverbilligung	6'500'000	6'500'000	6'500'000	Ja
E60	Pensumreduktion ärztlicher Tutor und Streichung Beitrag Mitarbeiterbefragung	180'000	130'000	130'000	Ja
E61	Reduktion des Projektaufwands bei Präventionsvorhaben	250'000	250'000	250'000	Ja
E62	Mitfinanzierung elektronische Kostengutspracheverfahren im Gesundheitswesen (eKOGU) durch Nutzerkantone	15'000	15'000	15'000	Ja
E63	Reduktion der Staatsbeiträge im Rahmen des Beitritts zur IVSE, Liste C	490'000	490'000	490'000	Ja
E64	Gebührenerhöhungen Gesundheitspolizei und Kantonsapotheke	50'000	50'000	50'000	Ja
E65	Reduktion des Kantonsbeitrags an die Tierseuchenkasse	333'000	333'000	333'000	Ja
E66	Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung	0	10'000'000	10'000'000	Ja
E67	Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in Verbindung mit der Massnahme E66	0	0 (2'500'000)	5'500'000 (6'200'000)	Nichterfüllung im Budget 2015. Ab 2016ff. erfüllt durch Finanzierungsanteil der Gemeinden von 50 Prozent an Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI). (vgl. Gesetzesvorhaben in Kapitel 4.3.1)
Gesamtentlastung EP 2013		38'876'000 (39'359'000)	68'204'000 (70'964'000)	101'910'000 (111'370'000)	
Ü1	Senkung des kantonalen Vergütungsanteils für stationäre Spitalbehandlungen	0	25'000'000	17'000'000	Ja, aber Finanzierung aus freiem Eigenkapital anstatt besonderem Eigenkapital
Gesamtentlastung EP 2013 inkl. Übergangsmassnahme		38'876'000 (39'359'000)	93'204'000 (95'964'000)	118'910'000 (128'370'000)	
G1	I. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz: Verzicht auf vollständige Kompensation der Auswirkungen der Vorlage «II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz / II. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung» auf Gemeinden	3'900'000	3'900'000	3'900'000	Ja

Wie obige Darstellung zeigt, resultiert aus der tatsächlichen Umsetzung des EP 2013 (ohne Übergangsmassnahme) im Jahr 2016 eine Entlastungswirkung von gesamthaft 101.9 Mio. Franken. Gegenüber den vom Kantonsrat beschlossenen Gesamtentlastungen im August 2013 von insgesamt 111.4 Mio. Franken verbleibt eine Differenz von 9.5 Mio. Franken. Diese ergibt sich hauptsächlich aus der Modifizierung der Massnahme E16 (Streichung a.o. EL) gemäss Beschluss des Kantonsrats an der Novembersession 2014 (vgl. untenstehende Bemerkungen).

Ergänzende Bemerkungen zu ausgewählten Massnahmen des EP 2013:

- **E16 (Streichung a.o. EL):** Der Kantonsrat hat sich an der ersten Lesung vom 25. November 2014 zum VIII. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz (Sammelvorlage 2 zum EP 2013, 22.14.04) für die Streichung der a.o. Ergänzungsleistungen für Neurentner per 2016 ausgesprochen. Für Bezüger von a.o. Ergänzungsleistungen soll die Streichung aber erst ab dem Zeitpunkt erfolgen, ab dem die Bundeslösung bezüglich Erhöhung des Mietzinsmaximums in Kraft gesetzt wird (Annahme 2018). Die ursprünglich vorgesehene Entlastungswirkung im Jahr 2016 von 8.8 Mio. Franken wird mit einer Einsparung von lediglich 0.8 Mio. Franken weit verfehlt.
- **E66 (Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung):** Diese Massnahme sieht vor, durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung den allgemeinen Haushalt ab 2015 um 10 Mio. Franken pro Jahr zu entlasten. Das Entlastungsziel wurde auf Basis des Personal- und Sachaufwands auf die Departemente, die Staatskanzlei und die Gerichte verteilt. Die Massnahme E66 wurde wie beschlossen von den Departementen und der Staatskanzlei vollständig umgesetzt und ist entsprechend im Budget 2015 wie auch in den Planjahren 2016 bis 2018 eingestellt. Die im Herbst 2012 vom Kantonsrat für das Budget 2013 beschlossene Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent (–6.9 Mio. Franken) wird noch bis Ende 2015 weitergezogen. Departemente, welche diese Personalaufwandsreduktion mit dauerhaften Massnahmen umgesetzt haben, konnten sich diese Entlastungen ab 2016 an die Erreichung der Sparvorgaben aus der Massnahme E66 anrechnen lassen. Vgl. hierzu auch summarische Ausführungen in der Botschaft zum Budget 2015 (33.14.03, Kapitel 3.1.2).
- **E67 (Gemeinden):** Die Umsetzung des Bundesbeschlusses über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) hat für die Gemeinden bei einem Beitragsschlüssel von 50/50 ab 2016 eine Nettomehrbelastung von jährlich 5.5 Mio. bis 6.2 Mio. Franken zur Folge. Mit der Festsetzung des Beitragsschlüssels von 50/50 zwischen Kanton und Gemeinden kann die Massnahme E67 aus dem EP 2013 als umgesetzt betrachtet werden. Vgl. hierzu auch die Ausführungen zum Gesetzesvorhaben in Kapitel 4.3.1.

Nebst den oben tabellarisch aufgeführten Entlastungsmassnahmen hat der Kantonsrat mit dem EP 2013 diverse Aufträge formuliert, über dessen Umsetzungsstand kurz informiert wird:

Auftrag	Inhalt	Umsetzungsstand
Ziffer 1	Die Regierung wird eingeladen zu prüfen, mit welchen Massnahmen und in welchem Umfang sich im Bereich der Mehrwertsteuerberechnungen insbesondere im Bereich von Bauvorhaben Entlastungen für den Kantonshaushalt erzielen lassen.	Die Arbeiten sind im Gang. Die Regierung wird über die Abklärungsergebnisse im Rahmen der Budgetbotschaft 2016 orientieren.
Ziffer 2	Die Regierung wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Kanton und Gemeinden für den Bereich Denkmalpflege zu entflechten, so dass jede Staatsebene nur für die jeweils eigenen Schutzobjekte zuständig ist. Dafür sind nach einheitlichen Kriterien und mit Blick auf den Gesamtbestand im Kanton die schützenswerten Objekte (Einzelbauten oder Bauteile, Ensembles, Ortsbilder) zu bestimmen und diese dann nach ihrer Bedeutung auf die beiden Staatsebenen aufzuteilen. Auf dieser Basis setzt sich jede Staatsebene für die ihr zugeteilten schützenswerten Objekte ein und trägt auch die entsprechenden finanziellen Beiträge. Bei Sakralbauten sind die betreffenden Konfessionsteile in die Diskussion über die Aufgabenteilung und die Finanzierung einzubeziehen.	Die Arbeiten sind im Gang. Geplant ist, mit den Gemeinden eine Vereinbarung über die Aufgabenteilung in der Denkmalpflege abzuschliessen – im Sinne einer Übergangsregelung bis zum Erlass des neuen Planungs- und Baugesetzes sowie des Kulturgesetzes (welche die Inventarisierung und das Beitragswesen regeln sollen) bis zum Vorliegen der notwendigen Inventare. Verhandlungen laufen. Zieltermin: Anfang 2016.

Auftrag	Inhalt	Umsetzungsstand
Ziffer 4	Der Finanzkommission ist ein Auftrag zu erteilen, im Budget 2014 einen Sparbeitrag bei den Gerichten zu prüfen.	Sparbeitrag wurde definiert und umgesetzt.
Ziffer 7	Die Regierung wird eingeladen, die Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und des Amtes für Mittelschulen im Bildungsdepartement zu prüfen.	Die Zusammenlegung wird insbesondere auch von der Weichenstellung im angelaufenen Projekt zur Neuordnung der Behördenstruktur der Berufsfachschulen abhängen. Die entsprechende Prüfung kann vor diesem Hintergrund ab Herbst 2015 einsetzen.
Ziffer 10	Die Regierung wird eingeladen, die Bildung einer spezialisierten Regressabteilung für Regressforderungen des Kantons St.Gallen gegen die Haftpflichtversicherungen im Zuge von Verkehrsunfällen zu prüfen. Im Vordergrund steht eine Eingliederung dieser Regressabteilung ins Risk Management der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt.	Die Arbeiten sind im Gang. Die Regierung wird über die Abklärungsergebnisse im Rahmen der Budgetbotschaft 2016 orientieren.
Ziffer 12	Die vorberatende Kommission «IX. Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über den Kantonsstrassenplan» und «Kantonsratsbeschluss über das 16. Strassenbauprogramm für die Jahre 2014 bis 2018» wird eingeladen, im Rahmen der Beratung der Vorlagen die Umsetzung der Massnahmen 55bis umzusetzen.	Umsetzung erfolgte mit Kantonsratsbeschluss über das 16. Strassenbauprogramm für die Jahre 2014 bis 2018 vom 18. September 2013 (36.13.02)
Ziffer 15	Die Regierung wird eingeladen, die Zusammenlegung der Informations- und Kommunikationsdienste aller Departemente und der Regierung sowie ihre Ansiedelung bei der Staatskanzlei zu prüfen.	Die Arbeiten sind im Gang. Die Abklärungsergebnisse werden der Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 2015 vorgelegt.

Mit den sogenannten S-Massnahmen hat die Regierung im Rahmen des EP 2013 die Prüfung zahlreicher organisatorischer Ansätze angekündigt. Zu nennen sind dabei insbesondere die Analyse der Departementsstrukturen, die Anpassung von Zuständigkeiten, die Zusammenlegung von Ämtern, Optimierungen im Bereich der Planungs- und Steuerungsinstrumente und der Investitionsprozesse sowie Optimierungen in den Querschnittsbereichen Immobilien, Personal, Informatik und Rechnungswesen. Über die Prüfergebnisse kann folgendermassen informiert werden:

S-Massnahme	Inhalt	Umsetzungsstand
S1	Zusammenlegung von Ämtern	Die Zusammenlegung von Ämtern soll bei Bedarf geprüft und umgesetzt werden.
S2	Departementale Zuordnung der Gebäudeversicherungsanstalt zum Bereich Sicherheit	Eine Analyse wurde vorgenommen. Die Zuständigkeit für den Bereich Gebäudeversicherung wechselt auf die neue Amtsdauer zum Sicherheits- und Justizdepartement.
S3	Zusammenführung aller Aufgaben im Bereich Verkehr in einem Departement	Die Regierung hat die Analysen gesichtet. Auf eine Weiterbearbeitung wurde verzichtet.
S4	Klärung der Zuständigkeiten im Bereich der Geodaten	Diese Frage wird im Rahmen der Erarbeitung und Konkretisierung der Geodatenstrategie bearbeitet. Die entsprechenden Projektarbeiten sind im Gang.
S5	Verzicht auf Gremien	Das Bildungsdepartement prüft den Verzicht auf Gremien namentlich im Rahmen der Neuordnung der Behördenstruktur der Berufsfachschulen, die Gegenstand eines angelaufenen Projektes ist.
S6	Vereinfachungen und Optimierungen im Bereich der Planungs- und Steuerungsinstrumente und der Planungsprozesse, zum Beispiel durch eine Zusammenlegung der Prozesse zur Erarbeitung von Budget und Aufgaben- und Finanzplan	Der Prozess zur Erarbeitung von Budget und AFP wurde im Rahmen der Erarbeitung des Budgets 2015 und des AFP 2016–2018 im Jahr 2014 verwaltungsintern erstmals zusammengelegt. Weitere Optimierungen sind in Bearbeitung. Die Regierung wird dem Kantonsrat zudem im Jahr 2015 einen Nachtrag zum Staatsverwaltungs-gesetz vorlegen, welcher Anpassungen im Bereich der Planungs- und Steuerungsinstrumente beinhaltet und auch die Fragen der diesbezüglichen Optimierungen thematisiert.
S7	Optimierungen im Bereich des Immobilienmanagements und der Investitionsprozesse (siehe dazu auch die Kapitel 1.6.5 und 1.6.6 in der Botschaft, Berichterstattung im Rahmen des Postulatsberichts Investitionsprozesse)	Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 2.5.
S8	Optimierungen im Bereich der Personaladministration, zum Beispiel durch die Reduktion bzw. Straffung von dezentralen Personaldiensten	Die Projektarbeiten sind angelaufen. Analysen in einem Pilot-Departement (FD) wurden erstellt. Die Projektarbeiten werden im Jahr 2015 fortgeführt. Im VD wurden die dezentralen Personaldienste aufgehoben. Diese werden neu zentral geführt.

S-Massnahme	Inhalt	Umsetzungsstand
S9	Optimierungen im Bereich der Prozesse des Rechnungswesens	Die Projektarbeiten sind angelaufen. Analysen in einem Pilot-Departement (FD) wurden erstellt. Die Projektarbeiten werden im Jahr 2015 fortgeführt.
S10	Anpassung der Informatik-Organisation im Bereich von Aufgaben, die teilweise dezentral bei den Ämtern und nicht beim Dienst für Informatikplanung geführt werden	Eine Analyse der diesbezüglichen Schnittstellen und Abgrenzungen zwischen Dienst für Informatikplanung und Kantonspolizei mit entsprechenden Empfehlungen wurde im Jahr 2014 erstellt. Die Empfehlungen werden umgesetzt. Mit Analysen bezüglich weiterer Schnittstellen (insbesondere zum Baudepartement und Bildungsdepartement) wurde noch zugewartet. Diese sind mit weiteren Strategieprojekten im Bereich der kantonalen Informatik abzustimmen.
S11	Mittelfristige Zusammenlegung von Rechenzentren von Institutionen und Informatikanbietern mit Bezug zum Kanton St.Gallen	Die Arbeiten wurden aufgenommen. Sie sind jedoch mittelfristig bis langfristig ausgerichtet und als Daueraufgabe anzusehen.
S12	Konsolidierung im Bereich der Rechtsdienste	Die Analyse der Rechtsdienste, welche im Rahmen der Strukturreform 2006 erfolgte, wurde als Basis für eine nochmalige Überprüfung der entsprechenden Strukturen genommen. Die damaligen Überlegungen wurden bestätigt. Die seither getroffenen Massnahmen (z. B. Schaffung RELEG bei der Staatskanzlei) haben sich bewährt. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

2.5 Investitionsplanung

Im Bericht zum Investitionsprogramm 2015–2024 vom 15. April 2014 (33.14.01) hat die Regierung in Aussicht genommen, mit dem AFP 2016–2018 erstmals im Sinn der Neugestaltung des Immobilienmanagements des Kantons St.Gallen (40.13.03) über die priorisierte Investitionsplanung zu orientieren. Dem soll mit den folgenden Ausführungen nachgekommen werden.

Im Bericht vom 15. April 2014 wurde darauf hingewiesen, dass in das aktualisierte Investitionsprogramm 2015–2024 gegenüber dem letztjährigen Investitionsprogramm 2014–2023 keine der von den Departementen neu beantragten Investitionsvorhaben aufgenommen werden konnten. Der Verzicht auf die Neuaufnahme von Investitionsvorhaben war notwendig aufgrund des bereits sehr hohen Niveaus an geplanten Neuinvestitionen. Die aktualisierten priorisierten Investitionsvorhaben im Zeitraum 2015–2024 für Hochbauten, technische Einrichtungen und Investitionsbeiträge belaufen sich ohne Neuaufnahmen auf ein Volumen von rund 1.8 Mrd. Franken und erreichen damit die Grenze des Investitionsvolumens von durchschnittlich 180 Mio. Franken pro Jahr (vgl. Beilage ab Seite 56). Das Investitionsvolumen für die Hochbauten alleine beträgt für die Jahre 2015–2024 jährlich rund 150 Mio. Franken. Der Wert von 180 Mio. Franken entspricht der Maximalgrenze an Neuinvestitionen gemäss Beschluss des Kantonsrats im Zusammenhang mit dem Sparpaket I (33.11.09, Ziffer II/3).

Die Regierung hat sich zwischenzeitlich intensiv mit der Thematik der zukünftigen Investitionsplanung sowie mit den langfristigen finanziellen Auswirkungen der Investitionstätigkeit auf die Erfolgsrechnung auseinandergesetzt. Auf der Basis einer detaillierten Zustandsanalyse aller Hochbauten im Portfolio des Kantons St.Gallen, der Risiken durch mangelhafte Erdbeben- und Nutzungssicherheit und der aktuellen Investitionsplanung wurde eine Hochrechnung zum Finanzbedarf zur langfristigen Werterhaltung der Hochbauten erstellt. Haupterkennnis aus diesen Grundlagenarbeiten ist, dass die Investitionsplanung im Hochbautenbereich vor zwei zentralen Herausforderungen steht:

- **Aufgestauter Unterhalt:** Aufgrund der Zustandsanalyse der Hochbauten im Portfolio des Kantons St.Gallen und der Sicherheitsmängel beläuft sich der aufgestaute Unterhaltsbedarf auf insgesamt rund 840 Mio. Franken. Konkret führt dies ohne entsprechende Erneuerungsmassnahmen zunehmend zu einschneidenderen Nutzungseinschränkungen für die Nutzer, zu nicht mehr nutzbaren Gebäuden wie auch zu stark ansteigenden Betriebskosten und später zu höheren Erneuerungskosten.

- **Erhaltungs- und Nutzerbedarf:** Das aktuelle Investitionsprogramm 2015–2024 führt praktisch unverändert das priorisierte Projektportfolio des Investitionsprogramms 2014–2023 fort und umfasst für das Hochbautenprogramm ein Investitionsvolumen von jährlich rund 150 Mio. Franken. Dementsprechend sind zahlreiche, als vordringlich aufgeführte Erhaltungs- und Nutzervorhaben zurzeit nicht priorisiert und können daher planerisch vom Hochbauamt nicht bearbeitet werden. Nicht priorisiert sind gegenwärtig Projekte mit einem Neuinvestitionsvolumen von insgesamt rund 1.3 Mrd. Franken (inkl. Projekte mit Abschreibungsbeginn ab 2025).

Das aktuelle Investitionsprogramm 2015–2024 richtet sich wie erwähnt an einem jährlichen Investitionsvolumen von 180 Mio. Franken aus. Zusammen mit dem aufgestauten Unterhaltsbedarf sowie den ordentlichen Werterhaltungsmassnahmen und den Nutzerbedürfnissen der Departemente resultiert langfristig ein höherer Investitionsbedarf, welcher sich jedoch stark auf die Ergebnisse der Erfolgsrechnung und auf die Liquidität (Mittelabflüsse) auswirken würde. Gemäss einer erstmalig erstellten **langfristigen Abschätzung der finanziellen Entwicklung** würde die jährliche Belastung der Erfolgsrechnung durch die höheren Investitionen in den nächsten 25 Jahren um rund 100 bis 150 Mio. Franken ansteigen. In dieser Betrachtung sind diverse Unsicherheiten bezüglich der künftigen finanziellen Entwicklung nicht enthalten. Diese dürften indessen insgesamt die finanziellen Herausforderungen eher verschärfen.

Um die Erhaltung und Entwicklung des Immobilienportfolios zu gewährleisten und entsprechende finanzielle Engpässe zu verhindern, sind frühzeitig Weichenstellungen und eine auf langfristigen Zielen basierende Vorgehensstrategie erforderlich. Dabei ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mit finanziellen Ungleichgewichten erst nach der AFP-Periode 2016–2018 zu rechnen ist. Ein rechtzeitiges Handeln, allenfalls auch auf Basis von Szenarien, erscheint aber dennoch notwendig, da wesentliche Positionen des Kantons Haushalts sich teilweise nur indirekt und nur mit gewissen zeitlichen Verzögerungen beeinflussen lassen. Das betrifft insbesondere die Investitionen sowie die Staatsbeiträge. Das sind diejenigen Positionen des Staatshaushaltes, welche in den kommenden Jahren das grösste Aufwand- bzw. Ausgabenwachstum aufweisen dürften.

Die Regierung spricht sich, wie bereits im Rahmen der Immobilienstrategie beschlossen, dafür aus, dass der Werterhaltung bzw. der Bereinigung des aufgestauten Unterhalts bei Bestandesbauten im Vergleich zur Ausweitung des Portfolios grundsätzlich eine deutlich höhere Wichtigkeit zukommen soll. Basierend auf der erarbeiteten Zustandsanalyse des kantonalen Immobilienportfolios wird die Regierung im Jahr 2015 vertiefte Abklärungen zu Notwendigkeit und Dringlichkeit von Unterhaltsarbeiten treffen. Sie wird dem Kantonsrat nach diesen Abklärungen eine entsprechende Auslegeordnung unterbreiten. Darin werden auch die prioritären Erhaltungsinvestitionen dargestellt. Im Rahmen dieser Arbeiten wird die Regierung auch auf den Handlungsbedarf im Bereich der Nutzerbedürfnisse eingehen und die entsprechenden Konsequenzen sowie die Möglichkeiten der Finanzierung darstellen. Mit Blick auf den ansteigenden Investitionsbedarf ist der Investitionsplafonds von heute jährlich durchschnittlich 180 Mio. Franken zu überprüfen. So geht die Mittelfristplanung davon aus, dass ab dem Jahr 2018 alleine zum Abbau des aufgestauten Unterhaltes zusätzliche Mittel von 50 bis 60 Mio. Franken pro Jahr erforderlich sein werden.

Über die Investitionsplanung 2017–2026 wird die Regierung dem Kantonsrat im AFP 2017–2019 Bericht erstatten.

Für weitere Ausführungen eher technischer Art wird auf die Bemerkungen zum Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite «Baudepartement/Finanzdepartement: Werterhaltung Immobilienportfolio» in Kapitel 5.2 verwiesen.

3 Finanzielle Mehrjahresplanung

3.1 Gesamtergebnis

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Erfolgsrechnung				
Aufwand	4'698.9	4'865.2	5'054.4	5'020.0
Ertrag vor Bezug Eigenkapital	4'623.1	4'803.0	5'009.8	5'004.0
Aufwandüberschuss vor Bezug Eigenkapital	75.8	62.2	44.6	16.0
Bezug besonderes Eigenkapital	25.6	25.6	25.6	25.6
Aufwandüberschuss nach Bezug besonderes Eigenkapital	50.2	36.6	19.0	-9.6
Bezug freies Eigenkapital	25.0	17.0	-	-
Aufwandüberschuss	25.2	19.6	19.0	
Ertragsüberschuss				9.6
Entwicklung des bereinigten Aufwands				
Gesamtaufwand	4'698.9	4'865.2	5'054.4	5'020.0
- Ertragsanteile Dritter (340-344)	-368.7	-384.1	-397.2	-410.7
- Durchlaufende Beiträge (37)	-256.0	-254.4	-249.6	-238.8
- Fondierungen (38)	-15.1	-13.7	-13.5	-13.9
- Interne Verrechnungen (39)	-479.4	-505.8	-592.5	-537.6
- Globalkredite (Erträge)	-4.5	-4.5	-4.5	-4.5
Bereinigter Aufwand	3'575.3	3'702.7	3'797.2	3'814.5
Bereinigtes Aufwandwachstum zum Vorjahr	+1.6%	+3.6%	+2.6%	+0.5%
Durchschnittliches bereinigtes Aufwandwachstum p.a. 2015–2018				+2.2%

Nachdem das Budget 2015 ein Defizit von rund 25 Mio. Franken aufweist, lässt die Finanzplanung für die Jahre 2016 und 2017 noch Aufwandüberschüsse von jährlich je knapp 20 Mio. Franken erwarten. Im Planjahr 2018 kann nach heutigem Stand der Erkenntnisse von einem Ertragsüberschuss von knapp 10 Mio. Franken ausgegangen werden.

Die Planwerte enthalten die Aufwendungen und Erträge für die bestehenden Staatsaufgaben sowie die finanziellen Folgen der geplanten Gesetzesvorhaben. Die Steuererträge basieren auf einem Staatssteuereffizienzfuss von 115 Prozent. Ebenfalls eingerechnet ist im Planjahr 2016 ein Bezug von freiem Eigenkapital von 17 Mio. Franken zur Finanzierung der Übergangsmassnahme Ü1 aus dem EP 2013 (Finanzierung Vergütungsanteil für stationäre Spitalbehandlungen). Weitere Bezüge aus dem freien Eigenkapital sind in den Planjahren 2016 bis 2018 nicht vorgesehen. Aus dem besonderen Eigenkapital sind Bezüge von jährlich 25.6 Mio. Franken eingestellt. Nachdem das Budget 2015 keine Erträge aus der Gewinnausschüttungen der SNB berücksichtigt, sind im AFP 2016–2018 wieder Gewinnausschüttungen der SNB in der Höhe von jährlich 20 Mio. Franken vorgesehen (vgl. Ziffer 3.2.9 dieser Botschaft).

In den Jahren 2015 bis 2018 liegt das durchschnittliche jährliche Wachstum des Gesamtaufwandes bei 2.2 Prozent. Es liegt damit unter dem Wachstum des Gesamtertrags von 2.9 Prozent (unter Ausklammerung des Bezugs aus freiem Eigenkapital im Jahr 2015). Wird das Aufwandwachstum um aufwand- und ertragsseitige Doppelzählungen und nicht ausgabenwirksame Fondierungen bereinigt, beläuft sich die Aufwandsteigerung auf durchschnittlich 2.2 Prozent p.a. in den Jahren 2015 bis 2018 (analog Entwicklung Gesamtaufwand). In den Jahren 2016 und 2017 sind jährliche Zunahme von 3.6 Prozent bzw. 2.6 Prozent zu erwarten. Im Jahr 2018 nimmt der bereinigte Aufwand gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 0.5 Prozent zu.

und ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des bereinigten Aufwands von 2.2 Prozent in den Jahren 2015 bis 2018 kann eine Stabilisierung der Staatsquote angestrebt werden. Um diesem Ziel auch im Jahr 2016 nachzukommen, ist das hohe Wachstum des bereinigten Aufwands von 3.6 Prozent im Rahmen des Budgetprozesses 2016 zu überprüfen und soweit möglich zu reduzieren. Gründe für die starke Zunahme des Aufwandwachstums im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr sind hauptsächlich Mehraufwendungen im Bereich Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), bei den Ergänzungsleistungen (teilweise refinanziert durch Bund) und der Pflegefinanzierung (finanziert durch Gemeinden), bei den Staatsbeiträge an die Universität sowie an die Fachhochschulen, bei den Passivzinsen, im Bereich der Abschreibungen (u.a. Kantonsschule Sargans, diverse Spitalbauten), beim allgemeinen Personalaufwand (insbesondere Realloohnerhöhung von 1.0 Prozent), im Gewässerbereich (teilweise refinanziert durch Bund), bei der Individuellen Prämienverbilligung (teilweise refinanziert durch Bund) sowie bei den Inner- und Ausserkantonalen Hospitalisationen.

Durch die konsequente Umsetzung der Sparpakete I und II und des EP 2013 haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen des Kantons merklich verbessert. Abgesehen vom Eigenkapitalbezug im Jahr 2016 zur Finanzierung der Übergangsmassnahme Ü1 des EP 2013 sind keine weiteren Eigenkapitalbezüge notwendig, um eine schuldenbremsekonformen Aufgaben- und Finanzplan zu präsentieren. Wie bereits im Rahmen der Budgetbotschaft 2015 signalisiert, ist die finanzpolitische Situation aber nach wie vor angespannt. Einerseits bestehen bei gewissen Massnahmen der Entlastungsprogramme nach wie vor Unsicherheiten in der Umsetzung. Andererseits stehen auf Bundesebene Geschäfte auf der Traktandenliste, welche den kantonalen Haushalt mittelfristig wesentlich belasten können (Bundesfinanzausgleich, Unternehmenssteuerreform III).

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Investitionsrechnung				
Ausgaben	400.4	326.5	434.2	374.0
Einnahmen	125.5	53.2	52.7	53.9
Nettoinvestition	274.9	273.3	381.5	320.1
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	154.1	174.8	221.5	195.8
Saldo der Erfolgsrechnung	-25.2	-19.6	-19.0	9.6
Selbstfinanzierung	128.9	155.2	202.5	205.4
Nettoinvestition	274.9	273.3	381.5	320.1
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag (-)	-146.0	-118.1	-179.0	-114.7
Selbstfinanzierungsgrad	47%	57%	53%	64%
Eigenkapital (Bestand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	205.3	168.7	149.7	159.3
Besonderes Eigenkapital	316.0	290.4	264.8	239.2
Gesamtes Eigenkapital	521.3	459.1	414.5	398.5

Nachdem infolge der Ausfinanzierung der St.Galler Pensionskasse die Investitionsausgaben im Budget 2014 einen Höchststand von über 500 Mio. Franken erreichen, belaufen sich die Nettoinvestitionen in den Finanzplanjahren 2016 bis 2018 auf rund 270 Mio. bis 380 Mio. Franken jährlich. Der Höchststand im Jahr 2017 in der Grössenordnung von gut 380 Mio. Franken ist hauptsächlich bedingt durch die jährlichen Mittelabflüsse für die Spitalbauvorhaben. Als Folge davon steigen der Abschreibungsbedarf wie auch der jährliche Finanzierungsfehlbetrag bedeutend an. Der zunehmende Finanzierungsfehlbetrag zieht neue Mittelaufnahmen nach sich.

Mit dem Übergang zum positiven Rechnungsergebnis 2018 kann ab diesem Jahr die Eigenkapitaldecke stabilisiert werden. In den Jahren 2016 und 2017 reduziert sich der Bestand an freiem Eigenkapital aufgrund

der budgetierten Aufwandüberschüsse und der Finanzierung der Übergangsmassnahme Ü1 weiter. Beim freien Eigenkapital dürfte der Tiefststand mit rund 150 Mio. Franken im Jahr 2017 erreicht sein. Nicht berücksichtigt sind in dieser Prognose Mehraufwendungen in der Grössenordnung von rund 20 bis 30 Mio. Franken, welche im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 im Jahr 2014 durch die Bildung einer Rückstellung für aufgelaufene Ferien- und Überzeitguthaben anfallen. Diese werden das Rechnungsergebnis 2014 bzw. den Bestand an freiem Eigenkapital zusätzlich belasten. Das besondere Eigenkapital wird einerseits jährlich um 25.6 Mio. Franken vermindert – von der maximalen jährlichen Bezugstranche von 30.6 Mio. Franken werden 5 Mio. Franken für Gemeindefusionsprojekte reserviert. Am Ende der Berichtsperiode wird das besondere Eigenkapital somit noch bei rund 240 Mio. Franken und das gesamte Eigenkapital bei knapp 400 Mio. Franken liegen.

3.2 Erläuterungen

Das Gesamtergebnis lässt sich weiter in folgende Aufwand- und Ertragsarten untergliedern:

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
30 Personalaufwand	706.7	720.3	719.9	723.7	+0.8%
31 Sachaufwand	430.1	444.8	455.2	454.0	+1.8%
32 Passivzinsen	29.0	32.9	38.8	45.4	+16.1%
33 Abschreibungen	176.4	197.1	243.9	218.3	+7.4%
34 Anteile und Beiträge ohne Zweck- bindung	608.3	623.3	635.4	648.5	+2.2%
35 Entschädigungen an Gemeinwesen ...	69.4	68.6	68.8	69.1	-0.2%
36 Staatsbeiträge	1'928.5	2'004.3	2'036.9	2'070.7	+2.4%
37 Durchlaufende Beiträge	256.0	254.4	249.6	238.8	-2.3%
38 Fondierungen	15.1	13.7	13.5	13.9	-2.7%
39 Interne Verrechnungen	479.4	505.8	592.5	537.6	+3.9%
Aufwand	4'698.9	4'865.2	5'054.4	5'020.0	+2.2%
40 Steuern	2'055.3	2'138.1	2'195.7	2'254.8	+3.1%
41 Regalien und Konzessionen	15.2	14.9	14.9	14.9	-0.7%
42 Vermögenserträge	115.4	135.0	139.1	143.8	+7.6%
43 Entgelte	293.5	290.2	289.2	288.9	-0.5%
44 Anteile und Beiträge ohne Zweck- bindung	623.0	632.4	644.4	655.8	+1.7%
45 Rückerstattung Gemeinwesen	123.6	122.1	123.6	123.6	0.0%
46 Beiträge für eigene Rechnung	613.6	647.9	663.3	679.0	+3.4%
47 Durchlaufende Beiträge	256.0	254.4	249.6	238.8	-2.3%
48 Defondierungen	98.7	104.8	123.1	92.4	-2.2%
49 Interne Verrechnungen	479.4	505.8	592.5	537.6	+3.9%
Ertrag	4'673.7	4'845.6	5'035.4	5'029.6	+2.5%

3.2.1 Personalaufwand

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Personalaufwand total	706.7	720.3	719.9	723.7	+0.8%
davon allgemeiner Personalaufwand (Konto 5600.308)	4.6	18.0	21.1	24.2	
davon a.o. Leistungsprämie	1.9	1.9	1.9	1.9	
Personalaufwand Dienststellen	700.2	700.4	696.9	697.6	-0.1%

Der gesamte Personalaufwand (Kontengruppe 30) nimmt zwischen 2015 und 2018 um jährlich durchschnittlich 0.8 Prozent zu (total: 17.0 Mio. Franken). Bestandteile des Personalaufwands sind nebst den ordentlichen Personalaufwendungen der Dienststellen (Besoldungen, Arbeitgeberbeiträge) auch Aufwendungen des Stufenanstiegs (nach Abzug der sogenannten Mutationsgewinne, netto 0.1 Prozent), Aufwendungen für Beförderungen (Beförderungsquote 0.4 Prozent), eine Realloohnerhöhung von 1.0 Prozent im Jahr 2016 (+10.3 Mio. Franken) sowie die in den Departementen eingestellten ausserordentlichen Leistungsprämien.

Werden vom gesamten Personalaufwand die pauschalen Besoldungskorrekturen⁶ zur Finanzierung des Stufenanstiegs, die Aufwendungen der Beförderungen, die Realloohnerhöhung von 1.0 Prozent im Jahr 2016 und die in den Departementen eingestellten ausserordentlichen Leistungsprämien abgezogen, so resultiert der Personalaufwand der Dienststellen. Dieser nimmt bis 2018 um insgesamt 2.6 Mio. Franken oder jährlich 0.1 Prozent ab. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf Minderaufwendungen bei den Berufsfachschulen und den Mittelschulen aufgrund der demografischen Entwicklung zurückzuführen.

Die im Herbst 2012 vom Kantonsrat für das Budget 2013 beschlossene Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent (–6.9 Mio. Franken) wird noch bis Ende 2015 weitergezogen. Ab 2015 wird die Massnahme E66 des EP 2013 (Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung) mit einer Entlastungswirkung von insgesamt 10 Mio. Franken (schwergewichtig Personal- und Sachaufwand) vollständig umgesetzt.

Trotz dieser Kürzungsvorgabe und dem abnehmenden Personalaufwand der Dienststellen enthält der AFP 2016–2018 gegenüber dem Budget 2015 zusätzliche, kumulierte Stellenschaffungen im Umfang von netto rund 60 Stellen bis 2018. Untenstehende Übersicht zeigt die entsprechenden Stellenschaffungen (+) bzw. Stellenverzichte (–).

Stellenschaffungen in Stellenprozenten	AFP 2016		AFP 2017		AFP 2018	
	refinanziert	nicht refinanziert	refinanziert	nicht refinanziert	refinanziert	nicht refinanziert
Räte/SK						
keine Stellenbegehren						
Volkswirtschaftsdepartement		+215				
Fachspezialist Jagdgesetz (Herdenschutz LZSG)		+45				
Verkehrsplaner FABI/STEP (Gesetzesvorhaben)		+170				
Departement des Innern		+260			–50	+150
Fachstelle Bibliothek		+80				
Fachbereichsleitung Zentrum für das Buch (refinanziert für drei Jahre über Waldemar-Bonsels-Stiftung)					–50	+50
Denkmalpflege		+80				+50
Archäologie		+100				+50
Bildungsdepartement		+140				
Teamleitung Aufsicht (Aufbau Neuregelung Schulaufsicht, Ersatzlösung für Massnahme E28bis aus EP 2013)		+30				
Aufsicht		+100				

⁶ Das Konto 5600.308 umfasst folgende pauschale Besoldungskorrekturen: Stufenanstieg (nach Abzug der sogenannten Mutationsgewinne, netto 0.1%), Beförderungsquote (0.4%), Realloohnerhöhung im Jahr 2016 (1.0%)

Stellenschaffungen in Stellenprozenten	AFP 2016		AFP 2017		AFP 2018	
	refinanziert	nicht refinanziert	refinanziert	nicht refinanziert	refinanziert	nicht refinanziert
Fachspezialist Jagdgesetz (Herdenschutz Administration Aufsicht (Aufbau Neuregelung Schulaufsicht, Ersatzlösung für Massnahme E28bis aus EP 2013)		+10				
Finanzdepartement	-200	+300				
Amt für Finanzdienstleistungen		+100				
IT Service Manager (refinanziert aus Sonder- kredit APZ 2015 in den Jahren 2014 und 2015, ab 2016 Finanzierung über den all- gemeinen Haushalt)	-200	+200				
Baudepartement		+450		+100		
Fachspezialisten Abfallwirtschaft		+250				
Aufbau und Betrieb ÖREB-Kataster		+100				
AREG: Vorbereitung und Umsetzung Richtplanung und Planungs- und Baugesetz		+100		+100		
Sicherheits- und Justizdepartement		+1'225		+1'500		+1'500
Sachbearbeiter Pässe (gebührenfinanziert)	-100					
Korpsausbau Polizei gemäss Bericht «Innere Sicherheit» (Ausbau um jährlich 15 Aspiranten)	+1'125		+1'500		+1'500	
Digitale Forensik (davon 100 Prozent refinanziert durch Nachbarkantone)	+100	+100				
Gesundheitsdepartement	+200	+200				
Hundegesetz (Gesetzesvorhaben)	+200					
Neues Lebensmittelgesetz (Gesetzes- vorhaben)		+100				
Fachspezialist KVG / Neue Spitalfinanzierung		+100				
Gerichte						
keine Stellenbegehren						
Stellenbegehren jährlich		+2'790		+1'600	-50	+1'650
Zuwachs jährlich gegenüber Vorjahr total		+2'790		+1'600		+1'600
Stellenbegehren kumuliert bis 2018						+5'990

Die Regierung sieht vor, die Besoldungen ab dem Jahr 2016 um gesamthaft 1.0 Prozent zu erhöhen, was Mehraufwendungen von jährlich gut 10 Mio. Franken zur Folge haben wird. Eine Reallohn Anpassung ist gerechtfertigt, sind doch die Besoldungen seit der letztmaligen Nominallohn Anpassung um 0.7 Prozent im Rahmen des Budgets 2011 unverändert geblieben. Die Entwicklung des Personalaufwands der vergangenen Jahre ist aufgrund von ausgebliebenen allgemeinen Besoldungsanpassungen schwergewichtig auf Veränderungen im Stellenetat zurückzuführen. Seit der letztmaligen Lohnanpassung im Jahr 2011 haben sich die Nominallöhne in der Schweiz (über alle Branchen betrachtet) gemäss Bundesamt für Statistik folgendermassen entwickelt: 2012: +0.8 Prozent, 2013: +0.7 Prozent. Dieser Vergleich zeigt, dass eine moderate Besoldungsanpassung per 2016 auch unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitsgeber gerechtfertigt ist.

3.2.2 Sachaufwand

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Sachaufwand	430.1	444.8	455.1	454.0	+1.8%
<i>davon</i>					
Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen (310) .	34.2	34.5	35.2	35.0	+0.8%
Verbrauchsmaterialien (313)	31.9	31.5	31.6	31.7	-0.2%
Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt (314)	63.1	67.2	75.2	75.1	+6.0%
Dienstleistungen und Honorare (318)	149.6	163.4	163.7	163.1	+2.9%

Der Sachaufwand weist im Zeitraum 2015 bis 2018 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1.8 Prozent auf, was einer absoluten Zunahme von 23.9 Mio. Franken entspricht. Bei den grössten Positionen innerhalb des Sachaufwandes variieren die Wachstumsraten zwischen -0.8 Prozent und +6.0 Prozent.

Beim Aufwand Dritter für baulichen Unterhalt ist der Anstieg von 12.1 Mio. Franken hauptsächlich auf Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern zurückzuführen (+10.2 Mio. Franken). Ein weiterer Teil von 2.0 Mio. Franken ist mit höher eingestellten Kosten für Nationalstrassen begründet. Diese werden jedoch vom ASTRA wieder rückerstattet und sind langfristig somit kostenneutral.

Der Anstieg bei den Dienstleistungen und Honoraren um 13.5 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die höheren Projektierungskosten im Hochbauamt zurückzuführen, die im Budget 2015 7.3 Mio. Franken betragen, während der AFP 2016–2018 jährlich 20 Mio. Franken vorsieht.

Die restlichen Positionen bewegen sich allesamt im Rahmen des Budgets 2015. Die Gründe für allfällige Schwankungen sind vielschichtig. Erläuterungen zum Informatikaufwand, welcher auch Bestandteil des Sachaufwands ist, werden unter der Ziffer 3.2.3. separat aufgeführt.

3.2.3 Informatikaufwand

Der Informatikaufwand entwickelt sich bis 2018 im Vergleich zum Budget 2015 leicht rückläufig. Bedeutende Minderaufwendungen sind bei den Informatikbetriebskosten zu erwarten. Die Investitionskosten im Bereich der Informatik werden wie in den Vorjahren auf einem Wert von 10.5 Mio. Franken plafoniert, da die entsprechende Priorisierung der Investitionsvorhaben jeweils erst im Rahmen des Budgetprozesses erfolgt.

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Informatikaufwand (312)	64.7	62.0	63.3	63.1	-0.8%
– Betriebskosten	55.8	51.5	52.8	52.6	-1.9%
– Investitionskosten	8.9	10.5	10.5	10.5	+5.7%

3.2.3.a Informatikbetriebskosten

Die Aufwandreduktion bei den Informatikbetriebskosten ist schwergewichtig auf die Einführung des Projekts «Arbeitsplatz der Zukunft 2015» (APZ 2015) bzw. die Ablösung der SBI 2008 per Anfang November 2015 zurückzuführen. Da der Kanton mit APZ 2015 die Informatikinfrastruktur selbst anschafft und nicht mehr von einem externen Anbieter mietet, sinken die Betriebskosten der Basisinfrastruktur bedeutend, da diese keinen Amortisationsanteil mehr aufweisen⁷. Umgekehrt steigt der Abschreibungsaufwand, da der Sonderkredit in sechs Jahren (2015–2020) abgeschrieben wird. Aus Letzterem ergibt sich ab 2015 eine jährliche Belastung der Erfolgsrechnung von 6.75 Mio. Franken (vgl. Konto 5505.331).

⁷ In den Planjahren 2016-2018 sind diesbezüglich Entlastungen von jährlich 5.4 Mio. Franken gegenüber den Basisinfrastrukturkosten SBI 2008 eingestellt (Budget 2015: anteilmässige Entlastung von 0.9 Mio. Fr. aufgrund Umsetzung per Beginn November 2015).

Die Zunahme der Betriebskosten für Steuerlösungen ist hauptsächlich auf die Neuaufnahme des Betriebs von zwei grossen Fachapplikationen (E-Desk und E-Quellensteuer) zurückzuführen. Der Anstieg der Aufwendungen im Bereich ECM im Jahr 2017 ist auf eine Server-Migration sowie ein zwingend notwendiger Release-Wechsel (in Abhängigkeit zum Projekt APZ 2015) zurückzuführen. Die Aufwendungen der restlichen bedeutenden IT-Fachanwendungen entwickeln sich stabil.

Die bedeutendsten IT-Fachanwendungen weisen in den Planjahren folgende Betriebskosten aus:

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Basisinfrastruktur	20.1	15.9	15.8	15.8	-7.8%
Steuerlösungen	15.8	16.5	16.8	17.1	+2.7%
Informatik-Lösungen Kantonspolizei	3.9	4.0	4.0	4.0	+0.8%
Enterprise Content Management (ECM)	4.9	3.7	4.7	4.1	-5.8%
ELSA/Cari (Strassenverkehrs- und Schifffahrts- amt)	1.8	1.8	1.8	1.8	0.0%
SAP Rechnungswesen und Personal- management	1.3	1.3	1.3	1.3	0.0%
Geografisches Informationssystem (GIS)	1.7	1.7	1.7	1.7	0.0%

Ein Vergleich der Betriebskosten des SBI 2008 mit den Betriebskosten des APZ 2015 (inkl. Abschreibungsanteile) gemäss den vorstehenden Zahlen ist nur bedingt aussagekräftig. Relevant ist ein Vergleich der effektiven Gesamtkosten. Während die Betriebskosten des APZ 2015 und die entsprechenden Abschreibungstranchen die Vollkosten abbilden, sind in den aktuell ausgewiesenen Betriebskosten des SBI 2008 verschiedene Kostenkomponenten nicht berücksichtigt. So wurden verschiedene Investitionskosten des SBI 2008 im Umfang von rund 5.8 Mio. Franken nicht aktiviert und direkt der Erfolgsrechnung belastet. Zudem ist zu beachten, dass aus dem Parallelbetrieb des APZ 2015 keine Kostenfolgen zu erwarten sind und der Sonderkredit damit nicht ausgeschöpft werden muss. Die effektiven Abschreibungen im Bereich des APZ-Sonderkredits dürften aus diesem Grund sowie mutmasslich auch aufgrund weiterer Faktoren geringer ausfallen. Auf der anderen Seite beinhaltet der APZ 2015 verschiedene Elemente, die in den aktuellen Betriebskosten des SBI 2008 nicht enthalten sind, so zum Beispiel eine sogenannte Lizenz-Assurance.

3.2.3.b Informatikinvestitionen der Erfolgsrechnung

Informatikinvestitionen, welche einen Betrag von bis 3 Mio. Franken umfassen, werden nicht über die Investitionsrechnung erfasst und aktiviert, sondern direkt der Erfolgsrechnung belastet. Bei diesen Informatikinvestitionen soll in den Finanzplanjahren wieder das vormalige jährliche Investitionsniveau von 10.5 Mio. Franken erreicht werden. Die Investitionskosten werden für die einzelnen Planjahre plafoniert, da die entsprechende Priorisierung jeweils erst im Rahmen des Budgetprozesses erfolgt.

In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Sonderkredite im Informatikbereich. Diese Investitionen mit einem Umfang von mehr als 3 Mio. Franken je Vorhaben werden über die Investitionsrechnung abgewickelt. Das betrifft insbesondere die Investitionen in den APZ 2015, wofür der Kantonsrat in der Novembersession 2013 einen Sonderkredit von 40.5 Mio. Franken gutgeheissen hat (siehe dazu auch die Ausführungen im nachstehenden Kapitel 3.2.3.c).

Die Informatikstrategie unterscheidet Informatikvorhaben in den beiden Dimensionen «Strategische Projekte» und «Querschnittsvorhaben der Informatik». Im jährlichen aktualisierten Informatikplan wurden folgende Informatikvorhaben als Strategische Projekte für die Jahre 2016–2018 definiert:

- Umsetzung E-Government Strategie
- Elektronisches Grundstück-Informationssystem (eGRIS)
- NESAs – Neue Schuladministrationssoftware
- Digitalisierung im Bereich Stipendienwesen

- Kompass Verwaltungslösung für die Berufsfachschulen
- KAPOgoesMOBILE
- Informatik-Strategie für die Querschnitts-Aufgaben des Finanzdepartementes
- Kantonales Immobiliencontrolling/-management
- Geo-Gov-Bus Kanton St.Gallen
- Umsetzung elektronisches Patientendossier (EPD)

Als strategische Querschnittsvorhaben der Informatik wurden für den Zeitraum 2016–2018 folgende Projekte definiert:

- Elektronische Identität (IAM [Identity und Access Management], Weiterentwicklung)
- Architektur-Management, Unternehmensarchitektur (Aufbau Architektur-Management)
- Optimierung der Infrastruktur (EP2013/S11: Zusammenlegung von Rechenzentren, Ersatz Telefonie)

Planung und Realisierung dieser Vorhaben und Projekte stehen im Zentrum der Weiterentwicklung der kantonalen Informatik der Jahre 2016 bis 2018. Sie stehen teilweise in Verbindung mit Sonderkrediten sowie mit Investitionsvorhaben der Erfolgsrechnung.

3.2.3.c Weitere Informatikaufwendungen

Nebst dem Informatikaufwand, der unter der Kontengruppe 312 verbucht wird, fallen in der Erfolgsrechnung des Kantons durch die Abschreibung von IT-Sonderkrediten weitere Aufwendungen des Aufgabenbereichs Informatik an. Die Abschreibungen von IT-Sonderkrediten belasten die Erfolgsrechnung im AFP 2016–2018 wie folgt (in Klammern Abschreibungsfristen, Investitionsvolumen):

– Sicherheitsfunknetz POLYCOM (2009–2018, 41.4 Mio. Fr.)	4'136'000 Fr.
– E-Government (2013–2017, 5.0 Mio. Fr.)	500'000 Fr.
– NESA Ersatz Schuladministrationslösung EDUC+ (2014–2018, 3.5 Mio. Fr.)	700'000 Fr.
– KAPOgoesMOBILE (2015–2019, 4.2 Mio. Fr.)	798'600 Fr.
– Arbeitsplatz 2015 (2015–2020, 40.5 Mio. Fr.)	6'750'000 Fr.
– Notrufzentrale Kantonspolizei: Ablösung ELIS (2017–2026, 12.0 Mio. Fr.)	1'200'000 Fr.

Nicht Teil des in den vorstehenden Kapiteln aufgeführten Informatikaufwands sind die Informatikaufwendungen jener Institutionen, die über Globalkredite und Staatsbeiträge finanziert sind (Universität inkl. Institute [IT-Personalaufwand 2013: rund 6.9 Mio. Franken], Spitalverbunde [IT-Personalaufwand: rund 16.4 Mio. Franken]). Auch ist die sogenannte Unterrichtsinformatik, d.h. die Informatik, die zu Unterrichtszwecken in den kantonalen Berufsfachschulen und Mittelschulen verwendet wird, nicht Bestandteil des in der Kontengruppe 312 verbuchten Informatikaufwands.

In den vorstehenden Beträgen des Informatikaufwands sind die Personalaufwendungen für Mitarbeitende, die in der Kantonsverwaltung mit Informatikaufgaben betraut sind, nicht erfasst. Gestützt auf eine Schätzung beschäftigen sich in der Zentralverwaltung rund 27 Vollzeitstellen mit Informatikaufgaben, was Kosten in der Grössenordnung von rund 4.4 Mio. Franken zur Folge hat⁸. Zudem arbeiten in der Abteilung Geoinformation zwölf GIS-Spezialisten (11.8 Vollzeitstellen), die nicht Bestandteil der erwähnten Schätzung sind. Daneben erbringen weitere 40 Mitarbeitende des Bildungsdepartementes Informatikdienstleistungen für die Berufsfachschulen und die Mittelschulen. Der Personalaufwand für diese Mitarbeitenden betrug im Jahr 2013 rund 4.3 Mio. Franken. In den Planjahren sind diesbezüglich keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten. Ausnahme bildet die Schaffung von zwei Stellen im Bereich des IT-Service-Managements beim Dienst für Informatikplanung (siehe dazu auch die Ausführungen zur Entwicklung des Personalaufwands).

⁸ Vgl. hierzu Bericht «Entwicklung der Informatikkosten der Staatsverwaltung (40.14.02)» der Regierung vom 29. April 2014.

3.2.4 Zinsensaldo

Der Zinsensaldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Passivzinsen und der Vermögenserträge, korrigiert um den Saldo der internen Verzinsung.

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Passivzinsen (5501)	26.2	30.1	36.0	42.4	+17.4%
Interne Verzinsung (5502)	0.0	0.1	-0.1	-0.1	
Vermögenserträge (5500)	-62.1	-62.8	-63.6	-64.3	+1.2%
Zinsensaldo (Nettozinsenertrag)	-35.9	-32.6	-27.7	-22.0	-15.1%

Der Nettozinsenertrag reduziert sich von 35.9 Mio. Franken im Jahr 2015 auf rund 22 Mio. Franken im Jahr 2018. Diese Verschlechterung ist vor allem auf die notwendige Aufnahme von neuem Fremdkapital zurückzuführen, was einen Anstieg der Schuldzinsen zur Folge hat. Die höheren Vermögenserträge sind neben voraussichtlich höheren Zinserträgen aus kurzfristigen Festgeldern und Kontokorrentguthaben vor allem auf Zinserträge aus Darlehen zurückzuführen.

3.2.5 Abschreibungen

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen, Investitionsbeiträgen					
Bisherige Objekte	84.4	71.9	97.6	95.9	
Neue Objekte		27.9	11.3	17.3	
Finanzierung aus allgemeinen Mitteln	84.4	99.8	108.9	113.2	+10.3%
Strassenbauprojekte (Finanzierung aus Strassenfonds)	69.7	75.0	112.6	82.6	+5.8%
Total Abschreibungen im Verwaltungsvermögen	154.1	174.8	221.5	195.8	+8.3%

Aus allgemeinen Mitteln werden die planmässigen Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen sowie die nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmenden Abschreibungen auf Studiendarlehen finanziert. Aus zweckgebundenen Mitteln des Strassenverkehrs (Strassenfonds) werden dagegen die Abschreibungen auf Strassenbauten gedeckt.

Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen steigen von gut 84 Mio. Franken im Jahr 2015 auf rund 113 Mio. Franken im Jahr 2018. Die folgende Tabelle liefert eine Übersicht über die neuen Objekte (ohne Strassen) nach der Abschreibungsdauer, der Höhe der Investitionskosten sowie den resultierenden jährlichen Abschreibungstranchen:

in Mio. Fr.		Objekt	Investitions- kosten	Abschreibungstranchen		
Abschreibungsdauer von	bis			2016	2017	2018
2016	2020	Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2014	4.0	0.8	0.8	0.8
2016	2020	Verwaltungsgebäude Lämmli Brunnenstrasse 54 St.Gallen, Innensanierung	8.0	1.6	1.6	1.6
2016	2020	HGV-Verlängerung Goldach-Rorschach, Publikums- anlagen Rorschach Stadt.	5.5	1.1	1.1	1.1
2016	2025	Kantonsschule Sargans, Teilabbruch und Erweiterung . .	49.9	5.0	5.0	5.0
2016	2025	Verwaltungsgebäude Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	23.7	2.4	2.4	2.4
2016	2025	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	16.3	1.6	1.6	1.6

in Mio. Fr.		Objekt	Investitions- kosten	Abschreibungstranchen		
Abschreibungsdauer von	bis			2016	2017	2018
2016	2025	Landwirtschaftliches Zentrum St.Gallen; Teilabbruch und Ersatzneubau Schulgebäude	32.0	3.2	3.2	3.2
2016	2020	Spital Wil, Umbau und Erweiterung Notfall / Labor / Verwaltung	10.0	2.0	2.0	2.0
2016	2040	Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	60.0	2.4	2.4	2.4
2016	2040	Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung	15.0	0.6	0.6	0.6
2016	2040	Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung.	15.0	0.6	0.6	0.6
2016	2040	Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	15.0	0.6	0.6	0.6
2016	2040	Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A/07B Neubau	150.0	6.0	6.0	6.0
Beginn 2016			404.4	27.9	27.9	27.9
2017	2021	Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2015.	3.8		0.8	0.8
2017	2021	Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	8.0		1.6	1.6
2017	2021	Polizeiposten Wil, Erwerb und Neubau	6.0		1.2	1.2
2017	2026	Geriatrische Klinik St.Gallen, Erneuerung	25.0		2.5	2.5
2017	2026	Kantonspolizei, Ablösung Einsatzleitsystem mit Umsystemen kant. Notrufzentrale (ELIS)	12.0		1.2	1.2
2017	2041	Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	40.0		1.6	1.6
2017	2041	Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe) . .	20.0		0.8	0.8
2017	2041	Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung.	20.0		0.8	0.8
2017	2041	Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	20.0		0.8	0.8
Beginn 2017			154.8		11.3	11.3
2018	2022	Strafanstalt Saxerriet, Neubau Unterhaltszentrum	4.0			0.8
2018	2027	AP Ost, 1. Teilergänzung Infrastrukturbauten SBB	36.0			3.6
2018	2027	Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	13.0			1.3
2018	2027	Klanghaus Toggenburg, Neubau	21.0			2.1
2018	2027	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02.	11.0			1.1
2018	2027	Kantonsspital St.Gallen, Erneuerung Energiezentrale und Unterstationen	14.0			1.4
2018	2027	Theater St.Gallen, Umbau und Sanierung	30.0			3.0
2018	2042	Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	20.0			0.8
2018	2042	Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe) . .	35.0			1.4
2018	2042	Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung.	20.0			0.8
2018	2042	Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	25.0			1.0
Beginn 2018			229.0			17.3

Der Abschreibungsaufwand im Strassenbereich steigt von 2015 bis 2017 um rund 43 Mio. Franken, bevor er ab 2018 wieder leicht abnimmt. Dies ist schwergewichtig auf die Grossprojekte Brücke Pfäfers-Valens und die Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen. Die Abschreibungen der Strassenbauprojekte werden dem Strassenfonds belastet.

3.2.6 Innerkantonaler Finanzausgleich

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Ressourcenausgleich (Ausgleichsfaktor 94.5 Prozent)	95.0	95.0	95.0	95.0	0.0%
Sonderlastenausgleich Weite	41.6	42.0	42.0	42.0	+0.3%
Sonderlastenausgleich Schule	39.2	37.5	36.0	35.0	-3.7%
Sonderlastenausgleich Stadt	16.8	16.9	17.0	17.0	+0.4%
Soziodemographischer Sonderlastenausgleich	20.5	22.0	23.0	24.0	+5.4%
Individueller Sonderlastenausgleich (ISL)	10.0	10.0	10.0	10.0	0.0%
Partieller Steuerfussausgleich (PSA)	6.0	6.0	6.0	6.0	0.0%
Übergangsausgleich	1.0	0.8	0.5	0.5	-20.6%
Nachzahlungen Finanzausgleich	2.0	2.0	2.0	2.0	0.0%
Aufwand Innerkantonaler Finanzausgleich	232.2	232.2	231.5	231.5	-0.1%
Rückzahlungen Gemeinden	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	0.0%
Nettoaufwand Innerkantonaler Finanzausgleich	228.2	228.2	227.5	227.5	-0.1%

Mit dem vom Kantonsrat in der Novembersession 2013 verabschiedeten II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz (22.13.05) und II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz (22.13.06) wurde der Innerkantonale Finanzausgleich per Anfang 2014 teilweise revidiert. Nebst der Einführung eines soziodemographischen Sonderlastenausgleichs wurde der Sonderlastenausgleich Schule um ein separates Gefäss für Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen ergänzt. Im Sonderlastenausgleich Stadt St.Gallen fällt dagegen die Abgeltung der Zentrumslasten weg. Weiter wird zur Begrenzung der maximalen Steuerbelastung während einer Übergangsphase der Übergangsausgleich reaktiviert. Der Ausgleichsfaktor im Ressourcenausgleich in der Höhe von 94.5 Prozent wurde vom Kantonsrat im Rahmen des Budgetbeschlusses vom 26. November 2013 für die Jahre 2013 bis 2016 festgelegt (ABI 2013, 3422). Diese Anpassungen führten im Vergleich zum Jahr 2013 zu einem erhöhten Mittelbedarf seitens des Kantons. Dieser Mehraufwand wurde durch die vollständige Übernahme der Pflegefinanzierung durch die Gemeinden per Anfang 2014 kompensiert. Die Gesamtaufwendungen des Kantons entwickeln sich bis im Planjahr 2018 aufgrund der massgebenden Parameter des Innerkantonalen Finanzausgleichs (u.a. Steuerkraftwerte, Strassenkilometer, Schülerzahlen, Bevölkerungszahlen) gegenüber dem Budget 2015 leicht rückläufig (-0.1 Prozent p.a.).

3.2.7 Staatsbeiträge

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die grössten Staatsbeiträge. In jenen Bereichen, bei denen der Kanton vom Bund, anderen Kantonen oder den Gemeinden wesentliche Beiträge für die genannten Institutionen bzw. Bereiche erhält, ist in Klammern zusätzlich der Nettostaatsbeitrag aufgeführt.

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Laufende Beiträge	1'872.7	1'927.0	1'961.5	1'996.3	+2.2%
<i>davon</i>					
an Kantone und interkant. Organisationen	268.6	274.4	281.3	287.3	+2.3%
– Ausserkantonale Hochschulen	44.6	45.2	45.8	46.4	1.2%
– Konkordats-Fachhochschulen	43.7	45.9	47.6	48.1	3.2%
– Ausserkantonale Fachhochschulen	34.5	35.3	36.4	37.5	2.8%
– Ausserkantonale Spitäler	107.9	111.4	114.8	118.6	3.2%
an eigene Anstalten	846.5	861.1	872.6	881.4	+1.4%
– Universität St.Gallen	111.8	114.8	115.4	115.8	1.2%
	(44.7)	(46.0)	(46.0)	(46.0)	(1.0%)
– Pädagogische Hochschule St.Gallen	31.8	33.4	33.4	33.4	1.6%
– Spitalverbunde und psychiatrische Dienste	345.5	350.4	355.3	360.4	1.4%

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
– <i>Ergänzungsleistungen AHV und IV</i>	280.3	283.1	286.9	293.2	1.5%
	(198.1)	(200.7)	(204.0)	(208.9)	(1.8%)
– <i>Pflegefinanzierung</i>	64.0	66.7	69.3	71.6	3.8%
	(0.0)	(0.0)	(0.0)	(0.0)	(0.0%)
an gemischtwirtschaftliche Unternehmen	101.6	118.1	123.3	125.8	+7.4%
– <i>Transportunternehmen</i>	97.1	113.7	119.0	121.5	7.8%
	(48.2)	(56.5)	(59.3)	(60.5)	(7.9%)
an private Institutionen	393.1	392.0	395.7	399.9	+0.6%
– <i>Sonderschulen</i>	114.9	115.3	115.5	115.4	0.2%
	(67.8)	(68.2)	(68.4)	(68.3)	(0.2%)
– <i>Behinderteninstitutionen</i>	131.2	131.0	132.9	135.6	1.1%
– <i>Innerkantonale Privatspitäler</i>	51.5	52.8	53.7	54.7	2.0%
an private Haushalte	224.6	242.4	249.2	261.8	+5.2%
– <i>Individuelle Prämienvorbilligung</i>	198.4	208.7	215.2	221.9	3.8%
	(57.1)	(63.1)	(65.3)	(67.5)	(5.7%)
Investitionsbeiträge	55.8	76.8	74.9	73.9	+9.8%

Die Staatsbeiträge nehmen zwischen 2015 und 2018 um durchschnittlich 2.2 Prozent pro Jahr zu und steigen um rund 124 Mio. Franken auf gegen 2 Mrd. Franken. Sie belaufen sich in allen Jahren auf rund 40 Prozent des Gesamtaufwands. Berücksichtigt man die wesentlichen Beiträge von Bund, Kanton und Gemeinden an diesen Aufwendungen, so steigt die Nettobelastung in den Jahren 2015 bis 2018 von rund 1'420 Mio. auf 1'510 Mio. Franken.

Die Mehraufwendungen gründen vor allem in den Individuellen Prämienvorbilligungen (+23.5 Mio. Franken, brutto), dem öffentlichen Verkehr (+24.4 Mio. Franken, brutto), den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (+10.4 Mio. bzw. 2.5 Mio. Franken) und den Inner- und Ausserkantonalen Hospitalisationen (+14.9 Mio. bzw. 10.7 Mio. Franken). Die Mehraufwendungen im Bereich der tertiären Bildung beschränken sich vor allem auf die Beiträge für St.Galler Studierende an ausserkantonalen Universitäten und Fachhochschulen.

3.2.8 Steuererträge

Die Finanzplanjahre zeigen auf Basis des Kantonssteuerfusses von 115 Prozent folgende Steuererträge (netto):

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'128.0	1'177.3	1'207.2	1'237.5	+3.1%
Gewinn- und Kapitalsteuern	215.8	230.3	241.7	253.6	+5.5%
Spezialsteuern	185.2	188.1	191.0	193.9	+1.5%
– <i>Quellensteuer</i>	60.0	61.3	62.5	63.8	+2.1%
– <i>Grundstückgewinnsteuer</i>	81.2	82.8	84.5	86.1	+2.0%
– <i>Erbschafts- und Schenkungssteuern</i>	44.0	44.0	44.0	44.0	0.0%
Steuerstrafen	4.0	4.0	4.0	4.0	0.0%
Total Kantonale Steuern	1'533.0	1'599.7	1'643.9	1'689.0	+3.3%
Anteil Direkte Bundessteuern	124.0	128.3	134.1	139.0	+3.9%
Steuerertrag (Saldo)	1'657.0	1'728.0	1'778.0	1'828.0	+3.3%

Vor dem Hintergrund der stabilen Konjunkturprognosen und den sich in der mutmasslichen Rechnung 2014 weiterhin abzeichnenden positiven Entwicklungen kann aus heutiger Sicht von einem Anstieg der kantonalen Steuererträge von durchschnittlich 3.3 Prozent pro Jahr ausgegangen werden. Dies obwohl die letzten Wachstumsprognosen gegenüber denjenigen vom Juni 2014 leicht tiefer ausfielen.

Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, der mit Abstand wichtigsten Ertragsquelle des Kantons, wird im Zeitraum 2015 bis 2018 mit einem jährlichen Wachstum des Nettoertrags von 3.1 Prozent gerechnet. Diese Berechnungen basieren auf der Annahme, dass die massgebenden Einkommen im Jahr 2016 um 1.5 Prozent (progressionsbereinigt 2.25 Prozent) und in den Jahren 2017 und 2018 um 1.75 Prozent (progressionsbereinigt 2.5 Prozent) zunehmen werden. Bei den Vermögen wird von einem jährlichen Zuwachs von 3 Prozent ausgegangen.

Im Bereich der Gewinn- und Kapitalsteuern wird mit einem Anstieg der massgebenden Gewinne um je 5 Prozent in den Jahren 2016 bis 2018 gerechnet. Bei der Quellensteuer wird von einer Zunahme der massgebenden Einkommen um 2 Prozent (2016 bis 2018) ausgegangen. Die Schätzung der Grundstückgewinnsteuer beruht auf der Erwartung, dass die Baubranche sich weiterhin positiv entwickelt, sich der Zuwachs jedoch verlangsamen wird. Für den Finanzplan wird daher jährlich mit einem Wachstum von 2.0 Prozent gerechnet.

In den Steuererträgen 2016 bis 2018 sind Mehrerträge aus der Reduktion des Fahrkostenabzugs (Pendlerabzug) auf maximal 3'655 Franken gemäss 1. Lesung des XI. Nachtrags zum Steuergesetz (Sammelvorlage 2 zum EP 2013) vom 26. November 2014 berücksichtigt. Daraus ergeben sich Mehrerträge für den Kanton von jährlich 13.5 Mio. Franken. In den Steuererträgen enthalten sind ebenfalls Mehrerträge von rund 7.0 Mio. Franken, die aus dem Entwurf des XII. Nachtrags zum Steuergesetz (22.14.05) zu erwarten sind, wenn insbesondere die Selbstbehaltsregelung für die Krankheits- und Unfallkosten gemäss Vorlage der Regierung beschlossen wird.

3.2.9 Vermögenserträge

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Vermögenserträge	115.4	135.0	139.1	143.8	+7.6%
<i>davon</i>					
Dividenden St.Galler Kantonalbank (Finanz- und Verwaltungsvermögen)	45.8	45.8	45.8	45.8	0.0%
Gewinnausschüttung Nationalbank	0.0	20.0	20.0	20.0	–
Ertrag Nutzungsentschädigungen	37.5	36.8	40.1	44.0	+5.4%

Die Vermögenserträge nehmen zwischen 2015 und 2018 um rund 28.4 Mio. Franken zu. Der Anstieg ist zu einem Teil auf höhere Erträge aus den Nutzungsentschädigungen (insbesondere im Spitalbereich) zurückzuführen. Die Nutzungsentschädigungen fallen aufgrund der Zunahme der Kapitalbeschaffungskosten höher aus.

Für die weitere Zunahme zeigt sich hier der ab 2016 teilweise wieder eingestellte Ertragsanteil an der Gewinnausschüttung der SNB hauptverantwortlich. Dieser wurde früher jeweils mit 40.5 Mio. Franken im Budget sowie im Aufgaben- und Finanzplan berücksichtigt. Da das Jahresergebnis der SNB stark von der Entwicklung der Gold-, Devisen- und Kapitalmärkte abhängig ist, bestehen Unsicherheiten über die Gewinnsituation und damit grundsätzlich auch über die ausschüttbaren Mittel. Dies führte im Jahr 2014 dazu, dass eine Gewinnausschüttung an die Kantone ausblieb. Aufgrund dieser Erfahrung hat der Kantonsrat beschlossen, im Budget 2015 auf die Budgetierung der Gewinnausschüttung der SNB zu verzichten. Künftig kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich dieses wohl eher einmalige Ereignis nicht laufend wiederholen und die SNB wieder Gewinnausschüttungen vornehmen wird. Im Sinn einer realistischen Planung wird daher ab 2016 die Hälfte des ordentlichen Anteils des Kantons St.Gallen, rund 20 Mio. Franken, in die Planung aufgenommen.

3.2.10 Bundesfinanzausgleich

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Nettoertrag aus Bundesfinanzausgleich	405.5	409.8	415.1	420.5	+1.2%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	411.1	415.0	420.0	425.0	+1.1%
– <i>Geograf.-topograf. Lastenausgleich</i>	1.8	1.8	1.8	1.8	0.0%
– <i>Härteausgleich</i>	–7.4	–7.0	–6.7	–6.3	–5.2%

Die Beiträge des Ressourcenausgleichs, die vom Bund sowie den ressourcenstarken Kantonen alimentiert werden, können sich von Jahr zu Jahr erheblich verändern. Eine Veränderung kann sich aufgrund von Anpassungen bei der kantonseigenen Ressourcenstärke ergeben, aber auch aufgrund der Veränderung des gesamten Ressourcenpotenzials aller Kantone. Weitere Unsicherheiten erwachsen aus Forderungen zu grundlegenden Anpassungen am Finanzausgleichssystem, dies insbesondere seitens der Geberkantone und im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III. Auch wenn die letztgenannten Unsicherheiten kaum die Berichtsperiode des AFP 2016–2018 betreffen, ist trotzdem nicht auszuschliessen, dass die effektiven Beiträge an den Kanton St.Gallen erheblich von den veranschlagten Zahlen abweichen werden.

Aufgrund der Prognosen für alle Kantone wird für den Kanton St.Gallen in den Planjahren 2016 bis 2018 im Ressourcenausgleich von einem moderaten Wachstum um jährlich 5 Mio. Franken ab 2016 ausgegangen. Die Berechnungen des Wirtschaftsberatungsinstitutes BAK Basel gehen davon aus, dass sich das gesamte Ressourcenpotenzial aller Kantone in Zukunft weiter erhöhen wird. Das Ressourcenpotenzial des Kantons St.Gallen dürfte sich dabei unterdurchschnittlich entwickeln, sodass dem Kanton St.Gallen voraussichtlich per Saldo geringfügig mehr Mittel aus dem Ressourcenausgleich zufließen werden.

Die Zahlen zum geografisch-topografischen Lastenausgleich werden unverändert weitergeführt. Die Alimentierung des Härteausgleichs reduziert sich ab 2016 um jährlich 5 Prozent und wird per 2035 (20 Jahre ab 2016) auslaufen. Zwar sind infolge der geringeren Dotierung des Härteausgleichsfonds ab 2016 gewisse Entlastungen für den Kanton St.Gallen zu erwarten. Andererseits können sich beim Empfängerkreis des Härteausgleichsfonds Änderungen ergeben, welche umgekehrt eine belastende Wirkung entfalten.

Im Zusammenhang mit der Neudotierung des Bundesfinanzausgleichs in den Jahren 2016–2019 (2. Wirksamkeitsbericht NFA) bestehen beträchtliche Unsicherheiten für den Kanton St.Gallen. Sollte sich der bundesrätliche Vorschlag gemäss Botschaft vom 3. September 2014 durchsetzen, würden sich die Transferzahlungen im Ressourcenausgleich um jährlich bis zu 39 Mio. Franken reduzieren. Die Eidgenössischen Räte werden sich im Jahr 2015 abschliessend mit diesem Geschäft befassen.

3.2.11 Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Hochbauten, Investitionsbeiträge, technische Einrichtungen					
Ausgaben	210.6	206.4	270.6	214.5	+0.6%
Einnahmen	88.5	9.4	2.5	2.3	–70.4%
Nettoinvestition	122.1	197.0	268.1	212.2	+20.2%
<i>davon</i>					
– Bildung (netto / «–» positiv)	–53.6	19.9	28.0	10.0	–157.1%
– Gesundheit (netto)	140.6	103.2	173.1	163.0	+5.1%
Strassenbau					
Ausgaben	88.7	96.8	139.8	137.1	+15.6%
Einnahmen	18.9	21.8	27.2	28.0	+13.9%
Nettoinvestition	69.8	75.0	112.6	109.1	+16.1%

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Darlehen und Beteiligungen					
Ausgaben	101.2	23.3	23.9	22.5	-39.4%
Einnahmen	18.0	22.1	23.1	23.6	+9.4%
Nettoinvestition («-» positiv)	83.2	1.2	0.8	-1.1	+75.9%

Im Bereich der Hochbauten, Investitionsbeiträgen und technische Einrichtungen steigen die Nettoinvestitionen von rund 122 Mio. Franken im Jahr 2015 auf gegen 270 Mio. Franken im Jahr 2017, bevor sie im Jahr 2018 wieder zurückgehen. Der Anstieg gründet primär in den ab 2015 einsetzenden Investitionsausgaben im Zuge des geplanten Neubaus der Häuser 07A und 07B des Kantonsspitals St.Gallen sowie der Erneuerungen und Erweiterungen von Regionalspitalern (2016: 102.7 Mio. Fr./ 2017: 173.1 Mio. Fr./ 2018: 163 Mio. Fr.). Daneben führen die Ausbau- und Sanierungsvorhaben sowie Neubauten an der Kantonsschule Sargans, dem Stadttheater St.Gallen, dem Kunstmuseum St.Gallen sowie dem Klanghaus Toggenburg zu höheren Investitionsausgaben.

Im Bereich des Strassenbaus steigen die Nettoinvestitionen von rund 69.8 Mio. Franken auf 113 Mio. Franken im Jahr 2017, bevor im Jahr 2018 wieder eine leichte Reduktion auszumachen ist. Der starke Anstieg ist schwergewichtig auf die Ausgaben im Zusammenhang mit den Grossprojekten Brücke Pfäfers-Valens und den Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, welche im Rahmen des 16. Strassenbauprogramms realisiert werden. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt ausschliesslich über den Strassenfonds und hat keine Auswirkungen auf die Staatsrechnung.

Bei den Darlehen und Beteiligungen ist im Budget 2015 die Umwandlung der ausgerichteten Investitionsbeiträge an die Fachhochschule St.Gallen in ein Darlehen enthalten. Das führt hier zu Mehrausgaben von 68.6 Mio. Franken und bei den Hochbauten, Investitionsbeiträgen und technischen Einrichtungen zu Mehreinnahmen im gleichen Umfang. Dies erklärt auch den Nettoüberschuss im Bereich der Bildung. Ab 2016 pendeln sich die Nettoinvestitionen auf dem Niveau von 1 Mio. Franken ein.

Zu Grundsätzen sowie zur mittel- bis langfristigen Ausgestaltung der kantonalen Investitionsplanung wird auf das Kapitel 2.5 der vorliegenden Botschaft verwiesen.

3.3 Ergebnisse der einzelnen Departemente

Nachfolgend werden für jedes Departement die Ergebnisse des AFP 2016–2018 dargestellt und die wesentlichen Faktoren kommentiert, welche den ausgabenrelevanten Aufwand der Erfolgsrechnung verändern. Die detaillierten Differenzbegründungen zur gesamten Erfolgsrechnung sind im Anhang aufgeführt. Vertiefte Angaben zur Belastung der Erfolgsrechnung durch Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite finden sich in den Kapiteln 4 und 5.

3.3.1 Räte und Staatskanzlei

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	22.4	22.6	22.0	21.8	-0.9%
– <i>Personalaufwand</i>	9.4	9.6	9.3	9.3	-0.4%
– <i>Sachaufwand</i>	12.2	12.3	11.9	11.8	-1.1%
– <i>Staatsbeiträge</i>	0.4	0.4	0.4	0.4	0.0%
Ertrag der Erfolgsrechnung	10.7	10.5	10.5	10.5	-0.6%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	11.7	12.1	11.5	11.3	-1.2%

Der Aufwandüberschuss der Räte nimmt bis ins Jahr 2018 um 0.1 Mio. Franken von 5.5 Mio. Franken im Jahr 2015 auf 5.4 Mio. Franken im Jahr 2018 ab. Der Aufwandüberschuss der Staatskanzlei reduziert sich im gleichen Zeitraum um 0.3 Mio. Franken von 6.2 Mio. Franken auf 5.9 Mio. Franken. Die Gründe für die Abnahmen sind vielschichtig, grundsätzlich entwickelt sich der Aufwandüberschuss stabil.

3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	458.7	504.5	506.4	509.5	+3.6%
– Personalaufwand	58.7	59.3	59.0	59.1	+0.2%
– Sachaufwand	16.0	17.1	17.1	16.8	+1.0%
– Staatsbeiträge	140.9	184.8	189.4	196.9	+11.8%
Ertrag der Erfolgsrechnung	346.8	368.4	370.4	371.0	+2.3%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	111.9	136.2	136.0	138.6	+7.4%

Im Volkswirtschaftsdepartement steigt der Aufwandüberschuss um knapp 27 Mio. Franken auf gut 138 Mio. Franken im Jahr 2018, was einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 7.4 Prozent pro Jahr entspricht.

Die starke Zunahme des Aufwandüberschusses bzw. der Staatsbeiträge ist einerseits auf die Reformen im öffentlichen Verkehr auf Bundesebene zurückzuführen (Neuregelung Infrastrukturfinanzierung der Bahnen durch die Bundesvorlage Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur [FABI]). Die daraus resultierende Mehrbelastung für den Kanton macht in der Erfolgsrechnung ab 2016 jährlich etwa 10 Mio. Franken aus. In der Investitionsrechnung reduziert sich der Nettoaufwand durch den Wegfall der Investitionsbeiträge mit Umsetzung von FABI ab 2016 um jährlich rund 4 Mio. Franken (vgl. hierzu Gesetzesvorhaben in Kapitel 4.3.1). Daneben steigt der Abgeltungsbedarf durch die S-Bahn St.Gallen und weitere bestellte Angebots-erweiterungen im Regional- und Agglomerationsverkehr bedeutend an.

Der Personalaufwand steigt im Volkswirtschaftsdepartement geringfügig an. Für die Umsetzung des Gesetzesvorhabens Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) wird indes mit einem Bedarf an neuen Stellen in der Höhe von 170 Stellenprozenten gerechnet. Des weiteren sind Massnahmen im Landwirtschaftlichen Zentrum SG im Bereich des Herdenschutzes im Umfang von 45 Stellenprozenten notwendig.

3.3.3 Departement des Innern

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	863.1	869.4	873.7	882.0	+0.7%
– Personalaufwand	26.4	27.0	27.0	27.1	+0.9%
– Sachaufwand	19.0	20.1	20.1	20.8	+3.1%
– Staatsbeiträge	546.9	551.7	560.4	567.3	+1.2%
Ertrag der Erfolgsrechnung	263.3	266.7	266.2	265.4	+0.3%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	599.8	602.7	607.5	616.6	+0.9%

Im Departement des Innern steigt der Aufwandüberschuss um knapp 17 Mio. Franken auf rund 617 Mio. Franken im Jahr 2018. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 0.9 Prozent pro Jahr.

Die Zunahme des Personalaufwands ist auf Neuerungen mit Blick auf das neue Planungs- und Baugesetz bzw. den Entflechtungsauftrag in der Denkmalpflege zurückzuführen, die beide umfangreiche Inventarisierungsarbeiten auch für den Kanton bezüglich der ihm zugeordneten Objekte von kantonaler Bedeutung notwendig machen sowie auf die neue Fachstelle Bibliothek. Auch ab 2018 ist die Zunahme auf Denkmalpflege und Archäologie zurückzuführen, die beide seit Jahren bei intensiver Bautätigkeit unter mangelnden Personalressourcen leiden.

Einen bedeutenden Zuwachs von mehr als 20 Mio. Franken verzeichnen die Staatsbeiträge. Im Vordergrund stehen die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, wo die Aufwendungen zwischen 2015 und 2018 um gut 6 Mio. Franken zunehmen. Der Bund trägt von den Mehraufwendungen im Bereich der Ergänzungsleistungen rund 2.1 Mio. Franken, so dass der Aufwand für den Kanton um netto rund 4.2 Mio. Franken steigt. Zusätzlich erklärt die Aufwandsentwicklung bei der Pflegefinanzierung einen Teil der Zunahme der Staatsbeiträge (+7.6 Mio. Franken). Diese Mehraufwendungen sind allerdings vollständig von den Gemeinden refinanziert. Die Staatsbeiträge nehmen auch im Amt für Soziales zu, welches die laufenden Beiträge an die Behinderteneinrichtungen (+4.3 Mio. Franken) erhöht.

Ein weiterer Grund für die Zunahme des Aufwandüberschusses im Jahr 2018 ist der Mehraufwand aus den Abschreibungen der beiden Investitionsprojekte Klanghaus Toggenburg (2.1 Mio. Franken) und Umbau/Sanierung des Theaters St.Gallen (3.0 Mio. Franken)

3.3.4 Bildungsdepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	869.0	870.3	870.9	870.2	0.0%
– <i>Personalaufwand</i>	263.2	258.8	254.5	253.0	–1.3%
– <i>Sachaufwand</i>	71.9	71.0	71.1	70.9	–0.4%
– <i>Staatsbeiträge</i>	459.4	465.8	469.4	471.9	+0.9%
Ertrag der Erfolgsrechnung	322.6	318.4	317.1	317.5	–0.5%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	546.5	551.9	553.8	552.7	+0.4%

Im Bildungsdepartement nimmt der Aufwandüberschuss um 6.2 Mio. Franken auf knapp 553 Mio. Franken im Jahr 2018 zu. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 0.4 Prozent pro Jahr.

Die erwartete demografische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl der erforderlichen Lehrkräfte an den Berufsfachschulen und den Mittelschulen tendenziell abnimmt. Bei den Berufsfachschulen und den Mittelschulen fallen in den Jahren 2015 (7.1 Mio. Franken) und 2016 (2.6 Mio. Franken) einmalige Kosten zum Abbau der Lektionensaldi an (refinanziert über Rückstellung in Rechnung 2014). Bereinigt um diesen Effekt nimmt der Personalaufwand im AFP-Planjahr 2018 gegenüber dem Budget 2015 bei den Berufsfachschulen und den Mittelschulen um insgesamt 3.4 Mio. Franken ab. Ein Anstieg im Personalaufwand ist dagegen im Amt für Volksschulen zu verzeichnen, wo im Bereich der Aufsicht gegenüber dem Budget 2015 1.4 Stellen geplant sind.⁹

Die Zunahme der Staatsbeiträge bis 2018 ist auf höhere Beiträge an die Universität St.Gallen (+4.0 Mio. Franken) sowie auf Mehraufwendungen für ausserkantonale Studierende (+1.8 Mio. Franken) zurückzuführen. Durch die steigenden Bundesbeiträge und die höheren Beiträge von ausserkantonalen Studierenden nimmt die Nettobelastung für den Kanton durch die Beiträge an die Universität nur um 1.4 Mio. Franken zu. Weiter nehmen die Aufwendungen für ausserkantonale Fachhochschulen (+3.0 Mio. Franken), für Konkordats-Fachhochschulen (+4.4 Mio. Franken) sowie für die Pädagogische Hochschule St.Gallen (+1.6 Mio. Franken) bedeutend zu. Minderaufwendungen von rund 1 Mio. Franken sind im Bereich der Stipendien vorgesehen.

⁹ Ersatz für den im Rahmen des EP 2013 beschlossenen Verzicht auf eine flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule (Massnahme E28bis).

3.3.5 Finanzdepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	685.7	735.0	811.7	806.5	+5.6%
– Personalaufwand (ohne 5600.308)	36.8	37.0	37.0	37.1	+0.3%
– Sachaufwand	45.5	40.3	46.0	44.6	–0.7%
– Passivzinsen	28.9	32.9	38.7	45.4	+16.2%
– Abschreibungen	166.3	187.1	235.9	208.9	+7.9%
– Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	364.5	379.8	392.6	405.7	+3.6%
Ertrag der Erfolgsrechnung	2'774.7	2'899.5	3'001.6	3'045.1	+3.1%
– Steuern	1'904.1	1'986.7	2'044.1	2'102.9	+3.4%
– Vermögenserträge	65.0	85.7	86.5	87.2	+10.3%
– Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	569.5	578.5	590.3	601.1	+1.8%
– Entnahme aus Eigenkapital	50.6	42.6	25.6	25.6	–20.3%
Ertragsüberschuss Erfolgsrechnung	2'089.0	2'164.6	2'190.0	2'238.6	+2.3%

Im Finanzdepartement nimmt der Ertragsüberschuss zwischen dem Jahr 2015 und dem Jahr 2018 um rund 150 Mio. Franken auf knapp 2'240 Mio. Franken zu. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 2.3 Prozent pro Jahr.

Die bedeutende Aufwandsteigerung von jährlich durchschnittlich 5.6 Prozent bis 2018 (+120.8 Mio. Franken) erklärt sich hauptsächlich durch Mehraufwendungen bei den Passivzinsen (zusätzlicher Finanzierungsaufwand für Fremdkapitalaufnahme, +16.5 Mio. Franken), durch zunehmende Gemeindeanteile an den kantonalen Steuererträgen von gesamthaft 42.4 Mio. Franken (Gewinn- und Kapitalsteuern, Quellensteuern und Grundstückgewinnsteuern) sowie durch ansteigenden Abschreibungsaufwand (+42.6 Mio. Franken). Letzterer resultiert aus der starken Zunahme der Investitionstätigkeit des Kantons (Spitalbauvorlagen, vgl. hierzu Kapitel 2.7.11).

Der Personalaufwand, bereinigt um den allgemeinen Personalaufwand (Konto 5600.308), nimmt gegenüber dem Budget 2015 geringfügig um jährlich durchschnittlich 0.3 Prozent zu. Darin widerspiegeln sich die Stellenschaffung im Finanzdepartement (Amt für Finanzdienstleistung) sowie die Finanzierung von zwei IT-Service Managern über den allgemeinen Haushalt ab 2016.

Bedeutende Zunahmen sind auf der Ertragsseite im Bereich der Steuern ersichtlich. Gegenüber dem Budget 2015 wird von einem absoluten Wachstum der Steuererträge von rund 200 Mio. Franken bis 2018 gerechnet. Aufgrund der Budgetierung der Gewinnausschüttung der SNB von jährlich 20 Mio. Franken ab 2016 steigen die Vermögenserträge auf ein Niveau von knapp 90 Mio. Franken an. Die Zunahmen der zweckfreien Beiträge ist auf die geplanten Mehrerträge aus dem Bundesfinanzausgleich zurückzuführen (vgl. hierzu Kapitel 2.7.10). Aus obiger Darstellung ist zudem ersichtlich, dass ab 2017 nur noch besonderes Eigenkapital in der Höhe von jährlich 25.6 Mio. Franken dem allgemeinen Haushalt zufließt. Auf den Bezug von freiem Eigenkapital kann gestützt auf die aktuellen Planwerte ab 2017 verzichtet werden.

3.3.6 Baudepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	393.3	433.0	483.6	452.5	+4.8%
– Personalaufwand	68.0	69.0	69.1	69.1	+0.5%
– Sachaufwand	134.1	150.9	158.6	158.8	+5.8%
– Staatsbeiträge	43.2	43.5	42.8	43.2	0.0%
Ertrag der Erfolgsrechnung	312.8	331.6	378.7	353.2	+4.1%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	80.5	101.4	104.9	99.3	+7.2%

Im Baudepartement steigt der Aufwandüberschuss um rund 19 Mio. Franken auf über 99 Mio. Franken im Jahr 2018. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 7.2 Prozent pro Jahr.

Die Veränderungen sind zu einem wesentlichen Teil auf den Bereich Verwaltung der Staatsliegenschaften und dort auf rein buchhaltungstechnische Gründe zurückzuführen. Während im Budget 2015 die Aufwendungen für Bauten und Renovationen dezentral in den Zahlen der Departemente enthalten sind, sind in den AFP-Jahren die Aufwendungen mit einer Höhe von unverändert 28 Mio. Franken zentral im Baudepartement eingestellt. Des Weiteren sind die Gründe für die Zunahme des Aufwandüberschuss vielschichtig.

Der Anstieg des Personalaufwands ab dem AFP-Planjahr 2016 ist auf Stellenschaffungen im Bereich der Abfallbewirtschaftung, zum Aufbau und Betrieb des ÖREB-Katasters sowie zur Vorbereitung und Umsetzung des Richtplans und des Planungs- und Baugesetzes zurückzuführen. Die Staatsbeiträge entwickeln sich über den Zeitraum von 2015 bis 2018 stabil.

3.3.7 Sicherheits- und Justizdepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	591.9	595.2	634.5	607.8	+0.9%
– Personalaufwand	189.1	190.3	191.8	193.7	+0.8%
– Sachaufwand	109.5	111.0	108.1	108.4	–0.3%
– Staatsbeiträge	2.2	3.4	3.5	3.1	+13.3%
Ertrag der Erfolgsrechnung	470.8	473.6	511.9	482.2	+0.8%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	121.1	121.6	122.6	125.6	+1.3%

Im Sicherheits- und Justizdepartement steigt der Aufwandüberschuss um knapp 5 Mio. Franken auf rund 126 Mio. Franken im Jahr 2018. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 1.3 Prozent pro Jahr.

Die grossen Veränderungen des Aufwands und auch des Ertrags sind im Wesentlichen auf den Personalaufwand zurückzuführen. Dieser steigt um 0.8 Prozent pro Jahr oder um gesamthaft 4.6 Mio. Franken zwischen 2015 und 2018. Dies widerspiegelt den geplanten Korpsausbau bei der Kantonspolizei um fünfzehn Mitarbeiter pro Jahr sowie die Stellenschaffungen im Bereich der digitalen Forensik. Gleichzeitig fällt per 2016 eine auf ein Jahr befristete Stellen im Passbüro weg.

3.3.8 Gesundheitsdepartement

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	770.8	790.8	809.5	826.1	+2.3%
– Personalaufwand	18.2	18.8	18.6	18.6	+0.7%
– Sachaufwand	13.3	13.7	13.7	13.4	+0.2%
– Staatsbeiträge	734.8	754.0	770.2	787.1	+2.3%
Ertrag der Erfolgsrechnung	157.8	162.7	166.9	171.4	+2.8%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	612.9	628.1	642.6	654.7	+2.2%

Im Gesundheitsdepartement nimmt der Aufwandüberschuss um rund 42 Mio. Franken auf rund 655 Mio. Franken im Jahr 2018 zu. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 2.2 Prozent pro Jahr.

Der Aufwandszuwachs geht zum einen auf die steigenden Aufwendungen für die Innerkantonalen und die Ausserkantonalen Hospitalisationen zurück, die zwischen 2015 und 2018 um 21.5 Mio. bzw. 10.4 Mio. Franken zunehmen. Dies gründet bei der Innerkantonalen Hospitalisation auf den Veränderungen im Bezug auf verschiedene Faktoren im DRG-Bereich. Unter anderem betrifft es die Erhöhung des durchschnittlichen Schweregrades (CMI) um 0.5 Prozent pro Jahr, der durchschnittlichen Baserate um 0.6 Prozent pro Jahr sowie der Zunahme der Anzahl Austritte um 0.9 Prozent pro Jahr. Die Zunahme der Ausserkantonalen Hos-

pitalisation ist vor allem auf ein Wachstum im SwissDRG-Bereich von 2.5 Prozent pro Jahr (höhere Fallzahlen und höherer Schweregrad) bzw. auf einer Erhöhung von 5.0 Prozent je Jahr im Bereich Rehabilitation/Psychiatrie zurückzuführen.

Neben den Staatsbeiträgen an die Spitäler steigen auch die Aufwendungen für Individuelle Prämienvverbilligungen (IPV). Zwischen 2015 und 2018 nehmen die Staatsbeiträge um knapp 23.6 Mio. Franken zu. Da die Bundesbeiträge im gleichen Zeitraum auch um 13.1 Mio. Franken höher ausfallen, resultiert eine Zunahme der Nettobelastung für den kantonalen Haushalt von 10.5 Mio. Franken. In diesen Zahlen berücksichtigt ist der Gegenvorschlag der Regierung zur Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienvverbilligungsinitiative)», welcher eine Erhöhung des gesetzlichen Prämienvverbilligungsvolumens um 6.5 Mio. Franken vorsieht.

Der Personal- sowie der Sachaufwand bleiben im Berichtszeitraum relativ ausgeglichen. Der leichte Anstieg des Personalaufwands ergibt sich im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen, wo zwei tierärztliche Stellen für den Vollzug des revidierten Hundegesetzes sowie eine Stelle zum Vollzug des neuen Lebensmittelgesetzes beantragt werden. Die Stellen zum Vollzug des revidierten Hundegesetzes sind vollständig refinanziert. Für das Amt für Gesundheitsversorgung wird eine zusätzliche Stelle infolge des revidierten Krankenversicherungsgesetzes (KVG) und der Umsetzung der damit zusammenhängenden neuen Spitalfinanzierung notwendig. Die Bewältigung einer Vervielfachung von Rechnungen für ausserkantonale Hospitalisationen, die Kontrollen über die Einhaltung der Anforderungen an die Aufnahme von Spitälern und Kliniken auf die kantonale Spitalliste sowie die Bearbeitung einer zunehmenden Zahl von Tariffestsetzungsverfahren erfordert eine Erhöhung der entsprechenden Personalressourcen in diesem Bereich.

3.3.9 Gerichte

in Mio. Fr.	Budget 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018	jährliches Wachstum
Aufwand der Erfolgsrechnung	44.0	44.3	44.3	44.3	+0.3%
– Personalaufwand	32.2	32.6	32.6	32.6	+0.3%
– Sachaufwand	8.5	8.6	8.6	8.6	+0.2%
Ertrag der Erfolgsrechnung	14.1	14.2	14.2	14.2	+0.2%
Aufwandüberschuss Erfolgsrechnung	29.9	30.1	30.1	30.1	+0.3%

Bei den Gerichten bleibt der Aufwandüberschuss bei rund 30 Mio. Franken weitgehend stabil.

4 Gesetzesvorhaben

4.1 Übersicht

In diesem Kapitel werden die in den kommenden Jahren geplanten Gesetzesvorhaben und deren mutmassliche finanzielle Auswirkungen dargestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt die in Vorbereitung stehenden Vorhaben im Überblick:

in Fr. (+ Mehraufwand bzw. Minderertrag / – Minderaufwand) n.v. steht für nicht verfügbar	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Staatskanzlei			
Neuorganisation Parlamentsdienste	n.v.	n.v.	n.v.
Revision Kommissionssystem	n.v.	n.v.	n.v.
VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz	0	0	0
Volkswirtschaftsdepartement			
Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI), ER	+10'250'000	+10'750'000	+9'850'000
Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI), IR	–3'911'800	–4'000'000	–4'000'000
Departement des Innern			
Denkmalpflege und Kantonsarchäologie	+237'400	+237'400	+237'400
Nachtrag zum Gemeindegesetz	0	0	0
III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Kulturgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Bildungsdepartement			
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	n.v.	n.v.	n.v.
Finanzdepartement			
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung	0	0	0
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz	0	0	0
Projekt «Neues Lohnsystem»	0	n.v.	n.v.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	+125'000	+125'000	+125'000
Kataster öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen	+425'000	+425'000	+425'000
Revision Baugesetz	+125'000	+250'000	+250'000
Gesetz über die Nutzung des Untergrundes	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Neugestaltung der Verwaltungsjustiz	0	n.v.	n.v.
Zivilschutz 2015+	–2'263'000	–2'263'000	–2'263'000
Gesundheitsdepartement			
Totalrevision Hundegesetz	0	0	0
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung	0	0	0
Neues Lebensmittelgesetz	+149'800	+151'800	+151'800
Übertragung der Immobilien an die Spitalverbunde	0	0	0
Total Erfolgsrechnung (ER)	+9'049'200	+9'676'200	+8'776'200
Total Investitionsrechnung (IR)	–3'911'800	–4'000'000	–4'000'000

4.2 Staatskanzlei

4.2.1 Neuorganisation Parlamentsdienste

Mit der Motion 42.14.01 «Neuorganisation der Parlamentsdienste» vom 25. Februar 2014 wurde das Präsidium eingeladen, «die notwendigen Gesetzesgrundlagen zu schaffen mit dem Ziel, den Ratsdienst und den parlamentarischen Kommissionsdienst aus der Staatskanzlei auszugliedern und sie administrativ und hierarchisch dem Präsidium zu unterstellen».

Die Reorganisation der Parlamentsdienste bedingt eine Revision des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG) sowie des Geschäftsreglementes des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR). Zu prüfen ist zudem ein separates «Parlamentsverwaltungsgesetz» für die autonomen Parlamentsdienste. Der vom Präsidium im Rahmen des Projektauftrags verabschiedete Zeitplan sieht vor, dass die Vorlage zur Neuorganisation der Parlamentsdienste in der ersten Hälfte des Jahres 2015 dem Kantonsrat unterbreitet wird. Dieser Zeitplan ermöglicht, dass die Neuorganisation auf die Amtsdauer 2016/2020 umgesetzt werden kann.

Die Kosten einer Neuorganisation der Parlamentsdienste hängen von der konkreten Ausgestaltung der Vorlage ab. Relevant ist insbesondere, inwieweit die Parlamentsdienste auch künftig auf verwaltungsinterne Ressourcen zugreifen können und wie hoch der Autonomiegrad der Parlamentsdienste ausfällt. Da die Vorlage gegenwärtig in der Ausarbeitung steht, sind die Kostenfolgen sowie die personellen Auswirkungen noch offen.

4.2.2 Revision Kommissionssystem

Mit dem Postulat 43.12.08 «Überprüfung der Organisation der ständigen Kommissionen» vom 27. Februar 2013 wurde das Präsidium eingeladen:

- «1. eine Erweiterung des Kommissionensystems mit ständigen Fachbereichskommissionen unter Abgleichung mit den bestehenden ständigen Kommissionen und unter Beibehaltung der nicht ständigen Kommissionen zu prüfen;
2. dem Kantonsrat über das Ergebnis der Prüfung zu berichten und ihm allenfalls Antrag auf eine entsprechende Revision des Geschäftsreglementes zu stellen.»

An der Novembersession 2014 hat der Kantonsrat im Rahmen des Berichts des Präsidiums über den Ist-Zustand (40.14.06) die Grundzüge einer Revision des Kommissionensystems diskutiert und das Präsidium zur Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage eingeladen. Eine Revision des Kommissionensystems bedingt einen Nachtrag zum GeschKR und wird zudem zu organisatorischen und personellen Anpassungen beim parlamentarischen Kommissionsdienst führen.

Die Kosten einer Revision des Kommissionensystems hängen von der konkreten Ausgestaltung der Vorlage ab. Relevant sind insbesondere die Zahl der ständigen Kommissionen sowie die Zuständigkeit für die Geschäftsführung der nicht ständigen Kommissionen. Da die Vorlage gegenwärtig in der Ausarbeitung steht, sind die Kostenfolgen sowie die personellen Auswirkungen noch offen.

4.2.3 VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz

Mit dem EP 2013 hat der Kantonsrat der Massnahme E66 betreffend Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung zugestimmt. Diese soll unter anderem «durch separat zu prüfende strukturelle Massnahmen erfolgen» (ABI 2013, 2309). Die Massnahme S6 der separat zu prüfenden strukturellen Massnahmen verlangt die Prüfung von «Vereinfachungen und Optimierungen im Bereich der Planungs- und Steuerungsinstrumente und der Planungsprozesse, zum Beispiel durch eine Zusammenlegung der Prozesse zur Erarbeitung von Budget und Aufgaben- und Finanzplan». Ergänzend erteilte der Kantonsrat bei der Beratung des Berichts 2014 der Staatswirtschaftlichen Kommission zur Staatsverwaltung vom 30. April 2014 in der Junisession 2014 der Regierung folgende Aufträge:

«Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, worin geregelt wird, dass:

1. die Schwerpunktplanung der Regierung in einer Verbindung zum finanzpolitischen Umfeld und zum Ressourcenbedarf für die Umsetzung steht;
2. sich der Kantonsrat in einer geeigneten und adäquaten Art und Weise, in einem geeigneten und adäquaten Verfahren und mit einem geeigneten und adäquaten Instrumentarium im Sinn einer politischen Diskussion auf die ihm von der Regierung unterbreitete Schwerpunktplanung einlässt.»¹⁰

Die Regierung nimmt in Aussicht, die Erfüllung der Massnahme S6 sowie der zwei Aufträge mit einem Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz zu erreichen. Konkret sollen die Artikel zu der Schwerpunktplanung, dem Aufgaben- und Finanzplan, dem Controlling und zum Dienst für politische Planung und Controlling angepasst sowie ein Artikel zu den Departementsstrategien ergänzt werden. Die Vorlage soll in der ersten Hälfte des Jahres 2015 in die Vernehmlassung geschickt werden. Mit der Zuleitung auf die Septembersession 2015 wird ermöglicht, den Vollzugsbeginn des Nachtrags zum Staatsverwaltungsgesetz auf den Beginn der Amtsdauer 2016/2020 zu legen, sodass bei der Erarbeitung der Schwerpunktplanung 2017–2021 bereits auf das angepasste Staatsverwaltungsgesetz Bezug genommen werden kann. Die Gesetzesänderungen führen lediglich zu Anpassungen im organisatorischen Bereich, weshalb keine Kostenfolgen zu verzeichnen sind.

4.3 Volkswirtschaftsdepartement

4.3.1 Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)

Die Reformen im öffentlichen Verkehr auf Bundesebene führen dazu, dass die kantonale Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr angepasst werden muss. Dies betrifft insbesondere die Neuregelung der Infrastrukturfinanzierung der Bahnen durch die Bundesvorlage Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI).

Mit der FABI-Vorlage werden neue Rahmenbedingungen für die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur gesetzt. Die Finanzierung soll einfacher und übersichtlicher werden: die Kosten für Substanzerhalt, Betrieb und Ausbau werden aus einem einzigen Fonds gedeckt, dem Bahninfrastrukturfonds (BIF).

Der Ausbau der Bahninfrastruktur soll künftig in Schritten vorgenommen werden. Grundlage der Ausbauschnitte sind die Langfristspektive für die Bahn sowie das Strategische Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur (STEP), welches auf den Planungsarbeiten für Bahn 2030 basiert.

Sowohl die Finanzierung wie auch der Ausbau der Bahninfrastruktur werden wie folgt neu geregelt:

- Aus dem BIF werden sowohl Betrieb und Unterhalt wie auch der künftige Ausbau finanziert.
- Die Kantone beteiligen sich am BIF mit einer pauschalen Einlage von 500 Mio. Franken pro Jahr.
- Ausbaumassnahmen werden künftig alle 4 bis 8 Jahre vom Eidg. Parlament in Ausbauschnitten beschlossen.

In Bezug auf STEP wird der Bundesrat dem Eidgenössischen Parlament im Abstand von vier bis acht Jahren einzelne Ausbauschnitte vorlegen. Die erste Dringlichkeitsstufe deckt einen Zeithorizont bis 2025 ab. Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung des BIF ist es möglich, bis ungefähr 2030 einen zweiten Ausbauschnitt umzusetzen, welcher rund 8 bis 10 Mia. Franken umfasst. Damit kann auf Entwicklungen im öffentlichen Verkehr sowie Projektfortschritte flexibel eingegangen werden. STEP wird als rollende Planung verstanden. Einmal pro Legislatur legt der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen entsprechenden Bericht mit allfälligen Anpassungen von STEP vor.

Bei der Revision der kantonalen Gesetze über den öffentlichen Verkehr ist es sinnvoll, die beiden Erlasse, das Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (sGS 710.5) und das Einführungsgesetz zum eidgenössischen

¹⁰ ABI 2014, 1618

nössischen Eisenbahngesetz (sGS 713.1) aus Gründen der Transparenz und der Konsistenz zusammenzufassen. Die Gesetzesrevision beinhaltet sowohl formale Vereinfachungen (Zusammenführung in ein Gesetz) wie auch materielle Vereinfachungen der Schnittstellen Kanton/Gemeinden und Kanton/Transportunternehmen in den verschiedenen Aufgabenbereichen des öffentlichen Verkehrs.

Die Schweizer Stimmbevölkerung stimmte am 9. Februar 2014 mit 62 Prozent Ja-Stimmen der FABI-Vorlage zu. Geplant ist, dass der Bundesrat die Beschlüsse auf den 1. Januar 2016 in Kraft setzt.

Die Regierung erteilte dem Volkswirtschaftsdepartement am 11. Februar 2014 einen Auftrag zur Revision der Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr. Gemäss Projektzeitplan soll die Botschaft dem Kantonsrat Anfang 2015 zugeleitet werden. Die Beratung der Vorlage ist für die Juni- und Septembersession 2015 geplant. Die Inkraftsetzung des neuen Gesetzes über den öffentlichen Verkehr ist auf den 1. Januar 2016 vorgesehen, gleichzeitig mit der Umsetzung von FABI.

Mit FABI/STEP wird den Kantonen die Aufgabe der Planung der weiteren Ausbauschritte in Planungsregionen zugewiesen. Der Kanton St.Gallen ist Teil der Region Ostschweiz, die ihrerseits in drei Subregionen unterteilt ist. Diese neue Aufgabe umfasst die Planung des Regionalverkehrsangebots und der notwendigen Infrastrukturen inkl. Abstimmung mit Fern- und Güterverkehr. Die Ergebnisse bilden jeweils Grundlage für Kreditfreigaben des Bundes. Die aktive Gestaltung von Angebot und Infrastruktur, die enge Begleitung der Planungsschritte mit STEP und die Wahrung der Interessen des Kantons St.Gallen setzen voraus, dass entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Im Amt für öffentlichen Verkehr ist deshalb mit einem zusätzlichen Personalbedarf im Beschäftigungsumfang von 170 Stellenprozenten zu rechnen. In diesem Zusammenhang sei an die Massnahme K4 des Sparpakets II erinnert, die mittels Gesetzesvorhaben «Anpassung der öV-Finanzierung», welchem das Parlament in der Juni-Session 2013 zugestimmt hat, umgesetzt wurden. In dieser Massnahme K4 «Neuordnung der öV-Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden» ist die Planung des Ortsverkehrs durch den Kanton ab dem Jahr 2016 vorgesehen, was im Amt für öffentlichen Verkehr ebenfalls mit einem Anstieg der zu bewältigenden Aufgaben verbunden ist und somit höhere Ressourcen erfordert.

Die Beteiligung des Kantons und der Gemeinden an der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen (Abgeltung und Darlehen) entfällt mit der Umsetzung von FABI voraussichtlich ab 2016. Die Beiträge für das Jahr 2016 auf Basis der bestehenden Leistungsvereinbarungen 2013–2016 zur Finanzierung der Privatbahninfrastruktur werden alleine durch den Bund aus dem BIF finanziert. Der Abschluss von neuen Leistungsvereinbarungen mit den Privatbahnen erfolgt ab 2017 durch den Bund ohne Beteiligung der Kantone. Im Gegenzug übernehmen die Kantone die pauschale Einlage in den BIF von 500 Mio. Franken pro Jahr. Aufgrund erster provisorischer Berechnungen des Bundes wird auf den Kanton St.Gallen ein Anteil von jährlich 34 Mio. Franken entfallen.

Weil die entsprechenden Verordnungen auf Bundesebene für den Beteiligungsschlüssel und die definitiven Basiswerte 2014 oder 2015 für die Berechnung der Kantonsanteile an der BIF-Einlage noch nicht vorliegen, wurden im AFP 2016–2018 die bisherigen Beteiligungen an der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen fortgeschrieben. Weil der Wechsel zum BIF aber unbestrittenerweise eine Nettomehrbelastung des Kantons mit sich bringt, wird diese in die Planzahlen integriert. Von den jährlich 34 Mio. Franken, die der Kanton in den BIF einzahlen wird, sollen 17 Mio. beim Kanton verbleiben. Diesen stehen im Jahr 2016 rund 7 Mio. Franken gegenüber, die der Kanton ohne Einführung des BIF tragen müsste. Die Mehrbelastung macht in der Erfolgsrechnung also etwa 10 Mio. Franken aus. Die Abschreibungen für die bis 2015 geleisteten Infrastrukturbeiträge fallen ab 2018 schrittweise weg. In der Investitionsrechnung reduziert sich der Nettoaufwand durch den Wegfall der Investitionsbeiträge mit Einführung des BIF ab 2016. Bei gleichbleibendem Finanzierungsschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden von 50/50 resultiert aus der Einführung des BIF für die Gemeinden eine Mehrbelastung von 5.5 Mio. bis 6.2 Mio. Franken. Diese setzt sich zusammen aus rund 10 Mio. Franken Mehrkosten durch die Einführung des BIF abzüglich rund 4 Mio. Franken durch den Wegfall der bisherigen Infrastrukturbeiträge an die Schweizerische Südostbahn AG.

Es ist davon auszugehen, dass die Neuregelung der Infrastrukturfinanzierung der Bahnen mit FABI auch Auswirkungen auf die Höhe der Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Regionalverkehrs gemäss

eidgenössischer Verordnung über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr (SR 742.101.2; abgekürzt KAV) haben wird. Durch den Wegfall des Parameters «Privatbahnlänge» zur Berechnung der strukturellen Voraussetzungen gemäss Art. 5 und 6 KAV werden sich die Kantonsanteile voraussichtlich ändern. Die provisorischen Berechnungen des Bundes zeigen, dass sich für den Kanton St.Gallen keine wesentlichen Änderungen ergeben. Eine Erhöhung oder auch eine geringfügige Reduktion des Bundesanteils ist mit der definitiven Festlegung der Kantonsanteile dennoch möglich.

4.4 Departement des Innern

4.4.1 Denkmalpflege und Kantonsarchäologie

Mit Blick auf das neue Planungs- und Baugesetz und den aktuellen Entflechtungsauftrag des Kantonsrates für die Denkmalpflege werden der kantonalen Denkmalpflege und der Kantonsarchäologie veränderte bzw. neue Aufgaben im Zusammenhang mit der Pflege und dem Schutz des kulturellen Erbes im Kanton übertragen: Voraussetzung für eine Aufgabenentflechtung bei der Denkmalpflege sind Inventare, die festlegen, welche schützenswerten Objekte von kommunaler und welche von kantonaler Bedeutung sind. Auch der aktuelle Entwurf des neuen Planungs- und Baugesetzes sieht vor, dass jede Gemeinde innert fünf Jahren seit Vollzugsbeginn in Zusammenarbeit mit der zuständigen kantonalen Stelle (kantonale Denkmalpflege, Kantonsarchäologie) ein Schutzinventar für Baudenkmäler und archäologischen Denkmäler erstellt. Zudem ist vorgesehen, dass die zuständigen kantonalen Stellen im Schutzinventar die Objekte von kantonaler Bedeutung festsetzen und darüber hinaus die Aufnahme der vom Bund bezeichneten Objekte von nationaler Bedeutung sichern. Die Schutzinventare bedürfen bezüglich der Objekte von nationaler und kantonaler Bedeutung sowie der Erfüllung der Mindestanforderungen an das Inventarisierungsverfahren der Genehmigung durch das zuständige Amt (Amt für Kultur). Gemäss Gesetzesentwurf müssen Unterschutzstellungen von Baudenkmälern und archäologischen Denkmälern von kantonaler und nationaler Bedeutung zudem neu durch die kantonale Denkmalpflege bzw. Kantonsarchäologie genehmigt werden. Schliesslich verpflichtet der Gesetzesentwurf den Kanton dazu, inventarisierte oder unter Schutz gestellte archäologische Denkmäler, die nicht erhalten werden können, vor ihrer Zerstörung von der Kantonsarchäologie untersuchen zu lassen.

Sowohl für die Initialisierung als auch für die eigentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der vorzunehmenden Neuinventarisierung sowie im Zusammenhang mit Unterschutzstellungen und der wissenschaftlichen Untersuchung und Sicherung von archäologischen Denkmälern werden zusätzliche Personalressourcen notwendig sein. In diesem Aufgabenbereich besteht seit längerer Zeit ein ausgewiesener und von der Regierung anerkannter Nachholbedarf beim Personal.

Mit Blick auf die Gesetzesvorlage und zur Umsetzung des Entflechtungsauftrags sind deshalb zusätzliche personelle Ressourcen mit einem Aufwand von knapp 240'000 Franken notwendig. Erforderlich sind 180 Stellenprozent, die sich zu 100 Stellenprozent bei der Archäologie (Organisation und Kontrolle der Ausgrabungsprojekte im ganzen Kanton, Tätigkeit im Feld sowie bei der Restaurierung, Lager und Inventarerstellung) und 80 Stellenprozent bei der Denkmalpflege (Umsetzung «Inventar-Modell», Bezeichnung der Kantons- und Bundesobjekte und Genehmigung der Inventare) zusammensetzen.

4.4.2 Nachtrag zum Gemeindegesetz

Das heutige Gemeindegesetz (sGS 151.2) ist seit über vier Jahren in Vollzug. Aus den bisherigen Erfahrungen zeigt sich, dass einige Bestimmungen redaktionell und teilweise materiell angepasst werden müssen. Die materiellen Anpassungen ergeben sich vor allem wegen Unsicherheiten in der Auslegung. Ausserdem sind Anpassungen aufgrund der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 für die Gemeinden notwendig. Je nach gewählter Variante werden dies lediglich redaktionelle Anpassungen oder umfassende Anpassungen sein. Die Vorlage wird für den Kanton weder personelle noch finanzielle Auswirkungen haben.

4.4.3 III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz

Gestützt auf Art. 44 des Finanzausgleichsgesetzes (sGS 813.1; abgekürzt FAG) hat die Regierung dem Kantonsrat alle vier Jahre einen Bericht über den Vollzug und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs vorzulegen. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2012, so dass der nächste Bericht im Jahr 2016 vorgelegt werden muss. Im Wirksamkeitsbericht werden nicht nur allfällige Defizite im Vollzug oder in der Wirksamkeit aufgezeigt, sondern gegebenenfalls auch Anpassungsvorschläge erarbeitet. Diese werden dem Kantonsrat zusammen mit dem Bericht in einem III. Nachtrag zum FAG unterbreitet. Das Projekt wird mit den bestehenden personellen Ressourcen abgewickelt. Personelle Konsequenzen aus dem III. Nachtrag zum FAG sind keine zu erwarten. Allfällige Anpassungen am Finanzausgleichssystem würden höchstwahrscheinlich finanzielle Konsequenzen mit sich bringen. Ob und welche Anpassungen vorgenommen werden sollen, kann jedoch erst nach Vorliegen des Wirksamkeitsberichtes gesagt werden.

4.4.4 Kultugesetz

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden hat die Regierung den Auftrag erteilt, das aus dem Jahr 1995 stammende st.gallische Kulturförderungsgesetz (sGS 275.1; abgekürzt KFG) zu überarbeiten. Bereits im Bericht der Regierung zu den «Perspektiven der Kulturpolitik» (40.03.04) aus dem Jahr 2003 wurde festgelegt, dass die Aufgabenteilung in der Kulturförderung festzulegen ist.

Die strukturelle Beschaffenheit des Kantons, die sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen und verschiedene Entwicklungen im Kulturbereich gehören zu den grundlegenden Rahmenbedingungen des kulturellen Schaffens und dessen Förderung. Sie sind daher bei der Entwicklung eines Konzepts für die zukünftige Ausrichtung der Kunst- und Kulturförderung zwingend zu beachten. Es gilt, zwischen Gemeinden, Kulturregionen und Kanton die Aufgabenteilung festzulegen sowie Anpassungen aufgrund des neuen Kulturförderungsgesetzes des Bundes zu prüfen. Die Förderinstrumente sind zeitgemäss auszugestalten und die kantonale Schwerpunktpolitik im Bereich der Kulturbauten ist gesetzlich angemessen abzubilden. Im Bereich des kulturellen Erbes gilt es, die künftige Aufgabenteilung mit dem Gemeinden für das Beitragswesen in der Denkmalpflege festzulegen bzw. dem neuen Planungs- und Baugesetz anzupassen sowie den Umgang mit mobilen Kulturgütern zu regeln.

Im ersten Halbjahr 2015 wird das Regelungskonzept vorliegen. Für Ende 2015 ist der Gesetzesentwurf geplant. Es sind keine weitreichenden Veränderungen vorgesehen, jedoch mögliche Ergänzungen bzw. Anpassungen der Aufgabenbereiche, insbesondere im Bereich der kulturellen Teilhabe bzw. der Kulturvermittlung, wo ab 2014 noch im Rahmen eines Pilotbetriebs eine Geschäftsstelle tätig ist. Die Kostenfolgen sind derzeit noch nicht im Detail abzuschätzen.

4.5 Bildungsdepartement

4.5.1 Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil

Die Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 19. September 2000 (sGS 234.211; im Folgenden: Trägervereinbarung) wurde unter den damaligen vier Trägerkantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Glarus abgeschlossen und regelt Bestand und Zweck, Organisation, Finanzhaushalt sowie weitere Fragen betreffend der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt «Hochschule für Technik Rapperswil» (HSR). Träger der HSR sind seit dem 1. Oktober 2008 die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus. Der Kanton Zürich hatte seine Mitträgerschaft an der HSR auf Ende des Studienjahrs 2007/08 gekündigt. Der Kantonsrat St.Gallen hat mit Beschluss vom 5. Juni 2007 zugestimmt, bis längstens 30. September 2016 die durch den Austritt des Kantons Zürich verursachten Mehrkosten in der Trägerfinanzierung alleine zu tragen (Übergangsfinanzierung). Dabei wurde in Aussicht gestellt, die Trägervereinbarung auf das Jahr 2016 hin zu überarbeiten.

Eine Revision der Trägervereinbarung lässt sich nicht auf die Neuregelung der Trägerfinanzierung beschränken, sondern hat eine Vielzahl von zum Teil umstrittenen Themen zum Gegenstand wie:

- Neuregelung Aufteilung der Betriebskosten auf die Träger;
- Finanzierung baulicher Infrastruktur (einschliesslich des im Bau befindlichen Forschungszentrums und Handhabe für allfällig spätere Bauvorhaben);
- Ausgestaltung der Steuerung der Hochschule durch die Träger;
- Personalrecht und Pensionskassenlösung (Übernahme Personalrecht des Kantons St.Gallen und Wechsel von der Pensionskasse des Kantons Zürich zur Pensionskasse des Kantons St.Gallen).

Es muss in Betracht gezogen werden, dass Nichtsitzkantone bei Anwendung der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (sGS 234.031; abgekürzt FHV) mit Ausnahme des fehlenden Mitspracherechts keine Nachteile zu gewärtigen haben, wenn sie aus der Trägerschaft einer Hochschule austreten. Dank der auf Hochschulebene herrschenden Freizügigkeit haben Studierende unabhängig von einer Mitträgerschaft ihres Wohnsitzkantons uneingeschränkten Zugang zu den Hochschulen. Die beiden Kantone Schwyz und Glarus hätten bei einem Austritt aus der Trägervereinbarung keine Nachteile zu gewärtigen. Mit einem Austritt würde jedoch die jährliche Restkostenmitfinanzierung im Rahmen der Betriebsrechnung durch die Kantone Schwyz und Glarus entfallen.

Um den Bestand der HSR und deren Weiterentwicklung am Standort Rapperswil sicherzustellen, ist die Trägerschaftsfrage ab 1. Oktober 2016 zu klären. Für die Neuverhandlung der Trägervereinbarung zwischen den Kantonen St.Gallen, Schwyz und Glarus sowie für die Ausarbeitung der Neufassung hat die Regierung des Kantons St.Gallen am 9. Oktober 2012 den Projektauftrag erteilt. In der Folge wurde durch die Regierungen der Trägerkantone eine gemeinsame Projektorganisation bestehend aus Vertretern der Bildungs- und Finanzdepartemente der drei Trägerkantone eingesetzt. Die Projektorganisation stellt auch den punktuellen Einbezug der HSR sicher und nahm ihre Arbeit im November 2012 auf. Sie hat Lösungsansätze für verschiedene zu klärende Fragestellungen erarbeitet und in wesentlichen Bereichen vertiefte Abklärungen für mögliche Lösungen getroffen (Trägerfinanzierung, Ausgestaltung der Organe, Finanzierung baulicher Infrastruktur). Das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten wurde im Sommer 2013 den Regierungen der drei Trägerkantone St.Gallen, Schwyz und Glarus unterbreitet. Der Lenkungsausschuss, bestehend aus der Vorsteherin bzw. den Vorstehern der Bildungsdepartemente der Trägerkantone, hat sich im November 2013 auf die Eckwerte der zukünftigen Trägerschaftslösung geeinigt, namentlich: Wahl Trägerschaftsmodell, Deckung Finanzbedarf durch die Träger, Konzeption der Führung und Steuerung durch die Träger, Anstellungs- und Personalrecht. Das Projektteam hat den Wortlaut der Neufassung der Trägervereinbarung im Sommer 2014 dem Lenkungsausschuss zur Anhörung unterbreitet. Ende September 2014 nahmen die Regierungen der drei Trägerkantone den Projektbericht mit den Eckpunkten des zukünftigen Trägerschaftsmodells zur Kenntnis. Aufgabe des Projektteams ist es nun, eine Vorlage zuhanden der kantonalen Regierungen und Parlamente auszuarbeiten. Wie im Projektverlauf vorgesehen, kündigten die beiden Trägerkantone Schwyz und Glarus vorsorglich die bestehende Trägervereinbarung unter Einhaltung der zweijährigen Kündigungsfrist auf September 2016. Dies, weil die Kantone Schwyz und Glarus nach Ablauf der befristeten Übergangsförderung wesentliche Mehrkosten zu tragen hätten. Dazu sind sie im Rahmen der heutigen Trägervereinbarung nicht bereit. Die künftige Vereinbarung sieht demgegenüber ein zukunftsgerichtetes Trägerschaftsmodell vor mit einem neuen Finanzierungsmodell und sachlich begründbaren Kostenanteilen für die Kantone Schwyz und Glarus.

Botschaft und Vereinbarung für das neue Trägerschaftsmodell der HSR sollen im Jahr 2015 den politischen Entscheidungsgremien zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet werden. Die neue Vereinbarung soll die bestehende auf den 1. Oktober 2016 ablösen. Die Neufassung der Trägervereinbarung hat voraussichtlich keine direkten und indirekten Auswirkungen auf den Personalbereich. Die Kostenfolgen sind ausdrücklich Gegenstand der Neuverhandlungen. Die neue Trägerschaftslösung wird voraussichtlich Minderkosten für den Kanton St.Gallen zur Folge haben.

4.6 Finanzdepartement

4.6.1 Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit

Der Austausch von Personen- und Objektdaten zwischen Behörden aller Staatsebenen erfolgt zunehmend nicht mehr in der herkömmlichen Form von schriftlichen Dokumenten, sondern über Datenbanken, das heisst über Sammlungen von Daten, deren Speicherung und Bearbeitung unter Zuhilfenahme von Informatiksystemen und Informatikanwendungen erfolgen. Die solcherart gespeicherten Daten werden vielfach nicht mehr nur von einer einzigen Behörde erstellt und genutzt; vielmehr sind öfters mehrere Behörden beteiligt. Der Einsatz und der Betrieb von Datenbanken dienen der wirtschaftlichen und wirksamen Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie bilden die Basis für den elektronischen Verkehr nicht nur zwischen den Behörden, sondern ebenso zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Behörden. Dabei werden die Datenbanken in vielen Bereichen nicht nur von Behörden derselben Staatsebene, also etwa der Behörden der Gemeinde oder des Kantons, genutzt, vielmehr stehen die Datenbanken vielfach den Behörden unterschiedlicher Staatsebenen zur Verfügung. Auch werden Datenbanken nicht ausschliesslich von einer einzigen Behörde errichtet und betrieben, sondern sie sind als gemeinsame oder zentrale Datenbanken für mehrere beteiligte Behörden im Einsatz.

Diese auf Errichtung, Betrieb und Nutzung von Datenbanken bezogene Zusammenarbeit der Behörden, d.h. die E-Government-Zusammenarbeit, darf sich nicht in einem rechtsfreien Raum abspielen. Die Rechte und Pflichten der Behörden bedürfen einer gesetzlichen Normierung. Mit einem Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit soll das rechtliche Fundament in diesem an Bedeutung gewinnenden Bereich gestärkt werden. Aus diesem Vorhaben sind keine direkten Kostenfolgen zu erwarten.

Die im Sommer 2012 überarbeitete und von Kanton und Gemeinden verabschiedete E-Government Strategie 2013–2017 legt die strategischen Ziele, die organisatorischen Grundlagen und die Finanzierung fest. Für die Umsetzung der E-Government Strategie 2013–2017 sind Investitionen von total 5 Mio. Franken vorgesehen. Der entsprechende Sonderkredit in der Höhe von 5 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat an der Novembersession 2012 verabschiedet.

Das kantonale Geoinformationsgesetz ist gegenwärtig in Bearbeitung (vgl. Kapitel 4.7.1). Das Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit kann deshalb parallel dazu bearbeitet werden.

4.6.2 IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung

Das Gesetz über die Gebäudeversicherung (sGS 873.1) stammt aus dem Jahr 1960 und ist bisher mit zwei Nachträgen (1976 und 1996) aktualisiert worden. Unterdessen ergibt sich weiterer Revisionsbedarf, einerseits als Antwort auf neue äussere Rahmenbedingungen und Herausforderungen, andererseits weil sich gewisse Bestimmungen anderweitig überholt haben.

Die Schwerpunkte der Revision (IV. Nachtrag) bilden:

- bessere Abstützung der Elementarschadenprävention;
- Neuregelung der Folgen von konstruktiven Mängeln eines Gebäudes;
- Anpassungen bei der Tarifordnung;
- Umsetzung der neuen Grundsätze zur Public Corporate Governance;
- Abstimmung mit den Erfordernissen der geplanten neuen Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER;
- ergänzende punktuelle Anpassungen des Gesetzes.

Das Ziel ist, dass der Gesetzesnachtrag ab 2016 zur Anwendung kommen kann. Dies erfordert die Beratung und Verabschiedung der Vorlage durch den Kantonsrat im Jahr 2015. Ihre Verabschiedung durch die Regierung und die Zuleitung an den Kantonsrat sollen im Januar 2015 erfolgen. Aus der Vorlage ergeben sich für den Kanton keine personellen und finanziellen Auswirkungen.

4.6.3 Revision des Gesetzes über den Feuerschutz

Die Revision dient der Erfüllung der Motionsaufträge 42.14.05 (Klare Rechtsgrundlagen im Brandschutz) und 42.13.10 (Aufhebung der ständigen Windwache). Ebenso erfordern aktuelle und absehbare Entwicklungen im Bereich des Feuerwehresens gezielte Anpassungen des Gesetzes über den Feuerschutz (sGS 871.1). Die Vorlage wird dem Kantonsrat in der neuen Amtsdauer 2016/2020 unterbreitet. Aus heutiger Sicht sind weder personelle noch finanzielle Auswirkungen auf den Kanton St.Gallen zu erwarten.

4.6.4 Projekt «Neues Lohnsystem»

Der Kantonsrat hat in der Februarsession 2002 das Postulat 43.02.05 «Revision der Besoldungsverordnung vom 27. Februar 1996» gutgeheissen. Die Regierung wurde eingeladen, Notwendigkeit und Möglichkeit einer umfassenden Revision der geltenden Besoldungsordnung zu prüfen, über das Ergebnis Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen. Später folgten weitere parlamentarische Vorstösse mit ähnlichen Stossrichtungen.

In der Zwischenzeit wurde das neue Personalrecht mit den beiden Erlassen Personalgesetz und Personalverordnung in Kraft gesetzt. Die ursprünglich parallel geplante Bearbeitung der Revision des Besoldungssystems und der Überarbeitung der Richtlinien über Einreihung und Beförderung des Staatspersonals konnte aus Komplexitäts- und Ressourcengründen nicht realisiert werden. Die damals begonnenen Arbeiten werden nun fortgeführt. Angesichts von Bedeutung und Komplexität wird das Gesamtprojekt in drei Teilprojekte gegliedert und entsprechend zeitlich etwas gestaffelt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass aktuell der grösste Handlungsbedarf bei den Einreihungsrichtlinien besteht. Das erste Teilprojekt «Laufbahnen und Einreihung» beschränkt sich auf diesen, heute im Anhang 1 zur Personalverordnung dargestellten Bereich. In der Staatsverwaltung vorkommende Funktionen sind zu bezeichnen, zu beschreiben und deren lohnmassige Bandbreite ist festzulegen. Dabei sollen sowohl die interne als auch die externe Lohngerechtigkeit bestmöglich beachtet werden. Es wird ein System angestrebt, das flexibel und einfach handhabbar ist. Eine flächendeckende analytische Arbeitsplatzbewertung ist nicht vorgesehen. Hingegen soll eine bestimmte Anzahl von sogenannten Referenzfunktionen bewertet werden. Diesen Referenzfunktionen werden in einem nächsten Schritt die effektiven Stellen der Staatsverwaltung zugeordnet.

Die Einführung der neuen Richtlinien ist per 1. Januar 2017 vorgesehen. Der Geltungsbereich umfasst auch die Funktionen des Gesundheitsbereichs, nicht aber diejenigen der Lehrkräfte an kantonalen Berufs- und Mittelschulen.

Parallel zur Bearbeitung des ersten Teilprojektes wird der Bericht zum Postulat 43.02.05 erstellt. Er soll in der ersten Hälfte des Jahres 2016 im Kantonsrat behandelt werden. Die Folgerungen aus Teilprojekt 1 und dem Postulatsbericht können den weiteren Projektverlauf beeinflussen, welcher ebenfalls ab dem Jahr 2016 zu planen ist. Dabei geht es um die beiden Themenbereiche «Einstufung und Lohnentwicklung» und um das «Lohnsystem» im engeren Sinn (heute: Klassen/Stufen).

Das erste Teilprojekt wird erhebliche interne personelle Ressourcen binden. Zur fachlichen Unterstützung werden externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen. Ab dem Budget 2015 wurden dafür Mittel eingestellt. Nicht auszuschliessen sind zudem Folgekosten, welche aufgrund bei der Bearbeitung festgestellter Inkonsistenzen entstehen könnten (z.B. für strukturelle Anpassungen oder begrenzte Besitzstandsregelungen). Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes sind hierzu noch keine betragsmässigen Schätzungen möglich. Allfällige weitere Folgekosten sind derzeit nicht feststellbar.

4.7 Baudepartement

4.7.1 Geoinformationsgesetz

Am 1. Juli 2008 ist das Bundesgesetz über Geoinformation (SR 510.62; abgekürzt GeolG) zusammen mit zehn neuen bzw. revidierten Verordnungen in Kraft getreten. Gesetz und Verordnungen sehen zahlreiche Neuerungen und Anpassungen im Geoinformationsrecht des Bundes vor, für deren Umsetzung die Kantone und Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind. Dies erfordert eine Revision der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Geoinformation, die bis 1. Juli 2011 abzuschliessen gewesen wäre.

Mit dem Erlass eines kantonalen Geoinformationsgesetzes kann die Erlassstruktur des Bundes berücksichtigt werden; bisher nicht geregelte Themen können integriert und neue Formulierungen können einfach eingeführt werden. Zudem können dadurch die Komplexität der Materie mit einfachen Strukturen verringert und künftige Revisionen vereinfacht werden.

Das Geoinformationsgesetz ist unmittelbar abhängig von der Geodatenstrategie des Kantons St.Gallen und der St.Galler Gemeinden. Die Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) hat die Strategie für die Geodateninfrastruktur Kanton St.Gallen und St.Galler Gemeinden (Strategie GDI-SG) an ihrer Generalversammlung vom 22. Mai 2014 verabschiedet. Die Regierung hat mit Beschluss vom 1. Juli 2014 (RRB 2014/445) der Strategie ebenfalls zugestimmt und das E-Government Kooperationsgremium sowie das Baudepartement mit der Umsetzung beauftragt. Mit der Genehmigung der Strategie GDI-SG und dem Auftrag zur Umsetzung können die Arbeiten am Geoinformationsgesetz weitergeführt werden. Eine Projektgruppe bestehend aus Vertretern von Kanton und Gemeinden wird die Arbeiten vorantreiben. Die Entwürfe von Gesetz und Botschaft sollen 2015 im Kantonsrat beraten werden.

Für die Umsetzung der Strategie GDI-SG sowie des Geoinformationsgesetzes wird ab 2015 eine neue Stelle benötigt. Diese ist Bestandteil des Budgets 2015. Für die Umsetzung der Strategie GDI-SG, des kantonalen Geoinformationsgesetzes und für die Einführung des ÖREB-Katasters muss mit finanziellen Auswirkungen im Millionenbereich (Personal, Drittaufträge, Beiträge) gerechnet werden. Dabei werden ab dem Jahr 2015 insbesondere die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und damit der Geoportal-Bereich grosse Ressourcen beanspruchen. Die genauen Kostenfolgen und personellen Konsequenzen des Gesetzesvorhabens lassen sich erst nach Vorliegen der Entwürfe von Gesetz und Verordnung genauer bestimmen.

4.7.2 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

Wer in der Schweiz Land besitzt, ist Nutzungsbeschränkungen unterworfen. Die Rahmenbedingungen, die Gesetzgeber und Behörden vorschreiben, sind einzuhalten. Dabei ist eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und behördlichen Einschränkungen – die so genannten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) – zu beachten. Jedoch gestaltet es sich heute äusserst schwierig, einen vollständigen Überblick über alle notwendigen Informationen zu erhalten. Weil bei den Einschränkungen verschiedenste Behörden involviert sind, ist die komplette Informations- und Unterlagenbeschaffung ein komplizierter und aufwändiger Prozess. Der ÖREB-Kataster soll nun Abhilfe schaffen. Im neuen Kataster sind die wichtigsten Beschränkungen pro Grundstück verbindlich zusammengefasst und für alle Interessierten übersichtlich dargestellt. Eingeführt wird der ÖREB-Kataster in zwei Etappen. Bis 2015 werden acht Pilotkantone (TG, ZH, BE, OW, NW, NE, JU, GE) den Kataster aufbauen. Die übrigen Kantone sollen von diesen Vorarbeiten profitieren und den Kataster anschliessend bis Ende 2019 ebenfalls einführen.

Der Bund legt die strategische Ausrichtung fest und bestimmt die minimalen Anforderungen an den Kataster bezüglich Organisation, Verwaltung, Harmonisierung, Datenqualität, Methoden und Abläufe. Er hat die Oberaufsicht über den ÖREB-Kataster dem Bundesamt für Landestopografie swisstopo delegiert. Die Kantone regeln die Organisation für die Führung des Katasters und bestimmen die verantwortlichen Organe. Bund und Kantone teilen sich die Führung des ÖREB-Katasters und tragen auch gemeinsam die Kosten. Die bisherigen Erfahrungen der Pilotkantone zeigen, dass die vorhandenen Ressourcen für die Erfüllung

der vielfältigen Anforderungen des ÖREB-Katasters in der Regel nicht ausreichen und zusätzliche Ressourcen sowie Dienstleistungen Dritter erforderlich werden. Zusammen mit der Umsetzung der Strategie GDI-SG und des kantonalen Geoinformationsgesetzes muss für die Einführung des ÖREB-Katasters mit finanziellen Auswirkungen im Millionenbereich (Personal, Drittaufträge, Beiträge) gerechnet werden.

Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass der ÖREB-Kataster eine Verbundaufgabe des Bundes und der Kantone ist (Art. 39 Abs. 1 GeolG). Die Steuerung erfolgt deshalb – analog zur amtlichen Vermessung – mittels Programmvereinbarungen und zugehöriger Globalbeiträge. Der Globalbeitrag berücksichtigt nicht die effektiven Kosten, sondern die erbrachten Leistungen. Die zu erbringenden Leistungen sind Bestandteil der zwischen Bund und Kanton abgeschlossenen Programmvereinbarung. Im Hinblick auf die Finanzierung muss unterschieden werden zwischen den Betriebskosten des ÖREB-Katasters, den Kosten für Schwergewichtsprojekte und den Kosten der Eintragung und der Nachführung der Darstellungen dieser Eigentumsbeschränkungen.

Der Anteil des Bundesbeitrags an die geschätzten Betriebskosten wird auf rund 50 Prozent festgelegt. Die Beiträge, die der Bund aus den Krediten der amtlichen Vermessung für den ÖREB-Kataster gesamthaft zur Verfügung stellt, werden wie folgt aufgeteilt: mit 10 Prozent werden Schwergewichtsprojekte unterstützt, mit 90 Prozent werden die Betriebskosten mitgetragen. Dieser Anteil an die Betriebskosten wird gemäss dem folgenden Schlüssel verteilt: 1/5 wird zu gleichen Teilen auf die Kantone verteilt. 3/5 bemessen sich nach der Einwohnerzahl des Kantons. 1/5 werden nach der Fläche des Kantons verteilt. Die nicht bebaute Fläche eines Kantons beinhaltet ebenfalls eine gewisse, jedoch deutlich geringere Anzahl an öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Der auf den Kanton St.Gallen anfallende Anteil bemisst sich voraussichtlich wie folgt:

Kanton	Einwohner (Anzahl)	Fläche (ha)	Sockel	Anteil Einwohner (Fr.)	Anteil Fläche (Fr.)	Anteil Sockel (Fr.)	Total (Fr.)
St.Gallen	460'000	198'387	1	166'506	43'401	34'615	244'500

Die in der Tabelle enthaltenen Werte (z.B. Einwohnerzahl) werden alle vier Jahre für die Programmvereinbarungen aktualisiert.

Die auf 2016 festgelegte Frist bedeutet nicht, dass die Kantone der 2. Etappe bis dahin nichts zu tun haben. Diese Zeitspanne können sie sehr gut nutzen, um die Rechtsgrundlagen auf Stufe Kanton zu erarbeiten und – dies ist noch wichtiger – die Daten so aufzubereiten, dass diese später in den ÖREB-Kataster eingefügt werden können. Die Phase der Aufbereitung der Daten in digitaler Form und im adäquaten Modell wird einen beträchtlichen Aufwand erfordern. Es ist also wichtig, möglichst rasch damit zu beginnen.

4.7.3 Revision Baugesetz

Das bestehende Baugesetz stammt aus dem Jahr 1972. Im Verlauf der Zeit wurde der Erlass verschiedenen Teilrevisionen unterzogen. Heute besteht erneut ein erheblicher Revisionsbedarf, weshalb die Regierung mit der Motion «Revision Baugesetz» (42.05.05) eingeladen wurde, dem Kantonsrat ein zeitgemässes neues Baugesetz zu unterbreiten. 2012 wurde eine interne und externe Vernehmlassung durchgeführt. Von Mai bis Oktober 2013 fand eine erste Vernehmlassung statt. Die Ergebnisse der Vernehmlassung nahm die Regierung im Mai 2014 zur Kenntnis und beauftragte das Baudepartement unter Einbezug wesentlicher Anspruchsgruppen mit der Überarbeitung wesentlicher Streitpunkte.

Die Ausscheidung des Gewässerraumes findet seine Grundlage ebenfalls im Baugesetz, weshalb das Gesetzesvorhaben «III. Nachtrag zur eidgenössischen Gewässerschutzgebung» in das Gesetzesvorhaben «Revision Baugesetz» integriert wird.

Ende 2014 liegt die überarbeitete Vorlage vor und wird von Januar bis April 2015 nochmals in eine Vernehmlassung gegeben. Das neue Baugesetz tritt frühestens Anfang 2017 in Kraft. Die genauen Kostenfolgen und personellen Konsequenzen des Gesetzesvorhabens lassen sich erst zusammen mit der Botschaft genauer bestimmen.

Das neue Baugesetz tritt frühestens Anfang 2017 in Kraft. Im AFP 2016–2018 sind im Amt für Raumentwicklung und Geoinformation für die Umsetzung des totalrevidierten kantonalen Richtplans sowie des neuen Planungs- und Baugesetzes in den Bereichen Kantonsplanung und Ortsplanung ab 2016 und 2017 je eine neue Vollzeitstelle vorgesehen.

4.7.4 Gesetz über die Nutzung des Untergrundes

Die Kantone Zürich, Schwyz, Glarus, Zug, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St.Gallen, Aargau und Thurgau schlossen am 24. September 1955 ein interkantonales Konkordat betreffend die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl (im Folgenden Konkordat) ab, aus dem der Kanton Aargau auf Ende des Jahres 2008 austrat. Zweck des Konkordats war die Erschliessung von Erdölvorkommen durch gemeinsames Vorgehen der beteiligten Kantone bei deren Exploration und Ausbeutung. Die Kantone verpflichteten sich insbesondere, im Konkordatsgebiet gleichlautende Schürf- und Ausbeutungskonzessionen an die jeweils gleichen Konzessionäre zu erteilen und auf die Erteilung anderer Konzessionen für die Schürfung und Ausbeutung von Erdöl im Konkordatsgebiet zu verzichten. Gestützt auf das Konkordat wurde der SEAG Aktiengesellschaft für schweizerisches Erdöl (abgekürzt SEAG) erstmals per 1. März 1957 eine auf fünf Jahre befristete Schürfkonzession erteilt, welche jeweils um 5 Jahre, letztmals im Jahr 2008 bis zum 31. Dezember 2013, verlängert wurde. Am 8. März 2013 beschlossen die Konkordatskantone, diese Konzession mangels aktiver Ausübung durch die SEAG nicht weiter zu verlängern. Das Gesuch der SEAG um Verlängerung der Monopolkonzession wurde abgewiesen. Die Beschwerden der SEAG gegen die abweisenden Verfügungen der Konkordatskantone wurden entweder von den kantonalen Verwaltungsgerichten abgewiesen oder aber von der SEAG zurückgezogen (so im Kanton St.Gallen). Das Erdölkonkordat ist somit per Ende 2013 beendet worden.

Die Konkordatskommission hat im Jahr 2013 den Wunsch geäussert, dass eine interkantonale zusammengestellte Arbeitsgruppe für die Kantone Mustervorschriften über die Nutzung des tiefen Untergrunds ausarbeiten soll. Seit März 2014 liegt eine bereinigte Version dieser Mustervorschriften vor. Auf den Grundlagen dieser Mustervorschriften über die Nutzung des Untergrundes und den dazu verfassten Erläuterungen sind der Entwurf eines Gesetzes über die Nutzung des Untergrundes (abgekürzt GNU) für den Kanton St.Gallen und der Entwurf einer dazu gehörenden Botschaft zu erarbeiten. Der Geltungsbereich des GNU soll namentlich die Erforschung und Gewinnung von Bodenschätzen, wie Metalle, Erze, Mineralien und fossile Brennstoffe (z.B. Erdöl und Erdgas), die Geothermie, die Gasspeicherung (z.B. CO₂-Sequestrierung, Wasserstoff- oder Druckluftspeicherung), die Erstellung und Nutzung von Lagerinfrastrukturen und die geologisch-geophysikalischen Untersuchungen, wie Grabungen, Bohrungen und seismische Untersuchungen, umfassen. Mit dem GNU soll das Gesetz über den Bergbau (sGS 852.1) aus dem Jahr 1919 aufgehoben werden.

Nicht im GNU geregelt werden soll dagegen die Nutzung der (tiefen) Grundwasservorkommen. Diese soll sich auch in Zukunft nach den Vorschriften des Gesetzes über die Gewässernutzung (sGS 751.1; abgekürzt GNG) richten. Dadurch können insbesondere neue Schnittstellen vermieden werden. Das GNG soll indes im Rahmen der Schlussbestimmungen des GNU und grundsätzlich entsprechend der vom Kantonsrat am 5. Juni 2012 beschlossenen Umsetzung des Postulats «Grundwasserbewirtschaftung im Kanton St.Gallen» (40.12.03) angepasst werden. Mit der entsprechenden Änderung des GNG sollen sämtliche Verpflichtungen aus dem Beschluss des Kantonsrates im Zusammenhang mit dem erwähnten Postulat erledigt werden. Der Grundsatz der Einheit der Materie wird dabei gewahrt: Einerseits beschränken sich die in diesem Rahmen vorgesehenen Anpassungen und Ergänzungen des GNG auf die Nutzung der öffentlichen Grundwasservorkommen und andererseits müssen die Abgaberegelungen für die verschiedenen Nutzungen des Untergrundes und der Grundwasservorkommen ohnehin aufeinander abgestimmt werden.

Eine externe Vernehmlassung ist im Sommer 2015 vorgesehen. Die Behandlung der Vorlage im Kantonsrat ist für den Sommer/Herbst 2016 geplant. Auf Beginn 2017 kann mit dem Vollzugsbeginn der Verordnung gerechnet werden. Das Gesetz und die dazugehörige Verordnung können voraussichtlich mit dem vorhandenen Personal vollzogen werden. Mit dem Erlass des GNU wird voraussichtlich kein weiterer Sachaufwand entstehen.

4.8 Sicherheits- und Justizdepartement

4.8.1 Neugestaltung der Verwaltungsjustiz

In der Februarsession 2010 hat der Kantonsrat die Motion 42.10.01 «Neugestaltung der Verwaltungsjustiz» gutgeheissen. Die Regierung ist damit beauftragt, die Strukturen der Verwaltungsjustiz umfassend zu überprüfen und den Instanzenzug auf das Bundesgerichtsgesetz abzustimmen.

Es sind mehrere Lösungsmodelle für die Ausgestaltung der Verwaltungsrechtspflege zu prüfen. Insbesondere sind die Zuständigkeiten der erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte (Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht) sowie Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Verfahren des zweitinstanzlichen Verwaltungsgerichtes zu überprüfen und zu definieren.

In zeitlicher Hinsicht muss die Gesetzesvorlage so rechtzeitig erarbeitet und umgesetzt sein, dass die Verwaltungsjustiz auf Beginn der neuen Amtsdauer der kantonalen Gerichte, d.h. am 1. Juni 2017, in allenfalls neuen Strukturen ihre Arbeit weiterführen kann.

Die personellen Folgen der Neugestaltung der Verwaltungsjustiz können im jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Diese werden Gegenstand der Gesetzesbotschaft sein.

4.8.2 Zivilschutz 2015+

Der Gesamtkomplex Zivilschutz im Kanton St.Gallen hat sich aus verschiedenen Gründen teilweise noch nicht vollständig auf die aktuellen Herausforderungen des modernen Sicherheitsumfeldes ausrichten können. Diese sind schweremässig nicht mehr militärisch bedingt sondern vorwiegend zivilisatorischen, technischen und natürlichen Ursprungs. Der Zivilschutz im Kanton St.Gallen ist derzeit in 20 regionale Organisationen aufgeteilt, die grösstenteils autonom und selbständig operieren. Der Kanton verfügt derzeit über keine eigene Organisation. Bei ausserordentlichen Lagen grösseren Ausmasses erhält der Kanton bei Bedarf die nötigen Mittel aus den regionalen Zivilschutzorganisationen. Diese werden dann durch das Amt für Militär und Zivilschutz im Sinne der Auftragstaktik geführt und eingesetzt.

Aufbauend auf dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 des Bundes und dem Bericht Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ des Bundes soll auch der Zivilschutz im Kanton St.Gallen auf die Bewältigung der wahrscheinlichsten Einsätze schlank und effizient ausgerichtet werden. Zu diesem Zweck und in Umsetzung der Massnahme E53 setzte die Regierung eine Projektorganisation mit dem Namen Projekt ZS2015+ ein. Konsequenterweise beinhaltet das Projekt ZS15+ eine umfassende Neustrukturierung im Sinne einer möglichen Kantonalisierung, eine Anpassung der Bestände, eine Fokussierung (und Finanzierung) der Ausbildung, den Abbau von Redundanzen und die Ausnützung von Synergien mit Partnern im Bevölkerungsschutz und in anderen Kantonen. Im Rahmen des EP 2013 soll das Projekt zudem eine Entlastung des Nettoaufwands des Kantons um 2.2 Mio. Franken pro Jahr erzielen.

Das Projekt soll Ende 2015 für die Umsetzung in den Gemeinden und Regionen bereit sein. Im Bereich Zivilschutzausbildung ist geplant, eine Stelle einzusparen. Diese soll über eine ordentliche Pensionierung abgebaut werden. Im Rahmen des EP 2013 ist das Projekt als Massnahme E53 integriert. Dabei soll das Projekt ab 2016 eine Entlastung des Nettoaufwandes des Kantons um 2.2 Mio. Franken pro Jahr erzielen. Für die Projektarbeit wird von einem jährlichen Aufwand von rund 10'000 Franken für Sitzungs- und Taggelder in den Jahren 2014 und 2015 gerechnet.

4.9 Gesundheitsdepartement

4.9.1 Totalrevision Hundegesetz

Das Hundegesetz des Kantons St.Gallen stammt aus dem Jahre 1985. Viele Bestimmungen sind zwar nach wie vor zweckmässig. Insbesondere im Bereich der auffälligen Hunde sind jedoch der Vollzug und die Verantwortung neu zu regeln und an die heutigen Vorgaben der Tierschutz- und Tierseuchenvorschriften einerseits und an die Strafprozessordnung andererseits anzupassen.

Das revidierte Hundegesetz hat zum Zweck, die Sicherheit und die Gesellschaftsverträglichkeit der Hundehaltung sicher zu stellen. Es enthält präventiv wirkende Haltungsverfahren für alle Hundehalterinnen und Hundehalter. Überdies werden unabhängig der Rasse repressive Massnahmen zur Einschränkung der Hundehaltung im Einzelfall festgelegt, wenn Hunde auffällig, übermässig aggressiv oder gefährlich sind. Die zuständigen Behörden sollen sachgerecht auf problematische Hunde und ihre Halterinnen und Halter reagieren können. Das revidierte Hundegesetz regelt im Weiteren die Zuständigkeiten und den Datenaustausch zwischen den Behörden sowie den Einzug und die Verwendung der Hundetaxe.

Das neue Hundegesetz soll folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Schlankes Hundegesetz: Mittels griffiger, aber pragmatischer Massnahmen soll für die Sicherheit und die Gesellschaftsverträglichkeit der Hundehaltung gesorgt werden.
- Vollzug bei auffälligen Hunden beim Veterinärdienst: Es wird eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kanton (Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen) und Gemeinden vorgeschlagen.
- Verantwortung bleibt beim Hundehalter: Für Schäden durch ihren Hund sollen die Halter im Rahmen einer obligatorischen Haftpflichtversicherung belangt werden können.
- Prävention: Der Kanton fördert und unterstützt geeignete Präventionsmassnahmen.
- Verzicht auf Rasseliste: Abklärungen in denjenigen Kantonen, welche eine Rasseliste führen, haben ergeben, dass keine Verminderung der Bissvorfälle stattgefunden hat.
- Aufteilung der Mittel: Ein Teil der von den Gemeinden eingezogenen Hundesteuern fallen an den Veterinärdienst zur Finanzierung des Vollzugs und der Präventionsmassnahmen.

Im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) werden für den Vollzug des Hundegesetzes zwei zusätzliche tierärztliche Stellen erforderlich.

4.9.2 Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung

Mit der Motion «Strategische Mitsprache des Kantonsrates in der St.Gallischen Spitalplanung» (42.12.01) wurde die Regierung eingeladen, dem Kantonsrat einen Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung zu unterbreiten. Mit dem Nachtrag soll die Schaffung eines Instruments vorgeschlagen werden, mit dem der Kantonsrat in einer frühen Phase der Spitalplanung strategische Verantwortung übernehmen kann. Aus der Vorlage erwachsen keine Kostenfolgen.

4.9.3 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014

Für 20 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren ist der Alkoholkonsum ein Problem: Sie belasten sich, ihre Familien und die Gesellschaft. Übermässiger Alkoholkonsum ist nicht nur ein Problem der Erwachsenen, sondern zunehmend auch von Kindern und Jugendlichen. Die Motion «Alkoholkonsum bei Jugendlichen» (42.08.05) lädt die Regierung ein, das Gesetz dahingehend anzupassen, dass nicht nur der Alkoholverkauf an Jugendliche unter 16 Jahren verboten, sondern auch der Alkoholkonsum bei Jugendlichen stark eingeschränkt wird.

Vor diesem Hintergrund hat die St.Galler Regierung im Mai 2010 ein durch das Gesundheitsdepartement erarbeitetes Massnahmenpaket verabschiedet. Übergeordnete Zielsetzung dieses kantonalen Alkohol-Aktionsplans 2010–2014 (KAAP) ist eine Reduktion des Anteils der risikoreich Alkoholkonsumierenden auf deutlich weniger als 20 Prozent der St.Galler Bevölkerung. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Reduktion des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen.

Zur Erreichung dieses Ziels wird die Schaffung folgender gesetzlicher Grundlagen angestrebt:

- Verkaufsverbot für vergorene Getränke (Bier, Wein, Most) im Kleinhandel; Verbot des Verkaufs von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren im Kleinhandel zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr;
- Verbot der privaten Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16-jährige und von Spirituosen an unter 18-jährige Jugendliche;
- Alkohol-Konsumverbot für Jugendliche unter 16 Jahren in der Öffentlichkeit;
- Einschränkung der Alkoholwerbung auf öffentlichem Grund oder auf privatem, aber von öffentlichem Grund her einsehbarem Grund.

Nach Auskunft des Bundesamtes für Gesundheit BAG ist mit dem Inkrafttreten der revidierten Alkoholgesetzgebung frühestens per 1. Juli 2016 zu rechnen. Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, den KAAP 2010–2014 um weitere zwei Jahre auf Ende 2016 zu verlängern. Bis zu diesem Zeitpunkt unterbreitet die Regierung dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage. Nähere Informationen zu den Kostenfolgen und personellen Auswirkungen werden erst zum Zeitpunkt der konkreten Ausführung der gesetzlichen Grundlagen vorliegen.

4.9.4 Neues Lebensmittelgesetz

Mit dem neuen Lebensmittelgesetz (nLMG), das am 20. Juni 2014 von National- und Ständerat verabschiedet wurde, kommen neue Aufgaben auf die Lebensmittelkontrolle zu.

In Art. 1 Bst. c nLMG wird der Täuschungsschutz gegenüber dem aktuellen LMG auf alle Gebrauchsgegenstände ausgeweitet. Neben dem allgemeinen Täuschungsschutz gelten für kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände (z.B. Lebensmittelverpackungen) gemäss Art. 18 nLMG die gleichen Anforderungen wie für Lebensmittel. Das hat zur Folge, dass für Kosmetika der Nachweis der Richtigkeit von Anpreisungen gemacht werden muss. Das heisst, es muss sichergestellt werden, dass z.B. eine Antifaltencreme einen entsprechenden Wirkstoff enthält und die Wirkung auch nachgewiesen wurde. Dies bedeutet beträchtliche zusätzliche Kontrollarbeit. Einerseits sind etliche namhafte Kosmetikproduzenten im Kanton (u.a. Mila Opitz, Biokosma und Jüstrich). Dazu kommen noch viele Importeure und Händler. Die zusätzliche Arbeit wird vor allem im Labor anfallen, da es sich um eine Produktkontrolle handelt.

Auch wird Dusch- und Badewasser neu zu den Gebrauchsgegenständen gezählt (Art. 5 nLMG). Dies hat zur Folge, dass die Bäderkontrolle auch auf Wellnesshotels etc. ausgedehnt wird und diese risikobasiert (Art. 44) kontrolliert werden und dem nationalen Kontrollplan unterliegen (Art. 42 Abs. 2). Die zusätzlichen Arbeiten werden zu gleichen Teilen durch das Badewasserinspektorat und das Wasserlabor getragen werden. Der auch in diesem Bereich verbesserte Konsumentenschutz bringt einen Mehraufwand für die Kontrollorgane mit sich.

Der zusätzliche Aufwand wird auf rund 150 Stellenprozent geschätzt. Durch Umorganisationen speziell im Wasserbereich können einige Aufgaben im Badewasserbereich abgefangen werden. Die neuen Anforderungen im Bereich Gebrauchsgegenstände können hingegen nicht mit dem bestehenden Personal bewältigt werden. Speziell der Täuschungsschutz bei den Kosmetika aber auch die Bedarfsgegenstände werden zusätzliche Arbeiten mit sich bringen, die ein Fachwissen erfordern, das jetzt noch nicht im Amt vorhanden ist. Die Erfüllung setzt ein profundes chemisches Knowhow voraus. Daher muss für diese Arbeiten ein Chemiker oder Pharmazeut eingestellt werden. Ab 2016 sind im Kantonalen Labor zur Erledigung der im nLMG neu verlangten Aufgaben entsprechende Mittel im Umfang von jährlich 150'000 Franken vorgesehen. Weitere Kostenfolgen sind durch das nLMG nicht zu erwarten.

4.9.5 Übertragung der Immobilien an die Spitalverbunde

Die Immobilien der Spitalverbunde sind im Eigentum des Kantons. Der Kanton ist als Eigentümer zuständig für die bauliche Erneuerung der Spitalbauten. Die Spitalverbunde entrichten dem Kanton eine Nutzungsentschädigung. Nimmt der Kanton wertvermehrende Investitionen vor, erhöht sich die Nutzungsentschädigung. Die Immobilien sollen den Spitalverbunden übertragen werden, um gleich lange Spiesse mit den privaten Spitälern zu erreichen. Die Nutzungsentschädigung entfällt, dafür müssen die Spitalverbunde in Zukunft die bauliche Erneuerung der Spitalbauten selber finanzieren. Die Regierung beabsichtigt, die Botschaft im Jahr 2015 zu verabschieden. Die parlamentarische Beratung wird in den Jahren 2015/2016 stattfinden. Die Kostenfolgen sind aus heutiger Sicht noch nicht abschätzbar.

5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

5.1 Volkswirtschaftsdepartement: Expo 2027 – Machbarkeitsstudie

Nach Abschluss des Konzeptwettbewerbs zur Expo 2027 im Jahr 2015 ist die Machbarkeit des obsiegenden Konzeptes einer nächsten Landesausstellung in der Ostschweiz zu konkretisieren und auf seine Machbarkeit zu überprüfen. Ziel ist ein Machbarkeitsbericht inkl. Finanzplan zu Händen des Bundesrates als Grundlage für die notwendigen Bundesbeschlüsse über die Durchführung einer Landesausstellung in der Ostschweiz.

Die Machbarkeitsüberprüfung ist ein weiterer Schritt hin zu einer Landesausstellung in der Ostschweiz im Jahr 2027. Sie ist nach dem bestehenden «Dossier Masterplan» in den Jahren 2016 und 2017 vorgesehen. Die Machbarkeitsüberprüfung erfolgt gemeinsam mit den Kantonen Thurgau und Appenzell Ausserrhoden in einer noch zu definierenden Organisation, in welche auch der Bund einbezogen sein wird. Der Masterplan sieht vor, dass der Kantonsrat und die Parlamente der weiteren Trägerkantone der Durchführung zustimmen.

Das Vorhaben hat keine personellen Konsequenzen. Vielmehr sind Mittel für Aufträge an Dritte bereitzustellen. Zu den weiteren finanziellen Auswirkungen lassen sich gegenwärtig keine Aussagen machen.

5.2 Baudepartement/Finanzdepartement: Werterhaltung Immobilienportfolio

In Kapitel 2.5 werden die generelle Entwicklungen sowie die zentralen Herausforderungen bei den Investitionen und dabei schwergewichtig bei den Hochbauten dargestellt. Die durchgeführten Zustandsanalysen von 357 Gebäuden mit einem Neuwertanteil von rund 98 Prozent des gesamten Portfoliowertes sind aussagekräftig und liefern detaillierte Grundlagen für die weiteren Planungsarbeiten. Weiter wurde eine erste Risikoinschätzung bezüglich Erdbeben- und Nutzungssicherheit vorgenommen. Beide Analysen gehen davon aus, dass der Immobilienbestand auch in Zukunft für die Leistungserbringung benötigt wird. Zudem berücksichtigt die langfristige Planung der Instandsetzungs- und Erneuerungskosten die Vergrösserung des Immobilienportfolios aufgrund der Investitionsplanung.

Die Analyse der geplanten Ausgaben für Investitionen und Kleinvorhaben (Bauten und Renovationen) in Hochbauten zeigt, dass im Zeitraum von 2015 bis 2034 rund 1.6 Mrd. Franken für Erhaltungsmassnahmen aber auch rund 1.6 Mrd. Franken für Nutzerbedürfnisse benötigt werden. Darüber hinaus sind zusätzlich rund 840 Mio. Franken erforderlich, um den aufgestauten Unterhalt abzubauen.

Das Baudepartement wird in der ersten Jahreshälfte in Zusammenarbeit mit den Departementen vertiefende Untersuchungen durchführen, um den Mittelbedarf der kommenden Jahre weiter zu präzisieren und die entsprechenden Vorhaben mit einem Schwerpunkt bei der Erneuerung und Werterhaltung der Bauten vorzulegen. Die Finanzkommission soll im Jahr 2015 ausführlich über die Abklärungen informiert werden.

Die Mittelfristplanung geht wie in Kapitel 2.5. erwähnt davon aus, dass zum Abbau des aufgestauten Unterhaltes zusätzliche Mittel von 50 bis 60 Mio. Franken pro Jahr erforderlich sein werden. Entsprechende Mittel sind im AFP 2016–2018 noch nicht enthalten. Die Regierung wird im Jahr 2015 die konzeptionellen Arbeiten im Bereich der Investitionsplanung vorantreiben und im Rahmen des AFP 2017–2019 weitergehende Ausführungen zum Mittelbedarf bei den Investitionen, beim Kredit für Bauten und Renovation sowie bei den Ressourcen im Hochbauamt vornehmen können. Die Regierung geht derzeit von einer schrittweisen Erhöhung aus.

6 Rechtliches

6.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Nach Art. 65 Bst. h der Verfassung des Kantons St.Gallen (sGS 111.1) in Verbindung mit Art. 16d Abs. 2 StVG genehmigt der Kantonsrat den AFP. Gegenstand der Genehmigung bilden die mit der Vorlage verbundenen Anträge (Art. 104 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Kantonsrates; abgekürzt GeschKR), nachdem der AFP vom Kantonsrat abschnittsweise durchberaten worden ist (Art. 104 Abs. 1 GeschKR).

In Bezug auf das Instrument der Genehmigung gilt, dass dieses – wie auch alle anderen Beschlussfassungsformen – nur wirksam sein kann, wenn im Rahmen der Beschlussfassung Entscheidungsfreiheit besteht beziehungsweise Ermessensspielraum gegeben ist. Wo weder Entscheidungsfreiheit (Frage nach dem «Ob überhaupt») besteht, noch Ermessensspielraum (Frage nach dem «Wie») gegeben ist, bliebe eine Genehmigung oder eine Nichtgenehmigung ohne Wirkung. Dies bedeutet, dass der AFP soweit der Genehmigung zugänglich ist, als dem Kantonsrat Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum zukommt. Dieser Sachverhalt bedeutet im Wesentlichen, dass die Genehmigung auf jene Elemente des AFP ausgerichtet ist, die Ausgaben zur Folge haben, welche nicht gebunden sind.¹¹ Dem ist sowohl bei der abschnittswisen Durchberatung des AFP wie auch bei Anträgen aus der Mitte des Rates Rechnung zu tragen. In Bezug auf die einzelnen Elemente des AFP ergibt sich Folgendes:

- Nach Art. 16e Bst. a StVG bilden Ertrag und Aufwand der Erfolgsrechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung «für die bestehenden Staatsaufgaben» das erste Element des AFP. Es handelt sich dabei – wie in der Botschaft der Regierung zum IV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Politische Planung und Steuerung) vom 23. Oktober 2007 (ABI 2007, 3095 ff.; im Folgenden abgekürzt Botschaft IV. NT zum StVG) festgehalten wird – um den sogenannten «finanziellen Mehrjahresplan» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.3., 3106). Soweit der finanzielle Mehrjahresplan auf die gesetzlich geregelte Staatstätigkeit abgestützt ist oder auf genehmigten Investitionsvorhaben beruht, kommt dem AFP deklaratorischer Charakter zu, es sei denn, dass für die Planwerte Ermessensspielraum besteht, so dass Änderungen möglich sind. Gleiches gilt für die vom Bund zwingend vorgegebenen Staatsaufgaben.
- Art. 16e Bst. c und d StVG legen als weitere Elemente des AFP die Folgen für die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung aus den Gesetzesvorhaben sowie aus den Vorhaben mit grosser finanzieller Tragweite fest. Es geht darum, dass diese Vorhaben eine «Quantifizierung der Auswirkungen» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.5., 3107) erfahren. Hier liegt in der Regel ebenfalls Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum vor, weshalb Beschlüsse über die Genehmigung möglich sind.

Aus den drei Elementen des AFP nach Art. 16e Bst. a bis d StVG resultieren die aggregierten finanziellen Ergebnisse für die drei Planjahre (vgl. Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.2., 3106).

¹¹ Zum Begriff der gebundenen in Abgrenzung zu den neuen Ausgaben vgl. Urteil des Bundesgerichtes vom 12. März 2009 (1C_467/2008, 1C_529/2008): «Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ... gelten Ausgaben dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechtsatz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Gebunden ist eine Ausgabe ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grunderlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden. Es kann aber selbst dann, wenn das «Ob» weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, das «Wie» wichtig genug sein, um die Mitsprache des Volkes zu rechtfertigen. Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeitpunkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzunehmen (BGE 125 I 87 E. 3b S. 90 f.; 117 Ia 59 E. 4c S. 62; 115 Ia 139 E. 2c S. 142; 113 Ia 390 E. 4 S. 396 f.; 112 Ia 50 E. 4a S. 51, mit Hinweisen). Letztlich ausschlaggebend ist, ob eine Ausgabe durch einen Grunderlass so stark vorherbestimmt ist, dass für ihre Vornahme in sachlicher, örtlicher und zeitlicher Hinsicht kein erheblicher Handlungsspielraum mehr besteht. Ist dies der Fall, liegt eine gebundene Ausgabe vor (BGE 123 I 78 E. 3b S. 81).»

6.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Die Beschlussfassung des Kantonsrates in Form der Genehmigung ist im GeschKR für Erlasse, die der Genehmigung bedürfen, näher geregelt (Art. 2 Bst. f in Verbindung mit Art. 105 GeschKR). Hingegen bestehen keine ausdrücklichen Verfahrensregeln für die Genehmigung des AFP. Es ist indessen angezeigt, Art. 105 GeschKR auf das Genehmigungsverfahren beim AFP sachgemäss anzuwenden. Nach Art. 105 Abs. 2 GeschKR «können Anträge auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung oder Änderung einzelner Bestimmungen gestellt werden». Wird diese Regelung auf die Beratung des AFP sachgemäss übertragen, bedeutet dies, dass im Kantonsrat unter Berücksichtigung der Voraussetzung, dass Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum besteht, in Bezug auf die drei Elemente folgende Anträge möglich sind:

- Finanzieller Mehrjahresplan:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Planwertes
- Gesetzesvorhaben:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens
- Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens

Zunächst ist festzuhalten, dass die Aufhebung eines einzelnen Planwertes ausser Betracht fällt, weil eine solche für sich allein keinen Sinn macht; soll ein Planwert gestrichen werden, setzte dies nämlich die Aufhebung des ihn bewirkenden Vorhabens oder – im Rahmen des finanziellen Mehrjahresplans, der sich auf die bestehenden Staatsaufgaben bezieht – das Wegfallen der entsprechenden Staatsaufgabe voraus. Letzteres kann indessen nicht Gegenstand des AFP sein.

Schliesslich ist ein Hinweis auf die Folge bei Gutheissung eines Antrags auf Aufhebung eines Vorhabens zu machen. Stimmt der Kantonsrat einem solchen Antrag zu, bedeutet dies, dass das Vorhaben im AFP nicht mehr enthalten ist. Die Streichung kann jedoch nicht bedeuten, dass das Vorhaben, das auf einem früheren Beschluss des Kantonsrates, zum Beispiel einer gutgeheissenen Motion, basiert, nicht mehr weiter verfolgt wird. Ohne Aufhebung des früheren Beschlusses, beispielsweise der entsprechenden Motion, bleibt das Vorhaben pendent; es soll jedoch in der Planperiode, die sich aufgrund des in Art. 16d Abs. 1 StVG festgeschriebenen Umstandes, dass der AFP jährlich erstellt wird und damit eine «rollende Planung» darstellt, auf ein Jahr erstreckt, nicht realisiert oder weiter verfolgt werden. Solange ein vom Kantonsrat gefasster «Basisbeschluss» oder ein vom ihm erteilter Auftrag besteht, ist die Regierung verpflichtet, diesen im Rahmen der weiteren Aufgaben- und Finanzpläne zu berücksichtigen.

7 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auf den Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2016–2018 einzutreten.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär

Beilage: Investitionsprogramm 2015–2024

Das priorisierte Investitionsprogramm 2015–2024 enthält Hochbauten im Umfang von 1'544 Mio. Franken, Investitionsbeiträge von 173 Mio. Franken und technische Einrichtungen von 103 Mio. Franken (jeweils Kantonsanteile).

Dep.	Nr.	Institution	Investitionsprojekt	Gesamt- kosten Mio. Fr.	Anteil Kanton Mio. Fr.	Abschreibungs- beginn ¹²
Hochbauten (mit Abschreibungsbeginn ab 2015)						
VD	63	Fischereizentrum Steinach	Neubau	13	11	2015
VD	73	Landwirtschaftliches Zentrum Rhein Hof Salez	Teilabbruch und Ersatzneubau	32	32	2016
DI	71	Klanghaus Toggenburg	Neubau	26	21	2018
DI	113	Theater St.Gallen	Erneuerung und Umbau	30	30	2018
BLD	56	Kantonsschule Sargans	Teilabbruch und Erweiterung	50	50	2016
BLD	93	Gewerbliches Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen	Gesamterneuerung Standort Demutstrasse St.Gallen	86	86	2021
BLD	79	Berufs- und Weiterbildungs- zentrum Toggenburg	Erneuerung und Erweiterung	19	19	2022
BLD	83	Universität St.Gallen	Erneuerungs- und Erweiterungsbauten	180	140	2022
BD	58	Verwaltungsgebäude Davidstrasse 31	Erwerb	24	24	2016
BD	116	Verwaltungsgebäude Lämmli Brunnenstrasse 54	Instandsetzung und Erneuerung Hochhaus	8	8	2016
BD	92	Verwaltungsgebäude Schützengasse 1	Erwerb und Umbau für die Staatsverwaltung	20	20	2023
SJD	121	Polizeiposten Wil	Erwerb und Neubau	6	6	2017
SJD	133	Strafanstalt Saxeriet	Neubau Unterhaltszentrum	4	4	2018
SJD	62	Regionalgefängnis Altstätten	Erweiterung	59	39	2020
GD	60	Psychiatrische Klinik St.Pirminsberg Pfäfers	Sanierung Klostergebäude	16	16	2016
GD	67	Spital Grabs *	Gesamtsanierung	137	137	2016/17/18/19
GD	68	Spital Linth *	Erneuerung und Sanierung 2. Etappe, 1. und 2. Teilkredit	98	98	2016/17/18/19
GD	69	Spital Wattwil *	Gesamtsanierung	85	85	2016/17/18/19
GD	70	Spital Altstätten *	Gesamtsanierung	85	85	2016/17/18/19
GD	77/78	Kantonsspital St.Gallen *	Neubau Haus 07A / 07B	400	400	2016/19/26
GD	64	Psychiatrische Klinik Wil	Teilsanierung Aufnahme- gebäude A01	8	8	2017
GD	132	Spital Wil	Umbau und Erweiterung Notfall / Labor / Verwaltung	10	10	2016
GD	75	Kantonsspital St.Gallen *	Haus 02 Sanierung Erweiterung	11	11	2018
GD	65	Kantonsspital St.Gallen *	Erneuerung Energiezentrale und Unterstationen	14	14	2018
GD	131	Kantonsspital St.Gallen	Neubau für 3. Linear- beschleuniger	15	15	2020
GD	66	Kantonsspital St.Gallen *	Sanierung Haus 54 Lernhaus	5	5	2021
GD	103	Kantonsspital St.Gallen *	Sanierung Haus 04	170	170	2022
Total Hochbauten				1611	1544	

Dep.	Nr.	Institution	Investitionsprojekt	Gesamtkosten Mio. Fr.	Anteil Kanton Mio. Fr.	Abschreibungs- beginn ¹²
Investitionsbeiträge						
VD	9	Schweizerische Südostbahn	Darlehensvertrag 2014	24	4	2016
VD	10	Schweizerische Südostbahn	Darlehensvertrag 2015	22	4	2017
VD	144	HGV-Verlängerung Goldach-Rorschach	Publikumsanlagen Rorschach Stadt	38	9	2016
VD	17	S-Bahn Zürich	Teilergänzung, Achse Winterthur-Wil	66	6	2017
VD	38	Hochschule für Technik Buchs (NTB)	Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (IZR)	16	16	2017
VD	20	AP Ost 1. Teilergänzung	Infrastrukturausbauten SBB	64	36	2018
VD	21	AP Ost 2. Teilergänzung	Infrastrukturausbauten SBB	100	60	2022
DI	26	Kunstmuseum St.Gallen	Um- und Neubau	30	13	2018
GD	129	Geriatrische Klinik St.Gallen	Erneuerung	44	25	2017
Total Investitionsbeiträge				404	173	
Technische Einrichtungen						
FD	126	Arbeitsplatz der Zukunft	Sonderkredit	41	41	2015
FD	140	E-Government	3. Teilkredit 2018–2022, Nachfolge	5	5	2019
FD	141	Informatik Arbeitsplatz 2021	Sonderkredit, Nachfolge	41	41	2021
SJD	138	Kantonspolizei	KAPOgoesMobile	4	4	2015
SJD	142	Kantonspolizei	Ablösung Einsatzleitsystem mit Umsystemen der kantonalen Notrufzentrale (ELIS)	16	12	2017
Total technische Einrichtungen				107	103	

¹² Bemerkungen zu den Abschreibungsfristen:

- Der Abschreibungsbeginn ist zwei Jahre nach Beschlussfassung.
- Projekte mit einem Investitionsvolumen kleiner als 9 Mio. Franken: Abschreibungsfrist 5 Jahre.
- Projekte mit einem Investitionsvolumen ab 9 Mio. Franken: Abschreibungsfrist 10 Jahre.
- Für die mit * gekennzeichneten Investitionsvorhaben (Spitalbauten) beträgt die Abschreibungsfrist 25 Jahre.

Nicht priorisierte Vorhaben

Die von den Departementen neu beantragten Vorhaben für eine Aufnahme ins priorisierte Investitionsprogramm belaufen sich auf ein Investitionsvolumen von insgesamt 379 Mio. Franken und betreffen folgende Projekte:

Dep.	Nr.	Institution	Investitionsprojekt	Gesamtkosten Mio. Fr.	Anteil Kanton Mio. Fr.	Abschreibungs- beginn ¹³
SJD	149	Strassenverkehrsamt	Neuausschreibung Fachanwendung Cari	nicht bekannt	nicht bekannt	2025
DI	89	Verwaltungsgebäude und Staatsarchiv Mossbruggstrasse	Erneuerung, Erweiterung und Umbau	50	50	2025
DI	114	Tonhalle St.Gallen	Erneuerung und Umbau	8	8	2025
BLD	72	Kantonsschule Wattwil	Gesamterneuerung	63	63	2025
SJD	80	Prüfstelle Oberbüren	Neubau	13	13	2025
SJD	81	Polizeistützpunkt Oberbüren	Neubau	15	15	2025
SJD	123	Verwaltungszentrum «West» St.Gallen	Neubau	120	120	2025
SJD	135	Polizeistützpunkt Mels	Neubau	20	20	2025
GD	104	Psychiatrische Klinik Wil	Gesamterneuerung Häuser A02 / A03	36	36	2025
GD	111	Psychiatrische Klinik Wil	Gesamterneuerung Häuser A08 / A09	54	54	2025
Total nicht priorisierte Vorhaben				379	379	

¹³ Alle beantragten Vorhaben werden aufgrund der Nichtpriorisierung mit einem Abschreibungsbeginn im Jahr 2025 geführt (erstes nicht priorisiertes Planjahr).

Kantonsratsbeschluss über Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2016–2018

Entwurf der Regierung vom 16. Dezember 2014

Der Kantonsrat hat

von der Botschaft der Regierung vom 16. Dezember 2014 Kenntnis genommen und

erlässt

gestützt auf Art. 65 Bst. h der Kantonsverfassung vom 10. Juni 2001¹⁴ und Art. 16d Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes vom 16. Juni 1994¹⁵

als Beschluss:

I.

Die Planwerte der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung für die Jahre 2016 bis 2018 werden gemäss Anhang zu diesem Beschluss genehmigt.

II.

Dieser Beschluss gilt bis zur Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2017–2019.

¹⁴ sGS 111.1.

¹⁵ sGS 140.1.

Anhang zum Kantonsratsbeschluss

1. Gesamtergebnis

	AFP 2016			AFP 2017			AFP 2018		
	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Ertrags-überschuss
Erfolgsrechnung in Mio. Fr.	4'865.2	4'845.6	19.6	5'054.4	5'035.4	19.0	5'020.0	5'029.6	9.6
Investitionsrechnung in Mio. Fr.	Ausgaben 326.5	Einnahmen 53.2	Netto- investitionen 273.3	Ausgaben 434.2	Einnahmen 52.7	Netto- investitionen 381.5	Ausgaben 374.0	Einnahmen 53.9	Netto- investitionen 320.1

2. Liste der Gesetzesvorhaben

in Fr. (+ Mehraufwand bzw. Minderertrag / – Minderaufwand)
n.v. steht für nicht verfügbar

	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Staatskanzlei			
Neuorganisation Parlamentsdienste	n.v.	n.v.	n.v.
Revision Kommissionssystem	n.v.	n.v.	n.v.
VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz	0	0	0
Volkswirtschaftsdepartement			
Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI), ER	+10'250'000	+10'750'000	+9'850'000
Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI), IR	–3'911'800	–4'000'000	–4'000'000
Departement des Innern			
Denkmalpflege und Kantonsarchäologie	+237'400	+237'400	+237'400
Nachtrag zum Gemeindegesetz	0	0	0
III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Kulturgesetz	n.v.	n.v.	n.v.
Bildungsdepartement			
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	n.v.	n.v.	n.v.
Finanzdepartement			
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung	0	0	0
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz	0	0	0
Projekt «Neues Lohnsystem»	0	n.v.	n.v.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	+125'000	+125'000	+125'000
Kataster öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen	+425'000	+425'000	+425'000
Revision Baugesetz	+125'000	+250'000	+250'000
Gesetz über die Nutzung des Untergrundes	n.v.	n.v.	n.v.
Sicherheits- und Justizdepartement			
Neugestaltung der Verwaltungsjustiz	0	n.v.	n.v.
Zivilschutz 2015+	–2'263'000	–2'263'000	–2'263'000
Gesundheitsdepartement			
Totalrevision Hundegesetz	0	0	0
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.v.	n.v.	n.v.
Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung	0	0	0
Neues Lebensmittelgesetz	+149'800	+151'800	+151'800
Übertragung der Immobilien an die Spitalverbunde	0	0	0
Total Erfolgsrechnung (ER)	+9'049'200	+9'676'200	+8'776'200
Total Investitionsrechnung (IR)	–3'911'800	–4'000'000	–4'000'000

3. Liste der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

in Fr.	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Volkswirtschaftsdepartement			
Expo 2027 – Machbarkeitsstudie	n.v.	n.v.	n.v.
Baudepartement/Finanzdepartement			
Werterhaltung Immobilienportfolio	n.v.	n.v.	n.v.
Total Erfolgsrechnung	n.v.	n.v.	n.v.

Beilage
Zahlenteil Erfolgsrechnung
und Investitionsrechnung

Inhaltsverzeichnis

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung .	69	3251	Stiftsarchiv	90
Erfolgsrechnung	73	3259	Lotteriefonds (SF)	90
0 Räte	75	340 Konkursamt		90
010 Räte	75	3400	Konkursamt	90
0100 Kantonsrat	75	355 Amt für Handelsregister und Notariate		91
0102 Regierung	75	3550	Amt für Handelsregister und Notariate	91
1 Staatskanzlei	76	4 Bildungsdepartement		92
100 Staatskanzlei	76	400 Generalsekretariat BLD		92
1000 Staatskanzlei	76	4000	Generalsekretariat BLD	92
1001 Fachstelle für Datenschutz	76	4003	Ausbildungsbeihilfen	92
105 Materialzentrale	76	405 Amt für Volksschule		92
1050 Materialzentrale	77	4050	Amtsleitung AVS	93
2 Volkswirtschaftsdepartement	78	4051	Lehrmittelverlag	93
200 Generalsekretariat VD	78	4052	Weiterbildung Schule	93
2000 Generalsekretariat VD	78	4053	Sonderschulen	94
205 Amt für öffentlichen Verkehr	78	415 Amt für Berufsbildung		94
2050 Amt für öffentlichen Verkehr	78	4150	Amtsleitung ABB	94
210 Kantonsforstamt	79	4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	94
2100 Kantonsforstamt	79	4152	Berufliche Grundbildung	95
2101 Staatswaldungen	79	4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	95
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)	80	4156	Berufsfachschulen	95
212 Waldregionen	80	420 Amt für Mittelschulen		96
2120 Finanzierung Waldregionen	80	4200	Amtsleitung AMS	96
2121 Waldregion 1	80	4205	Mittelschulen	96
2122 Waldregion 2	80	423 Amt für Hochschulen		97
2123 Waldregion 3	81	4230	Amtsleitung AHS	97
2124 Waldregion 4	81	4231	Universitäre Hochschulen	97
2125 Waldregion 5	82	4232	Fachhochschulen	97
215 Landwirtschaftsamt	82	430 Amt für Sport		98
2150 Landwirtschaftsamt	82	4300	Amt für Sport	98
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG	83	4309	Sport-Toto-Fonds (SF)	98
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	83	5 Finanzdepartement		99
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	83	500 Generalsekretariat FD		99
2409 Jagdrechnung (SF)	84	5000	Generalsekretariat FD	99
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit	84	5009	Kantonshilfskasse (SF)	99
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste	84	505 Zentrale Dienste		99
2451 Standortförderung	84	5050	Personalamt	99
2452 Arbeitsbedingungen	85	5051	Amt für Finanzdienstleistungen	100
2455 Arbeitslosenversicherung	85	5052	Risk Management	100
2456 Arbeitslosenkasse	86	5054	Dienst für Informatikplanung	100
2458 Tourismusrechnung (SF)	86	5055	Finanzkontrolle	101
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)	86	510 Kantonales Steueramt		101
3 Departement des Innern	87	5100	Amtsleitung KStA	101
300 Generalsekretariat DI	87	5105	Kantonale Steuern	102
3000 Generalsekretariat DI	87	5106	Bundessteuern	102
305 Sozialwerke	87	550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag		102
3050 Sozialwerke des Bundes	87	5500	Vermögenserträge	102
3051 Ergänzungsleistungen	87	5501	Passivzinsen	103
3052 Pflegefinanzierung	87	5502	Interne Verzinsung	103
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	88	5505	Abschreibungen	103
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	88	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	103
315 Amt für Gemeinden	88	560 Allgemeiner Personalaufwand		103
3150 Amt für Gemeinden	88	5600	Allgemeiner Personalaufwand	104
320 Amt für Soziales	89	6 Baudepartement		105
3200 Amt für Soziales	89	600 Generalsekretariat BD		105
325 Amt für Kultur	89	6000	Generalsekretariat BD	105
3250 Amt für Kultur	89	6001	Wohnbauförderung	105
		6009	Mietwohnungsfonds (SF)	105
		605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation		106
		6050	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	106

610 Hochbauamt	106	9051 Verwaltungsrekurskommission	126
6100 Amtsleitung HBA	106	9052 Verwaltungsgericht	126
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften	107		
6106 Bauten und Renovationen	107	Investitionsrechnung	127
615 Tiefbauamt	107	A Investitionen und Investitionsbeiträge	129
6150 Amtsleitung TBA	107	A00 Allgemeine Verwaltung	129
6152 Gemeindestrassen	108	Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen	129
6153 Kantonsstrassen	108	Davidstrasse 31, St.Gallen, Erwerb	129
6154 Nationalstrassen	108	Lämmlibrunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung	129
6156 Gewässer	109	A01 Öffentliche Sicherheit	129
6159 Steinbruch Starkenbach	110	Polizei-posten Wil, Neubau	129
620 Amt für Umwelt und Energie	110	Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	130
6200 Amt für Umwelt und Energie	110	Strafanstalt Saxerriet, Neubau Unterhaltszentrum	130
7 Sicherheits- und Justizdepartement	112	A02 Bildung	130
700 Generalsekretariat SJD	112	Landw. Zentrum SG, Teilabbruch und Ersatzneubau	
7000 Generalsekretariat SJD	112	Landwirtschaftsschule	130
715 Migrationsamt	112	KS Sargans, Teilabbruch und Erweiterung	130
7150 Migrationsamt	112	Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau	130
7151 Asylwesen	113	HSR Rapperswil Forschungszentrum	131
7152 Ausweisstelle	113	A03 Kultur, Freizeit, Kirche	131
720 Amt für Justizvollzug	113	Klanghaus Toggenburg	131
7200 Amt für Justizvollzug	114	Theater St.Gallen Umbau und Sanierung	131
725 Kantonspolizei	114	A04 Gesundheit	131
7250 Kantonspolizei	114	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung/Erweiterung Haus 02 .	131
730 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt	115	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	131
7300 Strassenverkehr	115	Kantonsspital St.Gallen Haus 07A/07B, Neubau	132
7301 Schifffahrt	116	Spital Wil; Erneuerung/Umbau Notfall, Labor Verwaltung	132
7309 Strassenfonds (SF)	116	Kantonsspital St.Gallen Neubau 3, Linearbeschleuniger ..	132
735 Strafuntersuchung	116	Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	132
7352 Staatsanwaltschaft	116	Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	132
740 Amt für Militär und Zivilschutz	117	Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe) ...	132
7400 Amt für Militär und Zivilschutz	117	Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung	132
8 Gesundheitsdepartement	119	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude ..	133
800 Generalsekretariat GD	119	Psychiatrische Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	133
8000 Generalsekretariat GD	119	A08 Volkswirtschaft	133
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)	119	Fischereizentrum Steinach, Neubau	133
805 Amt für Gesundheitsvorsorge	119	A10 Allgemeine Verwaltung	133
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge	120	E-Government 2008–2012	133
810 Aus- und Weiterbildung	120	E-Government 2013–2017	133
8109 Andere Aus- und Weiterbildung	120	Arbeitsplatz der Zukunft	133
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	120	A11 Öffentliche Sicherheit	134
8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	120	Sicherheitsfunknetz POLYCOM	134
8121 Tiergesundheit	121	KAPOgoesMOBILE	134
8129 Tierseuchenkasse (SF)	121	A12 Bildung	134
830 Amt für Gesundheitsversorgung	121	Schuladministrationslösung EDUC+ (Sekundarstufe II)	134
8300 Amtsleitung AfGVE	121	A22 Bildung	134
8301 Individuelle Prämienverbilligung	122	Spracheilschule St.Gallen, Neubau Mädchenhaus	134
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken	122	Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen .	134
8303 Innerkantonale Hospitalisation	122	A23 Kultur, Freizeit, Kirche	135
8304 Ausserkantonale Hospitalisation	122	Kunstmuseum St.Gallen	135
8305 Ambulante Versorgung	123	A24 Gesundheit	135
8309 Zentrum für Labormedizin	123	Geriatrische Klinik, St.Gallen, Erneuerung	135
9 Gerichte	124	A26 Verkehr	135
900 Zivil- und Strafrechtspflege	124	Bahnhofplatz St.Gallen Bushof	135
9001 Kreisgerichte	124	S-Bahn St.Gallen 2013	135
9002 Kantonsgericht	124	Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie	135
9004 Anklagekammer	125	Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2015	136
9005 Schlichtungsstellen	125	HGV-Verlängerung Goldach–Rorschach, Publikumsanlagen	
9006 Rechtsaufsicht	125	Rorschach-Stadt	136
905 Verwaltungsrechtspflege	125	AP Ost, 1. Teilergänzung Infrastrukturausbauten SBB	136
9050 Versicherungsgericht	125	A28 Volkswirtschaft	136
		NTB Buchs; Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal	136

B	Strassenbau	137	C06	Verkehr	139
B06	Verkehr	137		Schweiz, Südostbahn	139
	Kantonsstrassenbau	137	C07	Umwelt, Raumordnung	139
C	Finanzierungen	138		NRP-Darlehen	140
C00	Allgemeine Verwaltung	138	C08	Volkswirtschaft	140
	Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse	138		Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft	140
C02	Bildung	138		OLMA Messen St.Gallen	140
	Darlehen an Sonderschulen	138		Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung	
	Fachhochschule St.Gallen	138		(Ebene Kanton)	141
	Studiendarlehen	138		Erfolgsrechnung (HRM2)	143
C04	Spitäler	139			
	Geriatrische Kliik St.Gallen	139			
C05	Soziale Wohlfahrt	139			
	Darlehen an Behinderteneinrichtungen	139			

Finanzierungsausweis/
Mehrstufige Erfolgsrechnung

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
Erfolgsrechnung				
Aufwand	4 698 889 800	4 865 140 200	5 054 368 800	5 020 048 300
Ertrag	4 673 695 300 –	4 845 572 500 –	5 035 395 700 –	5 029 632 000 –
Ertragsüberschuss				9 583 700
Aufwandüberschuss	25 194 500	19 567 700	18 973 100	
Investitionsrechnung				
Ausgaben	400 412 500	326 513 400	434 237 500	374 058 800
Einnahmen	125 516 900 –	53 251 300 –	52 741 300 –	53 929 100 –
Nettoinvestition	274 895 600	273 262 100	381 496 200	320 129 700
Finanzierung				
Nettoinvestition	274 895 600	273 262 100	381 496 200	320 129 700
Abschreibungen	154 132 500 –	174 830 200 –	221 531 400 –	195 773 500 –
Saldo Erfolgsrechnung	25 194 500	19 567 700	18 973 100	9 583 700 –
Finanzierungsfehlbetrag	145 957 600	117 999 600	178 937 900	114 772 500

Finanzierungsausweis / Mehrstufige Erfolgsrechnung

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
Mehrstufige Erfolgsrechnung (HRM2)				
30 Personalaufwand	704 988 300	718 486 700	718 263 100	722 130 400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	439 659 600	454 066 300	464 049 100	463 073 600
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	134 065 900	153 599 600	199 198 700	171 683 500
35 Einlagen in Fonds/Spezialfinanzierungen	15 054 600	13 705 200	13 478 600	13 866 600
36 Transferaufwand	2 639 610 300	2 731 006 900	2 777 368 500	2 826 445 400
37 Durchlaufende Beiträge	256 012 400	254 423 900	249 580 900	238 824 900
39 Interne Verrechnungen	479 393 100	505 785 500	592 460 300	537 617 700
Betrieblicher Aufwand	4 668 784 200	4 831 074 100	5 014 399 200	4 973 642 100
40 Fiskalertrag	2 058 730 000 –	2 141 530 000 –	2 199 130 000 –	2 258 150 000 –
41 Regalien und Konzessionen	37 030 500 –	36 690 500 –	36 690 500 –	36 690 500 –
42 Entgelte	284 087 300 –	280 814 400 –	280 030 200 –	279 760 300 –
43 Verschiedene Erträge	19 513 100 –	34 003 500 –	33 746 800 –	33 403 700 –
45 Entnahmen aus Fonds/Spezialfinanzierungen	40 477 600 –	39 713 500 –	75 079 000 –	44 606 200 –
46 Transferertrag	1 335 035 100 –	1 397 128 800 –	1 426 106 200 –	1 453 289 600 –
47 Durchlaufende Beiträge	256 012 400 –	254 423 900 –	249 580 900 –	238 824 900 –
49 Interne Verrechnungen	479 393 100 –	505 785 500 –	592 460 300 –	537 617 700 –
Betrieblicher Ertrag	4 510 279 100 –	4 690 090 100 –	4 892 823 900 –	4 882 342 900 –
Aufwandüberschuss aus betrieblicher Tätigkeit	158 505 100	140 984 000	121 575 300	91 299 200
34 Finanzaufwand	30 105 600	34 066 100	39 969 600	46 406 200
44 Finanzertrag	112 816 200 –	112 882 400 –	116 971 800 –	121 689 100 –
Ertragsüberschuss aus Finanzierung	82 710 600 –	78 816 300 –	77 002 200 –	75 282 900 –
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	75 794 500	62 167 700	44 573 100	16 016 300
38 Ausserordentlicher Aufwand	0	0	0	0
48 Ausserordentlicher Ertrag	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
Ausserordentl. Ergebnis (Ertragsüberschuss)	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
Gesamtergebnis (Ertragsüberschuss)				9 583 700
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	25 194 500	19 567 700	18 973 100	
Der vollständig HRM2-konform gegliederte AFP16–18 kann auf der Homepage des Kantons St.Gallen (www.sg.ch) unter der Rubrik «Publikationen & Services» nachgeschlagen werden.				

Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung

Räte

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
Kanton St.Gallen				
Aufwand	4 698 889 800	4 865 140 200	5 054 368 800	5 020 048 300
Ertrag	4 673 695 300 –	4 845 572 500 –	5 035 395 700 –	5 029 632 000 –
Ertragsüberschuss				9 583 700
Aufwandüberschuss	25 194 500 –	19 567 700 –	18 973 100 –	
0 Räte				
Aufwand	5 632 000	5 943 600	5 640 100	5 553 100
Ertrag	145 000 –	145 000 –	145 000 –	145 000 –
Aufwandüberschuss	5 487 000 –	5 798 600 –	5 495 100 –	5 408 100 –
010 Räte				
Aufwand	5 632 000	5 943 600	5 640 100	5 553 100
Ertrag	145 000 –	145 000 –	145 000 –	145 000 –
Aufwandüberschuss	5 487 000 –	5 798 600 –	5 495 100 –	5 408 100 –
0100 Kantonsrat				
Aufwand	2 262 200	2 457 600	2 336 300	2 246 300
Ertrag				
Aufwandüberschuss	2 262 200 –	2 457 600 –	2 336 300 –	2 246 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 034 500	1 169 800	1 034 500	1 034 500
301 Besoldungen	24 000	30 000	24 000	24 000
303 Arbeitgeberbeiträge	53 100	57 100	53 100	53 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	211 700	154 700	279 700	129 700
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	120 000	120 000	120 000	120 000
317 Spesenentschädigungen	240 200	276 800	245 300	245 300
318 Dienstleistungen und Honorare	23 000	23 000	23 000	23 000
319 Anderer Sachaufwand	92 000	162 500	93 000	153 000
360 Staatsbeiträge	439 000	439 000	439 000	439 000
390 Interne Verrechnungen	13 200	13 200	13 200	13 200
0102 Regierung				
Aufwand	3 369 800	3 486 000	3 303 800	3 306 800
Ertrag	145 000 –	145 000 –	145 000 –	145 000 –
Aufwandüberschuss	3 224 800 –	3 341 000 –	3 158 800 –	3 161 800 –
301 Besoldungen	2 291 800	2 335 100	2 311 300	2 311 300
303 Arbeitgeberbeiträge	404 100	410 000	311 600	314 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	133 000	133 000	133 000	133 000
318 Dienstleistungen und Honorare	130 000	130 000	130 000	130 000
319 Anderer Sachaufwand	234 900	301 900	241 900	241 900
390 Interne Verrechnungen	175 000	175 000	175 000	175 000
439 Andere Entgelte	145 000 –	145 000 –	145 000 –	145 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
1 Staatskanzlei				
Aufwand	16 793 800	16 678 400	16 321 400	16 263 300
Ertrag	10 526 200 –	10 399 600 –	10 319 600 –	10 320 200 –
Aufwandüberschuss	6 267 600 –	6 278 800 –	6 001 800 –	5 943 100 –
100 Staatskanzlei				
Aufwand	7 945 400	7 843 500	7 523 000	7 489 900
Ertrag	1 876 900 –	1 830 300 –	1 830 300 –	1 830 900 –
Aufwandüberschuss	6 068 500 –	6 013 200 –	5 692 700 –	5 659 000 –
1000 Staatskanzlei				
Aufwand	7 763 100	7 659 400	7 340 700	7 307 600
Ertrag	1 876 900 –	1 830 300 –	1 830 300 –	1 830 900 –
Aufwandüberschuss	5 886 200 –	5 829 100 –	5 510 400 –	5 476 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	7 000	7 000	4 000	4 000
301 Besoldungen	3 874 300	3 850 900	3 806 100	3 797 000
303 Arbeitgeberbeiträge	606 800	606 200	604 700	604 700
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 000	1 000	1 000	1 000
309 Anderer Personalaufwand	54 600	54 600	54 600	54 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 190 500	1 261 900	1 102 900	1 090 900
312 Informatik	503 900	455 400	367 700	367 700
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	125 500	71 200	71 200	71 200
317 Spesenentschädigungen	123 400	78 400	78 700	78 700
318 Dienstleistungen und Honorare	411 000	419 700	396 700	384 700
319 Anderer Sachaufwand	727 100	727 100	727 100	727 100
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	137 500	125 500	125 500	125 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	263 500 –	247 500 –	247 500 –	247 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	304 600 –	274 000 –	274 000 –	274 600 –
435 Verkaufserlöse	776 600 –	776 600 –	776 600 –	776 600 –
436 Kostenrückerstattungen	518 000 –	518 000 –	518 000 –	518 000 –
439 Andere Entgelte	3 200 –	3 200 –	3 200 –	3 200 –
490 Interne Verrechnungen	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
1001 Fachstelle für Datenschutz				
Aufwand	182 300	184 100	182 300	182 300
Ertrag				
Aufwandüberschuss	182 300 –	184 100 –	182 300 –	182 300 –
301 Besoldungen	130 700	132 500	130 700	130 700
303 Arbeitgeberbeiträge	19 100	19 100	19 100	19 100
309 Anderer Personalaufwand	200	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	10 600	10 600	10 600	10 600
317 Spesenentschädigungen	1 500	1 500	1 500	1 500
318 Dienstleistungen und Honorare	10 700	10 700	10 700	10 700
319 Anderer Sachaufwand	6 500	6 500	6 500	6 500
105 Materialzentrale				
Aufwand	8 848 400	8 834 900	8 798 400	8 773 400
Ertrag	8 649 300 –	8 569 300 –	8 489 300 –	8 489 300 –
Aufwandüberschuss	199 100 –	265 600 –	309 100 –	284 100 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
1050 Materialzentrale				
Aufwand	8 848 400	8 834 900	8 798 400	8 773 400
Ertrag	8 649 300 –	8 569 300 –	8 489 300 –	8 489 300 –
Aufwandüberschuss	199 100 –	265 600 –	309 100 –	284 100 –
301 Besoldungen	786 000	793 900	786 000	786 000
303 Arbeitgeberbeiträge	133 800	137 400	133 800	133 800
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 199 000	3 174 000	3 149 000	3 124 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	29 000	29 000	29 000	29 000
312 Informatik	61 100	61 100	61 100	61 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	14 000	14 000	14 000	14 000
317 Spesenentschädigungen	1 200	1 200	1 200	1 200
318 Dienstleistungen und Honorare	4 619 700	4 619 700	4 619 700	4 619 700
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	2 700	2 700	2 700	2 700
435 Verkaufserlöse	4 155 000 –	4 075 000 –	3 995 000 –	3 995 000 –
436 Kostenrückerstattungen	196 200 –	196 200 –	196 200 –	196 200 –
490 Interne Verrechnungen	4 298 100 –	4 298 100 –	4 298 100 –	4 298 100 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
2 Volkswirtschaftsdepartement				
Aufwand	458 689 200	504 516 900	506 384 100	509 543 500
Ertrag	346 801 300 –	368 358 400 –	370 423 000 –	370 954 900 –
Aufwandüberschuss	111 887 900 –	136 158 500 –	135 961 100 –	138 588 600 –
200 Generalsekretariat VD				
Aufwand	4 143 200	4 083 100	4 104 800	4 106 700
Ertrag	1 114 700 –	1 114 700 –	1 114 700 –	1 114 700 –
Aufwandüberschuss	3 028 500 –	2 968 400 –	2 990 100 –	2 992 000 –
2000 Generalsekretariat VD				
Aufwand	4 143 200	4 083 100	4 104 800	4 106 700
Ertrag	1 114 700 –	1 114 700 –	1 114 700 –	1 114 700 –
Aufwandüberschuss	3 028 500 –	2 968 400 –	2 990 100 –	2 992 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 200	6 200	6 200	6 200
301 Besoldungen	3 125 800	3 185 800	3 195 800	3 195 800
303 Arbeitgeberbeiträge	477 400	477 400	477 400	477 400
309 Anderer Personalaufwand	3 000	3 000	13 000	13 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	47 500	46 800	46 800	46 800
312 Informatik	204 000	205 600	207 300	209 200
317 Spesenentschädigungen	27 500	27 500	27 500	27 500
318 Dienstleistungen und Honorare	200 200	100 200	100 200	100 200
319 Anderer Sachaufwand	26 000	25 000	25 000	25 000
390 Interne Verrechnungen	25 600	5 600	5 600	5 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	144 600 –	144 600 –	144 600 –	144 600 –
435 Verkaufserlöse	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
436 Kostenrückerstattungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	22 400 –	22 400 –	22 400 –	22 400 –
451 Rückerstattungen der Kantone	191 700 –	191 700 –	191 700 –	191 700 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	143 000 –	143 000 –	143 000 –	143 000 –
490 Interne Verrechnungen	585 000 –	585 000 –	585 000 –	585 000 –
205 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	117 968 000	157 462 600	160 183 700	163 053 600
Ertrag	53 637 400 –	73 535 100 –	76 640 300 –	77 665 400 –
Aufwandüberschuss	64 330 600 –	83 927 500 –	83 543 400 –	85 388 200 –
2050 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	117 968 000	157 462 600	160 183 700	163 053 600
Ertrag	53 637 400 –	73 535 100 –	76 640 300 –	77 665 400 –
Aufwandüberschuss	64 330 600 –	83 927 500 –	83 543 400 –	85 388 200 –
301 Besoldungen	799 400	799 400	804 400	804 400
303 Arbeitgeberbeiträge	129 100	129 100	129 100	129 100
309 Anderer Personalaufwand	700	250 900	250 900	250 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 000	8 000	8 000	8 000
312 Informatik	34 900	72 000	264 000	64 000
317 Spesenentschädigungen	21 000	23 000	35 000	27 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 307 100	2 845 100	2 875 100	2 651 100
319 Anderer Sachaufwand	48 000	48 000	49 000	50 000
360 Staatsbeiträge	103 291 400	139 794 700	143 673 700	145 117 200
390 Interne Verrechnungen	12 328 400	13 492 400	12 094 500	13 951 900
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 161 000 –	1 771 900 –	1 771 900 –	1 770 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	51 452 400 –	69 411 200 –	72 486 400 –	73 737 400 –
489 Bevorschussungen	24 000 –	2 352 000 –	2 382 000 –	2 158 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
210 Kantonsforstamt				
Aufwand	13 783 600	14 422 000	14 154 100	14 428 000
Ertrag	8 163 600 –	8 033 000 –	8 037 800 –	8 042 700 –
Aufwandüberschuss	5 620 000 –	6 389 000 –	6 116 300 –	6 385 300 –
2100 Kantonsforstamt				
Aufwand	11 243 400	12 188 700	11 876 000	12 035 000
Ertrag	5 839 700 –	5 707 200 –	5 707 200 –	5 707 200 –
Aufwandüberschuss	5 403 700 –	6 481 500 –	6 168 800 –	6 327 800 –
301 Besoldungen	1 251 200	1 291 200	1 291 200	1 291 200
303 Arbeitgeberbeiträge	200 400	203 600	203 600	203 600
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 000	27 000	27 000	27 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	113 200	461 700	128 200	318 200
317 Spesenentschädigungen	35 000	35 000	35 000	40 000
318 Dienstleistungen und Honorare	427 500	380 700	401 500	365 500
319 Anderer Sachaufwand	56 900	56 900	56 900	56 900
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	9 117 100	9 717 500	9 717 500	9 717 500
390 Interne Verrechnungen	9 600	9 600	9 600	9 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
436 Kostenrückerstattungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	5 461 700 –	5 329 200 –	5 329 200 –	5 329 200 –
490 Interne Verrechnungen	310 000 –	310 000 –	310 000 –	310 000 –
2101 Staatswaldungen				
Aufwand	2 361 100	2 054 300	2 099 300	2 214 300
Ertrag	2 144 800 –	2 146 800 –	2 151 800 –	2 156 800 –
Ertragsüberschuss		92 500	52 500	
Aufwandüberschuss	216 300 –			57 500 –
301 Besoldungen	899 400	914 400	914 400	914 400
303 Arbeitgeberbeiträge	121 300	121 600	121 600	121 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	20 000	20 000	20 000	20 000
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	2 000	2 000	2 000	2 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	272 000	28 000	28 000	188 000
313 Verbrauchsmaterialien	103 000	103 000	103 000	103 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	135 400	102 500	122 500	102 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	87 500	87 500	87 500	87 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	45 000	45 000	45 000	45 000
317 Spesenentschädigungen	18 500	18 500	18 500	18 500
318 Dienstleistungen und Honorare	418 200	373 000	398 000	373 000
319 Anderer Sachaufwand	165 600	165 600	165 600	165 600
329 Andere Passivzinsen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	66 500	66 500	66 500	66 500
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	28 800 –	28 800 –	28 800 –	28 800 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 055 000 –	1 060 000 –	1 065 000 –	1 070 000 –
435 Verkaufserlöse	766 000 –	766 000 –	766 000 –	766 000 –
436 Kostenrückerstattungen	8 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	260 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)				
Aufwand	179 100	179 000	178 800	178 700
Ertrag	179 100 –	179 000 –	178 800 –	178 700 –
390 Interne Verrechnungen	179 100	179 000	178 800	178 700
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	155 000 –	149 100 –	143 600 –	131 200 –
490 Interne Verrechnungen	4 100 –	9 900 –	15 200 –	27 500 –
212 Waldregionen				
Aufwand	16 143 100	16 197 900	16 252 500	16 307 500
Ertrag	11 613 700 –	11 605 200 –	11 641 900 –	11 678 000 –
Aufwandüberschuss	4 529 400 –	4 592 700 –	4 610 600 –	4 629 500 –
2120 Finanzierung Waldregionen				
Aufwand				
Ertrag	2 848 300 –	2 889 700 –	2 901 900 –	2 913 900 –
Ertragsüberschuss	2 848 300	2 889 700	2 901 900	2 913 900
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 848 300 –	2 889 700 –	2 901 900 –	2 913 900 –
2121 Waldregion 1				
Aufwand	2 913 100	2 921 500	2 929 700	2 938 300
Ertrag	1 271 700 –	1 280 800 –	1 284 200 –	1 287 700 –
Aufwandüberschuss	1 641 400 –	1 640 700 –	1 645 500 –	1 650 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 000	14 000	14 000	14 000
301 Besoldungen	909 400	913 600	917 800	922 000
303 Arbeitgeberbeiträge	138 400	138 400	138 400	138 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	3 900	3 900	3 900	3 900
309 Anderer Personalaufwand	10 500	10 500	10 500	10 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 000	12 000	12 000	12 000
312 Informatik	80 100	80 100	80 100	80 100
313 Verbrauchsmaterialien	25 500	25 500	25 500	25 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	22 800	22 800	22 800	22 800
317 Spesenentschädigungen	70 000	70 000	70 000	70 000
318 Dienstleistungen und Honorare	541 300	541 300	541 300	541 300
319 Anderer Sachaufwand	10 800	10 800	10 700	10 800
390 Interne Verrechnungen	1 074 400	1 078 600	1 082 700	1 087 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	158 600 –	163 500 –	162 800 –	162 000 –
435 Verkaufserlöse	21 000 –	21 000 –	21 000 –	21 000 –
436 Kostenrückerstattungen	32 400 –	32 400 –	32 400 –	32 400 –
490 Interne Verrechnungen	1 059 700 –	1 063 900 –	1 068 000 –	1 072 300 –
2122 Waldregion 2				
Aufwand	3 469 000	3 481 200	3 493 400	3 505 600
Ertrag	2 241 900 –	2 244 800 –	2 251 300 –	2 257 700 –
Aufwandüberschuss	1 227 100 –	1 236 400 –	1 242 100 –	1 247 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 000	14 000	14 000	14 000
301 Besoldungen	1 326 100	1 332 200	1 338 300	1 344 400
303 Arbeitgeberbeiträge	222 200	222 200	222 200	222 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	6 400	6 400	6 400	6 400
309 Anderer Personalaufwand	8 800	8 800	8 800	8 800

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 000	1 000	1 000	1 000
312 Informatik	61 400	61 400	61 400	61 400
313 Verbrauchsmaterialien	5 000	5 000	5 000	5 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	33 400	33 400	33 400	33 400
317 Spesenentschädigungen	91 000	91 000	91 000	91 000
318 Dienstleistungen und Honorare	66 500	66 500	66 500	66 500
319 Anderer Sachaufwand	8 000	8 000	8 000	8 000
390 Interne Verrechnungen	1 612 700	1 618 800	1 624 900	1 631 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	640 400 –	637 200 –	637 600 –	637 900 –
436 Kostenrückerstattungen	600 –	600 –	600 –	600 –
490 Interne Verrechnungen	1 600 900 –	1 607 000 –	1 613 100 –	1 619 200 –
2123 Waldregion 3				
Aufwand	3 670 400	3 682 600	3 694 800	3 707 000
Ertrag	2 129 200 –	2 123 400 –	2 129 400 –	2 135 200 –
Aufwandüberschuss	1 541 200 –	1 559 200 –	1 565 400 –	1 571 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 000	14 000	14 000	14 000
301 Besoldungen	1 358 100	1 364 200	1 370 300	1 376 400
303 Arbeitgeberbeiträge	216 600	216 600	216 600	216 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	7 200	7 200	7 200	7 200
309 Anderer Personalaufwand	11 100	11 100	11 100	11 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	7 500	7 500	7 500	7 500
312 Informatik	83 000	83 000	83 000	83 000
313 Verbrauchsmaterialien	4 000	4 000	4 000	4 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	33 600	33 600	33 600	33 600
317 Spesenentschädigungen	83 500	83 500	83 500	83 500
318 Dienstleistungen und Honorare	192 700	192 700	192 700	192 700
319 Anderer Sachaufwand	13 500	13 500	13 500	13 500
390 Interne Verrechnungen	1 645 600	1 651 700	1 657 800	1 663 900
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	487 500 –	475 600 –	475 500 –	475 200 –
436 Kostenrückerstattungen	7 500 –	7 500 –	7 500 –	7 500 –
490 Interne Verrechnungen	1 634 200 –	1 640 300 –	1 646 400 –	1 652 500 –
2124 Waldregion 4				
Aufwand	2 232 900	2 240 900	2 248 900	2 256 900
Ertrag	1 108 600 –	1 105 500 –	1 108 800 –	1 112 000 –
Aufwandüberschuss	1 124 300 –	1 135 400 –	1 140 100 –	1 144 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 000	14 000	14 000	14 000
301 Besoldungen	815 400	819 400	823 400	827 400
303 Arbeitgeberbeiträge	135 300	135 300	135 300	135 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 500	4 500	4 500	4 500
309 Anderer Personalaufwand	7 400	7 400	7 400	7 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	15 000	15 000	15 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	5 000	5 000	5 000	5 000
312 Informatik	46 200	46 200	46 200	46 200
313 Verbrauchsmaterialien	5 500	5 500	5 500	5 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	22 000	22 000	22 000	22 000
317 Spesenentschädigungen	73 000	73 000	73 000	73 000
318 Dienstleistungen und Honorare	115 700	115 700	115 700	115 700
319 Anderer Sachaufwand	4 100	4 100	4 100	4 100
390 Interne Verrechnungen	969 800	973 800	977 800	981 800
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	150 000 –	142 900 –	142 200 –	141 400 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	957 600 –	961 600 –	965 600 –	969 600 –

Konto	Budget 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017	Aufgaben- und Finanzplan 2018
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
2125 Waldregion 5				
Aufwand	3 857 700	3 871 700	3 885 700	3 899 700
Ertrag	2 014 000 –	1 961 000 –	1 966 300 –	1 971 500 –
Aufwandüberschuss	1 843 700 –	1 910 700 –	1 919 400 –	1 928 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	14 000	14 000	14 000	14 000
301 Besoldungen	1 459 000	1 466 000	1 473 000	1 480 000
303 Arbeitgeberbeiträge	240 300	240 300	240 300	240 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	6 800	6 800	6 800	6 800
309 Anderer Personalaufwand	15 100	15 100	15 100	15 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	79 900	79 900	79 900	79 900
313 Verbrauchsmaterialien	8 000	8 000	8 000	8 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	54 700	54 700	54 700	54 700
317 Spesenentschädigungen	98 000	98 000	98 000	98 000
318 Dienstleistungen und Honorare	32 700	32 700	32 700	32 700
319 Anderer Sachaufwand	9 500	9 500	9 500	9 500
390 Interne Verrechnungen	1 829 700	1 836 700	1 843 700	1 850 700
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	198 400 –	138 400 –	136 700 –	134 900 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
490 Interne Verrechnungen	1 814 100 –	1 821 100 –	1 828 100 –	1 835 100 –
215 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	230 133 400	238 686 600	237 937 700	237 922 900
Ertrag	215 203 100 –	220 708 100 –	219 950 100 –	219 428 100 –
Aufwandüberschuss	14 930 300 –	17 978 500 –	17 987 600 –	18 494 800 –
2150 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	219 573 400	225 856 000	225 261 900	225 358 600
Ertrag	211 211 000 –	216 718 000 –	216 010 000 –	215 488 000 –
Aufwandüberschuss	8 362 400 –	9 138 000 –	9 251 900 –	9 870 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 200	1 200	1 200	1 200
301 Besoldungen	1 472 300	1 454 700	1 484 700	1 484 700
303 Arbeitgeberbeiträge	244 300	261 900	261 900	261 900
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	43 300	29 800	34 800	29 800
312 Informatik	173 700	186 700	186 700	186 700
317 Spesenentschädigungen	38 600	38 600	38 600	38 600
318 Dienstleistungen und Honorare	49 600	19 600	22 100	19 600
319 Anderer Sachaufwand	34 000	34 000	34 000	34 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	5 000	5 000	5 000	5 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	15 000	15 000	15 000	15 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	10 000	10 000	10 000	10 000
360 Staatsbeiträge	15 731 000	23 357 100	23 973 500	30 099 700
370 Durchlaufende Beiträge	201 714 000	200 401 000	199 153 000	193 131 000
390 Interne Verrechnungen	19 700	19 700	19 700	19 700
421 Vermögenserträge aus Guthaben	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	172 000 –	172 000 –	172 000 –	172 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	9 100 000 –	15 920 000 –	16 460 000 –	21 960 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	201 714 000 –	200 401 000 –	199 153 000 –	193 131 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG				
Aufwand	10 560 000	12 830 600	12 675 800	12 564 300
Ertrag	3 992 100 –	3 990 100 –	3 940 100 –	3 940 100 –
Aufwandüberschuss	6 567 900 –	8 840 500 –	8 735 700 –	8 624 200 –
301 Besoldungen	6 230 600	6 257 400	6 090 400	6 090 400
303 Arbeitgeberbeiträge	996 200	1 019 400	1 003 100	1 003 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	800	800	800	800
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	170 000	170 000	170 000	170 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	204 800	187 000	211 500	104 000
312 Informatik	101 900	105 700	105 700	105 700
313 Verbrauchsmaterialien	706 300	703 300	707 300	703 300
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	5 500	50 500	50 500	50 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	195 200	186 800	186 800	186 800
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	24 600	24 600	24 600	24 600
317 Spesenentschädigungen	225 300	223 300	223 300	223 300
318 Dienstleistungen und Honorare	383 900	383 900	383 900	383 900
319 Anderer Sachaufwand	26 000	26 000	26 000	26 000
390 Interne Verrechnungen	1 277 900	3 480 900	3 480 900	3 480 900
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	38 400 –	38 400 –	38 400 –	38 400 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	360 000 –	360 000 –	360 000 –	360 000 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	113 000 –	113 000 –	113 000 –	113 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgbühren	1 006 500 –	1 006 500 –	956 500 –	956 500 –
435 Verkaufserlöse	711 100 –	711 100 –	711 100 –	711 100 –
436 Kostenrückerstattungen	1 355 200 –	1 353 200 –	1 353 200 –	1 353 200 –
439 Andere Entgelte	33 900 –	33 900 –	33 900 –	33 900 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
490 Interne Verrechnungen	356 000 –	356 000 –	356 000 –	356 000 –
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	13 351 800	12 761 900	12 859 900	12 863 900
Ertrag	9 473 100 –	8 554 100 –	8 384 100 –	8 384 100 –
Aufwandüberschuss	3 878 700 –	4 207 800 –	4 475 800 –	4 479 800 –
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	10 887 800	11 131 900	11 229 900	11 233 900
Ertrag	7 009 100 –	6 924 100 –	6 754 100 –	6 754 100 –
Aufwandüberschuss	3 878 700 –	4 207 800 –	4 475 800 –	4 479 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	30 000	30 000	30 000	30 000
301 Besoldungen	2 322 400	2 372 700	2 377 700	2 382 700
303 Arbeitgeberbeiträge	362 200	378 300	378 300	378 300
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	30 000	25 000	25 000	25 000
309 Anderer Personalaufwand	17 400	12 400	12 400	12 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	32 000	40 000	42 000	36 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	70 000	70 000	105 000	55 000
312 Informatik	197 800	197 800	197 800	197 800
313 Verbrauchsmaterialien	138 000	138 000	138 000	138 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt		50 000	50 000	50 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	98 500	98 500	98 500	98 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	16 200	23 600	23 600	23 600
317 Spesenentschädigungen	174 000	174 000	174 000	174 000
318 Dienstleistungen und Honorare	731 500	649 800	654 800	659 800

Konto	Budget 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017	Aufgaben- und Finanzplan 2018
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
319 Anderer Sachaufwand	164 800	154 800	154 800	154 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	200	200	200	200
351 Entschädigungen an Kantone	53 000	53 000	53 000	53 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	16 000	16 000	16 000	16 000
360 Staatsbeiträge	4 660 000	5 030 000	5 080 000	5 130 000
390 Interne Verrechnungen	1 773 800	1 617 800	1 618 800	1 618 800
410 Regalien	784 000 –	784 000 –	784 000 –	784 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	33 000 –	28 000 –	28 000 –	28 000 –
435 Verkaufserlöse	81 000 –	251 000 –	81 000 –	81 000 –
436 Kostenrückerstattungen	8 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
437 Bussen	500 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	36 100 –	31 100 –	31 100 –	31 100 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 998 900 –	3 263 900 –	3 263 900 –	3 263 900 –
490 Interne Verrechnungen	2 984 100 –	2 480 600 –	2 480 600 –	2 480 600 –
2409 Jagdrechnung (SF)				
Aufwand	2 464 000	1 630 000	1 630 000	1 630 000
Ertrag	2 464 000 –	1 630 000 –	1 630 000 –	1 630 000 –
342 Ertragsanteile der Gemeinden	330 000			
390 Interne Verrechnungen	2 134 000	1 630 000	1 630 000	1 630 000
410 Regalien	1 970 000 –	1 630 000 –	1 630 000 –	1 630 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	493 500 –			
490 Interne Verrechnungen	500 –			
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Aufwand	63 166 100	60 902 800	60 891 400	60 860 900
Ertrag	47 595 700 –	44 808 200 –	44 654 100 –	44 641 900 –
Aufwandüberschuss	15 570 400 –	16 094 600 –	16 237 300 –	16 219 000 –
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste				
Aufwand	2 611 600	2 626 500	2 626 500	2 626 500
Ertrag	1 731 100 –	1 724 100 –	1 724 100 –	1 724 100 –
Aufwandüberschuss	880 500 –	902 400 –	902 400 –	902 400 –
301 Besoldungen	2 035 800	2 060 700	2 060 700	2 060 700
303 Arbeitgeberbeiträge	341 200	341 200	341 200	341 200
309 Anderer Personalaufwand	1 900	1 900	1 900	1 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
312 Informatik	88 100	88 100	88 100	88 100
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	25 000	25 000	25 000	25 000
319 Anderer Sachaufwand	70 500	60 500	60 500	60 500
390 Interne Verrechnungen	9 100	9 100	9 100	9 100
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
490 Interne Verrechnungen	1 731 000 –	1 724 000 –	1 724 000 –	1 724 000 –
2451 Standortförderung				
Aufwand	7 477 500	6 442 100	6 324 800	6 206 500
Ertrag	2 402 300 –	906 200 –	746 200 –	746 200 –
Aufwandüberschuss	5 075 200 –	5 535 900 –	5 578 600 –	5 460 300 –
301 Besoldungen	1 519 100	1 539 100	1 418 400	1 418 400
303 Arbeitgeberbeiträge	239 300	239 300	220 000	220 000
309 Anderer Personalaufwand	1 300	1 300	1 300	1 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	55 000	55 000	55 000	55 000
312 Informatik	124 800	134 800	134 800	134 800

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
317	135 000	135 000	135 000	135 000
318	815 000	775 000	705 000	705 000
319	104 000	104 000	104 000	104 000
360	4 474 200	3 448 800	3 541 500	3 428 200
390	9 800	9 800	9 800	4 800
436	15 000 –			
460	2 064 600 –	583 500 –	423 500 –	423 500 –
490	322 700 –	322 700 –	322 700 –	322 700 –
2452	Arbeitsbedingungen			
Aufwand	2 802 500	2 744 100	2 744 100	2 744 100
Ertrag	1 637 800 –	1 637 800 –	1 637 800 –	1 637 800 –
Aufwandüberschuss	1 164 700 –	1 106 300 –	1 106 300 –	1 106 300 –
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 600	1 600	1 600
301	Besoldungen	2 009 500	2 018 100	2 018 100
303	Arbeitgeberbeiträge	317 500	317 500	317 500
309	Anderer Personalaufwand	2 000	2 000	2 000
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	33 000	33 000	33 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	24 000	22 000	22 000
312	Informatik	248 900	183 900	183 900
313	Verbrauchsmaterialien	5 500	5 500	5 500
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	12 400	12 400	12 400
317	Spesenentschädigungen	55 000	55 000	55 000
318	Dienstleistungen und Honorare	69 400	69 400	69 400
319	Anderer Sachaufwand	3 700	3 700	3 700
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 200	12 200	12 200
390	Interne Verrechnungen	7 800	7 800	7 800
411	Patente	21 500 –	21 500 –	21 500 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	533 500 –	533 500 –	533 500 –
436	Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –
437	Bussen	20 000 –	20 000 –	20 000 –
439	Andere Entgelte	28 800 –	28 800 –	28 800 –
450	Rückerstattungen des Bundes	910 000 –	910 000 –	910 000 –
490	Interne Verrechnungen	122 000 –	122 000 –	122 000 –
2455	Arbeitslosenversicherung			
Aufwand	38 738 700	38 127 000	38 235 800	38 324 900
Ertrag	29 388 700 –	28 677 000 –	28 685 800 –	28 674 900 –
Aufwandüberschuss	9 350 000 –	9 450 000 –	9 550 000 –	9 650 000 –
301	Besoldungen	17 971 300	17 971 300	17 971 300
303	Arbeitgeberbeiträge	2 829 500	2 829 500	2 829 500
309	Anderer Personalaufwand	342 300	332 300	322 300
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	302 000	302 000	302 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	55 500	70 500	55 500
312	Informatik	956 000	976 000	998 700
313	Verbrauchsmaterialien	92 600	92 600	92 600
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	54 000	32 000	32 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	32 500	32 500	32 500
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	3 000	3 000	3 000
317	Spesenentschädigungen	254 000	263 000	263 000
318	Dienstleistungen und Honorare	1 253 500	1 251 000	1 251 000
319	Anderer Sachaufwand	114 700	104 700	104 700
350	Entschädigungen an Bund	9 350 000	9 450 000	9 550 000
390	Interne Verrechnungen	5 127 800	4 416 600	4 416 700
427	Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	1 900 –	1 900 –	1 900 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436	Kostenrückerstattungen	46 800 –	46 800 –	46 800 –

Konto	Budget 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017	Aufgaben- und Finanzplan 2018	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
439	Andere Entgelte	311 800 –	311 800 –	311 800 –	311 800 –
450	Rückerstattungen des Bundes	28 877 500 –	28 165 800 –	28 174 600 –	28 163 700 –
451	Rückerstattungen der Kantone	90 000 –	90 000 –	90 000 –	90 000 –
490	Interne Verrechnungen	10 700 –	10 700 –	10 700 –	10 700 –
2456 Arbeitslosenkasse					
	Aufwand	6 942 500	6 771 500	6 769 800	6 769 800
	Ertrag	7 842 500 –	7 671 500 –	7 669 800 –	7 669 800 –
	Ertragsüberschuss	900 000	900 000	900 000	900 000
301	Besoldungen	4 635 600	4 635 600	4 635 600	4 635 600
303	Arbeitgeberbeiträge	695 300	695 300	695 300	695 300
309	Anderer Personalaufwand	47 500	47 500	47 500	47 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	50 000	50 000	50 000	50 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	7 000	7 000	7 000	7 000
312	Informatik	246 500	251 500	249 800	249 800
313	Verbrauchsmaterialien	19 000	19 000	19 000	19 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	12 000	12 000	12 000	12 000
317	Spesenentschädigungen	30 000	30 000	30 000	30 000
318	Dienstleistungen und Honorare	159 000	159 000	159 000	159 000
319	Anderer Sachaufwand	32 000	32 000	32 000	32 000
390	Interne Verrechnungen	1 008 600	832 600	832 600	832 600
436	Kostenrückerstattungen	11 600 –	11 600 –	11 600 –	11 600 –
439	Andere Entgelte	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
450	Rückerstattungen des Bundes	7 778 300 –	7 607 300 –	7 605 600 –	7 605 600 –
490	Interne Verrechnungen	2 600 –	2 600 –	2 600 –	2 600 –
2458 Tourismusrechnung (SF)					
	Aufwand	4 410 500	4 009 000	4 007 900	4 006 800
	Ertrag	4 410 500 –	4 009 000 –	4 007 900 –	4 006 800 –
318	Dienstleistungen und Honorare	450 000	250 000	250 000	250 000
360	Staatsbeiträge	3 630 000	3 430 000	3 430 000	3 430 000
390	Interne Verrechnungen	330 500	329 000	327 900	326 800
460	Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen	1 503 000 –	1 094 000 –	1 087 900 –	1 077 400 –
490	Interne Verrechnungen	1 707 500 –	1 715 000 –	1 720 000 –	1 729 400 –
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)					
	Aufwand	182 800	182 600	182 500	182 300
	Ertrag	182 800 –	182 600 –	182 500 –	182 300 –
318	Dienstleistungen und Honorare	30 000	30 000	30 000	30 000
319	Anderer Sachaufwand	50 000	50 000	50 000	50 000
350	Entschädigungen an Bund	100 000	100 000	100 000	100 000
390	Interne Verrechnungen	2 800	2 600	2 500	2 300
482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen	180 000 –	176 000 –	172 600 –	165 000 –
490	Interne Verrechnungen	2 800 –	6 600 –	9 900 –	17 300 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
3 Departement des Innern				
Aufwand	863 137 300	869 418 600	873 704 400	881 980 800
Ertrag	263 327 100 –	266 698 200 –	266 234 500 –	265 376 900 –
Aufwandüberschuss	599 810 200 –	602 720 400 –	607 469 900 –	616 603 900 –
300 Generalsekretariat DI				
Aufwand	3 194 500	3 062 000	3 065 700	3 065 700
Ertrag	22 000 –	22 000 –	22 000 –	22 000 –
Aufwandüberschuss	3 172 500 –	3 040 000 –	3 043 700 –	3 043 700 –
3000 Generalsekretariat DI				
Aufwand	3 194 500	3 062 000	3 065 700	3 065 700
Ertrag	22 000 –	22 000 –	22 000 –	22 000 –
Aufwandüberschuss	3 172 500 –	3 040 000 –	3 043 700 –	3 043 700 –
301 Besoldungen	2 246 100	2 270 300	2 270 300	2 270 300
303 Arbeitgeberbeiträge	360 700	364 500	364 500	364 500
309 Anderer Personalaufwand	22 600	22 600	22 600	22 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	29 500	29 000	30 500	30 500
312 Informatik	190 800	130 800	130 800	130 800
317 Spesenentschädigungen	9 200	9 200	9 400	9 400
318 Dienstleistungen und Honorare	113 400	113 400	115 400	115 400
319 Anderer Sachaufwand	112 000	112 000	112 000	112 000
390 Interne Verrechnungen	110 200	10 200	10 200	10 200
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
305 Sozialwerke				
Aufwand	369 749 400	375 024 000	381 136 000	384 689 500
Ertrag	148 901 000 –	151 784 700 –	154 941 900 –	158 578 400 –
Aufwandüberschuss	220 848 400 –	223 239 300 –	226 194 100 –	226 111 100 –
3050 Sozialwerke des Bundes				
Aufwand	9 265 400	9 475 400	9 685 400	9 895 400
Ertrag				
Aufwandüberschuss	9 265 400 –	9 475 400 –	9 685 400 –	9 895 400 –
318 Dienstleistungen und Honorare	210 000	220 000	230 000	240 000
360 Staatsbeiträge	9 055 400	9 255 400	9 455 400	9 655 400
3051 Ergänzungsleistungen				
Aufwand	295 109 000	297 454 600	300 711 600	301 717 100
Ertrag	84 531 000 –	84 720 700 –	85 262 900 –	86 586 400 –
Aufwandüberschuss	210 578 000 –	212 733 900 –	215 448 700 –	215 130 700 –
318 Dienstleistungen und Honorare	7 940 000	8 120 000	8 300 000	8 480 000
360 Staatsbeiträge	287 169 000	289 334 600	292 411 600	293 237 100
450 Rückerstattungen des Bundes	2 309 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	82 222 000 –	82 420 700 –	82 962 900 –	84 286 400 –
3052 Pflegefinanzierung				
Aufwand	65 375 000	68 094 000	70 739 000	73 077 000
Ertrag	64 370 000 –	67 064 000 –	69 679 000 –	71 992 000 –
Aufwandüberschuss	1 005 000 –	1 030 000 –	1 060 000 –	1 085 000 –

Konto	Budget 2015	Aufgaben- und Finanzplan 2016	Aufgaben- und Finanzplan 2017	Aufgaben- und Finanzplan 2018
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
318 Dienstleistungen und Honorare	1 355 000	1 380 000	1 410 000	1 435 000
360 Staatsbeiträge	64 020 000	66 714 000	69 329 000	71 642 000
452 Rückerstattungen der Gemeinden	350 000 –	350 000 –	350 000 –	350 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	64 020 000 –	66 714 000 –	69 329 000 –	71 642 000 –
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	1 928 700	1 942 300	1 942 300	1 942 300
Ertrag	941 000 –	933 600 –	886 600 –	883 600 –
Aufwandüberschuss	987 700 –	1 008 700 –	1 055 700 –	1 058 700 –
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	1 928 700	1 942 300	1 942 300	1 942 300
Ertrag	941 000 –	933 600 –	886 600 –	883 600 –
Aufwandüberschuss	987 700 –	1 008 700 –	1 055 700 –	1 058 700 –
301 Besoldungen	1 350 800	1 365 300	1 365 300	1 365 300
303 Arbeitgeberbeiträge	200 100	202 200	202 200	202 200
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	219 500	216 500	216 500	216 500
317 Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	12 300	12 300	12 300	12 300
319 Anderer Sachaufwand	115 000	115 000	115 000	115 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	10 400	10 400	10 400	10 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	848 000 –	838 000 –	791 000 –	788 000 –
436 Kostenrückerstattungen	4 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	100 –	100 –	100 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	88 500 –	88 500 –	88 500 –	88 500 –
315 Amt für Gemeinden				
Aufwand	234 764 200	234 977 600	234 177 600	234 217 600
Ertrag	46 018 500 –	46 459 000 –	46 419 000 –	46 329 000 –
Aufwandüberschuss	188 745 700 –	188 518 600 –	187 758 600 –	187 888 600 –
3150 Amt für Gemeinden				
Aufwand	234 764 200	234 977 600	234 177 600	234 217 600
Ertrag	46 018 500 –	46 459 000 –	46 419 000 –	46 329 000 –
Aufwandüberschuss	188 745 700 –	188 518 600 –	187 758 600 –	187 888 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	11 000	12 000	12 000	12 000
301 Besoldungen	1 827 800	1 847 500	1 847 500	1 847 500
303 Arbeitgeberbeiträge	285 000	288 000	288 000	288 000
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 000	12 000	42 000	12 000
312 Informatik	96 300	61 300	61 300	61 300
317 Spesenentschädigungen	41 800	41 200	41 200	41 200
318 Dienstleistungen und Honorare	92 200	207 500	127 500	97 500
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
347 Finanz- und Lastenausgleich	232 190 000	232 200 000	231 450 000	231 500 000
360 Staatsbeiträge	200 000	300 000	300 000	350 000
390 Interne Verrechnungen	4 400	4 400	4 400	4 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	366 000 –	331 500 –	326 500 –	326 500 –
435 Verkaufserlöse	500 –	500 –	30 500 –	500 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	125 000 –	60 000 –	
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –	4 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	41 640 000 –	42 000 000 –	42 000 000 –	42 000 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
320 Amt für Soziales				
Aufwand	179 731 400	179 871 700	178 528 800	176 942 100
Ertrag	18 354 500 –	18 307 800 –	14 557 600 –	9 956 800 –
Aufwandüberschuss	161 376 900 –	161 563 900 –	163 971 200 –	166 985 300 –
3200 Amt für Soziales				
Aufwand	179 731 400	179 871 700	178 528 800	176 942 100
Ertrag	18 354 500 –	18 307 800 –	14 557 600 –	9 956 800 –
Aufwandüberschuss	161 376 900 –	161 563 900 –	163 971 200 –	166 985 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	5 700	5 700	5 700	5 700
301 Besoldungen	4 471 800	4 519 900	4 485 100	4 485 100
303 Arbeitgeberbeiträge	717 600	725 200	725 200	725 200
309 Anderer Personalaufwand	13 400	13 400	13 400	13 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	46 400	46 400	46 400	46 400
312 Informatik	294 900	294 900	294 900	294 900
317 Spesenentschädigungen	83 600	83 600	84 100	84 100
318 Dienstleistungen und Honorare	1 003 000	1 006 500	1 007 500	1 008 500
319 Anderer Sachaufwand	66 600	66 800	67 000	67 000
360 Staatsbeiträge	159 044 800	159 125 700	161 415 900	164 428 200
370 Durchlaufende Beiträge	12 743 900	12 743 900	9 143 900	4 543 900
390 Interne Verrechnungen	1 239 700	1 239 700	1 239 700	1 239 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	9 500 –	9 500 –	9 500 –	9 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 818 600 –	1 799 400 –	1 649 200 –	1 639 900 –
439 Andere Entgelte	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	3 699 000 –	3 671 500 –	3 671 500 –	3 680 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	12 743 900 –	12 743 900 –	9 143 900 –	4 543 900 –
325 Amt für Kultur				
Aufwand	64 051 200	64 511 500	65 124 500	71 394 100
Ertrag	38 400 500 –	38 501 500 –	38 717 800 –	38 917 500 –
Aufwandüberschuss	25 650 700 –	26 010 000 –	26 406 700 –	32 476 600 –
3250 Amt für Kultur				
Aufwand	43 382 700	43 812 400	44 403 400	50 622 000
Ertrag	18 112 500 –	18 190 500 –	18 384 800 –	18 533 500 –
Aufwandüberschuss	25 270 200 –	25 621 900 –	26 018 600 –	32 088 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	21 000	23 000	23 000	23 000
301 Besoldungen	6 161 300	6 320 600	6 320 600	6 443 500
303 Arbeitgeberbeiträge	931 700	956 800	956 800	976 000
309 Anderer Personalaufwand	9 000	246 400	246 400	246 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 323 500	1 351 500	1 376 500	1 376 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	139 000	239 000	139 000	169 000
312 Informatik	1 620 800	1 857 000	1 984 500	2 512 000
313 Verbrauchsmaterialien	18 000	18 000	18 000	18 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	19 500	19 500	19 500	19 500
317 Spesenentschädigungen	146 500	146 500	146 500	146 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 816 100	1 988 800	2 038 800	2 048 800
319 Anderer Sachaufwand	128 500	129 500	129 500	129 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	27 407 100	26 985 100	27 473 600	27 982 600
390 Interne Verrechnungen	3 638 700	3 528 700	3 528 700	8 528 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 215 300 –	1 240 300 –	1 265 300 –	1 265 300 –
435 Verkaufserlöse	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
436	176 900 –	176 900 –	176 900 –	176 900 –
439	94 800 –	94 800 –	94 800 –	94 800 –
460	4 271 200 –	4 285 000 –	4 298 900 –	4 312 900 –
490	12 339 300 –	12 378 500 –	12 533 900 –	12 668 600 –
3251 Stiftsarchiv				
Aufwand	617 500	626 100	626 100	626 100
Ertrag	237 000 –	238 000 –	238 000 –	238 000 –
Aufwandüberschuss	380 500 –	388 100 –	388 100 –	388 100 –
301	457 700	462 600	462 600	462 600
303	69 800	70 500	70 500	70 500
309	500	500	500	500
310	27 000	27 000	27 000	27 000
312	43 400	46 400	46 400	46 400
317	8 000	8 000	8 000	8 000
318	9 600	9 600	9 600	9 600
390	1 500	1 500	1 500	1 500
436	229 000 –	230 000 –	230 000 –	230 000 –
439	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
3259 Lotteriefonds (SF)				
Aufwand	20 051 000	20 073 000	20 095 000	20 146 000
Ertrag	20 051 000 –	20 073 000 –	20 095 000 –	20 146 000 –
382	7 707 500	7 693 200	7 560 000	7 476 500
390	12 343 500	12 379 800	12 535 000	12 669 500
435	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
446	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
490	15 000 –	37 000 –	59 000 –	110 000 –
340 Konkursamt				
Aufwand	2 937 100	3 252 500	2 952 500	2 952 500
Ertrag	1 952 400 –	1 952 400 –	1 952 400 –	1 952 400 –
Aufwandüberschuss	984 700 –	1 300 100 –	1 000 100 –	1 000 100 –
3400 Konkursamt				
Aufwand	2 937 100	3 252 500	2 952 500	2 952 500
Ertrag	1 952 400 –	1 952 400 –	1 952 400 –	1 952 400 –
Aufwandüberschuss	984 700 –	1 300 100 –	1 000 100 –	1 000 100 –
301	2 040 000	2 062 000	2 062 000	2 062 000
303	324 100	327 600	327 600	327 600
309	2 500	2 400	2 400	2 400
310	59 000	59 000	59 000	59 000
311	500	500	500	500
312	166 000	466 000	166 000	166 000
317	30 000	28 000	28 000	28 000
318	27 200	27 200	27 200	27 200
319	3 500	3 500	3 500	3 500
330	231 000	223 000	223 000	223 000
390	53 300	53 300	53 300	53 300
431	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
436	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
439	400 –	400 –	400 –	400 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
355 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 780 800	6 777 000	6 777 000	6 777 000
Ertrag	8 737 200 –	8 737 200 –	8 737 200 –	8 737 200 –
Ertragsüberschuss	1 956 400	1 960 200	1 960 200	1 960 200
3550 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 780 800	6 777 000	6 777 000	6 777 000
Ertrag	8 737 200 –	8 737 200 –	8 737 200 –	8 737 200 –
Ertragsüberschuss	1 956 400	1 960 200	1 960 200	1 960 200
301 Besoldungen	4 223 300	4 268 700	4 268 700	4 268 700
303 Arbeitgeberbeiträge	622 100	628 700	628 700	628 700
309 Anderer Personalaufwand	5 800	5 800	5 800	5 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	115 600	95 900	95 900	95 900
312 Informatik	594 600	599 400	599 400	599 400
313 Verbrauchsmaterialien	1 100	300	300	300
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 000	2 000	2 000	2 000
317 Spesenentschädigungen	28 800	21 800	21 800	21 800
318 Dienstleistungen und Honorare	638 000	636 000	636 000	636 000
319 Anderer Sachaufwand	10 000	10 000	10 000	10 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	58 800	39 700	39 700	39 700
340 Ertragsanteile des Bundes	340 000	330 000	330 000	330 000
390 Interne Verrechnungen	138 700	138 700	138 700	138 700
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	7 644 000 –	7 644 000 –	7 644 000 –	7 644 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 092 200 –	1 092 200 –	1 092 200 –	1 092 200 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
4 Bildungsdepartement				
Aufwand	869 027 300	870 301 300	870 864 700	870 167 600
Ertrag	322 560 400 –	318 383 400 –	317 052 300 –	317 461 300 –
Aufwandüberschuss	546 466 900 –	551 917 900 –	553 812 400 –	552 706 300 –
400 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	19 365 100	19 282 000	18 560 200	18 484 100
Ertrag	2 562 200 –	2 582 200 –	2 637 200 –	2 668 200 –
Aufwandüberschuss	16 802 900 –	16 699 800 –	15 923 000 –	15 815 900 –
4000 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	8 685 100	8 991 000	8 620 200	8 646 100
Ertrag	859 200 –	854 200 –	854 200 –	854 200 –
Aufwandüberschuss	7 825 900 –	8 136 800 –	7 766 000 –	7 791 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	413 000	419 000	419 000	419 000
301 Besoldungen	5 224 100	5 257 500	5 257 500	5 257 500
303 Arbeitgeberbeiträge	788 400	793 400	793 400	793 400
309 Anderer Personalaufwand	29 200	29 200	29 200	29 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	308 500	309 500	309 500	309 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 000	4 000	4 000	4 000
312 Informatik	616 000	986 300	596 300	591 300
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13 100	13 100	13 100	13 100
317 Spesenentschädigungen	134 000	136 000	136 000	136 000
318 Dienstleistungen und Honorare	719 700	728 200	736 500	741 700
319 Anderer Sachaufwand	120 300	121 000	121 900	122 600
360 Staatsbeiträge	168 000	160 000	170 000	195 000
390 Interne Verrechnungen	144 800	31 800	31 800	31 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
435 Verkaufserlöse	241 000 –	236 000 –	236 000 –	236 000 –
436 Kostenrückerstattungen	62 000 –	62 000 –	62 000 –	62 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
490 Interne Verrechnungen	535 700 –	535 700 –	535 700 –	535 700 –
4003 Ausbildungsbeihilfen				
Aufwand	10 680 000	10 291 000	9 940 000	9 838 000
Ertrag	1 703 000 –	1 728 000 –	1 783 000 –	1 814 000 –
Aufwandüberschuss	8 977 000 –	8 563 000 –	8 157 000 –	8 024 000 –
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	30 000	30 000	30 000	30 000
360 Staatsbeiträge	10 530 000	10 100 000	9 665 000	9 515 000
390 Interne Verrechnungen	120 000	161 000	245 000	293 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	3 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	72 000 –	98 000 –	153 000 –	184 000 –
436 Kostenrückerstattungen	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 548 000 –	1 548 000 –	1 548 000 –	1 548 000 –
405 Amt für Volksschule				
Aufwand	156 037 700	155 484 700	157 240 300	156 990 800
Ertrag	64 077 900 –	62 995 500 –	63 945 500 –	63 895 500 –
Aufwandüberschuss	91 959 800 –	92 489 200 –	93 294 800 –	93 095 300 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
4050 Amtsleitung AVS				
Aufwand	21 466 900	20 155 900	20 745 500	20 735 100
Ertrag	553 900 –	538 500 –	538 500 –	538 500 –
Aufwandüberschuss	20 913 000 –	19 617 400 –	20 207 000 –	20 196 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	147 700	145 500	145 500	145 500
301 Besoldungen	3 165 300	3 318 500	3 318 500	3 318 500
303 Arbeitgeberbeiträge	526 200	551 700	551 700	551 700
309 Anderer Personalaufwand	3 300	3 300	3 300	3 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	103 000	369 500	69 500	59 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 500			
312 Informatik	129 300	129 300	129 300	129 300
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	7 500	7 500	7 500	7 500
317 Spesenentschädigungen	140 000	100 000	100 000	100 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 090 400	1 857 700	1 727 700	1 707 700
319 Anderer Sachaufwand	457 400	457 400	457 400	457 400
352 Entschädigungen an Gemeinden	187 000	200 500	200 500	200 500
360 Staatsbeiträge	5 982 500	3 990 200	4 009 800	4 029 400
390 Interne Verrechnungen	8 524 300	9 024 300	10 024 300	10 024 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	21 500 –	21 500 –	21 500 –	21 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	65 000 –	65 000 –	65 000 –	65 000 –
436 Kostenrückerstattungen	452 000 –	452 000 –	452 000 –	452 000 –
439 Andere Entgelte	15 400 –			
4051 Lehrmittelverlag				
Aufwand	10 310 100	10 710 100	11 710 100	11 710 100
Ertrag	13 800 500 –	14 300 000 –	15 300 000 –	15 300 000 –
Ertragsüberschuss	3 490 400	3 589 900	3 589 900	3 589 900
301 Besoldungen	1 325 300	1 325 300	1 325 300	1 325 300
303 Arbeitgeberbeiträge	143 100	143 100	143 100	143 100
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	7 716 700	8 116 700	9 116 700	9 076 700
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	6 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	107 400	107 400	107 400	107 400
313 Verbrauchsmaterialien	26 500	26 500	26 500	26 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 700	5 700	5 700	5 700
317 Spesenentschädigungen	118 000	118 000	118 000	118 000
318 Dienstleistungen und Honorare	765 500	753 500	768 500	793 500
319 Anderer Sachaufwand	45 000	60 000	45 000	60 000
360 Staatsbeiträge	29 000	29 000	29 000	29 000
390 Interne Verrechnungen	21 000	21 000	21 000	21 000
435 Verkaufserlöse	5 300 000 –	5 300 000 –	5 300 000 –	5 300 000 –
439 Andere Entgelte	500 –			
490 Interne Verrechnungen	8 500 000 –	9 000 000 –	10 000 000 –	10 000 000 –
4052 Weiterbildung Schule				
Aufwand	2 557 300	2 496 300	2 496 300	2 291 300
Ertrag	81 800 –	65 300 –	65 300 –	65 300 –
Aufwandüberschuss	2 475 500 –	2 431 000 –	2 431 000 –	2 226 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	21 300	21 300	21 300	21 300
301 Besoldungen	859 100	859 100	859 100	859 100
303 Arbeitgeberbeiträge	73 800	73 700	73 700	73 700
309 Anderer Personalaufwand	500	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	127 000	127 000	127 000	127 000
312 Informatik	27 800	27 800	27 800	27 800

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
317 Spesenentschädigungen	106 200	106 200	106 200	106 200
318 Dienstleistungen und Honorare	1 219 300	1 194 300	1 194 300	989 300
319 Anderer Sachaufwand	4 100	3 600	3 600	3 600
352 Entschädigungen an Gemeinden	113 600	78 200	78 200	78 200
390 Interne Verrechnungen	4 100	4 100	4 100	4 100
436 Kostenrückerstattungen	42 700 –	52 700 –	52 700 –	52 700 –
439 Andere Entgelte	39 100 –	12 600 –	12 600 –	12 600 –
4053 Sonderschulen				
Aufwand	121 703 400	122 122 400	122 288 400	122 254 300
Ertrag	49 641 700 –	48 091 700 –	48 041 700 –	47 991 700 –
Aufwandüberschuss	72 061 700 –	74 030 700 –	74 246 700 –	74 262 600 –
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	120 290 000	120 709 000	120 875 000	120 841 000
390 Interne Verrechnungen	1 303 400	1 303 400	1 303 400	1 303 300
436 Kostenrückerstattungen	1 500 000 –			
439 Andere Entgelte	150 000 –	100 000 –	50 000 –	
460 Beiträge für eigene Rechnung	47 991 700 –	47 991 700 –	47 991 700 –	47 991 700 –
415 Amt für Berufsbildung				
Aufwand	274 513 300	266 977 300	264 530 100	263 747 000
Ertrag	140 134 800 –	137 931 400 –	135 070 300 –	135 070 300 –
Aufwandüberschuss	134 378 500 –	129 045 900 –	129 459 800 –	128 676 700 –
4150 Amtsleitung ABB				
Aufwand	5 404 900	4 891 900	4 832 900	4 832 900
Ertrag	57 155 300 –	57 418 300 –	57 418 300 –	57 418 300 –
Ertragsüberschuss	51 750 400	52 526 400	52 585 400	52 585 400
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	97 500	97 500	97 500	97 500
301 Besoldungen	3 196 200	3 196 200	3 196 200	3 196 200
303 Arbeitgeberbeiträge	493 200	493 200	493 200	493 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	150 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	992 000	479 000	420 000	420 000
317 Spesenentschädigungen	121 000	121 000	121 000	121 000
318 Dienstleistungen und Honorare	223 600	223 600	223 600	223 600
319 Anderer Sachaufwand	83 000	83 000	83 000	83 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	47 400	47 400	47 400	47 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	42 300 –	42 300 –	42 300 –	42 300 –
436 Kostenrückerstattungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
439 Andere Entgelte	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	57 108 000 –	57 371 000 –	57 371 000 –	57 371 000 –
4151 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
Aufwand	9 230 500	9 130 500	9 130 500	9 130 500
Ertrag	495 500 –	495 500 –	495 500 –	495 500 –
Aufwandüberschuss	8 735 000 –	8 635 000 –	8 635 000 –	8 635 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	5 900	5 900	5 900	5 900
301 Besoldungen	6 710 800	6 710 800	6 710 800	6 710 800
303 Arbeitgeberbeiträge	1 073 000	1 073 000	1 073 000	1 073 000
309 Anderer Personalaufwand	47 800	47 800	47 800	47 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	267 400	257 400	257 400	257 400

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.	
311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312	Informatik	581 100	581 100	581 100	581 100
313	Verbrauchsmaterialien	2 200	2 200	2 200	2 200
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	1 000	1 000	1 000	1 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	1 000	1 000	1 000	1 000
317	Spesenentschädigungen	178 600	168 600	168 600	168 600
318	Dienstleistungen und Honorare	137 000	77 000	77 000	77 000
319	Anderer Sachaufwand	216 800	196 800	196 800	196 800
390	Interne Verrechnungen	5 900	5 900	5 900	5 900
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	486 000 –	486 000 –	486 000 –	486 000 –
439	Andere Entgelte	9 500 –	9 500 –	9 500 –	9 500 –
4152	Berufliche Grundbildung				
	Aufwand	32 118 900	32 378 200	32 378 200	32 378 200
	Ertrag	60 000 –	60 000 –		
	Aufwandüberschuss	32 058 900 –	32 318 200 –	32 378 200 –	32 378 200 –
360	Staatsbeiträge	32 118 900	32 378 200	32 378 200	32 378 200
460	Beiträge für eigene Rechnung	60 000 –	60 000 –		
4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung				
	Aufwand	23 073 600	22 954 000	22 954 000	22 954 000
	Ertrag	843 000 –	843 000 –	843 000 –	843 000 –
	Aufwandüberschuss	22 230 600 –	22 111 000 –	22 111 000 –	22 111 000 –
360	Staatsbeiträge	14 490 000	14 390 000	14 390 000	14 390 000
390	Interne Verrechnungen	8 583 600	8 564 000	8 564 000	8 564 000
490	Interne Verrechnungen	843 000 –	843 000 –	843 000 –	843 000 –
4156	Berufsfachschulen				
	Aufwand	204 685 400	197 622 700	195 234 500	194 451 400
	Ertrag	81 581 000 –	79 114 600 –	76 313 500 –	76 313 500 –
	Aufwandüberschuss	123 104 400 –	118 508 100 –	118 921 000 –	118 137 900 –
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	241 400	225 900	225 900	225 900
301	Besoldungen	129 032 800	127 279 200	125 070 600	124 671 600
303	Arbeitgeberbeiträge	19 426 500	19 294 600	19 129 200	19 123 200
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	15 000	9 000	15 000	9 000
309	Anderer Personalaufwand	1 069 300	1 069 300	1 069 300	1 069 300
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 403 900	11 015 200	11 015 200	11 015 200
311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 554 100	1 522 900	1 522 900	1 522 900
312	Informatik	1 184 700	1 178 200	1 178 200	1 178 200
313	Verbrauchsmaterialien	4 009 400	4 008 400	4 008 400	4 008 400
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	659 000	659 000	659 000	659 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 520 500	2 384 500	2 384 500	2 384 500
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	9 424 200	9 406 800	9 406 800	9 406 800
317	Spesenentschädigungen	3 064 000	3 068 000	3 068 000	3 068 000
318	Dienstleistungen und Honorare	4 985 200	4 947 400	4 927 400	4 937 400
319	Anderer Sachaufwand	3 332 500	3 325 500	3 325 500	3 325 500
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
352	Entschädigungen an Gemeinden	180 000	180 000	180 000	180 000
381	Zuweisung an Rückstellungen	392 700	392 700	392 700	392 700
389	Bevorschussungen	54 400	54 400	54 400	54 400
390	Interne Verrechnungen	12 115 800	7 581 700	7 581 500	7 199 400
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	400 –	400 –	400 –	400 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	1 190 500 –	1 190 500 –	1 190 500 –	1 190 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	23 421 300 –	23 535 200 –	23 535 200 –	23 535 200 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	3 536 000 –	3 536 000 –	3 536 000 –	3 536 000 –
435 Verkaufserlöse	3 114 900 –	3 116 900 –	3 116 900 –	3 116 900 –
436 Kostenrückerstattungen	2 473 900 –	2 483 900 –	2 455 600 –	2 455 600 –
439 Andere Entgelte	109 600 –	109 600 –	109 600 –	109 600 –
451 Rückerstattungen der Kantone	30 674 100 –	30 372 900 –	30 171 400 –	30 171 400 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	5 002 300 –	2 734 900 –	163 600 –	163 600 –
490 Interne Verrechnungen	11 979 000 –	11 955 300 –	11 955 300 –	11 955 300 –
420 Amt für Mittelschulen				
Aufwand	113 518 200	114 643 300	112 738 900	110 482 200
Ertrag	12 639 300 –	9 963 100 –	9 863 100 –	9 863 100 –
Aufwandüberschuss	100 878 900 –	104 680 200 –	102 875 800 –	100 619 100 –
4200 Amtsleitung AMS				
Aufwand	1 160 800	1 160 800	1 160 800	1 160 800
Ertrag	2 200 –	2 200 –	2 200 –	2 200 –
Aufwandüberschuss	1 158 600 –	1 158 600 –	1 158 600 –	1 158 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	110 000	110 000	110 000	110 000
301 Besoldungen	725 900	725 900	725 900	725 900
303 Arbeitgeberbeiträge	124 900	124 900	124 900	124 900
309 Anderer Personalaufwand	800	800	800	800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 000	12 000	12 000	12 000
312 Informatik	25 400	25 400	25 400	25 400
317 Spesenentschädigungen	41 500	41 500	41 500	41 500
318 Dienstleistungen und Honorare	105 600	105 600	105 600	105 600
319 Anderer Sachaufwand	13 000	13 000	13 000	13 000
390 Interne Verrechnungen	1 700	1 700	1 700	1 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
4205 Mittelschulen				
Aufwand	112 357 400	113 482 500	111 578 100	109 321 400
Ertrag	12 637 100 –	9 960 900 –	9 860 900 –	9 860 900 –
Aufwandüberschuss	99 720 300 –	103 521 600 –	101 717 200 –	99 460 500 –
301 Besoldungen	73 908 400	71 639 100	69 963 900	69 035 700
303 Arbeitgeberbeiträge	11 748 000	11 321 200	11 027 400	10 861 800
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	5 700	5 700	5 700	5 700
309 Anderer Personalaufwand	546 400	506 400	546 400	506 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 324 200	3 316 800	3 316 800	3 316 800
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	723 100	417 600	417 600	417 600
312 Informatik	464 100	514 300	514 300	514 300
313 Verbrauchsmaterialien	1 373 300	1 358 300	1 358 300	1 358 300
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	320 000	245 000	245 000	245 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	924 100	917 100	910 100	910 100
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	798 200	798 200	798 200	798 200
317 Spesenentschädigungen	841 400	804 000	816 500	816 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 272 400	1 206 200	1 204 700	1 206 200
319 Anderer Sachaufwand	185 500	185 500	185 500	185 500
351 Entschädigungen an Kantone	933 000	933 000	933 000	933 000

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
352 Entschädigungen an Gemeinden	331 000	331 000	331 000	331 000
360 Staatsbeiträge	4 856 600	4 878 100	4 899 600	4 921 100
390 Interne Verrechnungen	9 802 000	14 105 000	14 104 100	12 958 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	45 700 –	45 700 –	45 700 –	45 700 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	2 424 500 –	2 416 000 –	2 416 000 –	2 416 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsggebühren	130 500 –	131 000 –	131 000 –	131 000 –
435 Verkaufserlöse	370 600 –	367 600 –	367 600 –	367 600 –
436 Kostenrückerstattungen	754 300 –	726 100 –	726 100 –	726 100 –
439 Andere Entgelte	14 500 –	14 500 –	14 500 –	14 500 –
451 Rückerstattungen der Kantone	3 656 600 –	3 506 600 –	3 406 600 –	3 406 600 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	1 890 000 –	1 890 000 –	1 890 000 –	1 890 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	17 300 –	17 300 –	17 300 –	17 300 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	2 415 000 –			
490 Interne Verrechnungen	918 000 –	846 000 –	846 000 –	846 000 –
423 Amt für Hochschulen				
Aufwand	298 591 800	306 780 800	310 714 000	313 294 300
Ertrag	97 090 100 –	98 830 000 –	99 430 000 –	99 800 000 –
Aufwandüberschuss	201 501 700 –	207 950 800 –	211 284 000 –	213 494 300 –
4230 Amtsleitung AHS				
Aufwand	1 179 300	1 163 500	1 163 500	1 163 500
Ertrag	100 –			
Aufwandüberschuss	1 179 200 –	1 163 500 –	1 163 500 –	1 163 500 –
301 Besoldungen	696 600	696 600	696 600	696 600
303 Arbeitgeberbeiträge	106 200	106 200	106 200	106 200
309 Anderer Personalaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 100	8 300	8 300	8 300
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	23 600	23 600	23 600	23 600
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	64 700	64 700	64 700	64 700
319 Anderer Sachaufwand	251 000	235 000	235 000	235 000
390 Interne Verrechnungen	400	400	400	400
439 Andere Entgelte	100 –			
4231 Universitäre Hochschulen				
Aufwand	156 484 000	160 095 700	161 296 700	162 267 700
Ertrag	67 140 000 –	68 830 000 –	69 430 000 –	69 800 000 –
Aufwandüberschuss	89 344 000 –	91 265 700 –	91 866 700 –	92 467 700 –
360 Staatsbeiträge	156 484 000	160 095 700	161 296 700	162 267 700
460 Beiträge für eigene Rechnung	67 140 000 –	68 830 000 –	69 430 000 –	69 800 000 –
4232 Fachhochschulen				
Aufwand	140 928 500	145 521 600	148 253 800	149 863 100
Ertrag	29 950 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –
Aufwandüberschuss	110 978 500 –	115 521 600 –	118 253 800 –	119 863 100 –
360 Staatsbeiträge	110 034 000	114 577 100	117 309 300	118 918 600
370 Durchlaufende Beiträge	29 950 000	30 000 000	30 000 000	30 000 000
390 Interne Verrechnungen	944 500	944 500	944 500	944 500
470 Durchlaufende Beiträge	29 950 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
430 Amt für Sport				
Aufwand	7 001 200	7 133 200	7 081 200	7 169 200
Ertrag	6 056 100 –	6 081 200 –	6 106 200 –	6 164 200 –
Aufwandüberschuss	945 100 –	1 052 000 –	975 000 –	1 005 000 –
4300 Amt für Sport				
Aufwand	1 884 300	1 991 200	1 914 200	1 944 200
Ertrag	939 200 –	939 200 –	939 200 –	939 200 –
Aufwandüberschuss	945 100 –	1 052 000 –	975 000 –	1 005 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	292 000	292 000	292 000	292 000
301 Besoldungen	693 000	693 000	693 000	693 000
303 Arbeitgeberbeiträge	119 700	119 600	119 600	119 600
309 Anderer Personalaufwand	1 400	1 400	1 400	1 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	16 000	16 000	16 000	16 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	36 600	36 600	36 600	36 600
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	45 000	65 000	45 000	65 000
318 Dienstleistungen und Honorare	567 500	587 500	597 500	607 500
319 Anderer Sachaufwand	9 000	9 000	9 000	9 000
360 Staatsbeiträge	94 000	161 000	94 000	94 000
390 Interne Verrechnungen	5 100	5 100	5 100	5 100
436 Kostenrückerstattungen	420 500 –	420 500 –	420 500 –	420 500 –
439 Andere Entgelte	700 –	700 –	700 –	700 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	333 000 –	333 000 –	333 000 –	333 000 –
490 Interne Verrechnungen	185 000 –	185 000 –	185 000 –	185 000 –
4309 Sport-Toto-Fonds (SF)				
Aufwand	5 116 900	5 142 000	5 167 000	5 225 000
Ertrag	5 116 900 –	5 142 000 –	5 167 000 –	5 225 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	115 000	118 000	118 000	118 000
360 Staatsbeiträge	4 305 000	4 305 000	4 305 000	4 305 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	185 000	206 900	231 700	289 500
390 Interne Verrechnungen	511 900	512 100	512 300	512 500
439 Andere Entgelte	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	16 900 –	42 000 –	67 000 –	125 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
5 Finanzdepartement				
Aufwand	685 739 800	734 951 100	809 563 500	805 750 000
Ertrag	2 774 738 400 –	2 899 512 500 –	2 999 533 200 –	3 044 353 700 –
Ertragsüberschuss	2 088 998 600	2 164 561 400	2 189 969 700	2 238 603 700
500 Generalsekretariat FD				
Aufwand	3 057 300	3 001 100	3 016 900	3 005 900
Ertrag	1 712 800 –	1 624 700 –	1 599 600 –	1 599 500 –
Aufwandüberschuss	1 344 500 –	1 376 400 –	1 417 300 –	1 406 400 –
5000 Generalsekretariat FD				
Aufwand	2 905 300	2 909 200	2 925 100	2 914 200
Ertrag	1 560 800 –	1 532 800 –	1 507 800 –	1 507 800 –
Aufwandüberschuss	1 344 500 –	1 376 400 –	1 417 300 –	1 406 400 –
301 Besoldungen	1 101 000	1 111 900	1 118 300	1 111 900
303 Arbeitgeberbeiträge	155 000	155 000	155 000	155 000
309 Anderer Personalaufwand	6 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
312 Informatik	70 000	65 000	67 500	70 000
317 Spesenentschädigungen	2 500	2 500	2 500	2 500
318 Dienstleistungen und Honorare	11 100	11 100	11 100	11 100
319 Anderer Sachaufwand	124 000	117 000	124 000	117 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 700	3 700	3 700	3 700
360 Staatsbeiträge	100 000	100 000	100 000	100 000
370 Durchlaufende Beiträge	1 300 000	1 300 000	1 300 000	1 300 000
390 Interne Verrechnungen	12 000	12 000	12 000	12 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	105 000 –	105 000 –	105 000 –	105 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	25 000 –		
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	4 800 –	1 800 –	1 800 –	1 800 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	1 300 000 –	1 300 000 –	1 300 000 –	1 300 000 –
5009 Kantonshilfskasse (SF)				
Aufwand	152 000	91 900	91 800	91 700
Ertrag	152 000 –	91 900 –	91 800 –	91 700 –
360 Staatsbeiträge	150 000	90 000	90 000	90 000
390 Interne Verrechnungen	2 000	1 900	1 800	1 700
460 Beiträge für eigene Rechnung	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	129 700 –	66 700 –	63 800 –	57 200 –
490 Interne Verrechnungen	12 300 –	15 200 –	18 000 –	24 500 –
505 Zentrale Dienste				
Aufwand	40 283 500	40 424 500	40 965 200	39 894 300
Ertrag	11 202 500 –	10 807 300 –	10 793 400 –	10 742 300 –
Aufwandüberschuss	29 081 000 –	29 617 200 –	30 171 800 –	29 152 000 –
5050 Personalamt				
Aufwand	6 224 500	5 900 900	6 075 900	6 079 600
Ertrag	1 183 600 –	1 183 600 –	1 183 600 –	1 183 600 –
Aufwandüberschuss	5 040 900 –	4 717 300 –	4 892 300 –	4 896 000 –
301 Besoldungen	2 451 000	2 465 000	2 456 800	2 455 000
303 Arbeitgeberbeiträge	412 100	419 300	418 000	417 100

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.	
309	Anderer Personalaufwand	1 032 900	1 037 000	1 041 100	1 045 300
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	61 000	61 000	61 000	61 000
311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312	Informatik	1 550 700	1 293 700	1 381 700	1 381 700
317	Spesenentschädigungen	226 600	177 500	228 400	229 200
318	Dienstleistungen und Honorare	363 000	324 200	365 700	367 100
319	Anderer Sachaufwand	25 500	21 500	21 500	21 500
390	Interne Verrechnungen	98 700	98 700	98 700	98 700
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	260 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	570 300 –	570 300 –	570 300 –	570 300 –
435	Verkaufserlöse	500 –	500 –	500 –	500 –
436	Kostenrückerstattungen	287 100 –	287 100 –	287 100 –	287 100 –
451	Rückerstattungen der Kantone	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
490	Interne Verrechnungen	53 700 –	53 700 –	53 700 –	53 700 –
5051 Amt für Finanzdienstleistungen					
	Aufwand	1 867 700	2 410 900	2 171 500	2 095 500
	Ertrag	384 600 –	355 300 –	321 400 –	250 300 –
	Aufwandüberschuss	1 483 100 –	2 055 600 –	1 850 100 –	1 845 200 –
301	Besoldungen	709 000	819 900	822 400	814 000
303	Arbeitgeberbeiträge	108 300	125 300	126 700	127 400
309	Anderer Personalaufwand	800	900	900	900
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	179 800	179 800	179 800	179 800
312	Informatik	864 000	1 279 200	1 035 900	967 600
317	Spesenentschädigungen	500	500	500	500
318	Dienstleistungen und Honorare	3 000	3 000	3 000	3 000
319	Anderer Sachaufwand	500	500	500	500
390	Interne Verrechnungen	1 800	1 800	1 800	1 800
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	125 400 –	126 300 –	126 800 –	128 300 –
439	Andere Entgelte	14 500 –	14 500 –	14 500 –	14 500 –
490	Interne Verrechnungen	244 700 –	214 500 –	180 100 –	107 500 –
5052 Risk Management					
	Aufwand	8 009 400	8 026 400	8 046 400	8 066 400
	Ertrag	8 009 400 –	8 026 400 –	8 046 400 –	8 066 400 –
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
312	Informatik	28 400	28 400	28 400	28 400
318	Dienstleistungen und Honorare	1 919 100	1 956 000	1 956 000	1 956 000
319	Anderer Sachaufwand	2 886 000	3 077 000	3 137 000	3 197 000
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	5 000	5 000	5 000	5 000
381	Zuweisung an Rückstellungen	3 169 900	2 959 000	2 919 000	2 879 000
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	6 401 000 –	6 418 000 –	6 438 000 –	6 458 000 –
436	Kostenrückerstattungen	64 000 –	64 000 –	64 000 –	64 000 –
439	Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
481	Entnahme aus Rückstellungen	1 543 400 –	1 543 400 –	1 543 400 –	1 543 400 –
5054 Dienst für Informatikplanung					
	Aufwand	21 733 500	21 637 800	22 222 800	21 204 100
	Ertrag	1 018 500 –	638 600 –	638 600 –	638 600 –
	Aufwandüberschuss	20 715 000 –	20 999 200 –	21 584 200 –	20 565 500 –
301	Besoldungen	1 819 400	1 819 400	1 819 400	1 819 400
303	Arbeitgeberbeiträge	306 500	306 500	306 500	306 500
309	Anderer Personalaufwand	1 300	1 300	1 300	1 300
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312	Informatik	8 967 400	8 066 300	8 651 300	7 636 300

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
317 Spesenentschädigungen	16 000	16 000	16 000	16 000
318 Dienstleistungen und Honorare	25 000	30 000	30 000	30 000
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	10 585 900	11 386 300	11 386 300	11 382 600
436 Kostenrückerstattungen	542 000 –	542 000 –	542 000 –	542 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	300 000 –			
490 Interne Verrechnungen	176 500 –	96 600 –	96 600 –	96 600 –
5055 Finanzkontrolle				
Aufwand	2 448 400	2 448 500	2 448 600	2 448 700
Ertrag	606 400 –	603 400 –	603 400 –	603 400 –
Aufwandüberschuss	1 842 000 –	1 845 100 –	1 845 200 –	1 845 300 –
301 Besoldungen	1 994 900	1 994 900	1 994 900	1 994 900
303 Arbeitgeberbeiträge	319 700	319 700	319 700	319 700
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 000	17 000	17 000
312 Informatik	67 600	67 600	67 600	67 600
317 Spesenentschädigungen	34 000	34 100	34 200	34 300
318 Dienstleistungen und Honorare	7 200	7 200	7 200	7 200
319 Anderer Sachaufwand	4 900	4 900	4 900	4 900
390 Interne Verrechnungen	1 600	1 600	1 600	1 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	570 900 –	570 900 –	570 900 –	570 900 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	29 500 –	26 500 –	26 500 –	26 500 –
510 Kantonales Steueramt				
Aufwand	441 128 900	458 065 000	473 402 400	486 672 000
Ertrag	2 036 143 500 –	2 123 013 500 –	2 186 193 500 –	2 249 888 500 –
Ertragsüberschuss	1 595 014 600	1 664 948 500	1 712 791 100	1 763 216 500
5100 Amtsleitung KStA				
Aufwand	62 323 900	63 390 000	65 527 400	65 097 000
Ertrag	338 500 –	338 500 –	318 500 –	313 500 –
Aufwandüberschuss	61 985 400 –	63 051 500 –	65 208 900 –	64 783 500 –
301 Besoldungen	21 311 200	21 311 200	21 311 200	21 311 200
303 Arbeitgeberbeiträge	3 179 200	3 239 200	3 299 200	3 359 200
309 Anderer Personalaufwand	109 600	109 600	109 600	109 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	450 000	450 000	450 000	450 000
312 Informatik	16 982 900	18 001 000	19 920 400	19 272 000
317 Spesenentschädigungen	620 000	620 000	620 000	620 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 775 000	3 775 000	3 775 000	3 775 000
319 Anderer Sachaufwand	55 000	55 000	55 000	55 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	15 441 000	15 429 000	15 587 000	15 745 000
390 Interne Verrechnungen	400 000	400 000	400 000	400 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
435 Verkaufserlöse	22 500 –	22 500 –	2 500 –	2 500 –
436 Kostenrückerstattungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
5105 Kantonale Steuern				
Aufwand	378 805 000	394 675 000	407 875 000	421 575 000
Ertrag	1 911 805 000 –	1 994 375 000 –	2 051 775 000 –	2 110 575 000 –
Ertragsüberschuss	1 533 000 000	1 599 700 000	1 643 900 000	1 689 000 000
318 Dienstleistungen und Honorare	5 900 000	6 000 000	6 100 000	6 300 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	3 508 000	3 500 000	3 500 000	3 500 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 867 000	11 855 000	11 855 000	11 855 000
340 Ertragsanteile des Bundes	16 900 000	17 200 000	17 600 000	17 900 000
341 Ertragsanteile der Kantone	5 100 000	5 200 000	5 300 000	5 400 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	302 310 000	315 800 000	326 900 000	338 400 000
344 Ertragsanteile Dritter	32 720 000	34 620 000	36 120 000	37 720 000
360 Staatsbeiträge	500 000	500 000	500 000	500 000
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	1 136 100 000 –	1 185 400 000 –	1 215 300 000 –	1 245 600 000 –
401 Gewinn- und Kapitalsteuern	399 200 000 –	425 900 000 –	446 800 000 –	468 700 000 –
402 Quellensteuern	196 500 000 –	200 400 000 –	204 400 000 –	208 500 000 –
403 Grundstücksgewinnsteuern	126 500 000 –	129 200 000 –	131 800 000 –	134 300 000 –
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	43 800 000 –	43 800 000 –	43 800 000 –	43 800 000 –
408 Steuerstrafen	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	4 965 000 –	4 935 000 –	4 935 000 –	4 935 000 –
436 Kostenrückerstattungen	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
437 Bussen	2 600 000 –	2 600 000 –	2 600 000 –	2 600 000 –
5106 Bundessteuern				
Aufwand				
Ertrag	124 000 000 –	128 300 000 –	134 100 000 –	139 000 000 –
Ertragsüberschuss	124 000 000	128 300 000	134 100 000	139 000 000
440 Anteile an Bundeseinnahmen	124 000 000 –	128 300 000 –	134 100 000 –	139 000 000 –
550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag				
Aufwand	194 687 500	213 547 700	269 244 000	250 052 600
Ertrag	725 454 600 –	763 842 100 –	800 721 800 –	781 898 500 –
Ertragsüberschuss	530 767 100	550 294 400	531 477 800	531 845 900
5500 Vermögenserträge				
Aufwand	377 500	416 200	456 400	497 900
Ertrag	62 469 500 –	63 253 300 –	64 053 800 –	64 846 400 –
Ertragsüberschuss	62 092 000	62 837 100	63 597 400	64 348 500
318 Dienstleistungen und Honorare	40 000	40 000	40 000	40 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	337 500	376 200	416 400	457 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	250 000 –	200 000 –	200 000 –	300 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	383 700 –	857 000 –	1 351 000 –	1 721 000 –
422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens	4 192 400 –	4 192 400 –	4 192 400 –	4 177 000 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	1 069 700 –	2 654 600 –	2 931 500 –	3 238 300 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	52 862 700 –	52 862 700 –	52 862 700 –	52 862 700 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 255 300 –			
428 Zins aus Sonderrechnungen	200 –	1 100 –	200 –	400 –
490 Interne Verrechnungen	2 455 500 –	2 485 500 –	2 516 000 –	2 547 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
5501 Passivzinsen				
Aufwand	26 194 100	30 123 900	35 987 200	42 382 300
Ertrag				
Aufwandüberschuss	26 194 100 –	30 123 900 –	35 987 200 –	42 382 300 –
318 Dienstleistungen und Honorare	759 900	759 900	759 900	497 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	60 000	150 000	240 000	450 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	25 307 000	29 122 000	34 872 000	41 332 500
328 Zins auf Sonderrechnungen	67 200	92 000	115 300	102 800
5502 Interne Verzinsung				
Aufwand	265 400	597 300	818 400	998 300
Ertrag	310 000 –	481 000 –	925 000 –	1 133 000 –
Ertragsüberschuss	44 600		106 600	134 700
Aufwandüberschuss		116 300 –		
390 Interne Verrechnungen	265 400	597 300	818 400	998 300
490 Interne Verrechnungen	310 000 –	481 000 –	925 000 –	1 133 000 –
5505 Abschreibungen				
Aufwand	154 132 500	174 830 200	221 531 400	195 773 500
Ertrag	154 132 500 –	174 830 200 –	221 531 400 –	195 773 500 –
331 Abschreibungen auf Verwaltungs- vermögen	154 132 500	174 830 200	221 531 400	195 773 500
490 Interne Verrechnungen	154 132 500 –	174 830 200 –	221 531 400 –	195 773 500 –
5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge				
Aufwand	13 718 000	7 580 100	10 450 600	10 400 600
Ertrag	508 542 600 –	525 277 600 –	514 211 600 –	520 145 600 –
Ertragsüberschuss	494 824 600	517 697 500	503 761 000	509 745 000
312 Informatik	900 000 –	6 599 900 –	3 429 400 –	3 079 400 –
318 Dienstleistungen und Honorare	79 800	79 800	79 800	79 800
347 Finanz- und Lastenausgleich	7 438 000	7 000 000	6 700 000	6 300 000
390 Interne Verrechnungen	7 100 200	7 100 200	7 100 200	7 100 200
410 Regalien	145 000 –	145 000 –	145 000 –	145 000 –
412 Konzessionen	3 400 000 –	3 400 000 –	3 400 000 –	3 400 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	600 –	600 –	600 –	600 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.		20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	8 800 000 –	8 800 000 –	8 800 000 –	8 800 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	32 585 000 –	33 419 000 –	34 353 000 –	35 287 000 –
447 Finanz- und Lastenausgleich	412 911 000 –	416 812 000 –	421 812 000 –	426 812 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
488 Entnahme aus Eigenkapital	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
560 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	6 582 600	19 912 800	22 935 000	26 125 200
Ertrag	225 000 –	224 900 –	224 900 –	224 900 –
Aufwandüberschuss	6 357 600 –	19 687 900 –	22 710 100 –	25 900 300 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
5600 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	6 582 600	19 912 800	22 935 000	26 125 200
Ertrag	225 000 –	224 900 –	224 900 –	224 900 –
Aufwandüberschuss	6 357 600 –	19 687 900 –	22 710 100 –	25 900 300 –
301 Besoldungen	238 000	238 000	238 000	238 000
303 Arbeitgeberbeiträge	81 400	81 400	81 400	81 400
308 Pauschale Besoldungskorrekturen	4 592 700	18 007 900	21 123 100	24 238 300
309 Anderer Personalaufwand	1 423 000	1 388 000	1 298 000	1 423 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	233 500	183 500	183 500	133 500
319 Anderer Sachaufwand	8 000	8 000	5 000	5 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	209 000 –	209 000 –	209 000 –	209 000 –
436 Kostenrückerstattungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	900 –	900 –	900 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
6 Baudepartement				
Aufwand	393 283 000	433 037 700	483 619 200	452 537 000
Ertrag	312 817 400 –	331 610 300 –	378 707 700 –	353 225 000 –
Aufwandüberschuss	80 465 600 –	101 427 400 –	104 911 500 –	99 312 000 –
600 Generalsekretariat BD				
Aufwand	6 119 000	6 370 600	6 451 200	6 447 100
Ertrag	871 200 –	855 700 –	863 500 –	863 400 –
Aufwandüberschuss	5 247 800 –	5 514 900 –	5 587 700 –	5 583 700 –
6000 Generalsekretariat BD				
Aufwand	5 229 700	5 435 500	5 505 500	5 525 500
Ertrag	150 500 –	139 500 –	139 500 –	139 500 –
Aufwandüberschuss	5 079 200 –	5 296 000 –	5 366 000 –	5 386 000 –
301 Besoldungen	3 273 000	3 217 600	3 217 600	3 217 600
303 Arbeitgeberbeiträge	495 100	491 500	491 500	491 500
309 Anderer Personalaufwand	15 200	15 100	15 100	15 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	46 000	46 000	52 000	46 000
312 Informatik	624 700	933 000	996 000	1 021 000
317 Spesenentschädigungen	117 000	67 000	67 000	67 000
318 Dienstleistungen und Honorare	290 500	290 500	290 500	290 500
319 Anderer Sachaufwand	157 200	163 800	164 800	165 800
360 Staatsbeiträge	130 000	130 000	130 000	130 000
390 Interne Verrechnungen	81 000	81 000	81 000	81 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
436 Kostenrückerstattungen	5 500 –	5 500 –	5 500 –	5 500 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	11 000 –			
439 Andere Entgelte	24 000 –	24 000 –	24 000 –	24 000 –
6001 Wohnbauförderung				
Aufwand	683 000	750 900	758 700	734 700
Ertrag	514 400 –	532 000 –	537 000 –	537 000 –
Aufwandüberschuss	168 600 –	218 900 –	221 700 –	197 700 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	4 000	3 800	3 800
312 Informatik	19 900	43 900	43 900	19 900
317 Spesenentschädigungen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 500	1 500	1 500	1 500
319 Anderer Sachaufwand	3 200	2 500	2 500	2 500
340 Ertragsanteile des Bundes	40 000	40 000	40 000	40 000
341 Ertragsanteile der Kantone	2 000	2 000	2 000	2 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	15 000	15 000	15 000	15 000
360 Staatsbeiträge	406 400	410 000	413 000	413 000
370 Durchlaufende Beiträge	189 500	231 000	236 000	236 000
436 Kostenrückerstattungen	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	62 000 –	60 000 –	57 000 –	57 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	189 500 –	231 000 –	236 000 –	236 000 –
490 Interne Verrechnungen	202 900 –	181 000 –	184 000 –	184 000 –
6009 Mietwohnungsfonds (SF)				
Aufwand	206 300	184 200	187 000	186 900
Ertrag	206 300 –	184 200 –	187 000 –	186 900 –
390 Interne Verrechnungen	206 300	184 200	187 000	186 900
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	203 000 –	176 200 –	175 000 –	165 700 –
490 Interne Verrechnungen	3 300 –	8 000 –	12 000 –	21 200 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 835 700	10 152 000	10 420 000	10 420 000
Ertrag	2 136 000 –	2 341 000 –	2 241 000 –	2 241 000 –
Aufwandüberschuss	7 699 700 –	7 811 000 –	8 179 000 –	8 179 000 –
6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 835 700	10 152 000	10 420 000	10 420 000
Ertrag	2 136 000 –	2 341 000 –	2 241 000 –	2 241 000 –
Aufwandüberschuss	7 699 700 –	7 811 000 –	8 179 000 –	8 179 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 000	6 000	6 000	6 000
301 Besoldungen	5 558 000	5 618 000	5 726 100	5 726 100
303 Arbeitgeberbeiträge	899 800	910 100	927 000	927 000
309 Anderer Personalaufwand	5 000	255 000	255 000	255 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	60 000	60 000	60 000	60 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	45 000			
312 Informatik	483 900	483 900	483 900	483 900
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	101 000	86 000	86 000	86 000
318 Dienstleistungen und Honorare	738 000	371 000	349 000	349 000
319 Anderer Sachaufwand	116 000	166 000	166 000	166 000
341 Ertragsanteile der Kantone	56 500	56 500	51 500	51 500
344 Ertragsanteile Dritter	4 000	4 000	4 000	4 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	40 000	10 000	10 000	10 000
360 Staatsbeiträge	1 452 000	1 855 000	2 025 000	2 025 000
390 Interne Verrechnungen	263 500	263 500	263 500	263 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 504 500 –	1 474 500 –	1 474 500 –	1 474 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
435 Verkaufserlöse	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
439 Andere Entgelte	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	515 000 –	750 000 –	650 000 –	650 000 –
490 Interne Verrechnungen	10 500 –	10 500 –	10 500 –	10 500 –
610 Hochbauamt				
Aufwand	122 456 800	151 366 200	156 936 900	155 419 600
Ertrag	85 701 200 –	97 084 600 –	100 362 500 –	104 300 700 –
Aufwandüberschuss	36 755 600 –	54 281 600 –	56 574 400 –	51 118 900 –
6100 Amtsleitung HBA				
Aufwand	16 016 100	28 853 900	28 433 900	28 433 900
Ertrag	7 409 900 –	20 019 900 –	20 019 900 –	20 019 900 –
Aufwandüberschuss	8 606 200 –	8 834 000 –	8 414 000 –	8 414 000 –
301 Besoldungen	6 281 000	6 369 200	6 369 200	6 369 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 037 800	1 052 400	1 052 400	1 052 400
309 Anderer Personalaufwand	8 500	8 500	8 500	8 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	50 000	50 000	50 000	50 000
312 Informatik	898 800	933 800	513 800	513 800
317 Spesenentschädigungen	83 000	83 000	83 000	83 000
318 Dienstleistungen und Honorare	7 602 000	20 302 000	20 302 000	20 302 000
319 Anderer Sachaufwand	55 000	55 000	55 000	55 000
436 Kostenrückerstattungen	6 500 –	6 500 –	6 500 –	6 500 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.	
439	Andere Entgelte	103 400 –	13 400 –	13 400 –	13 400 –
489	Bevorschussungen	7 300 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften				
	Aufwand	78 076 700	94 512 300	100 503 000	98 985 700
	Ertrag	49 927 300 –	49 064 700 –	52 342 600 –	56 280 800 –
	Aufwandüberschuss	28 149 400 –	45 447 600 –	48 160 400 –	42 704 900 –
301	Besoldungen	1 315 700	1 315 700	1 315 700	1 315 700
303	Arbeitgeberbeiträge	189 700	189 700	189 700	189 700
309	Anderer Personalaufwand	131 800	131 800	131 800	131 800
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	326 000	353 000	353 000	353 000
313	Verbrauchsmaterialien	1 572 000	1 172 000	1 172 000	1 172 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	903 800	903 800	903 800	903 800
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 595 000	2 595 000	2 595 000	2 595 000
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	14 380 800	14 228 800	14 588 800	14 943 800
317	Spesenentschädigungen	8 800	8 800	8 800	8 800
318	Dienstleistungen und Honorare	3 044 000	3 044 000	3 044 000	3 044 000
319	Anderer Sachaufwand	86 000	86 000	86 000	86 000
390	Interne Verrechnungen	53 523 100	70 483 700	76 114 400	74 242 100
423	Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	4 868 500 –	4 898 000 –	4 929 000 –	4 960 000 –
424	Gewinne auf Anlagen des Finanz- vermögens	500 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
427	Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	39 705 200 –	38 992 100 –	42 225 500 –	46 119 200 –
436	Kostenrückerstattungen	710 000 –	710 000 –	710 000 –	710 000 –
439	Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
490	Interne Verrechnungen	4 133 600 –	3 954 600 –	3 968 100 –	3 981 600 –
6106	Bauten und Renovationen				
	Aufwand	28 364 000	28 000 000	28 000 000	28 000 000
	Ertrag	28 364 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	28 164 000	28 000 000	28 000 000	28 000 000
390	Interne Verrechnungen	200 000			
436	Kostenrückerstattungen	200 000 –			
490	Interne Verrechnungen	28 164 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –	28 000 000 –
615	Tiefbauamt				
	Aufwand	214 872 100	224 890 500	269 685 700	240 264 900
	Ertrag	200 754 600 –	208 376 600 –	252 282 800 –	222 862 000 –
	Aufwandüberschuss	14 117 500 –	16 513 900 –	17 402 900 –	17 402 900 –
6150	Amtsleitung TBA				
	Aufwand	9 290 000	9 415 400	9 463 100	9 464 000
	Ertrag	8 190 000 –	8 315 400 –	8 363 100 –	8 364 000 –
	Aufwandüberschuss	1 100 000 –	1 100 000 –	1 100 000 –	1 100 000 –
301	Besoldungen	7 059 000	7 151 400	7 151 400	7 151 400
303	Arbeitgeberbeiträge	1 086 100	1 100 300	1 100 300	1 100 300
309	Anderer Personalaufwand	95 000	95 000	95 000	95 000
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	94 000	95 000	95 000	95 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	30 000	30 000	30 000	30 000
312	Informatik	418 700	418 700	418 700	418 700
313	Verbrauchsmaterialien	12 500	18 500	14 500	18 500
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	20 000	20 000	20 000	20 000

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
317 Spesenentschädigungen	216 000	218 000	218 000	218 000
318 Dienstleistungen und Honorare	222 600	232 400	284 000	280 900
319 Anderer Sachaufwand	21 000	21 000	21 000	21 000
390 Interne Verrechnungen	15 100	15 100	15 200	15 200
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	1 300 –	1 300 –	1 300 –	1 300 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	7 674 700 –	7 800 100 –	7 847 800 –	7 848 700 –
439 Andere Entgelte	13 000 –	13 000 –	13 000 –	13 000 –
490 Interne Verrechnungen	411 000 –	411 000 –	411 000 –	411 000 –
6152 Gemeindestrassen				
Aufwand	16 510 300	16 527 300	16 544 300	16 561 300
Ertrag	16 510 300 –	16 527 300 –	16 544 300 –	16 561 300 –
360 Staatsbeiträge	16 510 300	16 527 300	16 544 300	16 561 300
490 Interne Verrechnungen	16 510 300 –	16 527 300 –	16 544 300 –	16 561 300 –
6153 Kantonsstrassen				
Aufwand	127 496 800	132 955 600	170 945 600	141 075 400
Ertrag	127 496 800 –	132 955 600 –	170 945 600 –	141 075 400 –
301 Besoldungen	10 062 500	10 062 500	10 062 500	10 062 500
303 Arbeitgeberbeiträge	1 608 800	1 608 800	1 608 800	1 608 800
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	67 500	67 500	67 500	67 500
309 Anderer Personalaufwand	11 800	12 000	12 000	12 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	43 500	44 000	44 000	44 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 676 000	1 850 000	1 850 000	1 850 000
312 Informatik	283 700	358 700	383 700	333 700
313 Verbrauchsmaterialien	6 409 000	6 297 000	6 302 000	6 302 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	25 974 400	26 005 000	26 005 000	26 005 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 291 500	4 273 000	4 273 000	4 273 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	297 200	257 200	257 200	257 200
317 Spesenentschädigungen	235 000	235 000	235 000	235 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 916 800	1 869 000	1 869 000	1 869 000
319 Anderer Sachaufwand	45 500	45 000	45 000	45 000
351 Entschädigungen an Kantone	620 000	620 000	620 000	620 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000
360 Staatsbeiträge	760 000	760 000	760 000	760 000
390 Interne Verrechnungen	70 993 600	76 390 900	114 350 900	84 530 700
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	353 000 –	353 000 –	353 000 –	353 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 250 000 –	1 305 000 –	1 305 000 –	1 305 000 –
435 Verkaufserlöse	554 000 –	560 000 –	560 000 –	560 000 –
436 Kostenrückerstattungen	375 000 –	400 000 –	400 000 –	400 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	200 000 –	250 000 –	250 000 –	250 000 –
439 Andere Entgelte	310 000 –	350 000 –	350 000 –	350 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
490 Interne Verrechnungen	124 374 800 –	129 657 600 –	167 647 600 –	137 777 400 –
6154 Nationalstrassen				
Aufwand	35 231 000	35 231 500	37 032 500	37 034 000
Ertrag	35 231 000 –	35 231 500 –	37 032 500 –	37 034 000 –
301 Besoldungen	10 890 200	10 890 200	10 890 200	10 890 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 760 000	1 760 000	1 760 000	1 760 000

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
306				
Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	84 000	84 000	84 000	84 000
309	201 800	201 800	201 800	201 800
Anderer Personalaufwand				
310	35 000	35 000	35 000	35 000
Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen				
311	2 845 000	2 845 000	2 845 000	2 845 000
Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge				
312	255 900	255 900	255 900	255 900
Informatik				
313	6 710 000	6 710 000	6 710 000	6 710 000
Verbrauchsmaterialien				
314				
Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	5 200 000	5 200 000	7 200 000	7 200 000
315				
Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 205 000	3 205 000	3 205 000	3 205 000
316	220 000	220 000	220 000	220 000
Mieten, Pachten und Benützungskosten				
317	250 000	250 000	250 000	250 000
Spesenentschädigungen				
318	1 502 000	1 502 000	1 502 000	1 502 000
Dienstleistungen und Honorare				
319	26 000	26 000	26 000	26 000
Anderer Sachaufwand				
351	5 000	5 000	5 000	5 000
Entschädigungen an Kantone				
390	2 041 100	2 041 600	1 842 600	1 844 100
Interne Verrechnungen				
427				
Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	980 000 –	980 000 –	980 000 –	980 000 –
431	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
Gebühren für Amtshandlungen				
434				
Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	618 000 –	618 000 –	618 000 –	618 000 –
435	800 000 –	800 000 –	800 000 –	800 000 –
Verkaufserlöse				
436	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
Kostenrückerstattungen				
439	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
Andere Entgelte				
450	27 160 000 –	27 160 000 –	28 960 000 –	28 960 000 –
Rückerstattungen des Bundes				
451	2 167 000 –	2 167 000 –	2 167 000 –	2 167 000 –
Rückerstattungen der Kantone				
490	1 416 000 –	1 416 500 –	1 417 500 –	1 419 000 –
Interne Verrechnungen				
6156 Gewässer				
Aufwand	23 497 000	28 027 900	33 017 400	33 517 400
Ertrag	10 479 500 –	12 614 000 –	16 714 500 –	17 214 500 –
Aufwandüberschuss	13 017 500 –	15 413 900 –	16 302 900 –	16 302 900 –
301	1 458 100	1 458 100	1 458 100	1 458 100
Besoldungen				
303	212 800	212 800	212 800	212 800
Arbeitgeberbeiträge				
306				
Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	600	600	600	600
309	1 100	1 100	1 100	1 100
Anderer Personalaufwand				
310	12 300	12 300	12 300	12 300
Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen				
311	1 100	1 000	1 000	1 000
Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge				
312	41 400	41 400	41 400	41 400
Informatik				
314				
Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	820 000	5 220 000	11 020 000	11 120 000
315				
Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	600 000	600 000	600 000	600 000
317	60 000	60 000	60 000	60 000
Spesenentschädigungen				
318	915 500	1 090 500	1 075 500	1 075 500
Dienstleistungen und Honorare				
319	4 100	4 100	4 100	4 100
Anderer Sachaufwand				
360	13 808 500	13 793 500	12 993 500	13 393 500
Staatsbeiträge				
370	2 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000
Durchlaufende Beiträge				
390	3 561 500	3 532 500	3 537 000	3 537 000
Interne Verrechnungen				
431	41 000 –	41 000 –	41 000 –	41 000 –
Gebühren für Amtshandlungen				
434				
Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –
436	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Kostenrückerstattungen				
439	311 000 –	201 000 –	201 000 –	201 000 –
Andere Entgelte				
460	6 513 500 –	8 758 000 –	12 858 500 –	13 358 500 –
Beiträge für eigene Rechnung				
470	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
Durchlaufende Beiträge				
490	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –
Interne Verrechnungen				

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
6159 Steinbruch Starkenbach				
Aufwand	2 847 000	2 732 800	2 682 800	2 612 800
Ertrag	2 847 000 –	2 732 800 –	2 682 800 –	2 612 800 –
301 Besoldungen	776 800	776 800	776 800	776 800
303 Arbeitgeberbeiträge	129 600	129 600	129 600	129 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	5 000	7 000	7 000	7 000
309 Anderer Personalaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	56 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	21 700	21 700	21 700	21 700
313 Verbrauchsmaterialien	508 000	510 000	510 000	510 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	458 000	400 000	400 000	400 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	68 600	100 000	100 000	100 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 500	2 000	2 000	2 000
317 Spesenentschädigungen	6 200	6 200	6 200	6 200
318 Dienstleistungen und Honorare	681 100	538 500	488 500	418 500
319 Anderer Sachaufwand	35 400	36 000	36 000	36 000
381 Zuweisung an Rückstellungen	44 100			
390 Interne Verrechnungen	40 000	40 000	40 000	40 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	373 000 –	373 000 –	373 000 –	373 000 –
435 Verkaufserlöse	2 200 000 –	2 200 000 –	2 200 000 –	2 200 000 –
436 Kostenrückerstattungen	6 000 –			
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen		31 800 –	31 800 –	31 800 –
489 Bevorschussungen	260 000 –	120 000 –	70 000 –	
620 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	39 999 400	40 258 400	40 125 400	39 985 400
Ertrag	23 354 400 –	22 952 400 –	22 957 900 –	22 957 900 –
Aufwandüberschuss	16 645 000 –	17 306 000 –	17 167 500 –	17 027 500 –
6200 Amt für Umwelt und Energie				
Aufwand	39 999 400	40 258 400	40 125 400	39 985 400
Ertrag	23 354 400 –	22 952 400 –	22 957 900 –	22 957 900 –
Aufwandüberschuss	16 645 000 –	17 306 000 –	17 167 500 –	17 027 500 –
301 Besoldungen	11 326 300	11 757 600	11 757 600	11 757 600
303 Arbeitgeberbeiträge	1 865 600	1 936 000	1 936 000	1 936 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	2 000	2 000	2 000	2 000
309 Anderer Personalaufwand	86 000	86 000	86 000	86 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	132 000	132 000	132 000	132 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	388 000	390 000	295 000	325 000
312 Informatik	735 100	995 400	840 400	840 400
313 Verbrauchsmaterialien	96 000	96 000	96 000	96 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	83 000	59 000	234 000	59 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	214 000	219 000	229 000	229 000
317 Spesenentschädigungen	154 000	154 000	154 000	154 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 827 400	2 824 400	2 826 400	2 831 400
319 Anderer Sachaufwand	95 000	95 000	95 000	95 000
340 Ertragsanteile des Bundes	55 000	56 000	56 000	56 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 500 000	3 500 000	3 500 000	3 500 000
344 Ertragsanteile Dritter	160 000	160 000	160 000	160 000
351 Entschädigungen an Kantone	340 000	340 000	340 000	340 000

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
360 Staatsbeiträge	10 100 000	9 983 000	9 913 000	9 913 000
370 Durchlaufende Beiträge	7 568 000	7 201 000	7 201 000	7 201 000
390 Interne Verrechnungen	272 000	272 000	272 000	272 000
412 Konzessionen	8 905 000 –	8 905 000 –	8 905 000 –	8 905 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 249 300 –	2 249 300 –	2 249 300 –	2 249 300 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	120 000 –	120 000 –	120 000 –	120 000 –
435 Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436 Kostenrückerstattungen	33 000 –	33 000 –	33 000 –	33 000 –
439 Andere Entgelte	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
450 Rückerstattungen des Bundes	635 700 –	635 700 –	635 700 –	635 700 –
451 Rückerstattungen der Kantone	360 900 –	360 900 –	360 900 –	360 900 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	441 000 –	441 000 –	441 000 –	441 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 500 000 –	2 500 000 –	2 500 000 –	2 500 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	7 568 000 –	7 201 000 –	7 201 000 –	7 201 000 –
490 Interne Verrechnungen	530 000 –	495 000 –	500 500 –	500 500 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
7 Sicherheits- und Justizdepartement				
Aufwand	591 868 600	595 161 800	634 502 400	607 845 100
Ertrag	470 839 400 –	473 560 900 –	511 947 300 –	482 218 600 –
Aufwandüberschuss	121 029 200 –	121 600 900 –	122 555 100 –	125 626 500 –
700 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 280 800	6 487 300	4 176 300	4 192 900
Ertrag	91 200 –	91 200 –	91 200 –	91 200 –
Aufwandüberschuss	4 189 600 –	6 396 100 –	4 085 100 –	4 101 700 –
7000 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 280 800	6 487 300	4 176 300	4 192 900
Ertrag	91 200 –	91 200 –	91 200 –	91 200 –
Aufwandüberschuss	4 189 600 –	6 396 100 –	4 085 100 –	4 101 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	45 000	45 000	45 000	45 000
301 Besoldungen	2 611 700	2 612 700	2 612 700	2 612 700
303 Arbeitgeberbeiträge	379 000	379 000	379 000	379 000
309 Anderer Personalaufwand	22 000	22 000	22 000	22 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 500	35 500	35 500	35 500
312 Informatik	140 900	2 453 400	142 400	142 400
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	6 400	6 400	6 400	6 400
317 Spesenentschädigungen	8 500	8 500	8 500	8 500
318 Dienstleistungen und Honorare	122 200	122 200	122 200	138 800
319 Anderer Sachaufwand	222 800	215 800	215 800	215 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
360 Staatsbeiträge	579 000	579 000	579 000	579 000
390 Interne Verrechnungen	107 300	7 300	7 300	7 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	36 000 –	36 000 –	36 000 –	36 000 –
436 Kostenrückerstattungen	55 000 –	55 000 –	55 000 –	55 000 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
715 Migrationsamt				
Aufwand	60 301 300	59 414 200	59 357 700	59 151 200
Ertrag	55 040 900 –	52 922 900 –	52 622 900 –	52 322 900 –
Aufwandüberschuss	5 260 400 –	6 491 300 –	6 734 800 –	6 828 300 –
7150 Migrationswesen				
Aufwand	8 670 400	8 828 600	8 698 600	8 628 600
Ertrag	5 928 100 –	5 717 100 –	5 617 100 –	5 517 100 –
Aufwandüberschuss	2 742 300 –	3 111 500 –	3 081 500 –	3 111 500 –
301 Besoldungen	3 874 000	3 918 600	3 918 600	3 918 600
303 Arbeitgeberbeiträge	575 200	575 200	575 200	575 200
309 Anderer Personalaufwand	7 800	7 800	7 800	7 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	250 000	250 000	250 000	250 000
312 Informatik	1 191 400	1 155 000	1 025 000	955 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	19 000	19 000	19 000	19 000
318 Dienstleistungen und Honorare	527 000	527 000	527 000	527 000
319 Anderer Sachaufwand	18 300	18 300	18 300	18 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	18 000	18 000	18 000	18 000
340 Ertragsanteile des Bundes	600 000	600 000	600 000	600 000
360 Staatsbeiträge	250 000	400 000	400 000	400 000
390 Interne Verrechnungen	1 334 700	1 334 700	1 334 700	1 334 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 520 000 –	3 420 000 –	3 320 000 –	3 220 000 –
436 Kostenrückerstattungen	575 000 –	575 000 –	575 000 –	575 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	1 828 000 –	1 717 000 –	1 717 000 –	1 717 000 –
7151 Asylwesen				
Aufwand	46 750 400	45 805 400	45 878 900	45 742 400
Ertrag	41 549 200 –	40 032 200 –	40 032 200 –	40 032 200 –
Aufwandüberschuss	5 201 200 –	5 773 200 –	5 846 700 –	5 710 200 –
301 Besoldungen	6 654 200	6 731 700	6 731 700	6 731 700
303 Arbeitgeberbeiträge	1 041 700	1 041 700	1 041 700	1 041 700
309 Anderer Personalaufwand	20 200	20 200	20 200	20 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	67 900	67 900	67 900	67 900
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	178 900	140 100	200 100	50 100
312 Informatik	443 700	433 700	433 700	433 700
313 Verbrauchsmaterialien	1 953 000	1 953 000	1 953 000	1 953 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	271 600	246 700	246 700	246 700
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	360 000	360 000	360 000	360 000
317 Spesenentschädigungen	46 000	46 000	46 000	46 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 939 600	3 939 600	3 939 600	3 939 600
319 Anderer Sachaufwand	33 700	33 700	33 700	33 700
352 Entschädigungen an Gemeinden	30 305 000	29 407 000	29 407 000	29 407 000
360 Staatsbeiträge	418 100	443 100	443 100	443 100
390 Interne Verrechnungen	1 016 800	941 000	954 500	968 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	500 –	500 –	500 –	500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	51 400 –	51 400 –	51 400 –	51 400 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 800 –	25 800 –	25 800 –	25 800 –
435 Verkaufserlöse	104 700 –	104 700 –	104 700 –	104 700 –
436 Kostenrückerstattungen	314 200 –	314 200 –	314 200 –	314 200 –
439 Andere Entgelte	12 600 –	12 600 –	12 600 –	12 600 –
450 Rückerstattungen des Bundes	668 000 –	557 000 –	557 000 –	557 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	942 000 –	942 000 –	942 000 –	942 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	39 430 000 –	38 024 000 –	38 024 000 –	38 024 000 –
7152 Ausweisstelle				
Aufwand	4 880 500	4 780 200	4 780 200	4 780 200
Ertrag	7 563 600 –	7 173 600 –	6 973 600 –	6 773 600 –
Ertragsüberschuss	2 683 100	2 393 400	2 193 400	1 993 400
301 Besoldungen	1 082 100	1 036 500	1 036 500	1 036 500
303 Arbeitgeberbeiträge	156 000	156 000	156 000	156 000
309 Anderer Personalaufwand	2 900	2 900	2 900	2 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
312 Informatik	161 700	137 000	137 000	137 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	30 000			
317 Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	21 000	21 000	21 000	21 000
340 Ertragsanteile des Bundes	3 400 000	3 400 000	3 400 000	3 400 000
390 Interne Verrechnungen	2 800	2 800	2 800	2 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	7 090 000 –	6 700 000 –	6 500 000 –	6 300 000 –
436 Kostenrückerstattungen	470 600 –	470 600 –	470 600 –	470 600 –
490 Interne Verrechnungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
720 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	64 806 300	64 044 200	63 683 100	64 623 700
Ertrag	39 126 100 –	39 232 400 –	39 256 600 –	39 256 600 –
Aufwandüberschuss	25 680 200 –	24 811 800 –	24 426 500 –	25 367 100 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
7200 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	64 806 300	64 044 200	63 683 100	64 623 700
Ertrag	39 126 100 –	39 232 400 –	39 256 600 –	39 256 600 –
Aufwandüberschuss	25 680 200 –	24 811 800 –	24 426 500 –	25 367 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 000	1 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	21 976 300	21 889 700	21 889 700	21 889 700
303 Arbeitgeberbeiträge	3 401 200	3 401 200	3 401 200	3 401 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	35 200	35 200	35 200	35 200
309 Anderer Personalaufwand	200 300	201 600	200 500	201 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	150 800	150 800	150 800	150 800
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	784 700	1 415 900	1 117 900	1 050 400
312 Informatik	649 300	658 400	658 400	658 400
313 Verbrauchsmaterialien	5 298 800	5 370 500	5 449 800	5 529 800
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	39 000	34 000	34 000	34 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	1 184 000	1 443 400	1 302 400	1 429 400
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	600	600	600	600
317 Spesenentschädigungen	180 100	180 100	180 100	180 100
318 Dienstleistungen und Honorare	26 787 300	26 726 800	26 726 800	26 726 800
319 Anderer Sachaufwand	144 000	144 000	144 000	144 000
329 Andere Passivzinsen	10 000	10 000	10 000	10 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	18 000	18 000	18 000	18 000
360 Staatsbeiträge	465 000	465 000	465 000	465 000
390 Interne Verrechnungen	3 480 700	1 898 000	1 897 700	2 697 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungs- vermögens	44 300 –	44 300 –	44 300 –	44 300 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	28 970 500 –	28 996 000 –	28 970 500 –	28 970 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	169 200 –	169 200 –	169 200 –	169 200 –
435 Verkaufserlöse	5 515 500 –	5 600 500 –	5 650 500 –	5 650 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 082 400 –	1 082 400 –	1 082 400 –	1 082 400 –
439 Andere Entgelte	45 800 –	45 800 –	45 800 –	45 800 –
451 Rückerstattungen der Kantone	33 000 –	33 000 –	33 000 –	33 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	130 500 –	126 000 –	126 000 –	126 000 –
490 Interne Verrechnungen	3 129 700 –	3 130 000 –	3 129 700 –	3 129 700 –
725 Kantonspolizei				
Aufwand	140 869 900	139 760 000	144 086 200	146 049 000
Ertrag	77 500 900 –	76 228 100 –	76 529 100 –	76 780 100 –
Aufwandüberschuss	63 369 000 –	63 531 900 –	67 557 100 –	69 268 900 –
7250 Kantonspolizei				
Aufwand	140 869 900	139 760 000	144 086 200	146 049 000
Ertrag	77 500 900 –	76 228 100 –	76 529 100 –	76 780 100 –
Aufwandüberschuss	63 369 000 –	63 531 900 –	67 557 100 –	69 268 900 –
301 Besoldungen	83 329 500	85 208 800	86 684 700	88 318 000
303 Arbeitgeberbeiträge	12 877 900	13 171 600	13 399 300	13 652 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 498 000	1 623 000	1 386 500	1 420 000
309 Anderer Personalaufwand	1 616 400	1 616 900	1 619 500	1 619 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	559 300	542 400	544 200	542 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 845 900	3 722 500	4 072 000	3 528 500
312 Informatik	11 537 000	9 994 000	9 996 500	10 596 500
313 Verbrauchsmaterialien	1 663 300	1 693 200	1 741 400	1 747 400
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	109 800	104 300	104 300	104 300

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 193 400	2 226 800	2 250 100	2 265 800
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	627 400	628 400	629 400	630 400
317 Spesenentschädigungen	1 005 300	1 006 800	1 000 400	1 006 000
318 Dienstleistungen und Honorare	4 623 000	4 495 200	4 506 300	4 483 900
319 Anderer Sachaufwand	592 100	530 800	551 300	531 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 002 400	941 200	941 200	941 200
342 Ertragsanteile der Gemeinden	1 315 000	1 317 000	1 320 000	1 320 000
350 Entschädigungen an Bund	175 500	178 500	180 000	181 500
351 Entschädigungen an Kantone	1 571 900	1 590 000	1 590 500	1 591 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	6 640 000	6 640 000	6 640 000	6 640 000
390 Interne Verrechnungen	4 086 800	2 528 600	4 928 600	4 928 600
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 808 500 –	3 809 500 –	3 810 500 –	3 811 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 560 800 –	1 561 100 –	1 561 100 –	1 561 100 –
435 Verkaufserlöse	57 800 –	57 800 –	57 800 –	57 800 –
436 Kostenrückerstattungen	6 084 400 –	6 080 600 –	6 080 600 –	6 080 600 –
437 Bussen	21 830 000 –	20 565 000 –	20 565 000 –	20 565 000 –
439 Andere Entgelte	49 000 –	49 000 –	49 000 –	49 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	1 573 400 –	1 578 600 –	1 578 600 –	1 578 600 –
451 Rückerstattungen der Kantone	902 400 –	918 100 –	918 100 –	918 100 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	3 649 300 –	3 639 300 –	3 639 300 –	3 639 300 –
490 Interne Verrechnungen	37 985 300 –	37 969 100 –	38 269 100 –	38 519 100 –
730 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt				
Aufwand	245 636 500	251 835 500	289 500 200	259 583 500
Ertrag	259 467 700 –	265 423 100 –	303 696 300 –	274 041 000 –
Ertragsüberschuss	13 831 200	13 587 600	14 196 100	14 457 500
7300 Strassenverkehr				
Aufwand	25 460 400	25 732 800	25 584 300	25 422 900
Ertrag	38 553 800 –	38 817 800 –	38 817 800 –	38 837 800 –
Ertragsüberschuss	13 093 400	13 085 000	13 233 500	13 414 900
301 Besoldungen	12 289 900	12 689 400	12 689 400	12 689 400
303 Arbeitgeberbeiträge	1 802 200	1 802 200	1 802 200	1 802 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	58 000	43 500	43 500	43 500
309 Anderer Personalaufwand	150 900	178 900	178 900	178 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	534 700	459 500	539 500	539 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	118 100	60 800	210 800	160 800
312 Informatik	3 340 400	3 773 400	3 398 400	3 258 400
313 Verbrauchsmaterialien	422 200	428 500	423 000	428 500
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	30 000	30 000	30 000	30 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	405 600	382 600	382 600	382 600
317 Spesenentschädigungen	232 800	200 900	200 900	200 900
318 Dienstleistungen und Honorare	2 525 000	2 532 000	2 534 000	2 537 000
319 Anderer Sachaufwand	95 000	95 400	95 400	95 400
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	180 000	180 000	180 000	180 000
340 Ertragsanteile des Bundes	1 750 000	1 750 000	1 750 000	1 770 000
390 Interne Verrechnungen	1 525 600	1 125 700	1 125 700	1 125 800
406 Besitz- und Aufwandsteuern	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –	1 720 000 –
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	33 290 500 –	33 554 500 –	33 554 500 –	33 554 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 652 000 –	1 652 000 –	1 652 000 –	1 652 000 –
435 Verkaufserlöse	4 500 –	4 500 –	4 500 –	4 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 028 700 –	1 028 700 –	1 028 700 –	1 028 700 –
439 Andere Entgelte	388 000 –	388 000 –	388 000 –	388 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	490 000 –	490 000 –	490 000 –	490 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
7301 Schiffahrt				
Aufwand	2 150 700	2 365 900	1 905 900	1 825 900
Ertrag	2 888 500 –	2 868 500 –	2 868 500 –	2 868 500 –
Ertragsüberschuss	737 800	502 600	962 600	1 042 600
301 Besoldungen	780 700	780 700	780 700	780 700
303 Arbeitgeberbeiträge	124 500	124 500	124 500	124 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 500	4 500	4 500	4 500
309 Anderer Personalaufwand	9 400	5 400	5 400	5 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	32 000	32 000	32 000	32 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	455 500	455 500	205 500	5 500
312 Informatik	101 400	311 400	101 400	221 400
313 Verbrauchsmaterialien	38 000	40 000	40 000	40 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	63 000	62 000	62 000	62 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	140 000	137 000	137 000	137 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	54 500	56 000	56 000	56 000
317 Spesenentschädigungen	29 100	29 500	29 500	29 500
318 Dienstleistungen und Honorare	39 000	48 300	48 300	48 300
319 Anderer Sachaufwand	5 200	5 200	5 200	5 200
360 Staatsbeiträge	257 000	257 000	257 000	257 000
390 Interne Verrechnungen	16 900	16 900	16 900	16 900
406 Besitz- und Aufwandsteuern	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	451 500 –	431 500 –	431 500 –	431 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
435 Verkaufserlöse	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
436 Kostenrückerstattungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
7309 Strassenfonds (SF)				
Aufwand	218 025 400	223 736 800	262 010 000	232 334 700
Ertrag	218 025 400 –	223 736 800 –	262 010 000 –	232 334 700 –
390 Interne Verrechnungen	218 025 400	223 736 800	262 010 000	232 334 700
406 Besitz- und Aufwandsteuern	147 180 000 –	147 380 000 –	147 580 000 –	147 780 000 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	23 352 000 –	23 652 000 –	23 955 000 –	24 561 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	17 036 300 –	17 118 500 –	17 001 800 –	16 975 400 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	28 752 700 –	33 641 400 –	71 597 300 –	41 170 900 –
490 Interne Verrechnungen	1 704 400 –	1 944 900 –	1 875 900 –	1 847 400 –
735 Strafuntersuchung				
Aufwand	62 440 000	62 871 700	62 956 200	63 645 800
Ertrag	30 775 200 –	30 885 200 –	30 975 200 –	31 084 800 –
Aufwandüberschuss	31 664 800 –	31 986 500 –	31 981 000 –	32 561 000 –
7352 Staatsanwaltschaft				
Aufwand	62 440 000	62 871 700	62 956 200	63 645 800
Ertrag	30 775 200 –	30 885 200 –	30 975 200 –	31 084 800 –
Aufwandüberschuss	31 664 800 –	31 986 500 –	31 981 000 –	32 561 000 –
301 Besoldungen	22 814 500	22 902 500	22 894 000	22 894 100
303 Arbeitgeberbeiträge	3 679 500	3 684 000	3 683 500	3 683 000
309 Anderer Personalaufwand	60 800	60 800	60 800	60 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	270 000	270 000	270 000	270 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	33 500	43 500	13 500	33 500
312 Informatik	1 553 500	1 704 800	1 699 300	2 279 300
313 Verbrauchsmaterialien	700	700	700	700

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.	
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	32 500	32 600	32 600	32 600
317	Spesenentschädigungen	132 000	132 000	132 000	132 000
318	Dienstleistungen und Honorare	23 454 600	23 652 400	23 701 400	23 701 400
319	Anderer Sachaufwand	109 700	109 700	109 700	109 700
320	Zins auf laufenden Verpflichtungen	5 000	5 000	5 000	5 000
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	7 897 000	7 977 000	8 057 000	8 147 000
350	Entschädigungen an Bund	68 900	68 900	68 900	68 900
390	Interne Verrechnungen	2 327 800	2 227 800	2 227 800	2 227 800
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421	Vermögenserträge aus Guthaben	335 000 –	335 000 –	335 000 –	344 600 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	9 376 000 –	9 436 000 –	9 476 000 –	9 526 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
435	Verkaufserlöse	470 000 –	470 000 –	470 000 –	470 000 –
436	Kostenrückerstattungen	7 638 000 –	7 638 000 –	7 638 000 –	7 638 000 –
437	Bussen	11 886 000 –	11 936 000 –	11 986 000 –	12 036 000 –
439	Andere Entgelte	163 000 –	163 000 –	163 000 –	163 000 –
490	Interne Verrechnungen	807 000 –	807 000 –	807 000 –	807 000 –
740	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	13 533 800	10 748 900	10 742 700	10 599 000
	Ertrag	8 837 400 –	8 778 000 –	8 776 000 –	8 642 000 –
	Aufwandüberschuss	4 696 400 –	1 970 900 –	1 966 700 –	1 957 000 –
7400	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	13 533 800	10 748 900	10 742 700	10 599 000
	Ertrag	8 837 400 –	8 778 000 –	8 776 000 –	8 642 000 –
	Aufwandüberschuss	4 696 400 –	1 970 900 –	1 966 700 –	1 957 000 –
300	Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	8 000	6 500	6 500	9 500
301	Besoldungen	5 067 300	5 067 300	5 067 300	5 067 300
303	Arbeitgeberbeiträge	837 100	837 100	837 100	837 100
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	25 900	22 700	20 400	20 600
309	Anderer Personalaufwand	5 500	1 574 500 –	1 574 500 –	1 574 500 –
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	84 900	87 000	87 000	87 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	122 200	121 000	111 000	125 000
312	Informatik	345 700	347 700	347 700	347 700
313	Verbrauchsmaterialien	91 300	92 000	92 000	92 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	40 700	20 000	20 000	20 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	322 700	432 200	432 700	473 200
317	Spesenentschädigungen	215 300	215 000	215 000	219 200
318	Dienstleistungen und Honorare	554 800	539 700	545 300	473 700
319	Anderer Sachaufwand	1 452 200	768 700	768 700	768 700
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 000	11 000	11 000	11 000
340	Ertragsanteile des Bundes	35 000	35 000	35 000	35 000
350	Entschädigungen an Bund	80 300	80 300	80 300	80 300
352	Entschädigungen an Gemeinden	31 000	31 000	31 000	31 000
360	Staatsbeiträge	194 400	1 301 900	1 401 900	1 001 900
370	Durchlaufende Beiträge	547 000	547 000	547 000	413 000
380	Zuweisung an Sondervermögen	2 587 100	1 485 900	1 385 900	1 785 900
390	Interne Verrechnungen	874 400	274 400	274 400	274 400
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
421	Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
430	Ersatzabgaben	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	201 500 –	201 500 –	201 500 –	201 500 –
433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 204 100 –	1 156 100 –	1 156 100 –	1 156 100 –

Erfolgsrechnung

Sicherheits- und Justizdepartement

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
435 Verkaufserlöse	10 200 –	10 200 –	10 200 –	10 200 –
436 Kostenrückerstattungen	85 000 –	85 600 –	83 600 –	83 600 –
437 Bussen	270 000 –	260 000 –	260 000 –	260 000 –
439 Andere Entgelte	21 500 –	19 500 –	19 500 –	19 500 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	3 370 000 –	3 370 000 –	3 370 000 –	3 370 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	96 000 –	96 000 –	96 000 –	96 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	547 000 –	547 000 –	547 000 –	413 000 –
490 Interne Verrechnungen	16 000 –	16 000 –	16 000 –	16 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
8 Gesundheitsdepartement				
Aufwand	770 750 000	790 829 700	809 467 900	826 106 800
Ertrag	157 838 600 –	162 727 700 –	166 856 600 –	171 399 900 –
Aufwandüberschuss	612 911 400 –	628 102 000 –	642 611 300 –	654 706 900 –
800 Generalsekretariat GD				
Aufwand	15 230 100	15 577 700	15 593 600	15 427 300
Ertrag	2 217 000 –	2 225 000 –	2 234 500 –	2 257 600 –
Aufwandüberschuss	13 013 100 –	13 352 700 –	13 359 100 –	13 169 700 –
8000 Generalsekretariat GD				
Aufwand	13 375 600	13 715 200	13 721 600	13 532 200
Ertrag	362 500 –	362 500 –	362 500 –	362 500 –
Aufwandüberschuss	13 013 100 –	13 352 700 –	13 359 100 –	13 169 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	17 500	17 500	17 500	17 500
301 Besoldungen	3 751 600	3 771 500	3 775 600	3 772 900
303 Arbeitgeberbeiträge	541 300	541 300	541 300	541 300
309 Anderer Personalaufwand	30 200	10 300	10 300	10 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	66 000	66 000	66 000	66 000
312 Informatik	559 700	609 700	609 700	409 700
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	89 000	89 000	79 000	79 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 469 200	2 737 200	2 747 200	2 758 200
319 Anderer Sachaufwand	89 800	89 800	89 800	89 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	5 653 400	5 675 000	5 677 300	5 679 600
390 Interne Verrechnungen	103 900	103 900	103 900	103 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	250 000 –	250 000 –	250 000 –	250 000 –
436 Kostenrückerstattungen	91 100 –	91 100 –	91 100 –	91 100 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	16 400 –	16 400 –	16 400 –	16 400 –
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)				
Aufwand	1 854 500	1 862 500	1 872 000	1 895 100
Ertrag	1 854 500 –	1 862 500 –	1 872 000 –	1 895 100 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	50 000	50 000	50 000	50 000
360 Staatsbeiträge	1 287 900	1 287 900	1 287 900	1 287 900
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	511 100	518 600	527 600	550 200
390 Interne Verrechnungen	4 500	5 000	5 500	6 000
436 Kostenrückerstattungen	45 000 –	45 000 –	45 000 –	45 000 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	205 000 –	205 000 –	205 000 –	205 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 500 –	12 500 –	22 000 –	45 100 –
805 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 096 900	3 923 600	3 674 500	3 674 500
Ertrag	1 042 700 –	1 037 800 –	795 400 –	795 400 –
Aufwandüberschuss	3 054 200 –	2 885 800 –	2 879 100 –	2 879 100 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 096 900	3 923 600	3 674 500	3 674 500
Ertrag	1 042 700 –	1 037 800 –	795 400 –	795 400 –
Aufwandüberschuss	3 054 200 –	2 885 800 –	2 879 100 –	2 879 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	4 000	4 000
301 Besoldungen	1 732 200	1 596 200	1 453 500	1 453 500
303 Arbeitgeberbeiträge	287 900	261 700	242 200	242 200
309 Anderer Personalaufwand	600	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	30 000	30 000	30 000	30 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	95 300	95 300	95 300	95 300
313 Verbrauchsmaterialien	40 000	40 000	40 000	40 000
317 Spesenentschädigungen	59 200	58 200	57 200	57 200
318 Dienstleistungen und Honorare	1 024 500	1 015 500	929 600	929 600
319 Anderer Sachaufwand	57 200	56 200	56 200	56 200
360 Staatsbeiträge	750 000	750 000	750 000	750 000
390 Interne Verrechnungen	15 500	15 500	15 500	15 500
435 Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436 Kostenrückerstattungen	552 200 –	547 300 –	540 300 –	540 300 –
439 Andere Entgelte	356 200 –	355 200 –	120 800 –	120 800 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	126 300 –	127 300 –	126 300 –	126 300 –
810 Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	85 500	100 500	100 500	100 500
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	80 500 –	95 500 –	95 500 –	95 500 –
8109 Andere Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	85 500	100 500	100 500	100 500
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	80 500 –	95 500 –	95 500 –	95 500 –
360 Staatsbeiträge	85 500	100 500	100 500	100 500
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
Aufwand	19 196 200	19 738 300	19 751 500	19 783 000
Ertrag	10 059 900 –	10 592 000 –	10 605 200 –	10 636 700 –
Aufwandüberschuss	9 136 300 –	9 146 300 –	9 146 300 –	9 146 300 –
8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
Aufwand	14 481 300	14 961 300	14 961 300	14 961 300
Ertrag	5 345 000 –	5 815 000 –	5 815 000 –	5 815 000 –
Aufwandüberschuss	9 136 300 –	9 146 300 –	9 146 300 –	9 146 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 000	2 000	2 000	2 000
301 Besoldungen	8 601 200	8 671 200	8 671 200	8 671 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 369 400	1 369 400	1 369 400	1 369 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	10 000	10 000	10 000	10 000
309 Anderer Personalaufwand	49 600	499 600	499 600	499 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	72 000	72 000	72 000	72 000

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	385 000	385 000	385 000	385 000
312 Informatik	765 700	555 700	555 700	555 700
313 Verbrauchsmaterialien	484 000	484 000	484 000	484 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	270 000	270 000	270 000	270 000
317 Spesenentschädigungen	291 000	291 000	291 000	291 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 087 400	1 087 400	1 087 400	1 087 400
319 Anderer Sachaufwand	52 000	252 000	252 000	252 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 000	12 000	12 000	12 000
390 Interne Verrechnungen	1 030 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	500 –	500 –	500 –	500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 675 000 –	3 675 000 –	3 675 000 –	3 675 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	1 200 000 –	1 100 000 –	1 100 000 –	1 100 000 –
436 Kostenrückerstattungen	31 000 –	31 000 –	31 000 –	31 000 –
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung		500 000 –	500 000 –	500 000 –
490 Interne Verrechnungen	418 500 –	488 500 –	488 500 –	488 500 –
8121 Tiergesundheit				
Aufwand	2 027 400	2 027 400	2 027 400	2 027 400
Ertrag	2 027 400 –	2 027 400 –	2 027 400 –	2 027 400 –
301 Besoldungen	55 200	55 200	55 200	55 200
303 Arbeitgeberbeiträge	3 700	3 700	3 700	3 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	5 000	5 000	5 000	5 000
313 Verbrauchsmaterialien	45 000	45 000	45 000	45 000
317 Spesenentschädigungen	15 000	15 000	15 000	15 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 077 000	1 077 000	1 077 000	1 077 000
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	821 000	821 000	821 000	821 000
390 Interne Verrechnungen	1 500	1 500	1 500	1 500
490 Interne Verrechnungen	2 027 400 –	2 027 400 –	2 027 400 –	2 027 400 –
8129 Tierseuchenkasse (SF)				
Aufwand	2 687 500	2 749 600	2 762 800	2 794 300
Ertrag	2 687 500 –	2 749 600 –	2 762 800 –	2 794 300 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	402 800	394 500	407 300	438 400
390 Interne Verrechnungen	2 284 700	2 355 100	2 355 500	2 355 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	100 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 007 500 –	1 019 600 –	1 032 800 –	1 064 300 –
830 Amt für Gesundheitsversorgung				
Aufwand	732 141 300	751 489 600	770 347 800	787 121 500
Ertrag	144 514 000 –	148 867 900 –	153 216 500 –	157 705 200 –
Aufwandüberschuss	587 627 300 –	602 621 700 –	617 131 300 –	629 416 300 –
8300 Amtsleitung AfGVE				
Aufwand	2 336 500	1 416 300	1 451 300	1 448 300
Ertrag	326 400 –	326 400 –	326 400 –	326 400 –
Aufwandüberschuss	2 010 100 –	1 089 900 –	1 124 900 –	1 121 900 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
301 Besoldungen	880 300	1 015 000	1 015 000	1 032 000
303 Arbeitgeberbeiträge	137 300	157 400	157 400	157 400
309 Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	6 200	6 200	41 200	21 200
312 Informatik	28 600	28 600	28 600	28 600
317 Spesenentschädigungen	9 400	9 400	9 400	9 400
318 Dienstleistungen und Honorare	188 400	188 400	188 400	188 400
319 Anderer Sachaufwand	300	300	300	300
360 Staatsbeiträge	1 075 000			
390 Interne Verrechnungen	9 900	9 900	9 900	9 900
436 Kostenrückerstattungen	323 800 –	323 800 –	323 800 –	323 800 –
490 Interne Verrechnungen	2 600 –	2 600 –	2 600 –	2 600 –
8301 Individuelle Prämienverbilligung				
Aufwand	202 201 200	212 570 900	219 179 900	225 783 900
Ertrag	141 312 900 –	145 552 300 –	149 918 900 –	154 416 500 –
Aufwandüberschuss	60 888 300 –	67 018 600 –	69 261 000 –	71 367 400 –
318 Dienstleistungen und Honorare	3 788 100	3 848 100	3 958 100	3 868 100
360 Staatsbeiträge	198 413 100	208 722 800	215 221 800	221 915 800
460 Beiträge für eigene Rechnung	141 312 900 –	145 552 300 –	149 918 900 –	154 416 500 –
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken				
Aufwand	873 000	868 000	840 100	840 100
Ertrag	873 000 –	868 000 –	840 100 –	840 100 –
301 Besoldungen	693 700	693 700	698 800	698 800
303 Arbeitgeberbeiträge	68 700	68 700	68 700	68 700
309 Anderer Personalaufwand	300	300	300	300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 500	3 500	3 500	3 500
312 Informatik	12 600	12 600	12 600	12 600
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	13 100	13 100	3 100	3 100
319 Anderer Sachaufwand	65 500	60 500	37 500	37 500
390 Interne Verrechnungen	7 600	7 600	7 600	7 600
436 Kostenrückerstattungen	871 900 –	866 900 –	839 000 –	839 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 100 –	1 100 –	1 100 –	1 100 –
8303 Innerkantonale Hospitalisation				
Aufwand	414 077 200	420 531 800	429 233 500	435 626 200
Ertrag				
Aufwandüberschuss	414 077 200 –	420 531 800 –	429 233 500 –	435 626 200 –
360 Staatsbeiträge	414 077 200	420 531 800	426 733 500	433 126 200
390 Interne Verrechnungen			2 500 000	2 500 000
8304 Ausserkantonale Hospitalisation				
Aufwand	107 900 000	111 350 000	114 810 000	118 590 000
Ertrag	1 330 000 –	1 360 000 –	1 390 000 –	1 420 000 –
Aufwandüberschuss	106 570 000 –	109 990 000 –	113 420 000 –	117 170 000 –
360 Staatsbeiträge	107 900 000	111 350 000	114 810 000	118 590 000
451 Rückerstattungen der Kantone	1 330 000 –	1 360 000 –	1 390 000 –	1 420 000 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
8305 Ambulante Versorgung				
Aufwand	4 753 400	4 752 600	4 833 000	4 833 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	4 753 400 –	4 752 600 –	4 833 000 –	4 833 000 –
360 Staatsbeiträge	4 753 400	4 752 600	4 833 000	4 833 000
8309 Zentrum für Labormedizin				
Aufwand				
Ertrag	671 700 –	761 200 –	741 100 –	702 200 –
Ertragsüberschuss	671 700	761 200	741 100	702 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	671 700 –	761 200 –	741 100 –	702 200 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
9 Gerichte				
Aufwand	43 968 800	44 301 100	44 301 100	44 301 100
Ertrag	14 101 500 –	14 176 500 –	14 176 500 –	14 176 500 –
Aufwandüberschuss	29 867 300 –	30 124 600 –	30 124 600 –	30 124 600 –
900 Zivil- und Strafrechtspflege				
Aufwand	36 074 900	36 325 700	36 325 700	36 325 700
Ertrag	13 308 300 –	13 383 300 –	13 383 300 –	13 383 300 –
Aufwandüberschuss	22 766 600 –	22 942 400 –	22 942 400 –	22 942 400 –
9001 Kreisgerichte				
Aufwand	23 471 300	23 466 800	23 466 800	23 466 800
Ertrag	9 712 100 –	9 777 100 –	9 777 100 –	9 777 100 –
Aufwandüberschuss	13 759 200 –	13 689 700 –	13 689 700 –	13 689 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	397 000	343 000	343 000	343 000
301 Besoldungen	13 555 600	13 618 200	13 618 200	13 618 200
303 Arbeitgeberbeiträge	2 184 100	2 186 000	2 186 000	2 186 000
309 Anderer Personalaufwand	23 500	23 500	23 500	23 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	258 000	263 500	263 500	263 500
312 Informatik	839 700	854 000	854 000	854 000
317 Spesenentschädigungen	70 500	75 300	75 300	75 300
318 Dienstleistungen und Honorare	4 804 500	4 804 900	4 804 900	4 804 900
319 Anderer Sachaufwand	6 300	6 300	6 300	6 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	403 300	363 300	363 300	363 300
390 Interne Verrechnungen	928 800	928 800	928 800	928 800
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	700 –	700 –	700 –	700 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	13 000 –	13 000 –	13 000 –	13 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 118 600 –	6 118 600 –	6 118 600 –	6 118 600 –
436 Kostenrückerstattungen	2 268 200 –	2 333 200 –	2 333 200 –	2 333 200 –
439 Andere Entgelte	45 100 –	45 100 –	45 100 –	45 100 –
490 Interne Verrechnungen	1 266 500 –	1 266 500 –	1 266 500 –	1 266 500 –
9002 Kantonsgericht				
Aufwand	8 991 600	9 246 900	9 246 900	9 246 900
Ertrag	2 751 200 –	2 761 200 –	2 761 200 –	2 761 200 –
Aufwandüberschuss	6 240 400 –	6 485 700 –	6 485 700 –	6 485 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	280 000	300 000	300 000	300 000
301 Besoldungen	6 001 100	6 172 800	6 172 800	6 172 800
303 Arbeitgeberbeiträge	978 200	1 006 400	1 006 400	1 006 400
309 Anderer Personalaufwand	77 000	97 000	97 000	97 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	115 000	120 000	120 000	120 000
312 Informatik	278 300	297 700	297 700	297 700
317 Spesenentschädigungen	10 100	11 100	11 100	11 100
318 Dienstleistungen und Honorare	835 000	835 000	835 000	835 000
319 Anderer Sachaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	140 000	130 000	130 000	130 000
390 Interne Verrechnungen	256 900	256 900	256 900	256 900
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 207 000 –	1 207 000 –	1 207 000 –	1 207 000 –
436 Kostenrückerstattungen	405 000 –	415 000 –	415 000 –	415 000 –
437 Bussen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
490 Interne Verrechnungen	1 133 600 –	1 133 600 –	1 133 600 –	1 133 600 –

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
9004 Anklagekammer				
Aufwand	861 500	861 500	861 500	861 500
Ertrag	198 000 –	198 000 –	198 000 –	198 000 –
Aufwandüberschuss	663 500 –	663 500 –	663 500 –	663 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	200 000	200 000	200 000	200 000
303 Arbeitgeberbeiträge	14 900	14 900	14 900	14 900
317 Spesenentschädigungen	800	800	800	800
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	644 800	644 800	644 800	644 800
490 Interne Verrechnungen	198 000 –	198 000 –	198 000 –	198 000 –
9005 Schlichtungsstellen				
Aufwand	2 419 300	2 419 300	2 419 300	2 419 300
Ertrag	472 000 –	472 000 –	472 000 –	472 000 –
Aufwandüberschuss	1 947 300 –	1 947 300 –	1 947 300 –	1 947 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 084 000	1 084 000	1 084 000	1 084 000
301 Besoldungen	189 000	189 000	189 000	189 000
303 Arbeitgeberbeiträge	111 500	111 500	111 500	111 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 500	11 500	11 500	11 500
312 Informatik	12 100	12 100	12 100	12 100
317 Spesenentschädigungen	80 000	80 000	80 000	80 000
318 Dienstleistungen und Honorare	316 200	316 200	316 200	316 200
352 Entschädigungen an Gemeinden	615 000	615 000	615 000	615 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	472 000 –	472 000 –	472 000 –	472 000 –
9006 Rechtsaufsicht				
Aufwand	331 200	331 200	331 200	331 200
Ertrag	175 000 –	175 000 –	175 000 –	175 000 –
Aufwandüberschuss	156 200 –	156 200 –	156 200 –	156 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	140 000	140 000	140 000	140 000
303 Arbeitgeberbeiträge	9 000	9 000	9 000	9 000
317 Spesenentschädigungen	200	200	200	200
319 Anderer Sachaufwand	30 000	30 000	30 000	30 000
390 Interne Verrechnungen	152 000	152 000	152 000	152 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	173 000 –	173 000 –	173 000 –	173 000 –
437 Bussen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
905 Verwaltungsrechtspflege				
Aufwand	7 893 900	7 975 400	7 975 400	7 975 400
Ertrag	793 200 –	793 200 –	793 200 –	793 200 –
Aufwandüberschuss	7 100 700 –	7 182 200 –	7 182 200 –	7 182 200 –
9050 Versicherungsgericht				
Aufwand	4 180 000	4 182 600	4 182 600	4 182 600
Ertrag	230 100 –	230 100 –	230 100 –	230 100 –
Aufwandüberschuss	3 949 900 –	3 952 500 –	3 952 500 –	3 952 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	3 000	3 000	3 000	3 000
301 Besoldungen	3 188 900	3 188 900	3 188 900	3 188 900
303 Arbeitgeberbeiträge	519 300	519 300	519 300	519 300
309 Anderer Personalaufwand	2 900	2 900	2 900	2 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	48 000	48 000	48 000	48 000

Erfolgsrechnung

Gerichte

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
312 Informatik	131 900	134 500	134 500	134 500
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	260 700	260 700	260 700	260 700
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	15 300	15 300	15 300	15 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
9051 Verwaltungsrekurskommission				
Aufwand	2 154 400	2 232 600	2 232 600	2 232 600
Ertrag	200 100 –	200 100 –	200 100 –	200 100 –
Aufwandüberschuss	1 954 300 –	2 032 500 –	2 032 500 –	2 032 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	210 000	210 000	210 000	210 000
301 Besoldungen	1 415 800	1 482 600	1 482 600	1 482 600
303 Arbeitgeberbeiträge	238 100	248 400	248 400	248 400
309 Anderer Personalaufwand	1 100	1 100	1 100	1 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
312 Informatik	46 400	47 500	47 500	47 500
317 Spesenentschädigungen	27 000	27 000	27 000	27 000
318 Dienstleistungen und Honorare	145 400	145 400	145 400	145 400
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	18 000	18 000	18 000	18 000
390 Interne Verrechnungen	17 600	17 600	17 600	17 600
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 000 –	200 000 –	200 000 –	200 000 –
9052 Verwaltungsgericht				
Aufwand	1 559 500	1 560 200	1 560 200	1 560 200
Ertrag	363 000 –	363 000 –	363 000 –	363 000 –
Aufwandüberschuss	1 196 500 –	1 197 200 –	1 197 200 –	1 197 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	230 000	230 000	230 000	230 000
301 Besoldungen	1 004 400	1 004 400	1 004 400	1 004 400
303 Arbeitgeberbeiträge	181 200	181 200	181 200	181 200
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
312 Informatik	42 100	42 800	42 800	42 800
317 Spesenentschädigungen	16 000	16 000	16 000	16 000
318 Dienstleistungen und Honorare	27 200	27 200	27 200	27 200
319 Anderer Sachaufwand	3 700	3 700	3 700	3 700
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	8 200	8 200	8 200	8 200
431 Gebühren für Amtshandlungen	350 000 –	350 000 –	350 000 –	350 000 –
436 Kostenrückerstattungen	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
439 Andere Entgelte	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –

Investitionsrechnung

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
Kanton St.Gallen				
Ausgaben	400 412 500	326 513 400	434 237 500	374 058 800
Einnahmen	125 516 900 –	53 251 300 –	52 741 300 –	53 929 100 –
Ausgabenüberschuss	274 895 600 –	273 262 100 –	381 496 200 –	320 129 700 –
A Investitionen und Investitionsbeiträge				
Ausgaben	210 590 500	206 393 400	270 567 500	214 508 800
Einnahmen	88 547 500 –	9 400 000 –	2 490 000 –	2 300 000 –
Ausgabenüberschuss	122 043 000 –	196 993 400 –	268 077 500 –	212 208 800 –
A00 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	3 050 000	4 300 000	2 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 050 000 –	4 300 000 –	2 000 000 –	
A0029000 Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen				
Ausgaben	350 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	350 000 –			
503 Hochbauten	350 000			
A0029002 Davidstrasse 31 St.Gallen Erwerb				
Ausgaben	1 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –			
503 Hochbauten	1 000 000			
A0029003 Lämmlisbrunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung				
Ausgaben	1 700 000	4 300 000	2 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 700 000 –	4 300 000 –	2 000 000 –	
503 Hochbauten	1 700 000	4 300 000	2 000 000	
A01 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	3 000 000	4 000 000	2 000 000	6 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	4 000 000 –	2 000 000 –	6 500 000 –
A0110004 Polizeiposten Wil, Neubau				
Ausgaben	3 000 000	3 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	3 000 000 –		
503 Hochbauten	3 000 000	3 000 000		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A0130002 Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung				
Ausgaben				5 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				5 000 000 –
503 Hochbauten				5 000 000
A0130003 Strafanstalt Saxerriet Neubau Unterhaltszentrum				
Ausgaben		1 000 000	2 000 000	1 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		1 000 000 –	2 000 000 –	1 500 000 –
503 Hochbauten		1 000 000	2 000 000	1 500 000
A02 Bildung				
Ausgaben	30 600 000	27 300 000	28 000 000	10 000 000
Einnahmen	84 176 400 –	7 400 000 –		
Einnahmenüberschuss	53 576 400			
Ausgabenüberschuss		19 900 000 –	28 000 000 –	10 000 000 –
A0230003 Landw. Zentrum SG, Teilabbruch und Ersatzneubau Landwirtschaftsschule				
Ausgaben	5 000 000	4 000 000	13 000 000	10 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	5 000 000 –	4 000 000 –	13 000 000 –	10 000 000 –
503 Hochbauten	5 000 000	4 000 000	13 000 000	10 000 000
A0252002 KS Sargans, Teilabbruch und Erweiterung				
Ausgaben	10 000 000	15 000 000	15 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	10 000 000 –	15 000 000 –	15 000 000 –	
503 Hochbauten	10 000 000	15 000 000	15 000 000	
A0273000 Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau				
Ausgaben	1 600 000			
Einnahmen	81 076 400 –			
Einnahmenüberschuss	79 476 400			
503 Hochbauten	1 600 000			
603 Abgang von Hochbauten	68 640 000 –			
633 Kostenrückerstattungen für Hochbauten	3 096 400 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	9 340 000 –			

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A0273001 HSR Rapperswil Forschungszentrum				
Ausgaben	14 000 000	8 300 000		
Einnahmen	3 100 000 –	7 400 000 –		
Ausgabenüberschuss	10 900 000 –	900 000 –		
503 Hochbauten	14 000 000	8 300 000		
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	3 100 000 –	7 400 000 –		
A03 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben		8 500 000	22 000 000	25 000 000
Einnahmen		1 000 000 –	1 700 000 –	2 300 000 –
Ausgabenüberschuss		7 500 000 –	20 300 000 –	22 700 000 –
A0329001 Klanghaus Toggenburg				
Ausgaben		5 000 000	9 000 000	12 000 000
Einnahmen		1 000 000 –	1 700 000 –	2 300 000 –
Ausgabenüberschuss		4 000 000 –	7 300 000 –	9 700 000 –
503 Hochbauten		5 000 000	9 000 000	12 000 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		1 000 000 –	1 700 000 –	2 300 000 –
A0329002 Theater St.Gallen Umbau und Sanierung				
Ausgaben		3 500 000	13 000 000	13 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		3 500 000 –	13 000 000 –	13 000 000 –
503 Hochbauten		3 500 000	13 000 000	13 000 000
A04 Gesundheit				
Ausgaben	140 600 000	103 200 000	173 100 000	163 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	140 600 000 –	103 200 000 –	173 100 000 –	163 000 000 –
A0411012 Kantonsspital St.Gallen Sanierung / Erweiterung Haus 02				
Ausgaben		5 700 000	5 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		5 700 000 –	5 000 000 –	
503 Hochbauten		5 700 000	5 000 000	
A0411017 Kantonsspital St.Gallen Sanierung Energiezentrale				
Ausgaben		6 000 000	8 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		6 000 000 –	8 000 000 –	
503 Hochbauten		6 000 000	8 000 000	

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A0411019 Kantonsspital St.Gallen Haus 07A/07B, Neubau				
Ausgaben	66 000 000	20 000 000	45 000 000	75 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	66 000 000 –	20 000 000 –	45 000 000 –	75 000 000 –
503 Hochbauten	66 000 000	20 000 000	45 000 000	75 000 000
A0411022 Spital Wil; Erneuerung / Umbau Notfall, Labor, Verwaltung				
Ausgaben	3 000 000	5 000 000	2 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	5 000 000 –	2 000 000 –	
503 Hochbauten	3 000 000	5 000 000	2 000 000	
A0411023 Kantonsspital St.Gallen Neubau 3, Linearbeschleuniger				
Ausgaben				8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				8 000 000 –
503 Hochbauten				8 000 000
A0411024 Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung				
Ausgaben	15 100 000	9 000 000	25 000 000	25 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	15 100 000 –	9 000 000 –	25 000 000 –	25 000 000 –
503 Hochbauten	15 100 000	9 000 000	25 000 000	25 000 000
A0411025 Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung				
Ausgaben	31 000 000	30 000 000	30 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	31 000 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten	31 000 000	30 000 000	30 000 000	20 000 000
A0411026 Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe)				
Ausgaben	5 000 000	7 000 000	37 000 000	15 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	5 000 000 –	7 000 000 –	37 000 000 –	15 000 000 –
503 Hochbauten	5 000 000	7 000 000	37 000 000	15 000 000
A0411027 Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung				
Ausgaben	14 500 000	6 000 000	18 000 000	20 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	14 500 000 –	6 000 000 –	18 000 000 –	20 000 000 –
503 Hochbauten	14 500 000	6 000 000	18 000 000	20 000 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A0413002 Psych. Klinik Pfäfers Sanierung Klostergebäude				
Ausgaben	4 500 000	10 500 000	600 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	4 500 000 –	10 500 000 –	600 000 –	
503 Hochbauten	4 500 000	10 500 000	600 000	
A0413004 Psych. Klinik Wil Teilsanierung Haus A01				
Ausgaben	1 500 000	4 000 000	2 500 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 500 000 –	4 000 000 –	2 500 000 –	
503 Hochbauten	1 500 000	4 000 000	2 500 000	
A08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	3 000 000	6 000 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	6 000 000 –	1 000 000 –	
A082000 Fischereizentrum Steinach Neubau				
Ausgaben	3 000 000	6 000 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 000 000 –	6 000 000 –	1 000 000 –	
503 Hochbauten	3 000 000	6 000 000	1 000 000	
A10 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	9 900 000	10 900 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	9 900 000 –	10 900 000 –	1 000 000 –	
A1022000 E-Government 2008–2012				
Ausgaben	100 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	100 000 –			
506 Technische Einrichtungen	100 000			
A1022001 E-Government 2013–2017				
Ausgaben	1 000 000	1 000 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	
506 Technische Einrichtungen	1 000 000	1 000 000	1 000 000	
A1022003 Arbeitsplatz der Zukunft				
Ausgaben	8 800 000	9 900 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	8 800 000 –	9 900 000 –		
506 Technische Einrichtungen	8 800 000	9 900 000		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A11 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	2 208 000	1 740 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 208 000 –	1 740 000 –		
A111002 Sicherheitsfunknetz POLYCOM				
Ausgaben	1 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –			
506 Technische Einrichtungen	1 000 000			
A111003 KAPOgoesMOBILE				
Ausgaben	1 208 000	1 740 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 208 000 –	1 740 000 –		
506 Technische Einrichtungen	1 208 000	1 740 000		
A12 Bildung				
Ausgaben	1 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –			
A1230001 Schuladministrationslösung EDUC+ (Sekundarstufe II)				
Ausgaben	1 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –			
506 Technische Einrichtungen	1 000 000			
A22 Bildung				
Ausgaben	6 650 400			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	6 650 400 –			
A2220001 Sprachheilschule St.Gallen, Neubau Mädchenhaus				
Ausgaben	3 816 900			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 816 900 –			
560 Investitionsbeiträge	3 816 900			
A2273002 Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen				
Ausgaben	2 833 500			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 833 500 –			
560 Investitionsbeiträge	2 833 500			

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A23 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben			13 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			13 000 000 –	
A2311002 Kunstmuseum St.Gallen				
Ausgaben			13 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			13 000 000 –	
560 Investitionsbeiträge			13 000 000	
A24 Gesundheit				
Ausgaben			6 250 000	6 250 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			6 250 000 –	6 250 000 –
A2411002 Geriatrische Klinik, St.Gallen Erneuerung				
Ausgaben			6 250 000	6 250 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			6 250 000 –	6 250 000 –
560 Investitionsbeiträge			6 250 000	6 250 000
A26 Verkehr				
Ausgaben	10 582 100	40 453 400	6 217 500	3 758 800
Einnahmen	4 371 100 –	1 000 000 –	790 000 –	
Ausgabenüberschuss	6 211 000 –	39 453 400 –	5 427 500 –	3 758 800 –
A2629007 Bahnhofplatz St.Gallen Bushof				
Ausgaben	802 000	1 403 000	1 403 000	1 140 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	802 000 –	1 403 000 –	1 403 000 –	1 140 000 –
560 Investitionsbeiträge	802 000	1 403 000	1 403 000	1 140 000
A2629008 S-Bahn St.Gallen 2013				
Ausgaben	582 000	138 400		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	582 000 –	138 400 –		
560 Investitionsbeiträge	582 000	138 400		
A2629015 Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie				
Ausgaben	1 380 900	2 087 000	2 614 500	418 800
Einnahmen	600 000 –	1 000 000 –	790 000 –	
Ausgabenüberschuss	780 900 –	1 087 000 –	1 824 500 –	418 800 –
560 Investitionsbeiträge	1 380 900	2 087 000	2 614 500	418 800
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	600 000 –	1 000 000 –	790 000 –	

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
A2629017 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2015				
Ausgaben	7 542 200			
Einnahmen	3 771 100 –			
Ausgabenüberschuss	3 771 100 –			
560 Investitionsbeiträge	7 542 200			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	3 771 100 –			
A2629021 HGV-Verlängerung Goldach- Rorschach, Publikationsanlagen Rorschach-Stadt				
Ausgaben	275 000	825 000	2 200 000	2 200 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	275 000 –	825 000 –	2 200 000 –	2 200 000 –
560 Investitionsbeiträge	275 000	825 000	2 200 000	2 200 000
A2629022 AP Ost, 1. Teilergänzung Infrastrukturausbauten SBB				
Ausgaben		36 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		36 000 000 –		
560 Investitionsbeiträge		36 000 000		
A28 Volkswirtschaft				
Ausgaben			16 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			16 000 000 –	
A2850000 NTB Buchs; Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal				
Ausgaben			16 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			16 000 000 –	
503 Hochbauten			16 000 000	

Investitionsrechnung

Strassenbau

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
B Strassenbau				
Ausgaben	88 670 000	96 800 000	139 800 000	137 080 000
Einnahmen	18 937 300 –	21 800 000 –	27 200 000 –	28 000 000 –
Ausgabenüberschuss	69 732 700 –	75 000 000 –	112 600 000 –	109 080 000 –
B06 Verkehr				
Ausgaben	88 670 000	96 800 000	139 800 000	137 080 000
Einnahmen	18 937 300 –	21 800 000 –	27 200 000 –	28 000 000 –
Ausgabenüberschuss	69 732 700 –	75 000 000 –	112 600 000 –	109 080 000 –
B0613000 Kantonsstrassenbau				
Ausgaben	88 670 000	96 800 000	139 800 000	137 080 000
Einnahmen	18 937 300 –	21 800 000 –	27 200 000 –	28 000 000 –
Ausgabenüberschuss	69 732 700 –	75 000 000 –	112 600 000 –	109 080 000 –
501 Tiefbauten	88 470 000	95 000 000	138 000 000	135 400 000
503 Hochbauten	200 000	1 800 000	1 800 000	1 680 000
631 Kostenrückerstattungen für Tiefbauten	2 090 300 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	16 847 000 –	21 800 000 –	27 200 000 –	28 000 000 –

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
C				
Finanzierungen				
Ausgaben	101 152 000	23 320 000	23 870 000	22 470 000
Einnahmen	18 032 100 –	22 051 300 –	23 051 300 –	23 629 100 –
Einnahmenüberschuss				1 159 100
Ausgabenüberschuss	83 119 900 –	1 268 700 –	818 700 –	
C00				
Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben				
Einnahmen	14 356 300 –	14 427 600 –	14 427 600 –	14 427 600 –
Einnahmenüberschuss	14 356 300	14 427 600	14 427 600	14 427 600
C0022000				
Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse				
Ausgaben				
Einnahmen	14 356 300 –	14 427 600 –	14 427 600 –	14 427 600 –
Einnahmenüberschuss	14 356 300	14 427 600	14 427 600	14 427 600
623	Rückzahlungen eigener Anstalten von Darlehen	14 356 300 –	14 427 600 –	14 427 600 –
C02				
Bildung				
Ausgaben	72 344 000	1 720 000	1 720 000	1 720 000
Einnahmen	1 200 000 –	4 296 400 –	4 296 400 –	4 296 400 –
Einnahmenüberschuss		2 576 400	2 576 400	2 576 400
Ausgabenüberschuss	71 144 000 –			
C0220000				
Darlehen an Sonderschulen				
Ausgaben	1 984 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 984 000 –			
525	Darlehen an private Institutionen	1 984 000		
C0273000				
Fachhochschule St.Gallen				
Ausgaben	68 640 000			
Einnahmen		3 096 400 –	3 096 400 –	3 096 400 –
Einnahmenüberschuss		3 096 400	3 096 400	3 096 400
Ausgabenüberschuss	68 640 000 –			
521	Darlehen an Kantone	68 640 000		
621	Rückzahlungen Kantone von Darlehen		3 096 400 –	3 096 400 –
C0299000				
Studiendarlehen				
Ausgaben	1 720 000	1 720 000	1 720 000	1 720 000
Einnahmen	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
Ausgabenüberschuss	520 000 –	520 000 –	520 000 –	520 000 –
526	Darlehen an private Haushalte	1 720 000	1 720 000	1 720 000
626	Rückzahlungen privater Haushalte von Darlehen	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –

Investitionsrechnung

Finanzierungen

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
C04 Spitäler				
Ausgaben			3 750 000	3 750 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 750 000 –	3 750 000 –
C0411000 Geriatrische Klinik St.Gallen				
Ausgaben			3 750 000	3 750 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 750 000 –	3 750 000 –
524 Darlehen und Beteiligungen an gemischtwirt. Unternehmen			3 750 000	3 750 000
C05 Soziale Wohlfahrt				
Ausgaben	24 454 000	15 000 000	15 000 000	15 000 000
Einnahmen	1 711 100 –	2 500 200 –	3 200 200 –	3 700 200 –
Ausgabenüberschuss	22 742 900 –	12 499 800 –	11 799 800 –	11 299 800 –
C0550000 Darlehen an Behinderten- einrichtungen				
Ausgaben	24 454 000	15 000 000	15 000 000	15 000 000
Einnahmen	1 711 100 –	2 500 200 –	3 200 200 –	3 700 200 –
Ausgabenüberschuss	22 742 900 –	12 499 800 –	11 799 800 –	11 299 800 –
525 Darlehen an private Institutionen	24 454 000	15 000 000	15 000 000	15 000 000
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	1 711 100 –	2 500 200 –	3 200 200 –	3 700 200 –
C06 Verkehr				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
C0629000 Schweiz. Südostbahn				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
C07 Umwelt, Raumordnung				
Ausgaben	2 354 000	4 600 000	1 400 000	
Einnahmen	364 700 –	427 100 –	727 100 –	804 900 –
Einnahmenüberschuss				804 900
Ausgabenüberschuss	1 989 300 –	4 172 900 –	672 900 –	

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
C0791000 NRP-Darlehen				
Ausgaben	2 354 000	4 600 000	1 400 000	
Einnahmen	364 700 –	427 100 –	727 100 –	804 900 –
Einnahmenüberschuss				804 900
Ausgabenüberschuss	1 989 300 –	4 172 900 –	672 900 –	
525 Darlehen an private Institutionen	2 354 000	4 600 000	1 400 000	
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen	364 700 –	427 100 –	727 100 –	804 900 –
C08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	2 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Ausgabenüberschuss	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –
C0812000 Landwirtschaftliche Kredit- genossenschaft				
Ausgaben	2 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
524 Darlehen und Beteiligungen an gemischtwirt. Unternehmen	2 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000
C0890001 OLMA Messen St.Gallen				
Ausgaben				
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Einnahmenüberschuss	300 000	300 000	300 000	300 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –

Erfolgsrechnung
gemäss HRM2-Gliederung
(Ebene Kanton)

Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
Kanton St.Gallen (HRM2)				
Aufwand	4 698 889 800	4 865 140 200	5 054 368 800	5 020 048 300
Ertrag	4 673 695 300 –	4 845 572 500 –	5 035 395 700 –	5 029 632 000 –
Ertragsüberschuss				9 583 700
Aufwandüberschuss	25 194 500 –	19 567 700 –	18 973 100 –	
300 Behörden, Kommissionen und Richter	18 074 400	18 282 200	18 120 100	18 123 100
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebs- personals	404 382 000	422 008 700	426 267 000	431 164 500
302 Löhne der Lehrkräfte	174 909 900	170 864 500	166 974 700	165 642 500
304 Zulagen	7 110 700	7 118 400	7 118 400	7 118 400
305 Arbeitgeberbeiträge	92 601 900	92 721 800	92 404 200	92 566 800
309 Übriger Personalaufwand	7 909 400	7 491 100	7 378 700	7 515 100
310 Material- und Warenaufwand	56 388 200	56 618 300	57 456 900	57 383 200
311 Nicht aktivierbare Anlagen	21 239 100	20 212 900	22 151 100	21 860 300
312 Ver- und Entsorgung	11 590 400	11 202 700	11 193 200	11 202 700
313 Dienstleistungen und Honorare	117 805 900	134 063 700	132 953 500	131 487 800
314 Baulicher Unterhalt	77 896 500	82 113 000	89 974 000	90 046 500
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	5 678 900	1 091 200	1 111 000	1 126 700
316 Mieten, Leasing, Pachten und Benutzungs- gebühren	26 246 900	26 040 500	26 401 500	26 757 500
317 Spesenentschädigungen	12 118 600	11 918 100	11 916 700	11 953 400
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	21 958 900	21 888 600	21 968 600	22 058 600
319 Verschiedener Betriebsaufwand	88 736 200	88 917 300	88 922 600	89 196 900
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	134 065 900	153 599 600	199 198 700	171 683 500
340 Zinsaufwand	28 968 200	32 890 000	38 753 300	45 411 300
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungs- kosten	799 900	799 900	799 900	537 000
344 Wertberichtigungen Anlagen FV	337 500	376 200	416 400	457 900
350 Einlagen in Fonds/Spezial- finanzierungen FK	14 140 700	12 792 100	12 543 700	12 878 000
351 Einlagen in Fonds/Spezial- finanzierungen EK	913 900	913 100	934 900	988 600
360 Ertragsanteile an Dritte	368 651 200	384 104 200	397 202 200	410 722 200
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	82 746 300	82 180 500	82 771 500	83 156 500
362 Finanz- und Lastenausgleich	239 628 000	239 200 000	238 150 000	237 800 000
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1 928 518 200	2 003 791 600	2 036 412 100	2 070 176 700
366 Abschreibungen Inv.beiträge	20 066 600	21 230 600	22 332 700	24 090 000
369 Verschiedener Transferaufwand		500 000	500 000	500 000
370 Durchlaufende Beiträge	256 012 400	254 423 900	249 580 900	238 824 900
399 Übrige interne Verrechnungen	479 393 100	505 785 500	592 460 300	537 617 700
400 Direkte Steuern; natürliche Personen	1 334 600 000 –	1 387 800 000 –	1 421 700 000 –	1 456 100 000 –
401 Direkte Steuern; juristische Personen	399 200 000 –	425 900 000 –	446 800 000 –	468 700 000 –
402 Übrige direkte Steuern	173 700 000 –	176 400 000 –	179 000 000 –	181 500 000 –
403 Besitz- und Aufwandsteuern	151 230 000 –	151 430 000 –	151 630 000 –	151 850 000 –
410 Regalien	2 899 000 –	2 559 000 –	2 559 000 –	2 559 000 –
412 Konzessionen	8 926 500 –	8 926 500 –	8 926 500 –	8 926 500 –
413 Ertragsanteile an Lotterien, Sport-Toto und Wetten	25 205 000 –	25 205 000 –	25 205 000 –	25 205 000 –
420 Ersatzabgaben	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
421 Gebühren für Amtshandlungen	86 491 200 –	86 215 700 –	85 904 700 –	85 652 700 –
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	30 428 600 –	30 354 100 –	30 328 600 –	30 328 600 –
423 Schul- und Kursgelder	26 313 800 –	26 419 200 –	26 419 200 –	26 419 200 –
424 Benützungs- und Dienstleistungsgebühren	35 381 200 –	35 299 000 –	35 266 700 –	35 285 400 –
425 Erlös aus Verkäufen	24 921 400 –	25 096 400 –	24 906 400 –	24 876 400 –
426 Rückerstattungen	38 358 500 –	36 854 000 –	36 578 600 –	36 514 300 –
427 Bussen	36 609 500 –	35 385 000 –	35 435 000 –	35 485 000 –
429 Übrige Entgelte	2 583 100 –	2 191 000 –	2 191 000 –	2 198 700 –
430 Verschiedene betriebliche Erträge	3 738 400 –	3 476 400 –	3 192 000 –	3 142 000 –
431 Aktivierung Eigenleistungen	15 774 700 –	30 527 100 –	30 554 800 –	30 261 700 –
440 Zinsertrag	6 559 000 –	6 953 200 –	7 446 300 –	7 901 100 –
441 Realisierte Gewinne FV	500 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
442 Beteiligungsertrag FV	3 236 900 –	3 236 900 –	3 236 900 –	3 236 900 –
443 Liegenschaftenertrag FV	4 868 500 –	4 898 000 –	4 929 000 –	4 960 000 –

Erfolgsrechnung gemäss HRM2-Gliederung

Konto	Budget 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2017 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2018 Fr.
445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen VV	43 778 400 –	45 389 300 –	45 721 200 –	46 059 000 –
446 Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	10 226 000 –	10 226 000 –	10 226 000 –	10 226 000 –
447 Liegenschaftenertrag VV	43 647 400 –	41 679 000 –	44 912 400 –	48 806 100 –
450 Entnahmen aus Fonds/Spezialfinanzierungen FK	9 060 700 –	4 410 100 –	1 838 800 –	1 838 800 –
451 Entnahmen aus Fonds/Spezialfinanzierungen EK	31 416 900 –	35 303 400 –	73 240 200 –	42 767 400 –
460 Ertragsanteile	184 907 000 –	210 341 000 –	217 378 000 –	223 818 000 –
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	123 587 100 –	122 062 100 –	123 593 700 –	123 612 800 –
462 Finanz- und Lastenausgleich	412 911 000 –	416 812 000 –	421 812 000 –	426 812 000 –
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	613 630 000 –	647 163 700 –	662 572 500 –	678 296 800 –
469 Verschiedener Transferertrag		750 000 –	750 000 –	750 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	256 012 400 –	254 423 900 –	249 580 900 –	238 824 900 –
489 Entnahme aus Eigenkapital	50 600 000 –	42 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
499 Übrige interne Verrechnungen	479 393 100 –	505 785 500 –	592 460 300 –	537 617 700 –
499 Übrige interne Verrechnungen	426 504 000 –	465 132 500 –	514 788 000 –	609 495 000 –

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Erfolgsrechnung

0 Räte

75 0100 Kantonsrat

300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen

Im 4. Jahr der Amtsdauer 2012–2016 findet eine zusätzliche Session vor Ablauf der Amtsdauer statt. Im Amtsjahr 2017 und 2018 finden 4 ordentliche Sessions statt.

312 Informatik

In den Jahren 2016 und 2017 ist ein grundsätzlicher Umbau des Ratsinformationssystems aufgrund zwingender Anpassungen an die aktuelle FileNet-Version geplant.

1 Staatskanzlei

- 78 1000 Staatskanzlei
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Im 2017 finden keine Proporz- und Majorzwahlen statt.

2 Volkswirtschaftsdepartement

78 **2000 Generalsekretariat VD**
318 Dienstleistungen und Honorare
 Der einmalige Konzeptwettbewerb für die Expo 2017 Bodensee-Ostschweiz wird schwergewichtig im Jahr 2014 durchgeführt. Die Kosten reduzieren sich deshalb im Jahr 2015 (–Fr. 100'000).

78 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr** Veränderung
AFP 2016 Veränderung
AFP 2017 Veränderung
AFP 2018
309 Anderer Personalaufwand

Mit dem Gesetzesvorhaben «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI) weist der Bund den Kantonen die Aufgabe der Planung der weiteren Ausbauschnitte der Bahninfrastruktur in den Planungsregionen zu. Diese neue Aufgabe umfasst die Planung des Regionalverkehrsangebots, der notwendigen Infrastrukturen und schliesst die Abstimmung mit dem Fern- und Güterverkehr ein. Im Übrigen wechselt gemäss Sparpaket II die Koordination und Planung des Ortsverkehrs ebenfalls ins Amt für öffentlichen Verkehr. Dies bedingt die Aufstockung der Personalressourcen um 170 Stellenprozente.

312 Informatik
 Ablösung und Erweiterung der öV-Datenbank im Jahr 2017 bedingt eine Investition von Fr. 200'000.

318 Dienstleistungen und Honorare
 Beiträge an Projektierungskosten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung.

360 Staatsbeiträge

– Laufende Beiträge: Abgeltungen für bestelltes Verkehrsangebot	+16'644'000	+5'287'000	+2'516'000
– Laufende Beiträge: Tarifverbunde	–140'000	–154'000	+5'000
– Investitionsbeiträge: Infrastruktur Bushaltstellen	+1'375'000	–2'334'000	–1'041'000
– Investitionsbeiträge: konzessionierte Transportunternehmen (Privatbahnen) . .	–775'700	–220'000	–36'500
– Investitionsbeiträge: konzessionierte Transportunternehmen (Privatbahnen), Mehrkosten durch Einführung Bahninfrastrukturfonds (BIF)	+19'400'000	+1'300'000	0

Total **+36'503'300 +3'879'000 +1'443'500**

Mit der Neuordnung der öV-Finanzierung im Rahmen des Sparpakets II übernimmt der Kanton ab 2016 die Finanzierung des Ortsverkehrs im Umfang von 10.4 Mio. Franken. Der Abgeltungsbedarf steigt zudem durch die S-Bahn St.Gallen und weitere Angebots-erweiterungen im Regional- und Agglomerationsverkehr. Die jährlichen Beiträge (Anschubfinanzierung) an den integralen Z-Pass sinken bis 2016. Der Finanzierungsbedarf für den Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur schwankt je nach Grösse der zu realisierenden Projekte. Die Einführung des BIF per 2016 bringt diesbezüglich Mehrkosten von jährlich rund 20 Mio. Franken. Der Effekt der erwähnten Veränderungen bei den laufenden Beiträgen und den Investitionsbeiträgen an die Privatbahnen (inkl. BIF) halbiert sich durch die Beiträge der Gemeinden, vergleiche Konto 2050.460.

421 Vermögenserträge aus Guthaben
 Mit dem Ablauf der Darlehen aus der Finanzierung von Fahrzeugbeschaffungen der Schweizerischen Südostbahn AG fallen ab 2016 die betreffenden Rückzahlungsbeiträge weg.

- 78 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr (Fortsetzung)**
460 Beiträge für eigene Rechnung
 Gemeindeanteil am Ortsverkehr, der ab dem Jahr 2016 durch den Kanton bestellt wird (Fr. 5'200'000). Steigende Abgeltungen und Investitionsbeiträge an Privatbahnen. Siehe Konto 2050.360.
489 Bevorschussungen
 Die Bevorschussung ändert sich aufgrund der Projektierungskosten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung (siehe Konto 2050.318).
- 79 **2100 Kantonsforstamt**
312 Informatik
 2016: Investition und Betrieb Enterprise-Content-Management-System (ECM) Fr. 115'000. Investition waldIT Modul 4: Fr. 248'000. 2018: Ersatz Messgeräte Nautiz für Revierförster Fr. 190'000.
360 Staatsbeiträge
 Jährliche Schwankungen im Rahmen der NFA-Programmvereinbarungen 2016–2018 mit dem Bund.
460 Beiträge für eigene Rechnung
 Jährliche Schwankungen im Rahmen der NFA-Programmvereinbarungen 2016–2018 mit dem Bund.
- 79 **2101 Staatswaldungen**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
 Jährliche Schwankungen durch Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen.

80 **212 Waldregionen 1 bis 5**

	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben:				
– Kanton (75 Prozent)	4'422'900	4'486'400	4'504'400	4'523'000
– Gemeinden (25 Prozent)	1'474'300	1'495'400	1'501'500	1'507'700
LK2 Unterstützungsaufgaben:				
– Gemeinden (35 Prozent)	480'900	487'900	490'000	492'200
– Waldeigentümer (65 Prozent)	893'100	906'200	910'100	914'000
Waldrat				
– Kanton (100 Prozent)	106'500	106'500	106'500	106'500
	7'377'700	7'482'400	7'512'500	7'543'400
abzüglich Gemeinde- und Waldeigentümeranteile	–2'848'300	–2'889'500	–2'901'600	–2'913'900
Globalkredit Kanton St.Gallen	4'529'400	4'592'900	4'610'900	4'629'500

Waldregion 1	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'248'700	1'248'200	1'251'800	1'255'600
LK2 Unterstützungsaufgaben	371'400	371'200	372'400	373'700
Waldrat	21'300	21'300	21'300	21'300
Der Globalkredit beträgt	1'641'400	1'640'700	1'645'500	1'650'600

Waldregion 2	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben	995'700	1'003'300	1'007'900	1'012'700
LK2 Unterstützungsaufgaben	210'100	211'800	212'900	213'900
Waldrat	21'300	21'300	21'300	21'300
Der Globalkredit beträgt	1'227'100	1'236'400	1'242'100	1'247'900

Waldregion 3	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'294'500	1'309'800	1'315'000	1'320'500
LK2 Unterstützungsaufgaben	225'400	228'100	229'100	230'000
Waldrat	21'300	21'300	21'300	21'300
Der Globalkredit beträgt	1'541'200	1'559'200	1'565'400	1'571'800

Waldregion 4	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben	904'800	913'900	917'800	921'600
LK2 Unterstützungsaufgaben	198'200	200'200	201'000	202'000
Waldrat	21'300	21'300	21'300	21'300
Der Globalkredit beträgt	1'124'300	1'135'400	1'140'100	1'144'900

Waldregion 5	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
LK1 Hoheitliche Aufgaben	1'453'500	1'506'600	1'513'400	1'520'300
LK2 Unterstützungsaufgaben	368'900	382'800	384'700	386'600
Waldrat und zentrale Aufgaben	21'300	21'300	21'300	21'300
Der Globalkredit beträgt	1'843'700	1'910'700	1'919'400	1'928'200

Landwirtschaftsamt 360 Staatsbeiträge

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– Aviforum, Beitrag zur Förderung der Geflügelzucht (Leistungsvereinbarung bis 2015)	–19'900	0	0
– Verwaltungskosten Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft: Verrechnung nach Aufwand, höherer Entschädigungsansatz	+16'000	+16'400	+16'200
– Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss AP14-17	+6'780'000	0	+5'710'000
– Vernetzungsbeiträge gemäss AP14-17 . .	+800'000	+600'000	+400'000
– Beiträge für Verhütungsmassnahmen gegen Wildschäden	+50'000	0	0
– Beiträge an die Erarbeitung von Vernet- zungsprojekten im Rahmen der AP14-17 .	+100'000	0	0
– Beiträge an Strukturverbesserung: Entlastungsprogramm 2013	–100'000	0	0
Total	+7'626'100	+616'400	+6'126'200

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
82	2150 Landwirtschaftsamt (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
	Auf Anfang der nächsten Agrarpolitik-Periode 2018–2021 wird der Bund die Ansätze für Landschaftsqualitätsbeiträge voraussichtlich erhöhen, was zu Mehrausgaben führt. Diese und auch die Vernetzungsbeiträge finanziert der Bund zu 90% (siehe Konto 2150.460).			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Landschaftsqualitätsbeiträge (LQB)			
	Bundesanteil	+6'100'000	0	+5'140'000
	– Vernetzungsbeiträge Bundesanteil	+720'000	+540'000	+360'000
	Total	+6'820'000	+540'000	+5'500'000
83	2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG			
	301 Besoldungen			
	Wegfall der bis ins Jahr 2016 befristeten Anstellung von Fachpersonal für die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge sowie für die Kontrolle von Biodiversitätsförderflächen.			
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	Geringerer Aufwand bei Ersatzanschaffungen von Maschinen und Fahrzeugen.			
83	2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei			
	435 Verkaufserlöse			
	Erneuerung von Ausweisen für die acht Jahre dauernde Pachtperiode ab 1. April 2016.			
84	2409 Jagdrechnung (SF)			
	342 Ertragsanteile der Gemeinden			
	Entfällt ab 2016 gemäss Jagdgesetzrevision.			
	410 Regalien			
	Reduktion ab 2016 gemäss Jagdgesetzrevision.			
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	Entfällt ab 2016 gemäss Jagdgesetzrevision.			
84	2451 Standortförderung	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	301 Besoldungen			
	Die Projektleitung für den Netzwerkstandort Ost des Nationalen Innovationsparks (NIP) wurde bis Ende 2016 befristet und fällt deshalb ab dem Jahr 2017 weg.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Ausgaben für den Betrieb von RhySearch gemäss Businessplan	+500'000	0	0
	– Weniger Bundesgelder für Umsetzung Neue Regionalpolitik (saldoneutral, siehe Konto 2451.460)	–1'481'100	0	0
	– Abnehmende Zinskostenbeiträge durch Amortisation bestehender Bundesdarlehen	–44'300	0	–113'300
	Total	–1'025'400	0	–113'300
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Weniger Bundesgelder für Umsetzungsprogramm Neue Regionalpolitik (saldo-neutral, siehe Konto 2451.360)	–1'481'100	–160'000	0
	Total	–1'481'100	–160'000	0

- 85 **2455 Arbeitslosenversicherung**
Da die Verwaltungskosten für den Rechnungsabschnitt 2455 Arbeitslosenversicherung vom Bund (SECO) refinanziert werden, sind sie für den Kanton kostenneutral. Aus diesem Grund wird hier auf die Abweichungsbegründung einzelner Kontengruppen verzichtet. Jedoch hat der Kanton einen Beitrag an den Bund auszurichten (siehe Konto 2455.350), als finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Art. 92 Abs. 7bis AVIG) und die arbeitsmarktlichen Massnahmen (Art. 59d AVIG). Die Gesamtbeiträge aller Kantone an den Bund machen 0.053 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme aus. Der Verteiler innerhalb der Kantone basiert auf der Anzahl kontrollierter Tage der Arbeitslosigkeit.
- 86 **2456 Arbeitslosenkasse**
Für den Rechnungsabschnitt 2456 Arbeitslosenkasse refinanziert grundsätzlich der Bund (SECO) die Verwaltungskosten. Darum wird hier auf die Abweichungsbegründung einzelner Kontengruppen verzichtet. Für die Arbeitslosenkasse hat das Volkswirtschaftsdepartement seit dem Jahr 2009 mit dem Bund eine pauschalisierte Leistungsentschädigung vereinbart, die sich nach der Anzahl und Art der erbrachten Leistungen richtet. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Aufwand und der Entschädigung des Bundes kann für den Kanton zu einem Gewinn oder einem Verlust führen. Aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren und der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung ist ein Gewinn von Fr. 900'000 pro Jahr budgetiert.
- 86 **2458 Tourismusrechnung (SF)**
318 Dienstleistungen und Honorare
Die Kosten für Messeauftritte fallen geringer aus.
360 Staatsbeiträge
Im Jahr 2015 laufen einige Projekte aus.
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen
Siehe Konto 2458.318.

3 Departement des Innern

87 3050 Sozialwerke des Bundes

360 Staatsbeiträge

Kinderzulagen Nichterwerbstätige: Nach der starken Zunahme der Anzahl Bezüger in den Jahren 2009–2013 rechnet die SVA mit einer eher moderaten Entwicklung (5%) in den Folgejahren.

87 3051 Ergänzungsleistungen

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Kostenvergütungen des Kantons auf der Basis einer Fallpauschale decken die Aufwendungen für die Durchführung der Ergänzungsleistungen seit 2012 trotz steigender Fallzahlen nicht vollständig. In Absprache mit dem FD und der SVA (siehe RRB 410 vom 24. Juni 2014) wird aufgrund der hohen Volatilität im EL-Bereich ab 2015 von der pauschalen Kostenvergütung abgesehen.

360 Staatsbeiträge

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– Ergänzungsleistungen zur AHV	+2'911'000	+2'942'400	+4'539'000
– Ergänzungsleistungen zur IV	–153'400	+834'600	+1'816'500
– Ausserordentliche Ergänzungsleistungen	–592'000	–700'000	–5'530'000

Total	+2'165'600	+3'077'000	+825'500
------------------------	-------------------	-------------------	-----------------

Ausserordentliche Ergänzungsleistungen:

Weil die Vermögensgrenzen für den Anspruch auf ausserordentliche Ergänzungsleistungen an die Vermögensfreigrenzen des eidg. ELG gekoppelt sind, haben die ausserordentlichen Ergänzungsleistungen als Folge der Erhöhung der Vermögensfreigrenzen im eidg. ELG per 1. Januar 2011 laufend und stark zugenommen.

Eine Entlastung bringt die geplante Streichung der ausserordentlichen Ergänzungsleistungen ab 2016 (Sparpaket III, Massnahme E16).

460 Beiträge für eigene Rechnung

Der Bund beteiligt sich an den ordentlichen Ergänzungsleistungen zur AHV mit rund 28% und zur IV mit rund 38%. Die Beiträge an die ordentlichen Ergänzungsleistungen steigen, weshalb sich die entsprechenden Bundesbeiträge erhöhen.

87 3052 Pflegefinanzierung

360 Staatsbeiträge

Das Bezügerwachstum je Pflegestufe ist sehr unterschiedlich und von Jahr zu Jahr stark schwankend. Gleiches gilt für die Kostenentwicklung je Pflegestufe. Dies macht die Prognostizierung der zukünftigen Entwicklungen insgesamt schwierig. Nach wie vor ist davon auszugehen, dass noch nicht alle Personen mit Anspruch auch tatsächlich die Leistung beziehen. Dies wird für das Budget 2015 berücksichtigt. Darauf aufbauend erfolgen die Hochrechnungen ab dem Jahr 2016. Darin berücksichtigt ist die Erreichung des Kostendachs in gewissen Pflegestufen und ein gebremstes Bezügerwachstum, da anzunehmen ist, dass sich auch eine Verlagerung auf ambulante Angebote ergibt.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Die Gemeinden zahlen seit dem 1. Januar 2014 die Kosten der Pflegefinanzierung. Da die Kosten steigen, erhöht sich auch die Rückzahlung.

3150 Amt für Gemeinden**318 Dienstleistungen und Honorare**

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– Projektkosten (einmalig)	+140'000	0	0
– Aufträge an Dritte	–24'700	0	0
Total	+115'300	0	0

Im Jahr 2016 werden teilnehmerfinanzierte GPK-Kurse für die neue Amtsdauer 2017–2020 und RMSG-Kurse (RMSG=Rechnungsmodell St.Galler Gemeinden) für Finanzverantwortliche durchgeführt. Der Aufwand aus dem Jahr 2015 für die externe Unterstützung beim Wirksamkeitsbericht 2016 fällt weg.

347 Finanz- und Lastenausgleich

– Sonderlastenausgleich Weite: voraussichtliche Zunahme der Strassenkilometer zuzüglich Teuerung (Entwicklung)	+360'000	0	0
– Sonderlastenausgleich Schule: voraussichtliche Zunahme der Schülerzahlen in den Agglomerationen, dadurch geringe Differenz zwischen unter- und überdurchschnittlichen Schülerzahlen	–1'740'000	–1'500'000	–1'000'000
– Soziodemographischer SLA: hohe Kostendynamik und unterschiedliche Belastung der Gemeinden	+1'500'000	+1'000'000	+1'000'000
– Sonderlastenausgleich Stadt: Teuerung	+90'000	+50'000	+50'000
– Übergangsausgleich: jährliche Senkung Mittelbedarf der politischen Gemeinde Degersheim	–200'000	–300'000	0

360 Staatsbeiträge

– Staatsbeiträge	+100'000	0	0
----------------------------	----------	---	---

Erfahrungsgemäss werden Strukturreformprojekte (Gemeindevereinigungen, Inkorporationen) oft im Jahr der Erneuerungswahlen abgeschlossen, wodurch sich der Mittelbedarf erhöht.

436 Kostenrückerstattungen

– Kostenrückerstattung	+115'000	0	0
----------------------------------	----------	---	---

Im Jahr 2016 werden teilnehmerfinanzierte GPK-Kurse für die neue Amtsdauer 2017–2020 und RMSG-Kurse für Finanzverantwortliche durchgeführt.

3200 Amt für Soziales**360 Staatsbeiträge**

Kinder- und Jugendheimaufenthalte, IVSE A: Insbesondere teure Platzierungen in inner- und ausserkantonalen Spezialeinrichtungen nehmen zu. Jährlicher Mengenzuwachs von rund 1'000 Aufenthaltstagen (+1.6%) und durchschnittliche Kostensteigerung von rund 3% jährlich (insbesondere aufgrund erhöhter Betreuungsintensität) führen zu jährlichem Beitragswachstum.

Betriebsbeiträge an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, IVSE B: Jährliche Mehraufwendungen aufgrund der Zunahme von Aufenthalten in inner- und ausserkantonalen Einrichtungen.

436 Kostenrückerstattungen

Ab 2017 Wegfall der Besoldungsrückerstattung für die vom Bund refinanzierte, bis 2016 befristete Stelle im Kompetenzzentrum für Integration und Gleichstellung (KIG).

3250 Amt für Kultur

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
301 Besoldungen			
– Besoldungen	+159'300	0	+122'900
Mit dem neuen Bibliotheksgesetz, in Kraft ab 2014, wird ab 2016 die Fachstelle Bibliotheken in der Kantonsbibliothek aufgestockt. Ab 2018 wird je ein 50%-Stelle für die Archäologie (Betreuung Grabungen und Sicherung Funde) und Denkmalpflege (Bauberatung, -begleitung) beantragt.			
309 Anderer Personalaufwand			
– Anderer Personalaufwand	+237'400	0	0
Die Zunahme des Personalaufwands ist auf Neuerungen mit Blick auf das neue Planungs- und Baugesetz bzw. den Entflechtungsauftrag in der Denkmalpflege zurückzuführen.			
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
– Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	+100'000	–100'000	+30'000
2016 Anschaffung einer zeitgemässen audiovisuellen Infrastruktur und damit weitere Etablierung des Staatsarchivs als Kompetenzzentrum für Bildarchiv und Digitalisierung des audiovisuellen Erbes. 2018 Ersatz des Lieferwagens der Archäologie.			
312 Informatik			
– Informatik-Betriebskosten	+52'200	+7'500	+7'500
– Informatik-Investitionskosten	+184'000	+120'000	+520'000
Total	+236'200	+127'500	+527'500
<p>Auf das Jahr 2015 geplant und in den Folgejahren weitergeführt: Staatsarchiv: Zugriff auf digitale Daten im Rahmen der Langzeitarchivierung, diverse Kleinstvorhaben in den Abteilungen; Kantonsbibliothek: Erweiterung RFID-Systems (erste Implementierung 2014); Amtsleitung: Releasewechsel der zentralen Fachanwendung Scope. 2017 Staatsarchiv: Konzept bzw. Pilotphase Digitalisierung Ratsprotokolle; Amtsleitung/Kulturförderung: Vereinfachte Auslehnung aus Kunstinventar, Gesuchsverwaltung Kulturförderung (Online-Einreichung). 2018 Staatsarchiv Digitalisierung der Ratsprotokolle (1.Etappe).</p> <p>Die zusätzlichen Informatikvorhaben führen im Folgejahr zu zusätzlichen Betriebskosten.</p>			
318 Dienstleistungen und Honorare			
– Dienstleistungen und Honorare	+172'700	+50'000	+10'000
Archäologie und Denkmalpflege: Ab dem Jahr 2015 weitere Intensivierung in den Bereichen Bauuntersuchungen, Baubegleitungen, aber auch Dokumentationen des baugeschichtlichen und archäologischen Kulturgutes.			
360 Staatsbeiträge			
– Laufende Beiträge	+98'000	+488'500	+509'000
– Investitionsbeiträge	–520'000	0	0
Total	–422'000	+488'500	+509'000

Der Jahresbeitrag an die Genossenschaft Konzert und Theater unterliegt den Besoldungsänderungen für das Staatspersonal. Im Budget 2015 wie auch in der Aufgaben- und Finanzplanung 2016–2018 wird vorerst die individuelle Besoldungsänderung berücksichtigt. Die Entlastungsmassnahme E22 (LB 3.14 Kulturelles Erbe pflegen und vermitteln) sieht eine Streichung der Staatsbeiträge der Denkmalpflege an Objekte von kommunaler Bedeutung vor (2015 einlaufend Fr. 160'000, ab 2016 Fr. 680'000). Ab dem Jahr 2017 Berücksichtigung eines Jahresbeitrags an die Dauerausstellung der Kantonsarchäologie im Historischen und Völkerkundemuseum (+ Fr. 250'000), Erhöhung des Jahresbeitrags an die Klangwelt für das Klanghaus Toggenburg um Fr. 100'000 ab 2017 und weitere Erhöhung um Fr. 190'000 ab 2018, dies ist abhängig von der Planung und Entscheidung im Kantonsrat und später von der Volksabstimmung. Etablierung einer weiteren Kulturplattform im Linthgebiet. 2018 weitere Anpassungen bei den Jahresbeiträgen der grösseren Kulturinstitutionen (Fr. 219'900), insbesondere Texilmuseum.

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
90	3259 Lotteriefonds (SF)			
	382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen			
	– Zuweisung an Spezialfinanzierungen	–14'300	–133'200	–83'500
	Einlage in bzw. Ausgabe aus dem Lotteriefonds (Ausgleich des Rechnungsabschnitts 3259).			

90 **3400 Konkursamt**
312 Informatik
Auf das Jahr 2015 war die Ablösung der Fachapplikation «KA-Soft» vorgesehen, welche im Jahre 2000 entwickelt wurde. Es ist vorgesehen, zur Ermittlung der Anforderungen und Evaluation eine Vorstudie durchzuführen. Die Vorstudie ist für das Jahr 2014 vorgesehen. Die Ablösung wird nachfolgend gestützt auf die Ergebnisse der Vorstudie vorgenommen. Das Projekt wird nun jedoch auf das Jahr 2016 verschoben.

4 Bildungsdepartement

- 92 **4000 Generalsekretariat BLD**
312 Informatik
Ergänzung der Software Kompass im Jahr 2016: Einführung von digitalen Dossiers, damit eine möglichst medienbruchfreie Bearbeitung der Stipendengesuche realisiert werden kann.
- 92 **4003 Ausbildungsbeihilfen**
360 Staatsbeiträge
Stipendien: Verzicht auf den Zuschlag für zusätzliche Lebenshaltungskosten (Massnahme E27 des EP 2013).
- 93 **4050 Amtsleitung AVS**
301 Besoldungen
Nach dem Entscheid des Kantonsrates auf eine flächendeckende obligatorische Schulevaluation in der Volksschule zu verzichten (Massnahme E28bis des EP 2013), ist für die Schulaufsicht eine Ersatzlösung zur Gewinnung von Steuerungswissen und zur Sicherung der Schulqualität notwendig.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Herstellung eines Nachschlagewerkes «Handreichungen Volksschule» für alle Schulträger, Schulverwaltungen und Lehrpersonen im Jahr 2016 (Zusammenfassung und Aktualisierung von verschiedenen Handreichungen, Hilfsmitteln, Merkblättern etc.).
318 Dienstleistungen und Honorare
Wegfall temporärer Mehraufwendungen für die Einführung des neuen Finanzierungsmodells des Sonderpädagogik-Konzepts (ab 2016) und für die Einführung des Lehrplans 21 (ab 2017).
360 Staatsbeiträge
Ab 2016: Verzicht auf den Staatsbeitrag an die kath. Kantonssekundarschule (Massnahme E28 des EP 2013).
- 93 **4051 Lehrmittelverlag**
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Mehrausgaben für die Einführung des Lehrplans 21.
- 93 **4052 Weiterbildung Schule**
318 Dienstleistungen und Honorare
Bis zur Einführung des Lehrplans 21 vorübergehend mehr Kurse.
- 94 **4053 Sonderschulen**
360 Staatsbeiträge
2015 bis 2018: Jährliche Besoldungsanpassungen von 0.5 %.
2016 und 2017: Mehraufwand für den Aufbau der behinderungsspezifischen Dienste für die Begleitung von behinderten Kindern in der Volksschule.
Ab 2016: Wegfall der Übergangsfinanzierung NFA für die Logopädieabklärungen der Schulpsychologischen Dienste des Kantons und der Stadt St.Gallen.
436 Kostenrückerstattungen
Aufgrund der Einführung des Sonderpädagogik-Konzeptes (Finanzierungsmodell) sind im Jahr 2015 letztmals Rückzahlungen zu erwarten.

- 94 **4150 Amtsleitung ABB**
312 Informatik
 2015 und 2016: Investitionskosten für die Software «Kompass 3 Upgrade» und «Kompass Folgeprojekt 2015». Die Software unterstützt Berufsbildungsämter im Vollzug des Berufsbildungsgesetzes und dient zur Unterstützung in den Bereichen Lehraufsicht, Lehrabschlussprüfungen, Berufsberatung, Kurswesen, Rechnungswesen, Beitragswesen, Stipendien und Studiendarlehen.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
 Höhere Bundesbeiträge gemäss Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2013 bis 2016.

95	4152	Berufliche Grundbildung	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	360	Staatsbeiträge			
		– Berufsfachschulen	+164'300	0	0
		Anpassung an die periodengerechte Verbuchung.			
		– Überbetriebliche Kurse	0	0	0
		– Qualifikationsverfahren	+95'000	0	0
		– Bildung der Bildungsverantwortlichen . . .	0	0	0
		Total	+259'300	0	0

- 95 **4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung**
360 Staatsbeiträge
 2015: Annäherung an die periodengerechte Verbuchung der Beiträge.

- 95 **4156 Berufsfachschulen**
301 Besoldungen
 Abbau der Lektionensaldi in den Jahren 2014 bis 2016. Rückgang der Anzahl Lernenden infolge der demographischen Entwicklung.
- 303 Arbeitgeberbeiträge**
 Siehe Begründung zu Konto 4156.301.
- 310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen**
 2015: Ersatzbeschaffungen von Informatik-Lehrmitteln am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen und am Berufs- und Weiterbildungszentrum Rorschach-Rheintal.
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
 Tieferer Sanierungsaufwand am Kaufmännischen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen.
- 433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren**
 Berufs- und Weiterbildungszentrum Rorschach-Rheintal: Höhere Schulgeldeinnahmen im Bereich der Weiterbildung.
- 451 Rückerstattungen der Kantone**
 Rückgang der ausserkantonalen Lernenden aufgrund der demographischen Entwicklung.
- 481 Entnahme aus Rückstellungen**
 Abbau der Lektionensaldi der Lehrpersonen. Mehraufwand in Konto 4156.301.

4205 Mittelschulen**301 Besoldungen**

Entwicklung der Lehrerbesoldungen aufgrund der mutmasslichen Klassenzahlen:
B 2015: 211.3 Klassen und Auszahlung Überdotationen von ca. 2.4 Mio. Franken.

AFP 2016: 210.4 Klassen.

AFP 2017: 204.6 Klassen.

AFP 2018: 201.6 Klassen.

303 Arbeitgeberbeiträge

Siehe Begründung zu Konto 4205.301.

311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge

Einmalige Kosten im Jahr 2015 für die Möblierung der Aula der Kantonsschule am Brühl St.Gallen und die Anschaffung von Geräten für den Kraftraum der Kantonsschule Heerbrugg.

451 Rückerstattungen der Kantone

Rückgang der ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler an den St.Galler Mittelschulen.

481 Entnahme aus Rückstellungen

2015: Abbau der Lektionensaldi der Lehrpersonen.

4231 Universitäre Hochschulen**360 Staatsbeiträge**

– Private Institutionen; Hochschulen

(SWITCH)

Veränderung
AFP 2016Veränderung
AFP 2017Veränderung
AFP 2018

+1'000

+1'000

+1'000

Anpassung der durch die Kantone finanzierten
Stiftungskomponente.

– Universität St.Gallen: Staatsbeitrag brutto.

Jährlich 0.5 % Besoldungsanpassungen.

Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesserung

des Betreuungsverhältnisses. Erhöhung

des Beitrags an die Grundlagenforschung.

Bezug des neuen Institutsgebäudes

Müller-Friedberg-Strasse.

– Beiträge aufgrund der Interkantonalen

Universitätsvereinbarung IUV

+3'040'700

+600'000

+370'000

+570'000

+600'000

+600'000

Mehr Studierende aus dem Kanton

St.Gallen an ausserkantonalen Univer-

sitäten.

Total

+3'611'700**+1'201'000****+971'000****460 Beiträge für eigene Rechnung**

– Bundesbeiträge

Höhere Bundesbeiträge gemäss Auskunft

des Staatssekretariates für Bildung,

Forschung und Innovation (SBFI).

– IUV-Beiträge

Mehr ausserkantonale Studierende an der

Universität St.Gallen.

+1'470'000

+280'000

+170'000

+220'000

+320'000

+200'000

Total

+1'690'000**+600'000****+370'000**

4232 Fachhochschulen**360 Staatsbeiträge**

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– Konkordats-Fachhochschulen	+2'225'800	+1'662'200	+509'300
<p>FHS: Nachfolgelösung für die Pavillons Kreuzbleiche ab Herbst 2016: Miet- und Nebenkosten bzw. Amortisation sowie einmalige Ausbaurkosten. Neuer Studiengang Wirtschaftsingenieur (einlaufend ab Herbst 2014). Studierendenwachstum in den Bereichen Wirtschaft, Soziale Arbeit und Gesundheit.</p> <p>HSR: Aufbau von Schulungslabors für Praktikas der Studiengänge. Infrastruktur und Betrieb des neuen Forschungszentrums ab 2016. Ausbau der erweiterten Mietflächen Eichwies für den Bereich Technologietransfer. Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesserung des Betreuungsverhältnisses sowie Sicherstellung der Informatik-Dienstleistungen.</p> <p>FHS/HSR/NTB: Jährlich 0.5 % Besoldungsanpassungen.</p>			
– Pädagogische Hochschule St.Gallen	+1'552'300	0	0
<p>Ausbau des Lehrkörpers zufolge der höheren Studierendenzahlen sowie zur Verbesserung der Qualität in Lehre und Forschung. Höhere Informatikbetriebskosten. Mindereinnahmen bei den FHV-Beiträgen zufolge Rückgang der ausserkantonalen Studierenden.</p>			
– Ausserkantonale Fachhochschulen	+765'000	+1'070'000	+1'100'000
<p>Mehr st.gallische Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen.</p>			
Total	+4'543'100	+2'732'200	+1'609'300

5 Finanzdepartement

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
99	5050 Personalamt			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	–350'000	0	0
	Wegfall Investitionskosten E-Dossier (–Fr. 450'000), Umsetzung IT-Strategie (+ Fr. 100'000).			
	– Informatik-Betriebskosten	+93'000	0	0
	Betrieb E-Dossier (+Fr. 106'000); Ein- sparungen aufgrund E-Lohndocuments (–Fr. 13'000).			
	Total	–257'000	0	0
100	5051 Amt für Finanzdienstleistungen	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	301 Besoldungen			
	Zur Umsetzung und Bewältigung von zusätzlichen Aufgaben aus der IT-Strategie für die Querschnittsaufgaben des Finanzdepartements wird mit einer zusätzlichen Stelle gerechnet.			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+420'000	–255'000	–100'000
	– Informatik-Betriebskosten	–4'800	+11'700	+31'700
	Total	+415'200	–243'300	–68'300
	Diverse Informatikprojekte im Umfeld der Fachapplikation SAP-ERP auf Basis der In- formatik-Strategie Querschnittsbereiche Finanzdepartement (u.a. Archivierung Phase II, eRechnung, MIS etc.). Durchführung eines Audits der Fachapplikation SAP-ERP im 3-Jahres-Rhythmus.			
100	5052 Risk Management			
	319 Anderer Sachaufwand			
	Die Fälle aus der Eigenfinanzierung der Spitalhaftpflichtversicherung ab 2012 gelangen mit der Zeit sukzessive zur Auszahlung (+Fr. 150'000). Kosten für die Schadenregulie- rung (+Fr. 10'000). Leichte Zunahme der Schadenkosten in der Grundversicherung (+Fr. 31'000).			
	381 Zuweisung an Rückstellungen			
	Mit anziehenden Schadenzahlungen (+Fr. 150'000) der eigenfinanzierten Fälle in den nächsten Jahren gelangen immer weniger Mittel in die Rückstellung. Zudem wird damit gerechnet, dass die Spitäler weitere 50-Stellenprozente ab 2016 übernehmen werden (+Fr. 54'000/Aufträge an Dritte), wodurch sich die Fondseinlagen reduzieren.			
100	5054 Dienst für Informatikplanung	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+121'000	–305'000	–445'000
	Für die Jahre 2016 bis 2018 sind Projekt- fortsetzungen wie der Ersatz der Telefonie (Fr. 1'800'000), Einführung Business Intel- ligence / Datawarehouse (Fr. 800'000) sowie Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 540'000) geplant.			

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
100	5054 Dienst für Informatikplanung (Fortsetzung)			
	312 Informatik (Fortsetzung)			
	– Informatik-Betriebskosten	–1'022'100	+890'000	–570'000
	Für das Jahr 2017 sind eine Server-Migration im Bereich Enterprise Content Management (Fr. 340'000) und ein zwingend notwendiger Release-Wechsel (in Abhängigkeit zum Projekt APZ 2015) im Bereich Content Management System (Fr. 500'000) geplant.			
	Total	–901'100	+585'000	–1'015'000

438 Eigenleistungen für Investitionen
 Ab dem Jahr 2016 entfällt die Entschädigung zur Entlastung der Personalkosten (Service Manager) aus dem Sonderkredit APZ.

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
101	5100 Amtsleitung KStA			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+233'000	+1'600'000	–950'000
	– Informatik-Betriebskosten	+785'100	+319'400	+301'600
	Total	+1'018'100	+1'919'400	–648'400

2016 und 2017 Zunahme aufgrund der Aufschiebung von Investitionsprojekten infolge der Sparmassnahmen sowie Neubetrieb von zwei grossen Fachapplikationen, was zu höheren Betriebskosten führt.

	352 Entschädigungen an Gemeinden			
	– Grundaufwandentschädigung Gemeinden Annahme: Zuwachs von 3'600 Fällen pro Jahr à Fr. 30.–.	+108'000	+108'000	+108'000
	– Veranlagungsentschädigung Gemeinden Einsparung aufgrund Einführung eDesk-Veranlagungsunterstützung (–Fr. 300'000; Massnahme K35, Sparpaket II). Zusätzlich wird ein jährlicher Zuwachs von 2'000 Fällen berücksichtigt (+Fr. 50'000). Ab 2016 gehen aufgrund einer Gesetzesänderung rund 7'000 Fälle von der Abteilung Quellensteuer zur Hauptabteilung Natürliche Personen über. Unter der Annahme, dass 80 Prozent durch die Gemeinden veranlagt werden, führt dies zu Mehrkosten von Fr. 130'000.	–120'000	+50'000	+50'000
	Total	–12'000	+158'000	+158'000

102	5105 Kantonale Steuern			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Die Bezugsprovisionen der Quellensteuer widerspiegeln die Entwicklung des Quellensteuerertrages. Die Bezugsprovision beträgt nicht genau 3 Prozent des Bruttoertrages, da verschiedene Faktoren wie ergänzende ordentliche Veranlagungen, Ermessensveranlagungen und Netto-Zuweisungen aus anderen Kantonen zu Abweichungen führen.			

5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)Veränderung
AFP 2016Veränderung
AFP 2017Veränderung
AFP 2018**340 Ertragsanteile des Bundes**

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

341 Ertragsanteile der Kantone

Die Ertragsanteile der Kantone aus den Quellensteuern ergeben sich aufgrund interkantonaler Verrechnungen. Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

342 Ertragsanteile der Gemeinden

– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+10'400'000	+8'100'000	+8'500'000
– aus Quellensteuern	+2'000'000	+2'100'000	+2'100'000
– aus Grundstückgewinnsteuern	+1'090'000	+900'000	+900'000

Total	+13'490'000	+11'100'000	+11'500'000
------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile der Gemeinden gemäss Finanzplan 2016 gegenüber dem Budget 2015 um 13.5 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2016 und dem Finanzplan 2017 beträgt die Erhöhung 11.1 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2017 und dem Finanzplan 2018 ergibt sich eine Erhöhung von 11.5 Mio. Franken.

344 Ertragsanteile Dritter

– aus Quellensteuern	+100'000	+100'000	+100'000
– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+1'800'000	+1'400'000	+1'500'000

Total	+1'900'000	+1'500'000	+1'600'000
------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Die Ertragsanteile Dritter beinhalten jenen Anteil an den Gewinn- und Kapitalsteuern, der an die mit hohen Steuern belasteten Kirchgemeinden fällt (22.5 Prozent der festen Zuschläge von 220 Prozent der einfachen Steuer) sowie den Fiskalausgleich an Österreich von 12.5 Prozent des Steueraufkommens von österreichischen Grenzgängern in privatrechtlichem Arbeitsverhältnis.

Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Insgesamt erhöhen sich die Ertragsanteile Dritter im Finanzplan 2016 gegenüber dem Budget 2015 um 1.9 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2016 und dem Finanzplan 2017 erhöhen sich die Ertragsanteile um 1.5 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2017 und dem Finanzplan 2018 ergibt sich eine Erhöhung von 1.6 Mio. Franken.

400 Einkommens- und Vermögenssteuern

– Sollbetrag Jahressteuern	+41'600'000	+28'000'000	+28'300'000
– Sollbetrag Nachzahlungen	+7'700'000	+1'900'000	+2'000'000

Total	+49'300'000	+29'900'000	+30'300'000
------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2014 sowie der angenommenen Einkommens- und Vermögensveränderungen wird für den Finanzplan 2016 mit einem Einkommenszuwachs von 1.5 Prozent (progressionsbereinigt 2.25 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 3.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Budget 2015 um 7.7 Mio. Franken. Für den Finanzplan 2017 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1.75 Prozent (progressionsbereinigt 2.5 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 3.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im Finanzplan 2017 gegenüber dem Finanzplan 2016 um 1.9 Mio. Franken; im Finanzplan 2018 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von ebenfalls 1.75 Prozent (progressionsbereinigt 2.5 Prozent) und einem Vermögenszuwachs von wiederum 3.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im Finanzplan 2018 gegenüber dem Finanzplan 2017 um 2.0 Mio. Franken.

102	5105	Kantonale Steuern (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
		401 Gewinn- und Kapitalsteuern			
		– Sollbetrag Kantonssteuern	+9'200'000	+7'200'000	+7'500'000
		– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+17'500'000	+13'700'000	+14'400'000
		Total	+26'700'000	+20'900'000	+21'900'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2014 sowie der angenommenen Gewinnveränderungen wird für den Finanzplan 2016 mit einem Gewinnzuwachs von 5.0 Prozent gegenüber dem Budget 2015 gerechnet. Für den Finanzplan 2017 und 2018 wird ebenfalls mit einem Gewinnzuwachs von je 5.0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

402 Quellensteuern

Beim Quellensteuer-Ertrag auf Erwerbseinkünften von natürlichen Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz wird gemäss mutmasslicher Rechnung 2014 für den Finanzplan 2016 mit einer Erhöhung gegenüber dem Budget 2015 um 2.0 Prozent gerechnet. Für den Finanzplan 2017 und 2018 wird ebenfalls mit einer Erhöhung von je 2.0 Prozent gerechnet.

403 Grundstückgewinnsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+1'000'000	+800'000	+900'000
– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+1'700'000	+1'800'000	+1'600'000
Total	+2'700'000	+2'600'000	+2'500'000

Die Immobilien- und Baubranche im Kanton St.Gallen befindet sich nach wie vor in einer positiven Entwicklung. Es ist jedoch eine Verlangsamung des Zuwachses zu erwarten. Für den Finanzplan 2016, 2017 und 2018 wird deshalb mit einem Wachstum von je 2.0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

102 **5106 Bundessteuern**

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Die zu erwartenden Anteile an der direkten Bundessteuer basieren auf kantonsinternen Berechnungen sowie bezüglich Zuwachsprognosen auf den Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes kann im Finanzplan 2016 mit einem Mehrertrag von 4.3 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2015 gerechnet werden. Im Finanzplan 2017 wird mit einem Mehrertrag von 5.8 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2016 gerechnet; im Finanzplan 2018 wird mit einem Mehrertrag von 4.9 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2017 gerechnet.

102 **5500 Vermögenserträge**

420 Vermögenserträge aus Post und Banken

Mehrertrag aufgrund steigender Zinsen.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Mehrertrag aufgrund steigender Zinsen sowie zusätzlicher Liquidität aufgrund der geplanten Fremdkapitalbeschaffungen.

425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens

Mehrerträge aufgrund eines Darlehens an die FHS St.Gallen (siehe Konto 5500.427) sowie zusätzlichen Darlehen an Behinderteneinrichtungen.

427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens

Es wird davon ausgegangen, dass das Gebäude «Bahnhof Nord» im Jahre 2016 an die FHS St.Gallen übertragen werden kann. In diesem Zusammenhang wird die aktuelle Übergangsnutzungsentschädigung hinfällig und durch einen Darlehenszins ersetzt (siehe Konto 5500.425).

103	5501	Passivzinsen			
	318	Dienstleistungen und Honorare	Aufgrund der Fälligkeit von Staatsanleihen im Rechnungsjahr 2018 fallen auch die Couponeinlösungskommissionen sowie die Abschreibung des Agios entsprechend tiefer aus.		
	320	Zins auf laufenden Verpflichtungen	Es wird bei gleichbleibenden Kontokorrentbeständen mit steigenden Zinsen gerechnet.		
	322	Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	Aufgrund des bevorstehenden Investitionsbedarfs muss das notwendige Fremdkapital beschafft werden, was zu einem entsprechenden Anstieg der Passivzinsen führt.		

103	5505	Abschreibungen	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	331	Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen			
		Kantonsstrassen	+5'267'300	+37'600'000	-29'980'200
		Hochbauten			
		– 2006–2015 Spital Linth, Erneuerung und Sanierung	-3'568'900	0	0
		– 2006–2015 Universität St.Gallen, Sanierung und Erweiterung	-7'849'800	0	0
		– 2008–2017 KS Sargans / BWZ Sarganserland, Erwerb und Erweiterung Sporthallen	0	-1'100	-1'527'900
		– 2008–2017 Kantonsspital St.Gallen, Neubau Institute für Pathologie und Rechtsmedizin	0	+100	-4'781'200
		– 2008–2017 Psych. Klinik Pfäfers, Neubau Zentrum für Alterspsychiatrie	0	+100	-3'622'100
		– 2009–2018 BWZ Rorschach-Rheintal in Altstätten, Erweiterung und Sanierung . . .	0	0	-100
		– 2016–2020 Lämmli Brunnenstrasse 54 St.Gallen, Innensanierung	+1'592'000	0	0
		– 2016–2020 Spital Wil, Umbau und Erweiterung Notfall/Labor/Verwaltung	+1'994'000	0	0
		– 2016–2025 KS Sargans, Teilabbruch und Erweiterung	+4'990'000	0	0
		– 2016–2025 Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	+2'367'300	0	0
		– 2016–2025 Psych. Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	+1'630'000	0	0
		– 2016–2025 Landw.Zentrum SG; Teilabbruch und Ersatzneubau der Landwirtschaftlichen Schule	+3'200'000	0	0
		– 2016–2040 Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	+2'400'000	0	0
		– 2016–2040 Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe)	+600'000	0	0
		– 2016–2040 Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung	+600'000	0	0
		– 2016–2040 Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	+600'000	0	0
		– 2016–2040 Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A/07B Neubau	+6'000'000	0	0
		– 2017–2021 Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	0	+1'600'000	0

Abschreibungen (Fortsetzung)**331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)****Hochbauten (Fortsetzung)**

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– 2017–2021 Polizeiposten Wil, Erwerb und Neubau	0	+1'200'000	0
– 2017–2041 Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	0	+1'600'000	0
– 2017–2041 Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe)	0	+800'000	0
– 2017–2041 Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung	0	+800'000	0
– 2017–2041 Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	0	+800'000	0
– 2018–2022 Strafanstalt Saxerriet, Neubau Unterhaltszentrum	0	0	+800'000
– 2018–2027 Klanghaus Toggenburg, Neubau	0	0	+2'100'000
– 2018–2027 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02	0	0	+1'100'000
– 2018–2027 Kantonsspital St.Gallen, Erneuerung Energiezentrale und Unter- stationen	0	0	+1'400'000
– 2018–2027 Theater St.Gallen, Umbau und Sanierung	0	0	+3'000'000
– 2018–2042 Spital Grabs, Erneuerung und Erweiterung	0	0	+800'000
– 2018–2042 Spital Linth, Erneuerung und Erweiterung (2. Etappe)	0	0	+1'400'000
– 2018–2042 Spital Wattwil, Erneuerung und Erweiterung	0	0	+800'000
– 2018–2042 Spital Altstätten, Erneuerung und Erweiterung	0	0	+1'000'000

Technische Einrichtungen

– 2007–2016 Kantonale Notrufzentrale, Ersatz Einsatzleitsystem	–288'200	0	0
– 2009–2018 Polycom Sicherheitsfunknetz	0	0	–3'700
– 2017–2026 Kantonspolizei, Ablösung Einsatzleitsystem mit Umsystemen kant. Notrufzentrale (ELIS)	0	+1'200'000	0

Investitionsbeiträge

– 2011–2015 Südostbahn, techn. Verbesse- rungen 2010	–731'700	0	0
– 2012–2016 Südostbahn, techn. Verbesse- rungen 2011	–100	–1'507'400	0
– 2012–2016 S-Bahn Zürich, 4. Teilergän- zung	–200	–644'700	0
– 2013–2017 Südostbahn, techn. Verbesse- rungen 2012	0	0	–1'742'600
– 2013–2017 Naturmuseum St.Gallen, Neubau	0	0	–1'400'000
– 2014–2018 Sprachheilschule St.Gallen; Neubau Mädchenhaus	0	0	–100
– 2016–2020 Südostbahn, Investitions- vereinbarung 2014	+796'000	0	0

103	5505	Abschreibungen (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	331	Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)			
		Investitionsbeiträge (Fortsetzung)			
		– 2016–2020 HGV-Verlängerung Goldach-Rorschach	+1'100'000	0	0
		– 2017–2021 Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2015	0	+754'200	0
		– 2017–2026 Geriatriische Klinik St.Gallen, Erneuerung	0	+2'500'000	0
		– 2018–2027 AP Ost, 1. Teilergänzung Infrastrukturbauten SBB	0	0	+3'600'000
		– 2018–2027 Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	0	0	+1'300'000
		Total	+20'697'700	+46'701'200	–25'757'900

103	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	312	Informatik			
		Informatik-Investitionskosten	–1'199'900	+3'170'500	+350'000
		Informatik-Betriebskosten	–4'500'000	0	0
		Total	–5'699'900	+3'170'500	+350'000

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2016–2018 sind die einzelnen Informatik-Investitionsvorhaben in den entsprechenden Ämtern, Abteilungen und Anstalten erfasst. Für das Jahr 2016 überschreitet diese Detailplanung den jährlichen Plafonds von 10.5 Mio. Franken für neue Informatikvorhaben um rund 1.2 Mio. Franken. Aus diesem Grund wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung erfasst. Um diesen Plafonds zu erreichen, wurde im Jahr 2017 eine pauschale Erhöhung von rund 3.2 Mio. Franken und im Jahr 2018 eine solche von rund 0.4 Mio. Franken erfasst. Bei den Informatik-Betriebskosten wurden die Auswirkungen des Sonderkredits «Arbeitsplatz der Zukunft» zentral eingestellt, d.h. Korrektur der dezentral in den Rechnungsabschnitten eingestellten Betriebskosten der alten Plattform «SBI2008» von –11.3 Mio. Franken sowie die erwarteten neuen Betriebskosten für den APZ von 5.9 Mio. Franken. Das ergibt netto einen Minderaufwand von 5.4 Mio. Franken. Im Rechnungsjahr 2015 fällt für zwei Monate bereits ein Minderaufwand von 0.9 Mio. Franken an.

347 Finanz- und Lastenausgleich

Aufgrund der allgemeinen Schätzungen der FkF wird für den Kanton St.Gallen mit einem leichten Rückgang des Anteils im Bereich des Härteausgleichs gerechnet.

426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsvermögens

Aufgrund der immer noch vorhandenen Unsicherheiten in der Abschätzung der Ertragsentwicklung der Schweizerischen Nationalbank wird ab dem Rechnungsjahr 2016 mit einem Ertragsanteil von 20 Mio. Franken, welcher der Hälfte des Normalanteils entspricht, gerechnet.

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Aufgrund der Schätzung der Eidgenössischen Steuerverwaltung werden die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer sowie der EU-Zinsbesteuerung jährlich leicht ansteigen.

447 Finanz- und Lastenausgleich

Aufgrund der allgemeinen Schätzungen der FkF wird für den Kanton St.Gallen mit einem leichten Anstieg des Anteils im Bereich des Ressourcenausgleichs gerechnet.

103 **5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge (Fortsetzung)**

488 Entnahme aus Eigenkapital

Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans wird jeweils keine Entnahme aus dem freien Eigenkapital geplant. Der Kantonsrat hat aber in der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2015–2017 beschlossen, dass die Massnahme Ü1 – «Finanzierung des Vergütungsanteils für stationäre Spitalbehandlungen» aus dem EP 2013 nicht über das besondere sondern über das freie Eigenkapital finanziert werden muss. Aus diesem Grund werden für das Jahr 2016 noch 17 Mio. Franken aus dem freien Eigenkapital bezogen. Im Bereich des besonderen Eigenkapitals wird wiederum mit einer jährlichen Tranche von 25.6 Mio. Franken gerechnet.

104 **5600 Allgemeiner Personalaufwand**

308 Pauschale Besoldungskorrekturen

	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
– Stufenanstieg netto 0.10 %	+621'000	+621'000	+621'000
– Beförderungskosten 0.40 %	+2'494'200	+2'494'200	+2'494'200
– pauschale Mittel für einmalige Reallohn- erhöhung	+10'300'000	0	0
Total	+13'415'200	+3'115'200	+3'115'200

Der Stufenanstieg führt zu einem jährlichen kumulativen Wachstum von 0.62 Mio. Franken. Das Gleiche gilt für den jährlichen Zuwachs der Beförderungsquote um 2.49 Mio. Franken. Der zentral budgetierte Sachverhalt «Verlängerung Lohnfortzahlung bei Krankheit» von 1.47 Mio. Franken wird in den Jahren 2016 bis 2018 fortgeschrieben. Ab 2016 wurden zudem pauschale Mittel für eine einmalige Realloohnerhöhung von total 10.3 Mio. Franken eingestellt (7.0 Mio. für Personalaufwand in der Zentralverwaltung, 3.3 Mio. für Institutionen, welche durch das BLD finanziert werden).

309 Anderer Personalaufwand

Die Personalbefragung findet alle drei Jahre statt (+Fr. 80'000). Die Verleihung Innovationspreis findet alle zwei Jahre statt (+Fr. 45'000).

6 Baudepartement

105	6000 Generalsekretariat BD			
	312 Informatik			
	Integration von Veränderungen am Baubewilligungsverfahren in die Prozess- und Statistiksoftware INGE; Redesign der Rechtsdatenbanksoftware DOMAS.			
106	6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation			
	301 Besoldungen			
	Ab 2016 eine Stelle zur Vorbereitung und Umsetzung des neuen kantonalen Richtplans und des neuen Planungs- und Baugesetzes. Ab 2017 eine weitere zusätzliche Stelle zur Vorbereitung und Umsetzung des neuen kantonalen Richtplans und des neuen Planungs- und Baugesetzes.			
	309 Anderer Personalaufwand			
	Ab 2016, Gesetzesvorhaben: ein Stellenbegehren im Zusammenhang mit dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster). Das Stellenbegehren zur Umsetzung der Geodateninfrastruktur SG sowie des Geoinformationsgesetzes wurde im Budget 2015 bereits gutgeheissen, siehe Kapitel 4.7.1 in der Botschaft zum Aufgaben- und Finanzplan 2016–2018.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	EP 2013, Massnahme E46 (Georeferenzierte Daten bereitstellen und amtliches Vermessungswesen garantieren); Effizienzsteigerung und Aufgabenreduktion im Bereich Vermessung und Geoinformation. EP 2013, Massnahme E66 Effizienz- und Produktivitätssteigerungen innerhalb der kantonalen Verwaltung.			
	360 Staatsbeiträge			
	Ab 2016 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB. Bundesbeiträge an den Betrieb rund 50%, siehe Konto 6050.460. Amtliche Vermessung: Auszahlungen Bundes- und Staatsbeiträge im Rahmen der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen.			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	Bundesbeiträge Betrieb ÖREB, siehe Konto 6050.360. Amtliche Vermessung: Bundesbeiträge aufgrund Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen.			
106	6100 Amtsleitung HBA	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	312 Informatik			
	Informatik Investition Immobilien-Management.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Projektierungskosten	+12'700'000	0	0
	489 Bevorschussungen			
	Gegenkonto Aktivierung Bevorschussung Projektierungskosten.			
107	6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften	Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
	313 Verbrauchsmaterialien			
	– Energieversorgung	+254'000	0	0
	– Heizmaterialien	+146'000	0	0
	Total	+400'000	0	0
	316 Mieten, Pachten und Benützungskosten			
	Veränderte Mietbedürfnisse.			

		Veränderung AFP 2016	Veränderung AFP 2017	Veränderung AFP 2018
107	6105			
	Verwaltung der Staatsliegenschaften (Forts.)			
	427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens			
	– Nutzungsentschädigung Heimstätten Wil .	–7'500	+84'500	+87'000
	– Nutzungsentschädigung Hochschulen . . .	–203'400	–67'800	+316'400
	– Nutzungsentschädigung Fachhochschulen	–212'400	–70'800	+106'200
	– Nutzungsentschädigung Spitalbauten . . .	–211'200	+2'395'600	+2'466'000
	– Nutzungsentschädigung Psychatriebauten	–76'600	+868'800	+894'200
	– Nutzungsentschädigung Laborbauten . . .	–2'000	+23'100	+23'900
	Total	–713'100	+3'233'400	+3'893'700
107	6106			
	Bauten und Renovationen			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Beitrag von Dritten.			
107	6150			
	Amtsleitung TBA			
	438 Eigenleistungen für Investitionen			
	Plafonierung Aufwandüberschuss Amtsleitung auf Fr. 1'500'000 gemäss Vorgabe Massnahmenpaket 1997, BD 04. Kürzungen aufgrund Sparpaket II und Massnahme E66 auf neu Fr. 1'100'000 ab 2015.			
108	6153			
	Kantonsstrassen			
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	Im Budget 2015 sind die Mittel für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten gemäss Sparvorgaben gekürzt. Der Finanzplan entspricht dem durchschnittlichen Bedarf der Mehrjahresplanung.			
	313 Verbrauchsmaterialien			
	Minderverbrauch von Bau- und Markierungsmaterialien.			
108	6154			
	Nationalstrassen			
	314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt			
	Der Aufwand variiert je nach Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen ASTRA. Die entsprechende Rückerstattung durch das ASTRA erfolgt im Konto 6154.450.			
	450 Rückerstattungen des Bundes			
	Mehrertrag aus Rückerstattungen des ASTRA gemäss Auftragsvolumen im Konto 6154.314.			
109	6156			
	Gewässer			
	314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt			
	Mehrjahresplanung der Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern. Die entsprechenden Gemeinde- und Bundesbeiträge sind im Konto 6156.460 geplant.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Mehraufwand bei externen Ingenieur- und Beratungsleistungen für Naturgefahrenprojekte.			
	360 Staatsbeiträge			
	Mehrjahresplanung der Beitragszusicherungen an Gemeinden für Wasserbauprojekte unter Berücksichtigung der Programmvereinbarungen mit dem Bund. Die entsprechenden Bundesbeiträge sind im Konto 6156.460 geplant. Der Aufgaben- und Finanzplan 2016–2018 ist durch die Massnahme E49 aus dem EP 2013 um jährlich Fr. 1'500'000 gekürzt.			
	439 Andere Entgelte			
	Geringere Auflösung von nicht beanspruchten zugesicherten Staatsbeiträgen.			

- 109 **6156 Gewässer (Fortsetzung)**
460 Beiträge für eigene Rechnung
Die Gemeinde- und Bundesbeiträge sind abhängig von den Wasserbauprojekten gemäss Konten 6156.314 und 6156.360.
- 110 **6159 Steinbruch Starkenbach**
318 Dienstleistungen und Honorare
Für Projektierungskosten «Projekt Starkenstein» ist weniger budgetiert. Diese Position wird über das Konto 6159.489 ausgeglichen.
489 Bevorschussungen
Ausgleich der Projektierungskosten «Projekt Starkenstein» gemäss Konto 6159.318.
- 110 **6200 Amt für Umwelt und Energie**
301 Besoldungen
Neue Stellen im Zusammenhang mit zusätzlichen Vollzugaufgaben aufgrund der Totalrevision der technischen Verordnung über Abfälle TVA.
312 Informatik
Die Software für die zentrale Verwaltung der Messdaten von Anlagen und Messstationen «MeDat» ist seit 2004 in Betrieb und hat strategische Bedeutung für das Amt. Die notwendige Erneuerung wurde bereits verschoben und ist nun in den Jahren 2016–2018 geplant.
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
2017: Gleichzeitig mit der Erneuerung der Strasse durch die Gemeinde Bad Ragaz wird das letzte Teilstück der Dorfbadleitung saniert (Zuständigkeit Kanton).
360 Staatsbeiträge
Auslaufende Verpflichtungen aus Zusicherungen an Abwasseranlagen bis 2016.

7 Sicherheits- und Justizdepartement

- 112 **7000 Generalsekretariat SJD**
312 Informatik
Im 2016 ist die Einführung eines Major-Release der Geschäftsverwaltung JURIS der Organe der Rechtspflege (OdR) geplant.
- 112 **7150 Migrationswesen**
312 Informatik
2016: Erweiterung des Online-Schalters für die Kontingentierungsprüfung sowie Gesamtprozessreview aller am Wegweisungsvollzug beteiligten Stellen.
2017: Ablösung der Vorlagenverwaltung.
2018: Prozessintegration und elektronischer Datenaustausch mit den Gerichten.
360 Staatsbeiträge
Reduktion der Rückforderung von Deutschkosten: Anpassung an die Rechnung der Vorjahre.
431 Gebühren für Amtshandlungen
Es werden weniger Bewilligungen erwartet.
- 113 **7151 Asylwesen**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Fahrzeuersatz in den Zentren.
- 113 **7152 Ausweisstelle**
431 Gebühren für Amtshandlungen
Es wird ein Rückgang bei den Ausweisen erwartet.
- 114 **7200 Amt für Justizvollzug**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Ersatzanschaffungen verschiedener Maschinen, Fahrzeuge und technischer Geräte vor allem in den Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben der Anstalten.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt
Einmalige Aufwendungen für Gebäude und Anlagen in der Strafanstalt Saxerriet in den Jahren 2016 und 2018 sowie im Jugendheim Platanenhof im Jahr 2017.
- 114 **7250 Kantonspolizei**
301 Besoldungen
Korpsausbau gemäss Bericht «Polizeiliche Sicherheit im Kanton St.Gallen» vom 14. Oktober 2014 (40.14.05) mit jeweils 15 zusätzlichen Stellen. Ab 2016 zwei zusätzliche Fachspezialisten im Bereich Digitale Forensik.
303 Arbeitgeberbeiträge
Begründung wie in Konto 7250.301.
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen
Einerseits gleiche Begründung wie in Konto 7250.301; andererseits werden im 2016 die zehnjährigen Unterzugswesten ersetzt sowie Grundausrüstungen für neue Grenadiere beschafft.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Generell: Ersatz bestehender Geräte und Fahrzeuge gemäss Fahrzeugkonzept und Altersstruktur sowie Neu- und Ersatzanschaffungen verschiedener technischer Geräte.
2017: Beteiligung an der Beschaffung eines Piranha Panzers innerhalb des Ostschweizer Polizeikonkordates (ostpol.ch) sowie Beschaffung eines zusätzlichen Gefangenewagens. 2018: Minderaufwand im Bereich Überwachung des Strassenverkehrs.

- 114 **7250 Kantonspolizei (Fortsetzung)**
- 312 Informatik**
2016 bis 2018: Ablösung des Vorgangs- und Falldatensystems (ABI). 2017 und 2018: Ersatz des KAPO-Personalinformationssystems sowie des Dienstplanungs- und Zeiterfassungssystems.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Umsetzung EP 2013 Massnahme E66.
- 437 Bussen**
Umsetzung EP 2013 Massnahme E52: Ab 2016 wird mit weniger Einnahmen gerechnet.
- 115 **7300 Strassenverkehr**
- 301 Besoldungen**
Die anteilmässige Sparvorgabe gemäss EP 2013 Massnahme E66, die bisher im Besoldungskredit umgesetzt wurde, wird ab dem Jahr 2016 vor allem in Konten des Sachaufwands weitergeführt (310: Büro- und Schulmaterial, Drucksachen; 313: Verbrauchsmaterialien; 318: Dienstleistungen und Honorare).
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Ersatz von Dienstfahrzeugen in den Prüfstellen im 2017.
- 312 Informatik**
2016: Einführung computerunterstützter Fahrzeugprüfung, Anbindung von Cari ans Kantonale Einwohnerregister, Ersatz der Drucker für die Erstellung der Führerausweise im Kreditkartenformat aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen. Anpassung von Cari an die Neuerungen im Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt. Automatisierte Mail-Verwaltung im Info-Center.
2017: Ersatz Statistikmodul zu Cari.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Mehreinnahmen aufgrund der zusätzlichen Verkehrsexperten.
- 116 **7301 Schifffahrt**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
2016: Revision der Rettungsboote in Unterterzen, Schmerikon und Rapperswil-Jona.
2017: Revision des Polizeibootes in Rorschach sowie Ersatz des Weidlings für den Linthkanal.
- 312 Informatik**
2016: Einführung der computerunterstützten Schiffsprüfung.
2018: Gesamtschweizerische Einführung des Schiffsführerausweises im Kreditkartenformat.
- 116 **7309 Strassenfonds (SF)**
- 406 Besitz- und Aufwandsteuern**
Voraussichtliche Zunahme des Fahrzeugbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen.
- 440 Anteile an Bundeseinnahmen**
Bundesbeiträge an der LSVA gemäss Angaben der Oberzolldirektion.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Anteil des Kantons St.Gallen am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil.
- 482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen**
Ausgleich der Unterdeckung des Strassenfonds.

- 116 **7352 Staatsanwaltschaft**
- 312 Informatik**
 2016–2018: Anpassungen der Applikation JURIS, der Schnittstellen zur Polizei und der Ermittlungslösung Wirtschaftsdelikte sowie Ersatzbeschaffungen von Hardware.
 2017: Projektierungskredit für die Ausdehnung der Anwendung Aktenscanning.
 2018: Die Nutzung der Anwendung Aktenscanning soll auf weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden. Projektierungskredit für die Ausdehnung der Anwendung i2-Analysetool.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
 Höhere Vollzugskosten Jugendlicher infolge erwarteter Zunahme der Fälle mit stationären und ambulanten Massnahmen.
- 117 **7400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 309 Anderer Personalaufwand**
 Umsetzung EP 2013 Massnahme E53 (Regionalisierung / Kantonalisierung des Zivilschutzes).
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
 Ab 2016 Mehraufwand für die Wartung von 230 Sirenen. Wird durch Konto 7400.430 Ersatzabgaben finanziert.
- 319 Anderer Sachaufwand**
 Begründung wie in Konto 7400.309.
- 360 Staatsbeiträge**
 Begründung wie in Konto 7400.309.
- 380 Zuweisung an Sondervermögen**
 Begründung wie in Konto 7400.309.

8 Gesundheitsdepartement

- 119 **8000 Generalsekretariat GD**
- 312 Informatik**
AFP 2018: Wegfall der Informatik-Investitionskosten in Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Patientendossiers.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**
AFP 2016: Mehraufwand in Zusammenhang mit der Förderung der Hausarztmedizin infolge Wachstum der Personalkosten.
- 120 **8050 Amt für Gesundheitsvorsorge**
- 301 Besoldungen**
AFP 2016: Auslaufen der Lohnfortzahlungen für länger andauernde Krankheitsfälle.
AFP 2017: Auslaufen des Tabakpräventionsprogrammes mit Wegfall der dazugehörenden Personalaufwendungen, dem stehen jedoch entsprechende Mindereinnahmen aus dem Tabakpräventionsfonds gegenüber.
 - 439 Andere Entgelte**
AFP 2017: Siehe Begründungen zu Konto 8050.301.
- 120 **8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen**
- 309 Anderer Personalaufwand**
Mit dem Gesetzesvorhaben «Totalrevision Hundegesetz» (sGS 456.1) wird das aus dem Jahre 1985 stammende Hundegesetz des Kantons St.Gallen angepasst. Mit der Zuweisung der Vollzugszuständigkeit bei der Anordnung von Massnahmen bei auffälligen und gefährlichen Hunden an das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen sowie dem Auftrag, die Prävention zu fördern, soll ein Drittel der Einnahmen aus den Hundesteuern an den Kanton überwiesen werden. Die Einnahmen durch die Hundesteuern decken voraussichtlich die Kosten für Besoldungen und Sachaufwand ab (Mehreinnahmen in Konto 8120.460).
Mit dem auf Bundesebene verabschiedeten neuen Lebensmittelgesetz (nLMG) kommen neue Aufgaben auf die Lebensmittelkontrolle zu. Die dafür benötigte zusätzliche Stelle führt zu einem höheren Personalaufwand.
 - 312 Informatik**
Im Jahre 2014 wurde das «Geschäftsmanagement System» eingeführt. Im ersten Jahr fielen hohe Investitionskosten an, die sich ab dem Jahr 2015 verringern werden. Ab dem Jahr 2016 fallen keine Investitionskosten mehr an, sondern nur noch Betriebskosten.
 - 319 Anderer Sachaufwand**
Siehe Begründungen zu Konto 8120.309.
 - 432 Spitaltaxen und Kostgelder**
Das nationale Fremdstoffprogramm wird vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) risikobasiert angepasst. Die vom Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) analysierten Tierarzneimittel gehören nicht zur höchsten Risikokategorie, so dass mit einem Probenrückgang von rund einem Drittel gerechnet werden muss. Damit reduzieren sich auch die eingenommenen Gebühren.
Die Bäderkontrolle fällt neu unter das Lebensmittelgesetz (LMG), entsprechende Probeuntersuchungen können nur noch im Beanstandungsfall verrechnet werden. Art. 8 der kantonalen Bäderverordnung (sGS 313.75) wird hinfällig.
 - 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Siehe Begründungen zu Konto 8120.309.

121 **8300 Amtsleitung AfGVE**

301 Besoldungen

Mehraufwand für eine zusätzliche Stelle infolge des revidierten Krankenversicherungsgesetz (KVG) und der Umsetzung der damit zusammenhängenden neuen Spitalfinanzierung. Die Bewältigung einer Vervielfachung von Rechnungen für ausserkantonale Hospitalisationen, die Kontrollen über die Einhaltung der Anforderungen an die Aufnahme von Spitälern und Kliniken auf die kantonale Spitalliste sowie die Bearbeitung einer zunehmenden Zahl von Tariffestsetzungsverfahren erfordert eine Erhöhung der entsprechenden Personalressourcen in diesem Bereich.

360 Staatsbeiträge

AFP 2016: Wegfall der im B 2015 budgetierten einmaligen Bareinlage in Zusammenhang mit der Verselbständigung der Heimstätten Wil auf 1. Januar 2015.

122 **8301 Individuelle Prämienverbilligung**

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen (SVA) ist für die Durchführung der IPV zuständig. Der SVA übertragene Aufgaben müssen kostendeckend entschädigt werden. Die bisherige Fallpauschale (im Jahr 2014 Fr. 17.– je anrechenbare Person) ist seit dem Jahr 2012 nicht mehr kostendeckend. Auch für das Jahr 2014 und die Folgejahre wäre mit der bisherigen Fallpauschale eine Unterdeckung zu erwarten. Die in den Jahren 2012 bis 2014 aufgelaufenen Defizite sollen zu Lasten der Rechnung 2014 bereinigt werden. Für die Jahre ab 2015 werden die tatsächlichen Kosten berücksichtigt.

360 Staatsbeiträge

Die Staatsbeiträge im Bereich der Individuellen Prämienverbilligungen (IPV) nehmen zwischen 2015 und 2018 um knapp 23.6 Mio. Franken zu. Da die Bundesbeiträge im gleichen Zeitraum auch um 13.1 Mio. Franken höher ausfallen, resultiert eine Zunahme der Nettobelastung für den kantonalen Haushalt von 10.5 Mio. Franken. In diesen Zahlen berücksichtigt ist der Gegenvorschlag der Regierung zur Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienverbilligungsinitiative)», welcher eine Erhöhung des gesetzlichen Prämienverbilligungsvolumens um 6.5 Mio. Franken vorsieht.

	B 2015	AFP 2016	AFP 2017	in Mio. Franken AFP 2018
Gesetzliches Höchstvolumen	210.3	216.6	223.1	229.8
./. Korrektur aus Überschreitung Obergrenze 2011 bis 2013	-1.9	-1.9	-1.9	-1.9
= Gesetzliches Höchstvolumen .	208.4	214.7	221.2	227.9
./. Einsparung gemäss Sparpaket II	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
./. Einsparung gemäss Entlastungsprogramm 2013	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5
+ Mehraufwand Gegenvorschlag Prämienverbilligungsinitiative	-	+4.0	+4.0	+4.0
= IPV-Volumen B / AFP	198.4	208.7	215.2	221.9
./. Bundesbeitrag	-141.3	-145.6	-149.9	-154.4
= Nettobelastung Kanton	57.1	63.1	65.3	67.5

460 Beiträge für eigene Rechnung

Siehe Begründung zu Konto 8301.360.

122 **8303 Innerkantonale Hospitalisation**

Veränderung des Mittelbedarfs für inner- und ausserkantonale Hospitalisationen im Finanzplanzeitraum 2016–2018

1. Innerkantonale Hospitalisationen

Folgende Faktoren führen im Finanzplanzeitraum insgesamt zu einer Erhöhung des Kantonsbeitrages:

- DRG-Bereich: Zunahme der Anzahl Austritte um 0.9 Prozent je Jahr;
- DRG-Bereich: Zunahme des durchschnittlichen Schweregrades (CMI) um 0.5 Prozent je Jahr;
- DRG-Bereich: Zunahme der durchschnittlichen Baserate um 0.6 Prozent je Jahr;
- DRG-Bereich: Zunahme der SwissDRG-Zusatzentgelte um 20 Prozent je Jahr (Katalogeffekt, .d.h. Einführung neuer Zusatzentgelte);
- Psychiatrie/Rehabilitation: Zunahme der Pflergetage um 0.2 Prozent je Jahr;
- Psychiatrie/Rehabilitation: Zunahme der durchschnittlichen Tagespauschale um 0.2 Prozent je Jahr;
- Beiträge zur Sicherstellung der Versorgung: Zunahme der ambulanten Leistungen um 3 Prozent je Jahr und der Tagesklinik-Leistungen um 1 Prozent je Jahr.

2. Ausserkantonale Hospitalisationen

Die Erhöhung im Finanzplanzeitraum ist auf ein Wachstum im SwissDRG-Bereich von 2.5 Prozent je Jahr (v.a. höhere Fallzahlen und höherer Schweregrad) bzw. auf ein Wachstum von 5 Prozent je Jahr im Bereich Rehabilitation/Psychiatrie (v.a. höhere Anzahl Pflergetage und z.T. höhere Tarife) zurückzuführen.

3. Gesamtsicht der finanziellen Auswirkungen

Kostenbereiche in Mio Franken		AFP 2016	AFP 2017	AFP 2018
Innerkantonal	GWL	13.20	13.20	13.20
	Stationäre Versorgung	388.32	393.89	399.64
	<i>(inkl. Zusatzentgelte)</i>			
	Zusatzbeiträge für stat. Versorgung	19.01	19.64	20.29
	<i>(inkl. Ambulatorium und Tagesklinik)</i>			
Ausserkantonal	111.35	114.91	118.59
Total Kosten	531.88	541.64	551.72

122 **8304 Ausserkantonale Hospitalisation**
360 Staatsbeiträge

Siehe Begründungen zu Rechnungsabschnitt 8303.

123 **8309 Zentrum für Labormedizin**

Erhöhung der Ertragsüberschussvorgabe aufgrund einer Zunahme der durchgeführten Analysen.

9 Gerichte

124

9002 Kantonsgericht

301 Besoldungen

Wegfall Sparvorgabe 1%ige Lohnkürzung ab 2016.

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Investitionsrechnung

Die Detailzahlen zu den einzelnen Investitionsprojekten können dem Zahlenteil der Investitionsrechnung ab Seite 127 entnommen werden.

